



Studienabschlussarbeiten

Fakultät für Geschichts- und
Kunstwissenschaften

Bruder, Christina:

Die Münchner Großsiedlung am Hasenberg |
Siedlungsarchitektur, Stadtsoziologie und
städtebauliche Leitbilder

Magisterarbeit, 2009

Gutachter: Krämer, Steffen ; Nerdinger, Winfried

Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften
Department Kunstwissenschaften

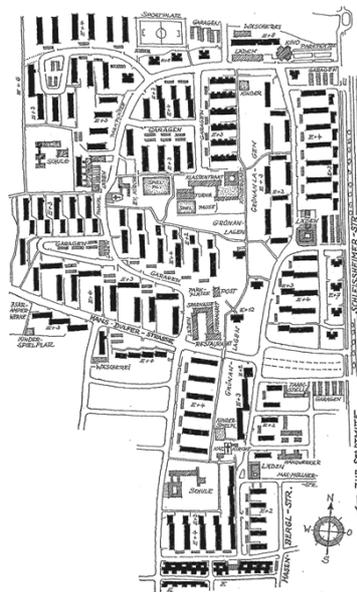
Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.11781>

Magisterarbeit



Die Münchner Großsiedlung am Hasenberg. Siedlungsarchitektur, Stadtsoziologie und städtebauliche Leitbilder



Christina Bruder

Christina Bruder

Die Münchner Großsiedlung am Hasenberg:
Siedlungsarchitektur, Stadtsoziologie und städtebauliche Leitbilder

Wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des Grades eines Magister Artium
der Philosophischen Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften
der Ludwig-Maximilians-Universität München

Referent: PD Dr. habil. Steffen Krämer – Ludwig-Maximilians-Universität München
Korreferent: Prof. Dr.-Ing. Winfried Nerdinger – Technische Universität München

München, Januar 2009

DANKSAGUNG

Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle:

Herrn Florian Buchmann vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung/HA III für seine tatkräftige und sehr hilfreiche Unterstützung, Herrn Prof. Dr. Johann-Christoph Ottow für unser ausführliches Interview und Herrn Dr. Cornelius Souchay für unser Gespräch über die soziologischen Aspekte.

Des Weiteren bedanke ich mich sehr herzlich bei:

Herrn Erhard Bachmann von den BMBW Architekten BDA + Partner, Herrn Dr. Reinhard Bauer vom Münchner Stadtrat, Frau Claudia Dressel vom Architekturbüro DBLB, Herrn Manfred und Andreas Drum von Urbanes Wohnen, Herrn Glasner und Frau Lidija Turk von der WSB Bayern, Herrn Werner Holtkötter von der Südhausbau GmbH, Herrn Klaus Mai vom Bezirksausschuss, Frau Prof. Anne-Christin Scheiblauer, Herrn Herbert Maier-Unkelhäußer von der GWG, Herrn Alexander Wilken von der HA II/4 und bei den Bewohnern der Siedlung am Hasenberg, die Fragen stets offenherzig und gerne beantworteten.

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	<i>Seiten</i>
<i>I. Einleitung</i>	7
<i>II. Historische und städtebauliche Rahmenbedingungen</i>	9
II.1. Historische Herleitung	9
II.1.1. Wohnungsnot	9
II.1.2. Bodenpolitische Voraussetzungen und sozialer Wohnungsbau	11
II.2. Einordnung in das städtebauliche Gesamtkonzept	13
II.2.1. Von der Staffelbauordnung zum Städtebau der 50er Jahre	13
II.2.2. Die Vorentscheidung: Trabantenstadt oder Stadtrandsiedlung?	15
II.2.3. Der „Münchner Plan“	18
II.2.4. Der Jensenplan	22
<i>III. Die Siedlung am Hasenberg</i>	23
III.1. Einfluss internationaler Vorbilder	23
III.2. Planung und Baugeschichte der Großsiedlung am Hasenberg	25
III.2.1. Wettbewerb, Konzept und Planung	25
III.2.2. Baugeschichte	30
III.3. Siedlungsbeschreibung und Bauanalyse	35
III.3.1. Siedlungsumfeld, Lage und Kriterien für die Standortauswahl	35
III.3.2. Siedlungsaufbau	36
III.3.3. Anbindung und Verkehrserschließung	39
III.3.4. Grünflächen	41
III.3.5. Insulare Gebäudegruppen	42
III.3.6. Wohngebäude und Einkaufszentren	44
III.4. Einfluss städtebaulicher Leitbilder	52
III.4.1. Vorbedingungen	53
III.4.2. Rationale und organische Leitbilder	54
III.4.2.1. Organische Stadtbaukunst und autogerechte Stadt	55
III.4.2.2. Die gegliederte und aufgelockerte Stadt	56
III.4.2.3. Funktionstrennung in rationalen und organischen Theorien	58
III.4.3. Empfehlungen der Planungsgutachter an die Landeshauptstadt München	61

III.4.4. Die Siedlung am Hasenberg anhand der Theorie	62
III.4.4.1. Funktionstrennung	62
III.4.4.2. Siedlungsaufbau	63
III.4.4.3. Verkehrserschließung	64
III.4.4.4. Grünflächen	69
III.4.4.5. Wohnen	70
III.4.4.6. Siedlungsdichte	72
III.4.4.7. Gebäudetypen	74
III.4.4.8. Fertigbauweise und Dächer	79
III.5. Die nachfolgenden Siedlungsabschnitte im Süden und Norden	82
III.5.1. Der Siedlungsabschnitt „Hasenberg-Süd“	86
III.5.2. Die Siedlungsabschnitte „Hasenberg-Nord“ und „Nord-Ost“	90
III.6. Kritische Auseinandersetzung	93
III.6.1. Vom gelobten zum verrufenen Stadtteil	93
III.6.2. Stadtsoziologie und Siedlungskritik	95
<i>IV. Nachverdichtung</i>	102
IV.1. Voraussetzungen	102
IV.2. Das „Entwicklungskonzept Hasenberg“	105
IV.3. Partizipation der Anwohner	112
IV.4. Der Stadtentwicklungsplan von 1998	113
IV.5. Das Programm „Soziale Stadt“	116
IV.5.1. Ergänzungsbauten: Konzept und Ausführung	117
IV.5.2. Weitere Realisierungen aus dem Programm „Soziale Stadt“	123
<i>V. Zusammenfassung und Ausblick</i>	124

Den Bewohnern des Hasenbergls

I. Einleitung

Am Anfang stand das Vorurteil. Jenes hatte sich seit über 40 Jahren in die Köpfe der Menschen eingebrannt. Im Zusammenhang mit der Siedlung bestehen bis heute Assoziationen wie Kriminalität, Asozialität oder Trostlosigkeit. Die Auseinandersetzung mit der Großsiedlung am Hasenberg ist auch eine Chance, diese längst überholten Vorurteile auszuräumen.

Es versprach ein spannendes Thema zu werden, das die Möglichkeit bot, den Städte- und Siedlungsbau zu untersuchen, und dabei herauszufinden, ob die Architektur der Siedlung tatsächlich mit den soziologischen Implikationen in Verbindung zu bringen war. Mit zunehmender Ortskenntnis revidierten sich auch die eigenen Vorbehalte, die bei einem Münchner einfach nicht wegzudenken sind. Es drohten keine Gefahren. Im Gegenteil: Die Siedlung zeigte sich nicht so grau und gefährlich, wie sie immer geschildert wurde. Durch den großen Anteil an Grünflächen wurde der starke Gegensatz zur versteinerten Innenstadt evident. Es erwies sich, dass die Bewohner stolz darauf waren, im „Hasenberg!“ zu wohnen. Fragen wurden offen und freundlich beantwortet. Das geschah manchmal auch deshalb, um eben jenen Vorurteilen entgegen zu treten.

Bald war offensichtlich, dass die Großsiedlung ein Defizit aufwies. Der Erkenntnis über das Manko folgte der Drang nach der Beantwortung der Frage, wie es dazu kam, dass die Siedlung in dieser Art und Weise konzipiert wurde, also die Frage nach der Art der Siedlungsanlage, der Architektur und den vorherrschenden Rahmenparametern zum Zeitpunkt der Konzeption. Was hatten sich die beteiligten Architekten, die Bauträger und Baureferate und insbesondere auch die Politiker bei der Anlage und der Konzeption gedacht? Diese Frage impliziert sofort die Suche nach dem „Schuldigen“: Wer war dafür verantwortlich? Ist hier überhaupt jemand als „verantwortlich“ im negativen Sinne zu bezeichnen? Lassen sich die, in der Presse vielfach beschworenen Zustände von Gewalt, Kriminalität oder asozialem Verhalten, die eben jene Vorurteile auslösten, anhand der Siedlungsarchitektur herleiten? Oder waren es die Ereignisse im Lager Frauenholz, im Norden der ursprünglichen Großsiedlung, die nachhaltig auf die Siedlung abfärbten? Die Fragen nach der Verantwortung können hier natürlich nicht vorrangig behandelt werden, weil es bei dieser Arbeit um den Städtebau, die Siedlungsarchitektur und die Stadtsoziologie geht. Dennoch begleiteten sie die Arbeit ständig. Die Siedlungshistorie gliedert sich in zwei wesentliche zeitliche Abschnitte, welche den Zeitraum der Entstehung zwischen 1959 und 1965, sowie die etwa 30 Jahre später erfolgte Nachverdichtung im Rahmen des „Entwicklungskonzeptes Hasenberg!“ und der „Sozialen

Stadt“ beinhalten. In einem ersten Kapitel wird der Frage nachgegangen, welche Rahmenbedingungen, wie die Wohnungsnot, die Bodenpolitik oder die städtebaulichen Planungsansätze der Stadt München und der Architekten dazu führten, dass die Siedlung in dieser Art und Weise konzipiert wurde. Hier werden auch politische und finanzielle Voraussetzungen eine Rolle spielen. Im Anschluss erfolgen eine Darstellung der Baugeschichte und eine Siedlungsbeschreibung, die als Basis für das anschließende Kapitel über den Einfluss der städtebaulichen Leitbilder dient. Hierbei geht es um die wesentlichen Zielsetzungen von organischen und rationalen städtebaulichen Leitbildern und deren Ausführung im Hinblick auf die Siedlung. Im Rahmen der organischen Leitbilder werden die Organischen Stadtbaukunst, die gegliederte und aufgelockerte Stadt oder die autogerechte Stadt behandelt. Ein wichtiger Faktor bei der Analyse von rationalen Theorien, wird die räumliche Funktionstrennung sein. Die Behandlung der nach 1965 erbauten Siedlungsabschnitte im Norden und Süden der Großsiedlung erfolgt im Hinblick auf die Anwendung des damals neu entwickelten Leitbildes „Urbanität durch Dichte“. Wichtige Fragen der Siedlungskritik werden Themen, wie die Ursache des Vorurteils und dessen Verbindung mit der Architektur sein. Dieses Kapitel schließt auch eine Untersuchung der Missstände und eine Siedlungskritik mit ein. Wie ging die Geschichte der Siedlung weiter? blieb die Situation statisch, oder versuchte man etwas zu verändern? Diese Fragen werden anhand des „Entwicklungskonzeptes Hasenberg“, des Münchner Stadtentwicklungsplanes von 1998 und den Ansätzen der „Sozialen Stadt“ beantwortet.

Eine ausführliche wissenschaftliche Betrachtung der Architektur- und Siedlungsgeschichte, im Zusammenhang mit einer soziologischen und städtebaulichen Einordnung erfolgte bis dato nicht. Als grundlegende Literatur für die Bauhistorie dienten zunächst die Ausführungen in „Reihe Zeile Block & Punkt“¹ und das Werk von Volker. D. Laturell.² Die weitere Materialsuche im Rahmen dieser Arbeit gestaltete sich als aufwendig und kompliziert. Die Unterlagen aus der Planungs- und Entstehungszeit der Siedlung sind fragmentarisch verstreut und zum großen Teil nicht konsistent erhalten. Um einen gewissen Tiefegrad der Informationen zu erreichen, war es notwendig Recherchen im Stadtarchiv München, im Archiv der WSB, bei der Südhausbau GmbH, bei der GWG und in den Archiven des Referates für Stadtplanung und Bauordnung HA II und HA III durchzuführen. Vielfach waren hier vor der Bereitstellung von Recherchematerial Vorbehalte der Ansprechpartner vor einem erneuten Aufleben von Vorurteilen gegen die Siedlung und ihre Bewohner ins Positive zu verwandeln. Bei dem gefundenen Material handelte es sich oft um chronologisch gemischte

¹ Möller 1997, S. 1-288.

² Laturell 2000, S. 1-192.

Unterlagen unterschiedlichster Couleur. Insbesondere im Stadtarchiv musste zwischen den Zeilen gelesen und Bezüge zum Gesamtbild des Städtebaus hergestellt werden. Zur Beweiskraft des im Rahmen dieser Arbeit verwendeten Archivmaterials ist anzumerken, dass es Anhand von Fotokopien und Fotografien dokumentiert ist und somit jederzeit eingesehen werden kann; auf eine vollständige Bereitstellung in der Anlage wird verzichtet, weil das Aktenmaterial hierfür zu umfangreich ist. Eine besondere Herausforderung bestand insgesamt darin, Unterlagen, die soziale oder soziologische Hintergründe betrafen, insofern zu eruieren oder auszuwerten, als dass im späteren Verlauf der Arbeit Rückschlüsse auf den Städtebau, die Architektur und den Siedlungsbau zulässig waren. Als weitere Informationsquellen dienten Gespräche mit aussagekräftigen Zeitzeugen und Architekten, wobei hier das Interview mit Johann-Christoph Ottow eine große Hilfe darstellte. Für das Kapitel über die Stadtsoziologie basierte hauptsächlich die Studie „Stadt am Stadtrand“³. Bei der Nachverdichtung war das zweibändige „Entwicklungskonzept Hasenberg“⁴ eine wesentliche Hilfe.

II. Historische und städtebauliche Rahmenbedingungen

Der folgende Abschnitt behandelt die Thematik, welche Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren dazu führten, dass eine Siedlung, wie die Großsiedlung am Hasenberg überhaupt in dieser Form konzipiert wurde. Fragestellungen hinsichtlich einer adäquaten Siedlungsart, sowie den vorherrschenden finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen stellen wesentliche Aspekte dar. Bei der historischen Betrachtung werden beeinflussende Aspekte, wie die Auswirkungen des zweiten Weltkrieges, die Wohnungsnot, der daraus resultierende Wiederaufbau, die Bodenpolitik und der soziale Wohnungsbau beleuchtet. Bei der städtebaulichen Analyse werden die räumlichen Gliederungsaspekte anhand der Herleitung von der Jahrhundertwende bis zu den frühen 60er Jahren behandelt.

II.1. Historische Herleitung

II.1.1. Wohnungsnot

Die Wohnungsnot begleitet die Stadt München von der Industrialisierung im 19. Jahrhundert bis heute. Schon im ersten Weltkrieg waren hunderttausende Menschen gezwungen in Notunterkünften zu leben. 1917 begann eine Landflucht der Bevölkerung in die Stadt. Bereits 1920 gab es etwa 20.000 Wohnungssuchende. In einer Denkschrift des damaligen

³ Zapf/Heil/Rudolph 1969, S. 1-372.

⁴ Scheiblauer 1989 (1), S. 1-120; Scheiblauer 1989 (2), S. 121- 197.

Wohnungsreferenten aus den 20er Jahren wurde die Wohnungsfrage bereits als die brennendste aller sozialen Fragen, und die Beseitigung der Wohnungsnot als dringendste Forderung jener Zeit bezeichnet. Gemeinnützige Bauvereinigungen erstellten bis 1930 etwa 10.000 Wohnungen. Während dem zweiten Weltkrieg wurden ca. 400.000 Menschen evakuiert. Als der Krieg 1945 endete, waren 45 % des Wertes aller Hochbauten vernichtet und von vormals 820.000 Einwohnern, 265.000 Einwohner obdachlos. Allein im Wohnbereich waren 10.600 Gebäude mit 82.000 Wohnungen komplett zerstört. Das entspricht rund 32% des Vorkriegsbestandes. Nur 182.267 Wohnungen waren erhalten geblieben und etwa 100.000 Wohnungen zu wenig vorhanden.⁵ Insgesamt wurden mehr als 40% der Münchner Bausubstanz zerstört; im Innenstadtbereich waren es sogar 70%. (Abb. 1) Das Ende des Krieges wirkte sich wie eine Initialzündung für die Rückkehr der ursprünglichen Bevölkerung aus. Auch wurde die Stadt mit der Unterbringung von sogenannten „Displaced Persons“ (ehemalige KZ Insassen und Zwangsarbeiter), sowie einer hohen Anzahl von Heimatvertriebenen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reiches konfrontiert. Von allen kriegszerstörten Städten in ganz Westdeutschland hatte München den größten Bevölkerungszustrom nach dem Krieg aufzufangen. Bis zur Währungsreform im Jahre 1948 konnten ca. 20.000 Wohnungen im inneren Stadtbereich wiederhergestellt werden. Der akute Mangel an Baustoffen ließ Neubaumaßnahmen kaum zu. Unter dem von Oberbürgermeister Thomas Wimmer 1949 ins Leben gerufenen Motto „Rama Dama“ hatte man seit Mai 1945 fünf Millionen m³ Trümmer auf den Schuttkippen Luitpoldpark, Neuhofen und Oberwiesenfeld beseitigt. Die Aufräumarbeiten konnten im März 1950 eingestellt werden.⁶ 1950 hatte München seine Vorkriegseinwohnerzahl von etwa 840.000 Personen wieder erreicht. Die Volkszählung von Ende 1959 ergab 1.065.104 Einwohner. Die Gründe für die große Zuzugswelle und die geringe Abwanderungsquote lagen in der Ansiedlung von Industrien als starker Magnet für Arbeitskräfte, der Eigenschaft Münchens als Kultur- und Bildungszentrum, den guten schulischen Möglichkeiten und der günstigen Lage der Stadt in einem landwirtschaftlich essentiellen Gebiet. Zum Zeitpunkt des Baubeginns der Siedlung am Hasenberg stellte sich die Wohnungssituation folgendermaßen dar: Der Wohnungsbestand betrug 319.570 Einheiten. Es herrschte ein Fehlbedarf von 71.100 Wohnungen vor. Bei einer Belegungsziffer von 3,3 Personen pro Wohnung, dürften überdurchschnittliche viele Menschen in mehr oder minder beengten oder unwürdigen Wohnverhältnissen gelebt haben. Besonders besorgniserregend war hierbei die Situation der Menschen mit geringem Einkommen, weil der Anteil des öffentlich geförderten Wohnungsbaus in Bayern seit

⁵ Bauer, 1983, S. 45.

⁶ Gruber 1962, o. S; Bauer 1983, S. 11-13, 41-42; Stadtplanungsamt 1963, S. 7.

mehreren Jahren rund 20% unter dem Bundesdurchschnitt von etwa 50% lag. Hierbei konnte dieser Personengruppe aufgrund von Zuteilungsvorschriften des Münchner Wohnungsamtes nur 33% der gebauten Wohnungen zugewiesen werden, was 11% der insgesamt neu gebauten Wohnungen entsprach.⁷ Die Prämissen der Wohnraumförderung durch die öffentliche Hand bildeten daher eine wesentliche Grundlage für die Erstellung der Siedlung am Hasenberg.

II.1.2. Bodenpolitische Voraussetzungen und sozialer Wohnungsbau

Die Gebäude in der Siedlung am Hasenberg bestanden zu 99% aus öffentlich geförderten Sozialwohnungen. Die Entwicklung der rechtlichen Grundlagen für den sozialen Wohnungsbau besteht aus einer Abfolge von bodenpolitischen Maßnahmen, die bis auf das in der Weimarer Republik eingeführte System der Wohnungszwangswirtschaft zurückzuverfolgen sind.

Die Wohnungszwangswirtschaft kennzeichnet sich kurz umrissen durch eine staatliche Mietpreis- und Mietvertragskontrolle und einen verstärkten Kündigungsschutz des Mieters. Die bodenpolitische Folge besteht darin, dass der Wohnungsbau praktisch zum Erliegen kommt, weil auf dem Wohnungsmarkt, wegen den eingefrorenen Mieten kein wirtschaftlicher Anreiz besteht, um Wohnungen herzustellen. Gesetzesänderungen während des nationalsozialistischen Regimes führten zur totalen Wohnungszwangswirtschaft. Nach 1945 erfolgte nicht etwa ein vollständiger gesetzlicher Neuentwurf, sondern eine Fortführung der Zwangswirtschaft. Das „I. Wohnungsbauförderungsgesetz“ vom 24.04.1950 wurde mit dem Ziel verabschiedet, einen Anreiz zu bieten, um die Wohnungsnot zu beseitigen. Hierbei lag das Augenmerk insbesondere auf dem öffentlich geförderten, sozialen Wohnungsbau. Das Ziel bestand darin, innerhalb von sechs Jahren 1,8 Millionen Wohnungen herzustellen. Tatsächlich wurden 3,1 Millionen Wohnungen gebaut. Die Förderung des Eigenheimbaus und des Mietwohnungsbaus war hier gleichgestellt. Sie gestaltete sich derart, dass zinslose und zinsverbilligte Darlehen bereitgestellt wurden, Grundsteuersenkungen erfolgten und staatliches Bauland zur Verfügung gestellt wurde. Bald nach Einführung des I. Wohnungsbaugesetzes entstand unter dem Einfluss von Bundeswohnungsbauminister Paul Lücke, der die Förderung des Eigenheims favorisierte eine neue Diskussion. In der Vermehrung von Eigentumswohnungen sah man die Möglichkeit, die Demokratie zu stärken und extremistischen Strömungen den Boden zu entziehen. 1954 wurden erste Gedankengänge zur schrittweisen Abschaffung der Wohnungszwangswirtschaft formuliert, worauf am 27.07.1955 der Erlass des „Ersten Bundesmietengesetz“ erfolgte, dessen wesentliche

⁷ Stadtrat 1960, S. 5, 7, 9, 10, 13, 30 Anm. 7, S. 31 Anm. 14.

Neuerung in der Erlaubnis zur Mieterhöhung bestand. Am 01.07.1956 trat das „II. Wohnungsbaugesetz“ als wesentliche Grundlage für den öffentlich geförderten Wohnungsbau in Kraft. Es wurde mit dem Ziel erlassen, den Wohnungsbau weiterhin zu fördern und insbesondere die Wohnungsnot der Mieter mit geringem Einkommen zu beseitigen, sowie „weite Kreise des Volkes durch Bildung von Einzeleigentum, besonders in Form von Familienheimen mit dem Grund und Boden zu verbinden.“⁸ Das zweite Gesetz enthielt eine Reihe von Sonderprogrammen für Sowjetzonenflüchtlinge und Umsiedler. Hierdurch sollten jene Bundesländer mit dem größten Flüchtlingszustrom, wozu auch Bayern gehörte entlastet werden. Ein endgültiger Schritt gegen die Wohnungszwangswirtschaft wurde mit dem sogenannten „Lückeplan“ des Bundeswohnungsbauministers Paul Lücke getan, der am 01.07.1960 in das „Gesetz zum Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht“ mündete.⁹

Das Gesetz sah einen stufenweisen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft vor, und hatte schwerwiegende Folgen für den sozialen Wohnungsbau. Da sich Investitionen in die Wohnungswirtschaft nun wieder rentierten, erhöhte sich nach dem volkswirtschaftlichen Prinzip von Angebot und Nachfrage der Bodenwert, was letztendlich zu einem Anstieg der Mieten führte. Dieser Anstieg musste mittels Subventionen durch die Gemeinden ausgeglichen werden, um der ärmeren Bevölkerungsschicht überhaupt eine niedrige Miete anbieten zu können. Parallel stieg die Bautätigkeit an, was zu erhöhten Baukosten führte. Die steigenden Kosten stellten für den sozialen Wohnungsbau eine besondere Härte dar. Bei zeitgleichem Kostenanstieg waren die Mieten niedrig anzusetzen, um dem sozialpolitischen Ziel für die ärmere Bevölkerung gerecht zu werden, was sich vielfach in Einsparungen am Baumaterial ausgewirkt haben dürfte.

In München sollte die freie Wohnungswirtschaft am 31.12.1965 eingeführt werden. Aufgrund der großen Wohnungsnot waren finanzielle Komplikationen abzusehen. Vorausschauend wurden diese Schwierigkeiten vom Münchner Stadtrat in die Überlegungen miteinbezogen. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus nach 1963 war ungewiss. Im zweiten Wohnungsbaugesetz war eine jährliche Senkung der öffentlichen Bundeswohnungsbaumittel enthalten. Der Münchner Stadtrat wies auf diese Härte hin und ersuchte beim Bund um eine Förderung über das Jahr 1963 hinaus, um die vom Wohnungsbauminister vorgegebene Wohnungsquote erfüllen zu können.¹⁰

⁸ Jenkins 2001, S. 127.

⁹ Möller 1997, S. 229-230; Jenkins 2001, S. 72, 90, 127-128, 223-227.

¹⁰ Stadtrat 1960, S. 6-7, 18-19.

II.2. Einordnung in das städtebauliche Gesamtkonzept

Die räumliche Zusammensetzung einer Großstadt ist das Ergebnis einer Entwicklung über einen langen Zeitraum. Dementsprechend kann ihr Charakter und ihr Erscheinungsbild aus einer Fülle von politischen und städtebaulichen Entscheidungen über einen Jahrhunderte andauernden Prozess abgeleitet werden, der sich aus Einzelschritten, und vor allem deren positiven oder negativen Folgeerscheinungen zusammensetzt.

Bei der hiesigen Einordnung in das städtebauliche Gesamtkonzept geht es darum zu eruieren, ob es im Zeitraum der Entstehung der Siedlung ein städtebauliches Leitbild gab, welches als übergeordnetes Planungsmoment mit Orientierungsfunktion für die Siedlungskonzeption gelten kann. Wesentliche Stationen der Analyse werden hier die Staffelbauordnung vom 20.04.1904, die Stellungnahme der Planungsgutachter zum Wirtschaftsplan vom 30.01.1958 und zum Generalverkehrsplan vom 02.07.1958,¹¹ der Gesamtplan zur Behebung der Wohnungsnot in München von 1960,¹² im Folgenden „Münchener Plan“ genannt, sowie der Stadtentwicklungsplan, einschließlich Gesamtverkehrsplan der Landeshauptstadt München von 1963¹³ darstellen.

II.2.1. Von der Staffelbauordnung zum Städtebau der 50er Jahre

Der von Theodor Fischer 1904 entwickelte Staffelbauplan galt bis zum Jahr 1979 und prägt das Stadtbild Münchens indirekt bis heute. (Abb. 2-3) Die Staffelbauordnung löste die kompliziert anzuwendenden Bauklassen ab, und ermöglichte Städtebauern und Architekten eine praktische Handhabe. Als Basis für die Ausarbeitung des Planes wurde „die Prophylaxe gegen die durch enges Bauen und enges Zusammenwohnen bedingte Schädigung gesundheitlicher Interessen“¹⁴ angesehen. Die Grundidee des Planes bestand darin, ein städtebauliches Gefüge abzubilden, das sich in einer abgestuften, sich in Richtung Stadtrand abflachenden und auflockernden Stadt darstellt. Im Zentrum der Stadt sollten sich höhere Gebäude befinden, die mit zunehmender Entfernung zur Innenstadt niedriger wurden. Als Mittel der Abstufung fungierten neun Staffeln, wovon es fünf in geschlossener und vier in

¹¹ Steiner/Guther/Leibbrand 1960, S. 1-95.

¹² Stadtrat 1960, S. 1-39.

¹³ Stadtplanungsamt 1963, S. 1-51.

¹⁴ Nerdinger 1988, S. 34.

offener Bauweise gab, welche neben weiteren Faktoren unterschiedliche Geschossanzahlen, und somit Höhen aufwiesen.¹⁵

Erst in den 50er Jahren konnte nach den massiven Aufräumarbeiten der Schäden des zweiten Weltkrieges an städtebauliche Neuregelungen gedacht werden. Die Staffelbauordnung ist nicht als städtebauliches Leitbild zu werten, bildete aber die Basis für die, nach dem zweiten Weltkrieg erhalten gebliebenen städtebaulichen Strukturen. Ein städtebauliches Leitbild wurde erst im Stadtentwicklungsplan von 1963 konzipiert. Dieser ist das Resultat einer städtebaulichen Planungsentwicklung, deren erste, für die Siedlung am Hasenberg maßgeblichen Ergebnisse 1958 zum Tragen kamen.

Im Frühjahr 1959, also im Planungszeitraum der Siedlung am Hasenberg wurden die Planungsgutachter Prof. A. H. Steiner aus Zürich, Prof. M. Guthert aus Darmstadt und Prof. K. Leibbrand aus Zürich mit der Anfertigung einer Stellungnahme zu den 1958 von der Stadt München verfassten Wirtschafts- und Generalverkehrsplänen beauftragt. Die Gutachter werteten die bestehende Staffelbauordnung als „rückständig und kaum mehr brauchbar“. Sie bezeichneten sie sogar als „deprimierend“, und forderten die Aufstellung einer neuen Bauordnung.¹⁶ Als Erklärung führten sie an, dass die, durch die Staffelbauordnung vorgegebenen Vorstellung von geschlossenen Straßenbildern, die Differenzierung zwischen offener und geschlossener Bauweise, die Bebauung mit Hofgebäuden oder die Anordnung der Gebäude entlang von Straßenfluchten nicht mehr zeitgemäß seien. Die Auswirkungen der Staffelbauordnung sahen sie zunächst in einer zu dichten, konzentrischen Innenstadtbebauung, die sich lähmend auf die Anforderungen des modernen Verkehrs auswirke, und zu einer Überbelastung dieses Raumes führe. (Abb. 4) Parallel bemängelten sie die zu geringe Bebauung des Außenraumes und empfahlen somit eine dortige Aufzoning zur Entlastung des Zentrums.¹⁷ Die Gutachter regten sogar eine zusätzliche Umschichtung der Restbevölkerung aus der Innenstadt in die dringend auszubauenden Stadtrandgebiete an,¹⁸ was dann später durch den Bau der Siedlung am Hasenberg Formen annehmen sollte. Die Siemens-Siedlung an der Boschetsrieder Straße und die Parkstadt Bogenhausen erfüllten die Vorstellungen der Gutachter von Dichte und wurden dementsprechend als beste Siedlungen Münchens klassifiziert.¹⁹ (Abb. 5-6)

Zusammenfassend prägten Aspekte wie die Aufzoning in den Randgebieten zur Entlastung der Innenstadt, die aufgelockerte Bebauung, die funktionale und räumliche Aufteilung

¹⁵ München wie geplant 2004, S. 85; Nerdinger 1988, S. 31-34.

¹⁶ Steiner/Guthert/Leibbrand 1960, S. 24, 45.

¹⁷ Steiner/Guthert/Leibbrand 1960, S. 1, 45-48.

¹⁸ Steiner/Guthert/Leibbrand 1960, S. 32.

¹⁹ Steiner/Guthert/Leibbrand 1960, S. 38, 46; München/Bauferrat 1969, o. S. Die GFZ der drei Siedlungen betragen: 0.66 Siemens-Siedlung, 0.76 Parkstadt Bogenhausen, 0,5-1,2 Großsiedlung am Hasenberg.

zwischen Arbeit und Wohnen, sowie die Anforderungen des modernen Verkehrs die damaligen Überlegungen und bildeten die städtebaulichen Voraussetzungen bei Planungsbeginn der Siedlung am Hasenberg im Jahre 1959. Das nächste Glied in der Kette von städtebaulichen Planungskonzepten stellte der „Münchner Plan“ dar. Bevor es aber zur Ausarbeitung des „Münchner Plans“ aus dem Jahr 1960 kam, dessen Inhalte auch aus den Erfahrungen mit dem Bau der Großsiedlung am Hasenberg resultieren, und der somit rückblendend als deren historischer Spiegel betrachtet werden kann, musste der Stadtrat zunächst eine Entscheidung fällen, deren Ergebnis hauptsächlich von finanziellen Gründen motiviert war.

II.2.2. Die Vorentscheidung: Trabantenstadt oder Stadtrandsiedlung?

Die Entstehung der Großsiedlung am Hasenberg ist im Zusammenhang mit politischen Grundsatzentscheidungen des Münchner Stadtrates zu betrachten. Diese sind mit Ereignissen auf bundespolitischer Ebene verknüpft, aus denen sich unter anderem auch der „Münchner Plan“²⁰ ableitete. Die städtebaulichen Erfahrungen mit der Großsiedlung wiederum, bildeten neben weiteren Faktoren die inhaltliche Basis für die Ausarbeitung des Planes.

Im Oktober 1958 bestand das Ziel des Münchner Stadtrates zunächst darin, die angespannte Wohnungssituation durch den Bau von 10.000 Wohnungen zu lindern. Hierbei stand insbesondere die ärmere Bevölkerungsschicht im Mittelpunkt der Betrachtungen. Die Rede war von über 18.000 Familien, die ihr Dasein in menschenunwürdigen Notwohnungen, Behelfsunterkünften, Gartenlauben oder Kellerwohnungen verbringen mussten. Um zusätzliche Mittel für den Wohnungsbau zu erhalten, reiste die Münchner Stadtratskommission im Herbst 1958 nach Bonn.²¹

Die Debatte über eine adäquate Siedlungsform wurde durch den Besuch des Bundeswohnungsbauministers Paul Lücke in München Mitte November 1958 entfacht. Hierbei eröffnete der Minister dem Stadtrat die Option auf Mittel für eine Trabantenstadt, und nannte als Beispiel die Siedlung Nürnberg-Langwasser, welche eines seiner durch Bundesmittel geförderten Demonstrativbauvorhaben darstellte. Zur Verwirrung des Münchner Stadtrates trug bei, dass es sich bei der Siedlung um einen Bauplatz innerhalb des Nürnberger Burgfriedens, und somit um eine Stadtrandsiedlung handelte, und nicht um eine Trabantenstadt.²²

²⁰ Stadtrat 1960, S. 1-39.

²¹ Münchner Stadtanzeiger: Stadtratsabordnung fährt nach Bonn, Nr. 41, 10.10.1958, S. 1-3.

²² Münchner Stadtanzeiger: Bekommt München eine Trabantenstadt?, Nr. 49, 05.12.1958, S. 1-2.

Bereits im Herbst 1958 war man sich in München den Herausforderungen einer Trabantenstadt bewusst. Der Münchner Stadtrat hatte zunächst einmal grundlegend zu entscheiden, ob die Wohnungsnot durch den Bau von Trabantenstädten oder Stadtrandsiedlungen zu lindern war.

Eine Trabantenstadt lässt sich als Großsiedlung umschreiben, die sich in einiger Entfernung zu einer Großstadt befindet, von dieser politisch und verwaltungstechnisch unabhängig ist, in deren unmittelbarer Umgebung sich eine Industrieansiedlung zur Versorgung der Bewohner mit Arbeitsplätzen befindet und die mit der Zielsetzung gebaut wird, die Mutterstadt umfassend zu entlasten. Für die Planung einer Trabantenstadt benötigen Städte- und Siedlungsplaner eine Vorlaufzeit von mehreren Jahren. Zunächst bestand das vorrangige Ziel aber darin, die akuten Wohnungsprobleme zu lösen. Die Planung von Trabantenstädten, wie das im Rahmen von Oberschleißheim²³ der Fall war, konnte parallel ablaufen, hatte aber nicht oberste Priorität. Um eine Unabhängigkeit von der Mutterstadt gewährleisten zu können, wäre mit erheblichem Aufwand für Folgemaßnahmen, wie Versorgungs-, Kultur- und Verwaltungseinrichtungen zu rechnen gewesen. Additiv wären Erschließungsmaßnahmen angefallen, um die Trabantenstadt verkehrstechnisch mit dem Umland und der Mutterstadt zu verbinden. Die Kosten der Folgemaßnahmen wären in der Regel durch die Gemeinde oder durch die Mutterstadt zu tragen gewesen. Im Falle Münchens wäre eine Trabantenstadt ohne Hilfe von Staat und Bund nicht finanzierbar gewesen. Zudem konnte der Stadtrat nicht mit Sicherheit voraussehen, ob eine Trabantenstadt tatsächlich zu einer Entlastung der Münchner Wohnungsnot beigetragen hätte, oder ob Bürger bei der Wohnungssuche eher die Landeshauptstadt oder ihre Nähe favorisiert hätten.²⁴

Eine Stadtrandsiedlung hingegen definiert sich als eine in sich geschlossene Siedlung im Stadtgebiet oder in Stadtnähe. Die Großsiedlung am Hasenberg ist als Stadtrandsiedlung gerade noch innerhalb des Burgfriedens zu verorten, welcher die Stadt München zum Umland abgrenzt. (Abb. 7) Im Gegensatz zu Trabantenansiedlungen sind Stadtrandsiedlungen abhängig von der Mutterstadt. Es handelt sich um reine Wohnsiedlungen, mit geringer Ausprägung von infrastrukturellen Einrichtungen, die im Beispiel München nicht einer umfassenden Entlastung, sondern der reinen Entlastung durch Wohnraum dienen und somit auch nicht über Industrieansiedlungen verfügen; sie werden allgemein auch als „Schlafstädte“ polemisiert. Der Stadtrat entschied sich im Februar 1959 für diese Version, weil erstens die Entlastung der Kernstadt durch den Wohnungsbau erreicht werden sollte. Als zweiten Vorteil

²³ Stadtrat 1960, S. 16, S.35 Anm. 25.

²⁴ Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates am 03.02.1959, RP, Aktensammlung zu Stadtratsvollversammlungen, 732/17, S. 517-533; Münchner Stadtanzeiger: Bekommt München eine Trabantenstadt?, Nr. 49, 05.12.1958. Zu den Folgemaßnahmen gehören u. a. Einrichtungen zur Wasser-, Strom- oder Gasversorgung, sowie der Bau von Schulen, Krankenhäusern, Kirchen oder Theatern.

betrachtete man den Wegfall der erheblichen Kosten durch Folgemaßnahmen. Allerdings war man sich zum Zeitpunkt der Entscheidung nicht darüber im Klaren, dass der Bundeswohnungsbauminister das Förderungsangebot, welches ein Aufschließungs- und Spitzenfinanzierungsdarlehen für 10.000 bis 12.000 Wohnungen für in sich geschlossene Siedlungen beinhaltete, nur für Trabantenstädte aussprach, und hierbei die Förderung des Eigenheimbaues favorisierte. Im Stadtratsbeschluss hieß es: „Es dürfte feststehen, daß der Herr Minister den Begriff der Trabantenstadt nicht im technischen Sinne gebraucht hat und daß eine reine Wohnstadt ebenfalls im Sinne seiner Absichten steht.“²⁵

Dieses Missverständnis wurde im April 1959 geklärt. So antwortete der Minister auf die Frage des Münchner Bundestagsabgeordneten Dr. Besold, ob diese Mittel auch für „eine großzügige Stadtrandsiedlung“, anstelle einer Trabantensiedlung verwendet werden könnten, mit dem Hinweis, dass der Versuch, die Wohnungsnot durch Siedlungen innerhalb der Stadtgrenzen von München zu lindern verfehlt sei. Er bezeichnete diese sogar als „städtebauliche und wohnungspolitische Fehlentwicklungen.“²⁶ Trabantensiedlungen also, entsprachen der Vorstellung des Bundeswohnungsbauministers für eine monetäre Förderung der „Stadt von morgen“,²⁷ die im Rahmen des Demonstrativbauprogramms erstellt werden sollten. Zu einer etwaigen Option, darüber hinaus Mittel aus seinem État für Stadtrandsiedlungen zur Verfügung zu stellen, wollte sich der Minister erst nach Vorliegen von Plänen äußern.²⁸ Dies waren u. a. die Voraussetzungen für die Entstehung des „Münchner Planes“, in dem zum Thema Trabantenstadt Folgendes ausgeführt ist: „In dem von der Regierung von Oberbayern am 10.06.1960 formulierten „Gesamtplan zu Beseitigung der Wohnungsnot in der Landeshauptstadt München und in deren Außenraum“ sind zur Beseitigung der Wohnungsnot große Entlastungssiedlungen²⁹ im Großraum München vorgesehen. Es heißt in dieser Denkschrift u. a.: „Aufgabe dieser Entlastungssiedlungen ist es, der in der herkömmlichen Weise einer Stadterweiterung immer mehr zunehmenden Ballung von Menschen und Industrie innerhalb des Burgfriedens der Stadt München entgegenzuwirken, zu einer gesunden Gliederung des ganzen Stadtraumes beizutragen und gleichzeitig neue Wohnanlagen zu schaffen, die den modernen städtebaulichen Erkenntnissen entsprechen.“ Verschiedene Gemeinden, an die derartige Großsiedlungen „angelehnt werden sollen, haben sich bisher

²⁵ Stadtrat 1960, S. 16.; Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates am 03.02.1959, RP, Aktensammlung zu Stadtratsvollversammlungen, 732/17, S. 527-531; Münchner Stadtanzeiger: Bekommt München eine Trabantenstadt?, Nr. 49, 05.12.1958.

²⁶ Münchner Stadtanzeiger: Bonner Finanzhilfe für München? Eine Anfrage an den Bundeswohnungsbauminister, Nr. 16, 17.04.1959.

²⁷ Zum Leitbild der „Stadt von Morgen“ vgl. Reinborn 1996, S. 186-187.

²⁸ Münchner Stadtanzeiger: Bonner Finanzhilfe für München? Eine Anfrage an den Bundeswohnungsbauminister, Nr. 16, 17.04.1959.

²⁹ Der Terminus „Entlastungssiedlung“ ist hier als „Trabantenstadt“ zu interpretieren, wobei bereits bestehende Infrastrukturen einer Gemeinde für diese genutzt werden oder zu einer Trabantenstadt ausgebaut werden.

ablehnend zu solchen Projekten verhalten, weil insbesondere wegen der Übernahme der Nachfolgelasten nicht tragbare finanzielle Belastungen erwartet werden.“ Die Landeshauptstadt München kann und will keine Gemeinde zwingen, sich an der Schaffung von Entlastungssiedlungen zu beteiligen.“³⁰

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass unterschiedliche Siedlungskonzepte wie Stadtrandsiedlungen oder Trabantsiedlungen diskutiert wurden. Die notwendige Zusage von Bundesfördermitteln, als eine wichtige Voraussetzung für die Wohnraumfinanzierung in München, war hinsichtlich des Siedlungskonzeptes an Vorgaben des Bundesbauministeriums geknüpft. Hierbei divergierten die Konzeptvorstellungen zwischen Stadt und Bund. Hypothetisch ergibt sich, dass der „Münchner Plan“ neben seiner Funktion als städtebauliche Planungsgrundlage auch als Argumentationsunterlage für den Bezug von Bundesfördermitteln diente. Im Folgenden soll der Plan auf seine Zusammenhänge mit der Großsiedlung am Hasenberg untersucht werden.

II.2.4. Der „Münchner Plan“

Diesem Unterabschnitt sei Folgendes vorangestellt: Um ein umfassendes historisches Verständnis der Bedingungen in der Anfangssituation der Siedlung zu ermöglichen, finden sich hier auch betriebswirtschaftliche, juristische und politische Inhalte, die sich durch die komplexen Ausführungen des Plans ergeben.

Der „Münchner Plan“ wurde im November 1960 von der Stadt München veröffentlicht.³¹ Innerhalb seiner sechsjährigen Laufzeit entstanden 17 Wohnsiedlungen. Neben der Siedlung am Hasenberg sollen hier die Siedlungen Fürstenried-West, Lerchenauer See, Neu-Forstenried, Neuaubing-West und Engelschalking genannt werden, weil sie in der Bautätigkeit des sozialen Wohnungsbaus ebenfalls einen zahlenmäßigen Höhepunkt darstellten.³² Mit dem Bau der Wohnanlage Hasenberg, sowie Fürstenried und Forstenried trat eine Wende im Münchner sozialen Wohnungsbau ein. Nachdem sich die Stadt München zuvor ausschließlich mit der Wiederherstellung der, durch den zweiten Weltkrieg zerstörten Altsubstanz beschäftigt hatte, waren sie die ersten geschlossenen Siedlungsmaßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot.³³ Die Aufzählung der Siedlungen zeigt einerseits die groß angelegte Bautätigkeit, welche die eklatante Wohnungsnot in München nochmals deutlich illustriert. Andererseits nennt der „Münchner Plan“ an verschiedenen Stellen den Modellcharakter der

³⁰ Stadtrat 1960, S. 15-16.

³¹ Stadtrat 1960, S. 1-39; München/Baureferat 1969, o. S. Seit der Veröffentlichung des Abschlussberichtes wurde der „Münchner Plan“ als „erster Münchner Plan“ bezeichnet.

³² München/Baureferat 1969, o. S. Das Gesamtvolumen beträgt 17.459 Wohnungen für etwa 55.868 Menschen.

³³ München/Baureferat 1969, o. S.

Siedlung am Hasenberg für den sozialen Wohnungsbau, wodurch bei einer Betrachtung anderer Siedlungen Parallelen möglich wären. Der Plan nennt die Erfahrungen mit der Siedlung im Rahmen der Siedlungsdichte, der Baulandbeschaffung, dem Einsatz von Planungsträgern und der Erschließungskosten als Richtlinie für zukünftige Baumaßnahmen.³⁴ Wahrscheinlich ist, dass die Siedlung auch anderweitig als richtungsweisend gelten kann, wie beispielsweise bei der Berechnung von Wohnungskosten oder des Finanzierungsbedarfs. Zudem bezeichnete Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel die Siedlung in seiner Rede zur Grundsteinlegung als beispielhaft für den modernen Städtebau und für künftige Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot.³⁵ Wie eng der „Münchner Plan“ mit dem Bau der Siedlung am Hasenberg verzahnt ist, wird auch in sofern deutlich, wenn man bedenkt, dass der Plan elf Monate nach Beginn der Erschließungsarbeiten in der Siedlung veröffentlicht wurde.³⁶

Zusammengefasst behandelt der Plan eine detaillierte Herleitung des Wohnungsbedarfes, die Unterscheidung von freifinanziertem und öffentlich gefördertem Wohnungsbau, Ausführungen zur Fertigbauweise, die Baulandbeschaffung, sowie die Finanzierungsmöglichkeiten jeweiliger Vorhaben.³⁷ Zum 31.12.1959 wurde ein Bedarf an 123.300 öffentlich und freifinanzierten Wohnungen festgestellt. Für dessen Ausgleich hatte die Stadt den 31.12.1966 vorgesehen. Der Bedarf errechnete sich zunächst aus 59.900 Wohnungen innerhalb des Burgfriedens. Hinzu kamen 4.750 Wohnungen für Evakuierte, für die sich die Bundesregierung in besonderer Pflicht der Fürsorge sah, sowie 66.000 Wohnungen für Einpendler, Zuwanderer und Familienneugründungen.³⁸

In der Großsiedlung am Hasenberg herrschte zu 99% öffentlich geförderter Wohnungsbau vor,³⁹ weswegen sich die Analyse des „Münchner Planes“ auch auf diese Finanzierungsform beschränkt.⁴⁰ Laut Plan war der Bau von mindestens 48.000 öffentlich durch Bund, Land oder Stadt geförderten Wohnungen, also Sozialwohnungen vorgesehen.⁴¹ Dieses Ziel wurde zwar mit einer Verspätung von zwei Jahren erreicht, führte aber nicht zur erhofften Stabilisierung der Wohnungssituation. Mindestens 21.000 dieser Wohnungen waren für Menschen mit geringem Einkommen vorgesehen, also für jene Bevölkerungsgruppe, die die Wohnungen im

³⁴ Stadtrat 1960, S. 15-17, 21, 33 Anm. 20.

³⁵ Münchner Stadtanzeiger: Ein neuer Münchner Stadtteil entsteht, Nr. 22, 27.05.1960.

³⁶ Möller 1997, S. 118.

³⁷ Stadtrat 1960, S. 1-39.

³⁸ Stadtrat 1960, S. 7-11, S. 29. Anm. 3.

³⁹ München/Baureferat 1969, o. S.

⁴⁰ Im Rahmen der Magisterarbeit sollen hier nur themenrelevante Auszüge des Planes behandelt werden. Der durch private Bauherren freifinanzierte Wohnungsbau wird außer Acht gelassen.

⁴¹ Stadtrat 1960, S. 5, 12.

Hasenbergl beziehen sollte. Im Rahmen des Münchner Wohnungsbaus war die Gruppe der Minderbemittelten als vorrangig zu betrachten, weil hier die Wohnungsnot am größten war.⁴² Um die schwierige Lage der Stadt München zu untermauern, sollten bei der Betrachtung des öffentlichen Wohnungsbaus im Rahmen der Siedlung am Hasenbergl folgende Hintergrundinformationen miteinbezogen werden: Trotzdem die Wohnungsnot in München im Vergleich zum restlichen Bundesgebiet besonders problematisch war, verzeichnete man in Bayern seit 1957 den bundesweit niedrigsten Anteil am öffentlich geförderten Wohnungsbau, der rd. 20% unter der sonst gültigen Quote von ca. 50% lag. Die Erhöhung der Förderquote auf Bundesdurchschnitt, die laut „Münchner Plan“ notwendig war, um den Bau der Sozialwohnungen überhaupt zu ermöglichen, war zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Plans nicht gesichert. Sie konnte durch den Stadtrat nur angeregt werden. Die Empfehlung besagte, die Mittel soweit zu erhöhen, dass von den 48.000 öffentlich zu fördernden Wohnungen mindestens der Bau von 21.000 Wohnungen für Minderbemittelte möglich sei. Die Siedlung am Hasenbergl deckte mit 5.500 Wohnungen also beachtliche 26% des Gesamtvolumens ab. Im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbauprogramms waren Menschen mit geringem Einkommen in den vorangegangenen Jahren nur 33% der insgesamt geförderten Wohnungen zugeordnet, was 11% der insgesamt neu gebauten Wohnungen bedeutete. Hier bestand großer Handlungsbedarf.⁴³ Zudem hatte die Stadt mit steigenden Baukosten in Verbindung mit der Inanspruchnahme zusätzlicher Darlehen, und den daraus resultierenden höheren Zinsen zu kämpfen. Der aus den gewachsenen Kosten resultierende Mietpreisanstieg musste im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus durch Aufwendungszuschüsse abgefangen werden, damit eine Miete von maximal DM 1,50/m² von Wohnungssuchenden mit geringem Einkommen überhaupt aufgebracht werden konnte. Um sich einen Überblick zu verschaffen, hatte die Stadt die Verhältnisse von 6.000 Suchkarteninhabern geprüft, die bereits über fünf Jahre beim Wohnungsamt vorgemerkt waren. Das Resultat war, dass es sich dabei zu 95% um Menschen der Arbeiter- und Angestelltenschicht handelte, deren Einkommen bei DM 500 bis DM 600 monatlich unter dem Landesdurchschnitt lag. Bei genauerer Betrachtung handelte es sich dabei größtenteils um Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone, Personen, die anderweitig durch den Krieg Alles verloren hatten, oder Menschen, die der Dringlichkeitsstufe I angehörten. Diese Menschen konnten sich nur Altwohnungen oder öffentlich geförderte Neubauwohnungen mit niedrigen Mieten leisten. Erstere standen diesem Personenkreis kaum zur Verfügung. Die Denkschrift nannte zusätzlich eine Quote von 40% neuer Antragsteller, die ebenfalls auf

⁴² Stadtrat 1960, S. 20-21; München/Baureferat 1969, o. S.

⁴³ Stadtrat 1960, S. 12, 13.

öffentlich geförderten Wohnungsbau angewiesen waren, sowie den Bedarf von 13.800 Wohneinheiten für Menschen, die in Lagern und Behelfsunterkünften, wie dem Lager „Frauenholz“, also den später als „Hasenberg-Nord“ und „Nord-Ost“ bezeichneten Siedlungsabschnitten untergebracht waren.⁴⁴ Bei der Betrachtung der Erhöhung des Mietniveaus sollte die Vergrößerung der Wohnungsgrundrisse und die verbesserte Innenausstattung nicht außer Acht gelassen werden.⁴⁵ Im Bezug auf das Hasenberg wirkte sich der Kostenanstieg in einer Miete von DM 1,76/m² aus, welche in den ersten fünf Mietjahren durch städtische Bezuschussung von DM 0,30 künstlich auf DM 1,46 gesenkt wurde.⁴⁶

Im Bezug auf die Schätzung von zukünftigen Erschließungskosten für den öffentlichen Münchner Wohnungsbau hatte die Großsiedlung am Hasenberg Modellcharakter.⁴⁷ Betrachtet man die allgemeinen Ausführungen⁴⁸ zur Finanzierung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus im „Münchner Plan“ näher, so dürften sich bei der Finanzierung des Bauvorhabens folgende Schwierigkeiten ergeben haben: Da die Siedlung auf unerschlossenem Gebiet erstellt wurde, hatte man zunächst Erschließungsmaßnahmen zu tätigen. Die finanziellen Mittel hierzu mussten durch die beteiligten Bauträger anteilig vorfinanziert werden, weil die, durch die Bayerische Landesbodenkreditanstalt bereitgestellten Erschließungsdarlehen nicht ausreichten. Auch öffentliche Wohnungsbaufördermittel wurden den Bauträgern erst nach Beginn der Hochbauarbeiten schrittweise zugeführt. Dies dürfte die Bauträger vor erhebliche Finanzierungsengpässe gestellt haben, weil Großbauvorhaben außergewöhnlich hohe Kosten verursachen. Daraus resultierte die Gefahr von Verzögerung, bzw. im Endresultat, dass der, für die Bevölkerung dringend benötigte Wohnraum nicht zeitnah zur Verfügung gestellt werden hätte können. Um diesen Zustand zukünftig zu umgehen, empfahl der Stadtrat eine Bereitstellung durch den Bund von ausreichenden Sondermitteln zur Baulanderschließung, sowie eine längere Laufzeit von Erschließungsdarlehen. Hier dürfte der Bundeswohnungsminister Paul Lücke angesprochen gewesen sein. Eine weitere Empfehlung galt der generellen Zinssenkung für Hypothekendarlehen durch die Bundesbank, die sich insofern ausgewirkt hätte, als dass die Quote von in Anspruch zu nehmenden Förderungsmitteln gesunken wäre.⁴⁹ Eine weitere

⁴⁴ Stadtrat 1960, S. 12-13, S. 33 Anm. 19. 1957 war die Miete mit DM 1,20 anzusetzen, was einem Anstieg der Mietpreise innerhalb von drei Jahren um 68% entspricht. Für eine freifinanzierte Neubauwohnung betrug die Miete DM 3,00 bis DM 3,50/m².; Münchner Stadtanzeiger: 20 Jahre Hasenberg - Chronik einer Großsiedlung (2), Nr. 10, 06.02.1981.

⁴⁵ Stadtrat 1960, S. 13.

⁴⁶ Stadtrat 1960, S. 33 Anm. 19.

⁴⁷ Stadtrat 1960, S. 21.

⁴⁸ Stadtrat 1960, S. 18-19.

⁴⁹ Stadtrat 1960, S. 18-19.

negative Implikation auf die Bauvorhaben stellte die, durch das „Zweite Wohnungsbaugesetz“ festgelegte jährliche Kürzung von Bundeswohnungsbaumitteln dar, die laut Plan nur bis Ende 1962 gesichert waren. Die Wohnraumhilfemittel des Lastenausgleichs sollten 1965 auslaufen.⁵⁰ Dem „Münchner Plan“ sind im Bezug auf das Hasenberggl weitere Aussagen zu entnehmen. So dürfte der Aufwand für die Grundstückskosten mit 6-7% der Gestehungskosten durch die Lage des Grundstückes am Stadtrand niedriger, als der für Grundstücke im Zentrum mit 16% gewesen sein. Für eine Wohnung mit 60m² waren bei einer Ausstattung mit Zentralheizung DM 30.400 reine Baukosten zu veranschlagen. Der Wohnstandard wurde durch den Einbau einer Zentralheizung erhöht; hierdurch entstanden höhere Kosten von DM 2.100.⁵¹

Der „Münchner Plan“ setzt sich zudem mit der Fertigbauweise auseinander. Bei dieser handelte es sich um ein „Bauverfahren mit vorgefertigten Bauelementen, angefangen von vorgefertigten Wand- und Mauerelementen und dergleichen[,] bis zu vorfabrizierten Wohnzellen mit eingebauter Installation.“⁵² In der Siedlung wurde die Durisol- und Feidner-Bauweise und das System Coignet in Anwendung gebracht.⁵³ Hierdurch sollte bei geringeren Baukosten eine Steigerung der Baukapazität und eine schnellere Produktion erreicht werden, um die Ziele des Lücke-Plans von 20.000 WE p. a. erreichen zu können. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Planes war noch nicht geklärt, ob auch bei der Fertigbauweise Wohnungsbauförderungsmittel von Bund oder Land zur Anwendung kommen,⁵⁴ die der Siedlung zugute hätten kommen können. Zu jenem Zeitpunkt testete die Stadt München gerade verschiedene ausländische Systembauweisen auf Kosten, klimatische Zulänglichkeiten und die Erfüllung von qualitativen Anforderungen. Die Basis für eine Anwendung dieser Bauweise sollte allerdings eine finanzielle Beteiligung durch Staat und Land bilden, weil langfristige Verträge mit einer Mindestabnahme von Bauteilen abgeschlossen werden mussten.⁵⁵

II.2.4. Der Jensenplan

Bereits 1960, noch während der Entstehungsphase der Siedlung am Hasenberggl gab die Stadt München einen neuen Stadtentwicklungsplan, der im Folgenden als „Jensenplan“ bezeichnet wird und 1963 in Kraft trat in Auftrag, in dem kurze Ausführungen über die Siedlung am

⁵⁰ Stadtrat 1960, S. 19.

⁵¹ Stadtrat 1960, S. 36, Anm. 28. Beispiel I. a); Neue Heimat Monatshefte 1960, o. S. Die Wohnungen im Hasenberggl waren mit Zentralheizung ausgestattet.

⁵² Stadtrat 1960, S. 38, Anm. 30.

⁵³ München/Baureferat 1969, o. S.

⁵⁴ Stadtrat 1960, S. 6, 26.

⁵⁵ Stadtrat 1960, S. 26, S. 38 Anm. 30-31.

Hasenbergl enthalten sind.⁵⁶ Der Plan sollte die städtebauliche Basis für einen Zeitraum von 30 Jahren bilden.⁵⁷ Im Jensenplan heißt es: „Als Richtlinie für die weitere städtebauliche Entwicklung dienten ihr [der fünften Münchner Bauepoche] der Wirtschaftsplan vom 30. Januar 1958 und der Generalverkehrsplan vom 02. Juli 1958. Ausdruck der Baugesinnung dieser beginnenden Epoche sind die bereits errichteten Großsiedlungen Bogenhausen, Fürstenried und Am Hasenbergl“.⁵⁸ Weiterhin bezeichnet der Stadtentwicklungsplan von 1963 die seit 1953 entstandenen Siedlungen in den Innenstadtrand- und Außengebieten als Orte der echten baulichen Konzentration. Die neuen Siedlungen wurden laut dem Plan in zuvor unwirtschaftlich bebauten Gebieten erstellt, die im Vergleich zum Innenstadtbereich eine zu niedrige bauliche Dichte aufwiesen.⁵⁹ Einzelheiten des „Jensenplans“ werden bei der Betrachtung der Siedlungsabschnitte „Hasenbergl-Süd“ und „Hasenbergl-Nord“ in die Arbeit einfließen.

III. Die Siedlung am Hasenbergl

III.1. Einfluss internationaler Vorbilder

Für das Konzept der Siedlung am Hasenbergl existierten teilweise internationale und deutsche Vorbilder, die hier vorangestellt werden sollen.

Die deutschen Architekten waren während der Zeit des nationalsozialistischen Regimes von ausländischen Architektureinflüssen abgeschnitten und nach dem zweiten Weltkrieg sehr wissbegierig. Deswegen setzte zu diesem Zeitpunkt eine rege Reisetätigkeit der deutschen Architekten ein. Ausländische Zeitschriften wurden gelesen, nach ausländischen Vorbildern gesucht und mit dem deutschen Material verglichen. Die Schwedischen Vororte Vällingby und Tapiola, oder Halen in der Schweiz wurden zu beliebten Reisezielen. Man holte sich die ausländischen Architekten ins eigene Land. Nach 1945 herrschte zudem in vielen europäischen Ländern zeitgleich eine Phase des architektonischen Aufbruchs und der Wohnungsnot vor.⁶⁰

Auch Johann-Christoph Ottow reiste in die Schweiz nach Zürich, besuchte Vororte in Schweden, wie Farsta oder Vällingby und die Londoner New Towns.⁶¹

Die deutschen Architekten faszinierten die Qualität und die Perfektion der Schweizer Architektur, und die verantwortungsbewusste Einstellung der Architekten. Zu den

⁵⁶ Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 16.03.1960.

⁵⁷ Stadtplanungsamt 1963, S. VII.

⁵⁸ Stadtplanungsamt 1963, S. 7.

⁵⁹ Stadtplanungsamt 1963, S. 8-9.

⁶⁰ Kähler 1999, S. 952-954.

⁶¹ Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008.

Besichtigungszielen zählten hier Sichtbetonbauten, Bauten der klassischen Moderne oder die sozialen Wohnungsbauten.⁶²

Das schwedische Model galt bis 1965 im Bereich der Stadtplanung und des Wohnungsbaus als vorbildlich. Die deutschen Architekten orientierten sich an den Punkthäusern der ersten Trabantenstädte Stockholms, die sie als Teil der gegliederten und aufgelockerten Städte übernahmen. Die Trabantenstadt Vällingby wurde zum Pilgerziel des sozial engagierten, modernen Städtebaus. (Abb. 8) Schweden war durch seine neutrale Politik von den Zerstörungen des zweiten Weltkrieges unverschont geblieben. In Vällingby wurde ein von der Mutterstadt abhängiger Trabant mit eigenen Unterzentren gebaut. Vällingby kennzeichnet sich durch eine Funktionstrennung der Verkehrsarten, die höhendifferenzierte, gemischte Bauweise und die Konzeption von Zentren in der Nähe von Haltestellen des öffentlichen Verkehrs. Die Planung von so genannten ABC-Städten, mit einer Anlagerung von Arbeitsstätten in der Nähe der Wohnsiedlungen misslang.⁶³

Auch die Londoner New Towns, wie Stevenage, Harlow oder Crawley stellten ein „Pilgerziel“ der 50er Jahre dar. (Abb. 9) Hierbei handelt es sich zunächst um selbständige Trabantenstädte die von Entwicklungsgesellschaften geplant wurden. 1959 änderte der britische Staat die Voraussetzungen. Die Größe wurde von 6.000 auf 100.000 Personen angehoben. Die Selbständigkeit wurde aufgehoben. Die Neue Heimat hatte eine Reise in die New Towns arrangiert, an der auch die Architekten Lang, Werz und Ottow teilnahmen. Sie erfolgte allerdings erst 1960, als die Planungen für die Siedlung am Hasenberg schon weitgehend abgeschlossen waren, weswegen die New Towns keine Vorbildfunktion hatten.⁶⁴

Die Interbau, die 1957 als internationale Bauausstellung in Berlin stattfand, vereinte eine Vielzahl von namenhaften internationalen Architekten des Neuen Bauens aus 14 verschiedenen Ländern. (Abb. 10) Dazu gehörten Le Corbusier, Walter Gropius, Alvar Aalto, Wassili Luckhardt, Hans Scharoun oder Max Taut. Sie war die erste internationale bauliche Verwirklichung der Theorie der gegliederten und aufgelockerten Stadt auf deutschem Boden. Im Ausstellungskatalog findet sich zur Zielsetzung: „So mag das neu entstandene Hansaviertel neben seiner Bedeutung als vereinigte Baustelle so vieler hervorragender Architekten der Welt und als Experimentierfeld für den öffentlichen geförderten modernen Wohnungsbau in den Prinzipien seines Aufbaus Erkenntnisse vermitteln über die Ziele und Grundsätze, nach denen wir dereinst auch den Aufbau der inneren Stadträume des gesamten wiedervereinigten Berlin vollziehen wollen.“⁶⁵

⁶² Kähler 1999, S. 987.

⁶³ Kähler 1999, S. 955-957.

⁶⁴ Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008.

⁶⁵ Interbau Berlin 1957, S. 19, 22-23, 42.

Was die Beispiele in der Münchner Landeshauptstadt angeht, so soll hier die Parkstadt Bogenhausen genannt werden. (Abb. 11) Sie war für 6.500 Menschen konzipiert worden, wurde zwischen 1954 und 1956 erbaut und enthielt bereits eine aufgelockerte Bebauung. Die Gebäude bestanden aus vier-, fünf- und achtgeschossigen Zeilenbauten, sowie aus zwölf- und 15-geschossigen Punkthochhäusern. Das Wesentliche hierbei ist, dass an der Parkstadt Bogenhausen auch Architekten, die die Siedlung am Hasenberg konzipierten und ausführten, wie Helmut von Werz, Johann-Christoph Ottow oder Matthä Schmölz mitarbeiteten.⁶⁶

III.2. Planung und Baugeschichte der Großsiedlung am Hasenberg

Am 14.04.1959 beschloss die Stadtratsvollversammlung den Bau der Großsiedlung am Hasenberg. Im Antrag des Referenten war die Rede von einer Größenordnung von 80 – 90 ha und einer noch vertretbaren Bevölkerungsanzahl von 9.000 bis 10.000 Menschen, die 3.000 Wohneinheiten belegen sollten.⁶⁷ Tatsächlich wurden 5.593 Wohnungen für etwa 18.000 Menschen gebaut.⁶⁸ Die Siedlung wurde von 1960 bis 1964 in fünf Bauabschnitten erstellt. Der erste Bauabschnitt wurde noch vor Veröffentlichung der „Münchner Planes“ in den Jahren 1959 und 1960 durchgeführt. Die weiteren Bauabschnitte fielen in die Laufzeit des Planes.⁶⁹

III.2.1. Wettbewerb, Konzept und Planung

Vom Stadtratsbeschluss im April 1959 bis zur ersten Bautätigkeit vergingen nur sechs Monate,⁷⁰ was angesichts der Ausmaße der Siedlung einen sehr knapp bemessenen Zeitraum darstellt.

Entgegen den ursprünglich anders geprägten Vorstellungen und den Empfehlungen durch die, von der Stadt München beauftragten Städteplaner Prof. Steiner und Guther, entschied der Stadtrat insbesondere auf Druck des damals amtierenden Tiefbaureferenten Helmut Fischer, keinen Architekturwettbewerb für die Siedlungen Fürstenried und Hasenberg auszuschreiben.

⁶⁶ Kuhn 1992, S. 198-212.

⁶⁷ vgl. Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates am 14.04.1959, RP, Aktensammlung zu Stadtratsvollversammlungen, 732/20, S. 1371-1372. Das Aktenmaterial fällt hier im Vergleich zur zeitgleich begonnenen Siedlung Fürstenried sehr gering aus. Das Bauland war zu diesem Zeitpunkt bereits in städtischem Besitz. In den Ratsprotokollen von 1958 sind in Feldmoching vermehrt Grundstückstausche, sowie deren Enteignungen zu beobachten; Münchner Stadtanzeiger: 20 Jahre Hasenberg - Chronik einer Großsiedlung (1), Nr. 8, 30.01.1981, S. 15. Da der Stadtteil Hasenberg noch nicht existierte, wurde in anfänglichen Ausführungen der Zusatz „östlich von Feldmoching“ erklärend beigelegt.

⁶⁸ Möller 1997, S. 115.

⁶⁹ München/Baureferat 1969, o. S.

⁷⁰ Münchner Stadtanzeiger: 20 Jahre Hasenberg - Chronik einer Großsiedlung (2), Nr. 10, 06.02.1981, S. 16.

Als Begründung wurde offiziell das Argument angeführt, es sei hoher Zeitdruck geboten, der durch die Lage des Grundstückmarktes bedingt sei. So würden die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften das Bauland so schnell wie möglich benötigen, weswegen auf eine gut überlegte Planung durch einen Wettbewerb, dessen Ergebnis erst im Dezember 1959 zu erwarten gewesen wäre verzichtet wurde.⁷¹ In einer Sitzung des Kommunalausschusses heißt es: „Die Stadt habe die Auflage, die Wohnungen am Hasenberg auch für SBZ-Flüchtlinge und Spätaussiedler vorzusehen. Entsprechend dem auf die Stadt treffenden 19% igen Anteil an den Wohnungsbaumitteln seien ihr 19% (=1140) der nach Bayern hereinströmenden SBZ-Flüchtlinge und Spätaussiedler zugeteilt worden. Während es gelungen sei 400 Flüchtlinge und Aussiedler ... unterzubringen, könnten die restlichen 740 keine entsprechende Wohnung erhalten. Diese Tatsache sei mit die Ursache für die stark vorangetriebenen Planungsarbeiten für die Großsiedlung Hasenberg. Ein weiterer Grund hierfür seien die noch vor zwei Jahren sehr flüssig gewesenen Kapitalmarktmittel. In der letzten Zeit seien zwei Drittel aller neu erstellten Wohnungen frei finanziert und nur ein Drittel öffentlich gefördert worden. Dadurch hätten sich diejenigen Kreise, die dazu finanziell in der Lage waren, eine freifinanzierte Wohnung ... leisten können, während diejenigen Personen, die schon seit 5 – 7 Jahren bei den Wohnungsämtern vorgemerkt sind, nicht zum Zuge kamen.“⁷² Kurz gefasst bedeutet das, dass die Planung der Siedlung deshalb so schnell vorangetrieben wurde, weil es einerseits um den zügigen Erhalt von Mitteln ging, und andererseits das sozialpolitische Ziel der Unterbringung von Personen mit geringem Einkommen schnell erreicht werden sollte.

Über den Ablauf der Planung konnte trotz erheblichen Rechercheaufwandes in verschiedenen Archiven nur wenig herausgefunden werden. Zunächst erstellte die Neue Heimat Bayern ein Planungsprogramm, welches später als Basis für die Einholung eines städtebaulichen Planungsgutachtens der maßgeblich beteiligten Architekten fungierte.⁷³ Der Architekturwettbewerb wurde nicht offiziell ausgeschrieben, sondern es fand ein interner Wettbewerb statt. Das Referat für Stadtplanung veranstaltete im Technischen Hochhaus eine Versammlung, an der auch Stadträte und Gemeinderäte teilnahmen, zu der die Architekten eingeladen wurden. Hier wurden ihnen die Rahmenparameter für die Siedlungsplanung vorgestellt. Dazu gehörten die Standortbedingungen, die mit Wohnraum zu versorgende Bewohneranzahl, die Anzahl der Wohneinheiten und die etwaige Größe der Wohnfläche. Die grundlegenden Parameter hatte die Stadt aus einer Studienreise in die New Towns von

⁷¹ Süddeutsche Zeitung: Die Stadt plant ins Blaue, 15.04.1959.

⁷² Beschluss des Kommunalausschusses vom 21.12.1959, RP, Aktensammlung, 732/9, S. 300-301, Typoskript, Stadtarchiv München.

⁷³ Neue Heimat Monatshefte 1960, S. 33. Weder das Planungsprogramm noch das Gutachten konnten aufgefunden werden.

London gewonnen. Nach zwei Monaten erfolgte ein weiterer Termin, an dem die Architekten ihre Erstentwürfe präsentierten. In einer Debatte wurden die Modelle offen vor allen Teilnehmern von den Beteiligten diskutiert. Der ausgeführte Entwurf wurde bei dieser Sitzung wohl nicht gleich bemerkt. Erst beim nächsten Mal fiel die Entscheidung.⁷⁴ Zur Auswahl standen drei Entwürfe,⁷⁵ die von den Architekten Ernst Maria Lang, Helmut von Werz und Johann-Christoph Ottow, sowie von Fritz Vocke erstellt worden waren. Die erstgenannten drei Architekten bildeten das spätere Kernteam.⁷⁶ Prof. Johann-Christoph Ottow (* 1922) studierte an der Technischen Hochschule München Architektur. Lehrer von prägendem Einfluss waren Hans Döllgast, Friedrich Kraus und Martin Elsässer. Seit 1947 arbeitete er mit Helmut von Werz zusammen, mit dem er 1952 eine Partnerschaft gründete. Zu den wesentlichen Stationen seiner Karriere gehörten ehrenamtliche Tätigkeiten für den Vorstand und in den Ausschüssen des BDA, der Vorsitz im Landeswettbewerbssausschusses der Bayerischen Architektenkammer, der 1969 erhaltene Förderpreis der Landeshauptstadt München für Architektur und 1973 die Berufung an die Technische Universität München für die Leitung des Lehrstuhls „Einführung in das Entwerfen“. Weiterhin führte Prof. Ottow, von 1980 bis 1982 das Amt des Dekans der Fakultät für Architektur aus. 1989 erimitiert er. 1998 zog er sich im Alter von 75 Jahren aus dem Berufsleben zurück.⁷⁷ Helmut von Werz (1912 - 1990) stammte aus Siebenbürgen und gründete 1946 sein Architekturbüro. Als Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, der Deutschen Delegation der UIA (Union Internationale des Architectes), des Comité de Liaison in der EG, des Landesplanungsbeirates und des Landesdenkmalrates wirkte er in vielen öffentlichen Gremien mit und war Inhaber der Medaille "München leuchtet".⁷⁸ Ernst Maria Lang studierte an der Technischen Hochschule in München Architektur, assistierte von 1946-1949 Prof. Robert Vorhoelzer, war von 1955-68 Vorsitzender des BDA in München und Bayern und wurde 1970 Vorsitzender der Bayerischen Architektenkammer. Außerdem ist hier seine 50jährige Tätigkeit als Karikaturist für die Süddeutsche Zeitung zu nennen.⁷⁹ Über Fritz Vocke ist nur wenig bekannt. Die Vernetzung mit dem späteren Architektenteam der Siedlung am Hasenberg entstand wohl im Rahmen des 1951 durchgeführten ECA-Wettbewerbes. Hier hatte Fritz Vocke den ersten Preis für München gewonnen.⁸⁰

Am 18.06.1959 beschlossen die Bauträger, den Entwurf der Architektengemeinschaft Werz/Ottow auszuarbeiten und das Projekt unter Einbeziehung von Ernst Maria Lang unter

⁷⁴ Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008.

⁷⁵ Neue Heimat Monatshefte 1960, S. 33.

⁷⁶ Möller 1997, S. 131.

⁷⁷ Ottow 1998, S. 4.

⁷⁸ vgl. http://www.nordostkultur-muenchen.de/biographien/werz_helmut.htm vom 18.12.2008.

⁷⁹ Möller 1997, S. 133.

⁸⁰ vgl. zum Entwurf von Fritz Vocke in Milbertshofen: Wandersleb 1952, S. 32-33, 50.

die Leitung von Helmut von Werz zu stellen.⁸¹ (Abb. 12) Für die Planung der Grünanlagen wurde der Gartenarchitekt Alfred Reich ausgewählt. Er hatte bereits die Anlagen in der Siedlung Parkstadt-Bogenhausen entworfen.⁸²

Auf Basis des von der Stadt München genehmigten Gesamtkonzeptes von Werz/Ottow wurden später Teilpläne durch das Architektenteam ausgearbeitet, die mit den einzelnen Bauträgern besprochen wurden, und von deren Architekten⁸³ weiterbearbeitet wurden. Im Rahmen der Konzeptplanung wurden von Werz, Ottow und Lang auch spezifische Regeln hinsichtlich der Ausführung festgelegt, welche die „Einheitlichkeit“ sicherstellen sollten, um zu vermeiden, dass das Konzept wegen „Individualismus“ in der Detailausführung auseinander fällt. Diese Regeln umfassten Aspekte wie Gebäudehöhen oder Dachneigungen. Obwohl es in der Detailausführung durchaus Freiheitsgrade für die Architekten der Bauträger gegeben hätte, wurden diese kaum genutzt, so dass sich nach Fertigstellung ein zwar einheitlicher, aber auch durchaus monotoner und teilweise bedrückender Eindruck einstellte.⁸⁴

Die einzelnen Konzeptentwürfe für die Siedlung am Hasenberg präsentierte sich wie folgt: Der abgelehnte Entwurf von Fritz Vocke wäre im Gegensatz zu dem ausgeführten Objekt durch eine gleichförmigere Struktur gekennzeichnet gewesen. (Abb. 13) Die Zeilen verliefen zu etwa 70% parallel mit einer Stirnseitenorientierung von Norden nach Süden entlang des Wegesystems. Letzteres verfügte zwar über Kurvungen, erinnerte aber eher an eine Rasterstruktur. Der Plan enthielt zwar weitaus mehr Punkthäuser. Insgesamt ist bei dem nicht ausgeführten Entwurf aber eine größere Monotonie anzunehmen. Eine konzentrierte Akzentuierung, wie dies durch die Betonung durch drei Punkthäuser des eigentlichen Hasenbergl im ausgeführten Objekt geschah, ist hier nicht vorhanden. Im Entwurf von Fritz Vocke wurde das Hasenberg nicht eigens architektonisch betont, sondern sollte eine Aussichtsplattform mit Bänken und Fahnen erhalten. Diese Lösung wurde abgelehnt. Durch die Anordnung der Zeilen in Nord-Südrichtung wäre der zusammenhängende Grünzug deutlicher und zusammenhängender zum Tragen gekommen. Die Zentren waren ebenso über das Siedlungsgebiet verteilt. So weit sich das aus der Abbildung herauslesen lässt, bildete sich aber kein Hauptzentrum heraus. Der Entwurf von Ernst Maria Lang konnte nicht im Detail eruiert werden, weil keine Abbildungen des Gesamtkonzeptes mehr auffindbar sind. Es ergab sich jedoch, dass Ernst Maria Lang ein Konzept hatte, welches dem genehmigten Entwurf

⁸¹ Möller 1997, S. 115-116.

⁸² Laturell 2000, S. 96.

⁸³ Baureferat/Wohnungswesen: Wohnanlage am Hasenberg. Zusammenstellung von Daten vom 20.08.1964, Bürgermeister und Rat, Akte Nr. 3924, Typoskript, Stadtarchiv München. Bei den weiteren Architekten handelte es sich um: Alexander von Branca, Hans Dauser, Karl Gollwitzer, Herbert Groethuysen, Ernst Hürlimann, Lois Knidelberger, H. Kugler, Gordon Ludwig, H. Poppitz, Franz Raab, Matthä Schmölz, Hermann Seldmayer, Hans Walter, Hans-Jakob Lill, Fritz Norkauer, L. Kubizek und Siegfried Grasse.

⁸⁴ Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008.

des Architekturbüros Werz/Ottow stark ähnelte, weswegen diese Architekten später auch als Leitteam zusammengeschlossen wurden. Aus Langs Entwurf wurde die Gebäudegruppe zwischen der Dülfer- und der Blodig- und Wellenkampstraße übernommen.⁸⁵ (Abb. 14)

Dem letztendlich ausgeführten Modell lagen verschiedene Überlegungen zugrunde. (Abb. 15) Einigkeit unter den Architekten bestand dahingehend, dass die Großsiedlung als gliederndes Ordnungselement im indifferenten städtebaulichen Raum des Münchner Nordens dienen sollte. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde eine siedlungsweite einheitliche Note der Gliederung und der Form der Baukörper anvisiert. Die Höhengliederung war wesentlich mehr von wirtschaftlichen, als von architektonischen Erwägungen geprägt. Die Architekten stimmten darin überein, dass die Höhenunterschiede zu gering waren, um eine prägnante Gliederung zu erreichen. Um die geringen Höhenunterschiede der drei- bis fünfgeschossigen Zeilen zumindest ein wenig zu betonen, und hierdurch eine gewisse Abwechslung zu erzielen, empfahlen die Architekten ein flaches Kaltdach mit einem Neigungswinkel von 12°. Anhand der Bewohnerzahl erfolgten Berechnungen für den Straßenumfang. (Abb. 16) Im Rahmen der Verteilung der Schulen auf dem Siedlungsgelände wurden Abstandsberechnungen durchgeführt. Hierbei bezogen die Planer auch weiter entfernte Schulen, wie die Schule am Harthof oder an der Lerchenauerstraße in die Überlegungen mit ein. Das Ziel dieser Berechnungen lag darin, dass die Kinder einen maximalen Schulweg von 15 Minuten haben sollten. (Abb. 17) Im Rahmen von Wirtschaftlichkeitsfragen, und um die Masse der Bauten in der kurzen Zeit bewältigen zu können, wurde ein Typenkatalog für die Gebäude der Siedlung entwickelt. Es existieren etwa 23 verschiedene Typen von Gebäuden und Gebäudeteilen. Dabei konnte eine Zeile aus mehreren Typen zusammengesetzt sein. (Abb. 18) Das Architekturbüro Werz/Ottow entwickelte ein eigenes System für die Gebäudeabstände, das später sehr wahrscheinlich in die Bayerische Bauordnung aufgenommen wurde. Der Abstand zwischen zwei Gebäuden betrug zwei Gebäudehöhen. Die formalen Aspekte der Siedlungsgebäude ergaben sich aus wirtschaftlichen und praktischen Überlegungen. Die Grundrisskonzeption der Zeilen war z. B. eine Frage der Wirtschaftlichkeit. Die Außenfassaden sollten möglichst wenige Rücksprünge erhalten, um Material- und Heizkosten gering zu halten. Auch das Konzept von freistehenden Gebäuden ohne Ecklösungen war, neben Besonnungsfragen und allgemeinen Tendenzen in der Siedlungsarchitektur dieser Zeit eine Wirtschaftlichkeitsfrage. Die Aufteilung der Wohnungstypen, mit einer bestimmten Anzahl an Zimmern war von den Bauträgern vorgeschrieben. Die Wohnungsgrundrisse wurden so konzipiert, dass wenig Raum für die Verkehrsflächen verbraucht wurde, und mehr Fläche für den Wohnraum blieb. Gebäude mit fünf Geschossen erhielten aus Kostengründen

⁸⁵ Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008.

keine Aufzüge. Diese Lösung galt damals als gerade noch vertretbar. Da Tiefgaragen zu teuer gewesen wären, wurden oberirdische eingeschossige Garagen gebaut.⁸⁶

III.2.2. Baugeschichte

Bevor auf die eigentliche Baugeschichte der Siedlung am Hasenberg eingegangen wird, sollen hier noch ein paar Worte darüber gesagt werden, wie sich das Planungsgebiet zuvor gestaltete. 1809 befand sich auf dem späteren Siedlungsgebiet eine Hasenhütte, im 19. Jahrhundert eine Schinderhütte, um 1900 das Wirtshaus Abdecker, sowie 1920 eine Gärtnerei und Baumschule. 1928 legten einheimische Truppen in dem Gebiet des eigentlichen Hasenbergl Schützengräben an. Im weiteren Verlauf wurde der Bereich zunächst durch die Amerikanischen Streitkräfte genutzt, die die Schleißheimerstraße bis 1951 besetzt hielten. Von 1955 bis 1959 diente das Gelände der Bundeswehr zu militärischen Übungszwecken.⁸⁷ Zwischen 1952 und 1954 entstanden zwei Selbsthilfe-Siedlungen am Hasenberg. Sie sind städtebaulich gesehen eher weniger relevant, weil sie zu Baubeginn der Großsiedlung am Hasenberg bereits bestanden und nur am Rande in die Planungen des Siedlungskonzeptes integriert waren.⁸⁸ Die Selbsthilfe Siedlung Hasenberg I ist zwischen der Schleißheimer Straße und der Hasenbergstraße an der Weitlstraße zu verorten. Sie wurde ab 1952 in Eigenregie der späteren Eigentümer gebaut und umfasste 50 Eigenheime. Im September 1953 waren die ersten 50 Häuser bezugsfertig; im Frühjahr 1954 umfasste die Siedlung 104 Häuschen. Die Selbsthilfesiedlung Hasenberg II mit 52 Häusern befindet sich an der Udalrich- und der Leisewitzstraße und erhielt die Bauzustimmung vom Stadtrat im März 1954.⁸⁹ Bereits im Oktober 1959 begannen die Erschließungsarbeiten, wie Straßen- und Kanalbauarbeiten.⁹⁰ Wie im Falle der Siedlung Fürstenried-Ost wurden die Tiefbauarbeiten vor den Hochbauarbeiten erstellt.⁹¹ Der Grundstein für die Siedlung am Hasenberg wurde am 25.05.1960 von dem damals gerade am 01.05.1960 ins Amt berufenen Oberbürgermeister Dr.

⁸⁶ Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008; Neue Heimat Bayern: Aktenvormerkung. Konstruktive Details für die Großsiedlung am Hasenberg vom 28.08.1959, Typoskript, WSB Bayern; Möller 1997, S. 131-137.

⁸⁷ Ottmann 2004, S. 55; Münchner Stadtanzeiger: 20 Jahre Hasenberg - Chronik einer Großsiedlung (1) vom 30.01.1981.

⁸⁸ München/Baureferat 1969, o. S..

⁸⁹ Süddeutsche Zeitung: Eigenbau am Hasenberg. Selbsthilfe-Siedlung auf städtischen Grundstücken / Bau-Arbeit nach Feierabend vom 22.10.1953. Die Bauarbeiten wurden unter der Aufsicht des Wiederaufbaureferates durchgeführt. Es handelt sich um Doppelhaus- und kleine, sowie große Einzelhaustypen mit steilem Satteldach mit 47 bis 61m² Wohnfläche. Als Maßnahme gegen die wilden Siedlungen wurde der Bau dahingehend gefördert, dass das 30%ige Eigenkapital in der eigenen Bauleistung lag.

⁹⁰ Möller 1997, S. 118.

⁹¹ München/Baureferat 1969, o. S.

Hans-Jochen Vogel gelegt.⁹² (Abb. 19) In seiner Rede sprach er davon, dass die Siedlung für zukünftige Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot und des modernen Städtebaus beispielhaft werden solle.⁹³ Bei der Grundsteinlegung war nicht nur mit dem ersten Bauabschnitt bereits begonnen worden, sondern der Rohbau stand schon teilweise. Symbolträchtig für die gebotene Eile verlief somit auch die Grundsteinlegung. Der Stein wurde nicht wie üblich in die Fundamente eines der Gebäude gesetzt, sondern in einen externen Sockel, den später eine Skulptur von Alexander Fischer zieren sollte.⁹⁴

Gemäß dem „Münchner Plan“ war für größere Baugebiete über 800 WE, wie für die hier besprochene Siedlung ein Planungsträger einzusetzen,⁹⁵ der die oberste Leitung der Bauträger inne hatte. In diesem Fall handelte es sich um die „Neue Heimat Bayern“, die sechs, für die Bebauung verantwortliche Bauträger überwachte. Sie bestanden aus fünf gemeinnützigen und einem freien Unternehmen.⁹⁶ Im Geschäftsbericht aus dem Jahr 1961 der Neuen Heimat hieß es hierzu bedeutungsschwer: „Gerade das Beispiel der Großwohnanlage „Am Hasenberg“ hat bei allen am Wohnungsbau Beteiligten die Erkenntnis vertieft, dass größere städtebauliche Projekte, die abwicklungsmäßig in mehrere Hände gegeben werden, aus Organisations- und Planungsbedürfnissen heraus der einheitlichen Federführung durch einen Planungsträger bedürfen.“⁹⁷ Unter den Bauträgern hatte die Südhausbau GmbH die führende Rolle inne.⁹⁸

Bei der Betrachtung der Baugeschichte sollte im Hinterkopf behalten werden, dass die Bauträger während die Bautätigkeit voranschritt, einen Anstieg der Gestehungskosten pro Wohnung um rd. 40% (!) innerhalb von drei Jahren zu bewältigen hatten.⁹⁹ Die Prognosen in der Berichterstattung stürmten der tatsächlichen Bautätigkeit davon. So war bei der Grundsteinlegung die Rede davon, dass der erste Bauabschnitt mit 1.800 Wohnungen noch 1960 fertig gestellt werden sollte.¹⁰⁰ Im Dezember 1960 hieß es schon gemächlicher, dass der erste Bauabschnitt mit 1.588 Wohnungen bis Mitte 1961 fertig sein sollte. Zu diesem

⁹² Neue Heimat Monatshefte 1960, S. 25; Münchner Merkur: Neues Stadtviertel „Am Hasenberg“ vom 27.05.1960; Laturell 2000, S. 94.

⁹³ Dr. Hans-Jochen Vogel: Rede anlässlich der Grundsteinlegung der Siedlung am Hasenberg vom 25.05.1960, Bürgermeister und Rat, Akte Nr. 3934, Typoskript, Stadtarchiv München.

⁹⁴ Neue Heimat Monatshefte 1960, S. 29; Süddeutsche Zeitung: Die Hasenbergler ließen ein Fest steigen vom 16.07.1965.

⁹⁵ Stadtrat 1960, S. 5.

⁹⁶ Neue Heimat Monatshefte 1960, S. 31. Es waren dies die Südhausbau GmbH (kurz SHB) mit ihrer Tochtergesellschaft Be-Ge-Bau GmbH (kurz Be-Ge-Bau), das Evangelische Siedlungswerk in Bayern Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (kurz ESW), die Gemeinnützige Bayerische Wohnungsgesellschaft AG (kurz GBW), die Gemeinnützige Wohnstätten- und Siedlungsgesellschaft mbH (kurz GWG), die Gewog Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH (Tochtergesellschaft der Neuen Heimat, kurz Gewog) und die Bayerische Wohnungs- und Siedlungsbau GmbH Gemeinnütziges Bauträgerunternehmen des VdK (kurz VdK); Neue Heimat Bayern Geschäftsbericht 1961, S. 15.

⁹⁷ Neue Heimat Bayern Geschäftsbericht 1962, S. 17.

⁹⁸ Beschluss des Kommunalausschusses vom 21.12.1959, RP, Aktensammlung zu Versammlungen des Kommunalausschusses, 732/55, S. 2169-2171.

⁹⁹ Süddeutsche Zeitung: Wohnungsbau – unter Dach und auf dem Plan vom 08.03.1962.

¹⁰⁰ Münchner Merkur: Grundstein zum Hasenberg vom 25./26.05.1960.

Zeitpunkt waren 34 Familien bereits eingezogen und man rechnete damit, dass Ende Januar bereits 500 Parteien die Wohnungen bezogen haben sollten.¹⁰¹ Im November 1962 waren laut Aussagen der Neuen Heimat Bayern 2.477 Wohnungen bezogen. Den Abschluss der Bauvorhabens prognostizierte das Unternehmen einmal für Frühjahr 1964, dann für Spätherbst 1964.¹⁰²

Jeder Bauträger erhielt einen geschlossenen Bauabschnitt,¹⁰³ wobei das städtebauliche Ziel aber durchaus darin bestand, eine in sich geschlossene Wohnanlage herzustellen.¹⁰⁴ (Abb. 20) Die Siedlung wurde in rasantem Tempo erbaut. Man kann davon ausgehen, dass von 1959 bis 1964 jährlich etwa ein Bauabschnitt fertig gestellt wurde. Die Gebäudeerstellung begann im Abschnitt der Südhausbau GmbH und setzte sich von dort aus in südlicher Richtung fort. Die Arbeiten wurden u. a. in diesem Bereich aufgenommen, weil die Baustellenfahrzeuge somit bessere Zufahrt hatten.¹⁰⁵ Im Sommer 1960 war ein Teil der Straßen angelegt und einige Baugruben ausgehoben. (Abb. 21-22) Die Straßen wurden nach berühmten Bergsteigern benannt.¹⁰⁶ Im Sommer 1961 standen bereits die Gebäude im Abschnitt der Südhausbau und der GEWOG. (Abb. 23) Im Herbst 1962 sind im Plan des Vermessungsamtes die Gebäude der GWG, der VDK und der GBW, also im Nord-Westen, im Westen und im Süd-Osten der Siedlungsmitte eingetragen. Die Punkthochhäuser in der Siedlungsmitte sind hier noch nicht eingezeichnet. Sie wurden vom öffentlich finanzierten Wohnungsbau ausgenommen. Die Wohnungen sollten an Angestellte der Firma Siemens-Schuckert und der Alten Volksfürsorge vergeben werden.¹⁰⁷ (Abb. 24) Das ESW zog bis 1964 mit dem südlichen Bauabschnitt nach. (Abb. 25-26)

Für die Fassadengestaltung der Gebäude der Siedlung sorgte ein Farbberater. Der ursprünglichen Farbgebung in der Siedlung lag ein einheitliches Konzept zugrunde, das von dem Maler Willi Torsten entworfen wurde. Dabei handelte es sich um eine groß angelegte durchdachte Farbkombination, wobei die Eigenart der städtebaulichen Nachbarschaften durch eine kontrastierende Farbgebung unterstrichen wurde. Der Anstrich war im Zusammenhang mit der Architektur zu sehen und übernahm die Funktion eines gliedernden und belebenden Fassadenelements. Dies wurde besonders an den Stellen offensichtlich, wo der Vertikalstreifen über dem Eingangsbereich durch eine Wandmalerei mit abstrakten Formen gestaltet wurde.

¹⁰¹ Süddeutsche Zeitung: Gute Aussichten auf dem Hasenberg! vom 01.12.1960.

¹⁰² Neue Heimat Monatshefte 1962, o. S.

¹⁰³ Möller 1997, S. 118.

¹⁰⁴ Neue Heimat Monatshefte 1960, S. 31.

¹⁰⁵ Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008.

¹⁰⁶ Laturell 2000, S. 176-185.

¹⁰⁷ Beschluss des Finanzierungsausschusses für den sozialen Wohnungsbau vom 23.02.1961, RP, 734/15, S. 20; Beschluss des Finanzierungsausschusses für den sozialen Wohnungsbau vom 23.02.1961, RP, Aktsammlung, 734/84, S. 41, 113-116.

(Abb. 27) Der Maler verwendete in der Siedlung hauptsächlich erdfarbene Töne, wie Oliv, Blaugrün, Ocker und Englischrot. Ganze Häuserzeilen wurden im gleichen Farbton gestrichen. Als Merkmal der Einheitlichkeit wurden Balkone und Treppenhausvorlagen siedlungsweit in weiß gehalten.¹⁰⁸ Als homogenes Charakteristikum ist auch die Gestaltung mit hellen schmalen horizontalen Streifen zu betrachten, die sich an der Geschossübergangsstelle befinden. Vertikalstreifen über den Eingangstüren wurden heller gestrichen, als der Rest des Gebäudes. Die verwendeten Erdtöne waren eher dunkel als freundlich. (Abb. 28)

In der Broschüre der Neuen Heimat von 1962 hieß es zur Verkehrsanbindung: „Eine Straßenbahnlinie, die in die zukünftige Trabantenstadt Oberschleißheim führen wird, soll die Wohnanlage direkt mit dem Stadtzentrum verbinden. Der erste Abschnitt, in der Innenstadt beginnend ist bereits im Bau. Die Planungen für die fernere Zukunft sehen eine Untergrundbahnlinie vor. ... Der Ausbau der Schleißheimer Straße, von der die Wohnanlage im Osten begrenzt wird, steht kurz bevor. Außerdem ist eine Stadtschnellstraße geplant, die unmittelbar westlich [im Feldmochinger Anger] an der Wohnanlage vorbeiführen wird. ... Mit diesen Einrichtungen wird eine vorzügliche Verkehrsanbindung ... an das gesamte Stadtgebiet Münchens geschaffen. Ihre Bewohner können so die Annehmlichkeiten der Großstadt mit denen einer nach modernen Gesichtspunkten des Wohnungs- und Städtebaus errichteten Wohnanlage verbinden.“¹⁰⁹ Die Großsiedlung war in der Bauzeit verkehrstechnisch zunächst durch einen Pendlerbus an die Stadt angebunden. Erst am 18.12.1964 fuhr die Straßenbahnlinie 8 erstmals die neue Umkehrschleife an der Schleißheimer Straße im Abschnitt „Hasenberg-Nord“ an. Die Einrichtung der Trasse nahm wohl deswegen so viel Zeit in Anspruch, weil es Schwierigkeiten mit der Bundesbahn und den Grundbesitzern gab.¹¹⁰ Eine Besonderheit stellte zu jener Zeit die Ausstattung der Wohnungen mit Zentralheizung dar. War dies doch noch die Zeit der Einzelofenheizungen. Durch die Ausstattung mit der modernen Heizungsanlage sollte eine Atmosphäre gepflegter Wohnlichkeit erreicht werden. Wegen der ungünstigen Stadtrandlage sollte die Siedlung mit Vorteilen ausgestattet werden, die anderen Wohnungen in einer ähnlichen Lage nicht zu eigen sind.¹¹¹ Die Blocks wurden mittels Gruppenheizungen beheizt. Die Warmwasserversorgung war mit der Zentralheizung gekoppelt. Die Wohnungen waren mit Einbauküchen und volleingerichteten Bädern ausgestattet. In vielen Münchner Häusern befanden sich die Toiletten damals noch in den

¹⁰⁸ Neue Heimat Monatshefte 1962, S. 30-32.

¹⁰⁹ Neue Heimat Monatshefte 1962, o. S.

¹¹⁰ Münchner Stadtanzeiger: 20 Jahre Hasenberg - Chronik einer Großsiedlung (2) vom 06.02.1981.

¹¹¹ Neue Heimat Bayern: Wohnanlage Frauenholz, Vormerkung für eine Besprechung am 25.08.1959, Typoskript, WSB Bayern; Münchner Stadtanzeiger: 20 Jahre Hasenberg - Chronik einer Großsiedlung (2) vom 06.02.1981.

Hausfluren.¹¹² In den Kellern befanden sich Waschküchen mit halb- oder vollautomatischen Waschmaschinen. In den meisten Wohnungen gab es Balkone bzw. Loggien mit einer Süd- oder Westausrichtung.¹¹³

Wann welches Ladenzentrum eröffnete, konnte nicht genau nachvollzogen werden. In den Anfängen versorgte sich die Bevölkerung mit Lebensmitteln aus einem Laden, der in einen der Bauwägen für die Bauarbeiter integriert war.¹¹⁴ Im Mai 1961 ist in den Akten der WSB Bayern von einem einzigen Behelfsladen der Firma Mayer die Rede. Im Februar 1963 war wohl das Geschäftszentrum an der Aschenbrennerstraße der Südhausbau GmbH fertig. Als bereits 4.800 Wohnungen belegt waren, feierte das Hauptzentrum an der Dülferstraße im Oktober 1964 Einweihung. Das evangelische Siedlungswerk stellte sein Zentrum als letztes her.¹¹⁵

Die Petrarca-Schule wurde von den Architekten Kubizek und Pammersberger konzipiert und im November 1962 eingeweiht. In ihren Anfängen nahm die Volksschule 30 Klassen mit 1.200 Schülern auf. Die Paulkeschule wurde im November 1963 eingeweiht und wurde von dem Architekten Fritz Norkauer entworfen. Das Konzept der Ittlingerschule stammte von den Architekten Werz/Ottow. Ein erster Abschnitt der Volksschule konnte im November 1963 genutzt werden. Der zweite Teil wurde erst im März 1966 in Betrieb genommen.¹¹⁶

Die katholische Pfarrkirche St. Nikolaus wurde von dem Architekten Hans-Jakob Lill konzipiert und entstand 1962 bis 1963 am Stanigplatz.¹¹⁷ Die Evangeliumskirche am Stanigplatz wurde von den Architekten Werz/Ottow entworfen. Die Grundsteinlegung erfolgte am 21.01.1962. Die Bauzeit betrug acht Monate. Für die Bewohner der Siedlung stellte die Montage des Turmkreuzes im August 1962 ein großes Ereignis dar, denn es wurde von einem Hubschrauber der Heeresfliegerschule Schleißheim auf den Kirchturm gebracht. Die Kirchenweihe erfolgte im Dezember 1962.¹¹⁸ In diesem Zusammenhang ist der evangelische Pfarrer Otto Steiner zu erwähnen. Durch sein soziales Engagement wurde viel Positives im Hasenberggl bewirkt. Im Rahmen der Nachbesserungen der „Sozialen Stadt“ wurde ihm vor ein paar Jahren der Pfarrer-Steiner-Platz in Norden der Siedlung gewidmet. Die Einweihungsfeier der Siedlung am Hasenberggl fand vom 15. bis 18.07.1965 statt. 25.000 Bewohner feierten mit einem Feuerwerk und vielen Veranstaltungen die Fertigstellung ihrer

¹¹² Hinweis von Klaus Mai.

¹¹³ Gruber 1962, o. S.; Neue Heimat Monatshefte 1960, S. 34.

¹¹⁴ Hinweis von Klaus Mai.

¹¹⁵ Süddeutsche Zeitung: Stadtteil mit Einkehr und Einkaufsviertel vom 27.10.1964; Neue Heimat Bayern: Großwohnanlage am Hasenberggl. Ladenbauten, Anschreiben an die Landeshauptstadt München vom 18.05.1961, Typoskript, WSB Bayern; Neue Heimat Bayern: Wohnanlage am Hasenberggl. Versorgung der Wohnbevölkerung mit Waren und Dienstleistungen, Anschreiben an die Landeshauptstadt München vom 05.03.1963, Typoskript, WSB Bayern.

¹¹⁶ Laturell 2000, S. 126-128.

¹¹⁷ Bayerischer Architekten- und Ingenieur-Verband 1984, S. 96.

¹¹⁸ Laturell 2000, S. 120-121; Evangeliumskirche 2008, S. 17-18.

Siedlung. Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel bezeichnete die Siedlung in seiner Rede als „jüngste Tochter der großen Münchner Familie, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigt.“¹¹⁹

III.3. Siedlungsbeschreibung und Bauanalyse

III.3.1. Siedlungsumfeld, Lage und Kriterien für die Standortauswahl

Der Münchner Norden ist ein traditionelles Industrie- und Gewerbegebiet.¹²⁰ Die Siedlung am Hasenberg wurde in der Mitte dieser Areale geplant. (Abb. 29) Im Entstehungszeitraum der Siedlung befanden sich - um nur einige Beispiele zu nennen - in ihrer weiteren Umgebung im Stadtbezirk Milbertshofen - Am Hart das BMW-Stammwerk, im Stadtbezirk Moosach die Knorr-Bremse AG, sowie im Stadtbezirk Schwabing Freimann das Militärgelände Fröttmaninger Heide und die Kläranlage Großlappen. Außerdem sind im Münchner Norden der Flugplatz Oberschleißheim, seit 1957 das Atomei, als erster Forschungsreaktor Deutschlands und die Autobahn A99 zu verorten. In direkter Umgebung der Siedlung befand sich im Osten die Panzerwiese, die bis Ende der 80er Jahre militärisch genutzt wurde, die im Süden heute bebaut ist und deren restlicher Teil unter Naturschutz steht. Direkt an den Siedlungsrand angrenzend, befand sich im Norden das verrufene Flüchtlingslager Frauenholz. Nördlich und nordöstlich von der Siedlung lagen die großen Waldgebiete Korbiniani Holz und das Hartlholz.

Die Großsiedlung am Hasenberg¹²¹ befindet sich im heutigen 24. Münchner Stadtbezirk, der gegenwärtig unter der Bezeichnung „Feldmoching-Hasenberg“ gelistet ist.¹²² Bei dem Planungsgelände für das ursprüngliche Siedlungsgebiet handelt es sich um ein 85,9 ha großes Areal am nördlichen Stadtrand Münchens, welches rund acht Kilometer vom Stadtzentrum entfernt liegt.¹²³ Das Gelände ist nördlich durch das Korbiniani Holz, östlich durch die

¹¹⁹ Süddeutsche Zeitung: Die Hasenbergler ließen ein Fest steigen vom 16.07.1965; Münchner Stadtanzeiger: 20 Jahre Hasenberg - Chronik einer Großsiedlung (2) vom 06.02.1981.

¹²⁰ Otto 1970, S. 28.

¹²¹ Ottmann 2004, S. 55; Laturell 2000, S. 172-173. Der Name „Hasenberg“ entstand allmählich. 1697 wurde der Hügel als „Laimpichel“ (Lehmbühl, Lehmbuckel) bezeichnet. 1753 wurde er im Rahmen der damals dort stattfindenden königlichen Hasen- bzw. Kaninchenjagd in „Küniglberg“ (Königshasenberg/etymologische Herleitung: künlin: Königshase/ lat. cuniculus: Kaninchen) abgeändert, erschien 1812 und 1852 als Kaninchenberg und entwickelte sich daraus zum „Hasenberg“.

¹²² vgl. Laturell 2000, S. 56. Die Bezirksbezeichnung veränderte sich im Laufe der Zeit wie folgt: Gemeinde Feldmoching (27.05.1818), XXXIII. Münchner Stadtbezirk Feldmoching (01.07.1875), 33. Münchner Stadtbezirk Feldmoching (1954), 33. Münchner Stadtbezirk Feldmoching-Hasenberg (03.10.1973) und derzeit 24. Münchner Stadtbezirk Feldmoching-Hasenberg (01.01.1992).

¹²³ München/Baureferat 1969, o. S. Je nach Verkehrslage benötigt man heutzutage mit dem Auto ca. 35 bis 40 Minuten, um vom Marienplatz im Stadtzentrum zur Dülferstraße im Hasenberg zu gelangen. Dies gilt ebenso für den Erschließungszeitraum durch öffentliche Verkehrsmittel. Um die gefühlte Distanz vom Stadtzentrum zu verdeutlichen, sei angemerkt, dass die Siedlung auf gleicher Höhe mit dem, von den Architekten Herzog & de Meuron 2005 fertig gestellten Fußballstadion Allianz-Arena liegt.

Schleißheimer Straße und südlich durch die Selbsthilfe Siedlung am Hasenberg I und die Dülferstraße begrenzt. Westlich bildet der Feldmochinger Anger, ein bis heute nicht bebauter breiter Grünstreifen mit bezirksgliedernder Funktion eine deutliche Abgrenzung zum Bezirksabschnitt Feldmoching.¹²⁴ Die einzige natürlich entstandene Erhebung (sog. Hochterrassen-Riegel) auf dem flachen Gebiet ist das westlich der Schleißheimerstraße befindliche Hasenberg I. Dabei handelt es sich um einen 6 - 8m hohen Hügel, welcher sich von der Aschenbrennerstraße im Norden bis zur Fußgängerbrücke über die Dülferstraße im Süden, mit einer Länge von rd. 1km und einer Breite von 200m erstreckt und in der Würmeiszeit entstand.¹²⁵

Die Siedlung am Hasenberg I entstand zeitgleich mit der Siedlung Fürstenried. Der Stadt standen verschiedene Grundstücke für eine Bebauung zur Auswahl. Für die Siedlung Fürstenried wurde ein Grundstück mit Bergblick und guter Lage im Süden der Stadt ausgewählt. Hier sollte auch die, im Vergleich zur Bevölkerung der Siedlung am Hasenberg I finanziell begüterten Mieter angesiedelt werden. Bei der Siedlung im Süden handelte es sich zwar ebenfalls um öffentlich geförderten Wohnungsbau, aber die Mieten waren im Vergleich höher. Das Gelände im Norden blieb sozusagen für die ärmere Bevölkerung übrig. Für die Auswahl des Baugebietes war zudem eine bereits vorhandene verkehrstechnische Anbindung wichtig. Die im Osten der Siedlung angrenzende Schleißheimer Straße verband das Areal als Radialstraße direkt mit dem Innenstadtraum.¹²⁶

III.3.2. Siedlungsaufbau

Das Gebiet der Großsiedlung lässt sich grundsätzlich in einen Nordabschnitt und einen Südabschnitt aufteilen. (Abb. 30) Der erste Abschnitt befindet sich nördlich der Dülferstraße, beschreibt eine beinahe quadratische Fläche und macht etwa 2/3 des Gesamtgebietes aus. Er war zu Baubeginn nördlich durch das Lager Frauenholz begrenzt. Im Osten reichte er bis zur Schleißheimer Straße. Im Süden stieß er an die Dülferstraße. Die westliche Grenze wurde durch den Grünstreifen des Feldmochinger Anger beschrieben, der die Stadtbezirke gliedert. In der Mitte des Nordabschnittes befindet sich ein zentraler Bereich, der durch eine Wohnsammelstraße beschrieben wird, deren Form als unförmiges Oval bezeichnet werden kann. Sie umschließt etwa die Hälfte des nördlichen Teils. Die Sammeltangente führt um Wohngebäude, eine Schule und ein Einkaufszentrum herum, die in Grünanlagen eingebettet

¹²⁴ Neue Heimat Monatshefte 1960, S. 31.

¹²⁵ Laturell 2000, S. 7; Ottmann 2004, S. 55.

¹²⁶ Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008.

sind. Dieses Oval nimmt die Konturen des Hasenbergls in sich auf.¹²⁷ Die Sammelstraße besteht genau genommen aus mehreren Abschnitten mit jeweils variierten Straßennamen. Es sind dies im Süden die Dülferstraße, im Westen die Blodigstraße und die Aschenbrennerstraße, im Norden die Aschenbrennerstraße und im Osten die Linkstraße. Als zentraler Bereich zeichnet sich dieses Gebiet zunächst einmal deshalb aus, weil es eine deutliche architektonische Betonung erfährt. Die drei höchsten Gebäude der Siedlung wurden in den Bereich der historischen Erhebung des Hasenbergls platziert, das die Stelle mit der höchsten natürlichen Erhebung in der Siedlung darstellt. Durch die Betonung des kleinen Hügels wird einerseits ein Bezug zur Historie des Ortes und dem Namen der Siedlung hergestellt, andererseits der Landschaftsverlauf betont. Außerdem ist im zentralen Bereich das größte und am umfangreichsten ausgestattete Einkaufszentrum der Siedlung gleich am Zugang zur Siedlung nördlich der Dülferstraße lokalisiert. Ernst Maria Lang beschrieb die Einteilung in dem er sagte: „Die Kernstadt war zum Hasenberg hin ausgerichtet.“¹²⁸ Die Hochhäuser stellen in den 60er Jahren nicht nur innerhalb der Siedlung einen Orientierungspunkt dar, sondern auch im Rahmen des städtebaulichen Gesamtbezuges. Von höheren Standpunkten aus gesehen, markierten sie nicht nur eine Siedlung, sondern akzentuierten einen neuen, von der Ferne des inneren Stadtkerns sichtbaren neuen Stadtteil. Bis weit in die 60er Jahre war das Siedlungsumfeld kaum bebaut. Die vorhandene Bebauung bestand aus niedrigen Einfamilienhäusern. Heute sind die Hochhäuser zwar noch als hohe Gebäude wahrnehmbar, treten aber durch die mittlerweile in der Umgebung entstandene Bebauung nicht mehr deutlich zu Tage.

Außer diesem Hauptzentrum existieren im Nordabschnitt weitere drei Subzentren. Alle Zentren sind an der Sammelstraße angeordnet, so dass eine leichte Erreichbarkeit mit dem Auto gewährleistet ist. Positioniert man zur Vereinfachung ein Andreaskreuz über dem zentralen Bereich, so befinden sich die Einkaufszentren jeweils an dessen Enden. Es ergibt sich eine gleichmäßige Verteilung entlang der Wohnsammelstraße, und auch über das gesamte Siedlungsgebiet von Zentren der Begegnung und der Versorgung. Sie waren so konzipiert, dass sie zu Fuß innerhalb von ca. zehn Minuten erreichbar sein sollten, worauf sich auch ihre gleichmäßige Verteilung im Siedlungsraum zurückführen lässt. Auch die weiteren drei Zentren erfahren städtebauliche Akzentuierung. Diese zeigt sich darin, dass sie von den Architekten durch - im Vergleich zum Siedlungsdurchschnitt - höhere Wohngebäude in der nächsten Umgebung betont wurden. Die Akzentuierung erfüllt zunächst den Zweck der Orientierung

¹²⁷ Möller 1997, S. 131-132.

¹²⁸ Möller 1997, S. 131.

für Fußgänger und Autofahrer innerhalb der Siedlung. Des Weiteren fungiert sie als Mittel, um in der sonst vorherrschenden monotonen niedrigen Zeilenbauweise Abwechslung zu bieten.

Das nächste, hierarchisch untergeordnete Zentrum ist auf halber Höhe der Sammelstraße westlich und östlich der Blodigstraße zu verorten und befindet sich am Stanigplatz. Es wird durch ein Scheibenhause mit sieben Geschossen des Architekten Johann-Christoph Ottow am Westrand der Siedlung betont. Östlich der Blodigstraße befindet sich ein ökumenisches Zentrum: Die katholische Kirche St. Nikolaus stellt einen städtebaulichen Blickfang dar. Es handelt sich um einen kleeblattförmigen Zentralbau in Ziegelbauweise, der ein Zeltdach trägt, 13 m hoch ist und einen Durchmesser von 35m hat. Der 57m hohe kegelförmige Spitzturm wurde etwas vom Hauptgebäude abgesetzt und stellt die eigentliche städtebauliche Dominante dar.¹²⁹ (Abb. 31) Nördlich von der katholischen Kirche befindet sich die Evangeliumskirche am Hasenberg. Es handelt sich um einen roten Backsteinbau mit einem rechteckigen Kirchenschiff das 35 m lang und 15 m breit ist. Südlich davon befindet sich ein 37m hoher Kirchturm auf quadratischem Grundriss. (Abb. 32) Die beiderseits der Blodigstraße gelegenen städtebaulichen Akzentuierungen markieren den Stanigplatz mit dem Einkaufszentrum. Das Nordzentrum ist nördlich der Aschenbrennerstraße lokalisiert und wird durch ein acht bis neun geschossiges Scheibenhochhaus in Ost-West Orientierung betont. (Abb. 33) Nach einer weiteren Kurve in südlicher Richtung erreicht man das vierte dieser Subzentren, welches sich auf halber Höhe östlich der Linkstraße befindet. (Abb. 34) Es bildet die einzige Ausnahme und wurde nicht eigens direkt betont. In dessen näheren Umgebung befinden sich aber Punkthäuser mit acht Geschossen.

Ein weiterer städtebaulicher Schwerpunkt, der ein trauriges Kapitel in der Siedlungsgeschichte darstellt, ist im Norden der Siedlung zu finden. Dort formieren vier neungeschossige Punkthäuser, die zunächst einmal von Süden aus gesehen die Straßenkurve betonen, und das Scheibenhause nördlich der Aschenbrennerstraße eine architektonische Schranke. (Abb. 35) Die Bauten wurden bewusst in dieser Form angeordnet, um die Großsiedlung gegen das nördlich befindliche Lager „Frauenholz“ abzuschirmen. Hier waren zum Zeitpunkt der Planung nicht mietfähige Menschen untergebracht, die als kriminell und asozial verrufen waren. Interessant dabei ist, dass die „Grenze“ zwar vom Lager aus spürbar war, nicht aber von Süden nach Norden, aus der Siedlung heraus. Eine weitere Abgrenzung zu der südlich davon gelegenen Selbsthilfesiedlung befindet sich westlich der Ecke Ittlinger- und Dülferstraße. Hier wurde durch die versetzte Aneinanderkettung von vier fünfgeschossigen Zeilen in Ost- Westausrichtung eine Abgrenzung geschaffen. (Abb. 36)

¹²⁹ Bayerischer Architekten- und Ingenieur-Verband 1984, S. 96.

In der Muttersiedlung befinden sich drei Volksschulen. Sie wurden ähnlich wie die Einkaufszentren in gleichmäßigen Abständen über das Siedlungsgelände verteilt, so dass den Kindern kein längerer Fußweg als 10 Minuten entsteht. Der Nordabschnitt wird durch die Petrarca-Schule im Zentrum bedient, die sich im zentralen Grünstreifen befindet; der westliche Teil von der Paulckeschule, die am westlichen Rand in einer vom Verkehr wenig berührten Zone liegt.

Der zweite Abschnitt der Großsiedlung ist südlich der Dülferstraße zu verorten, beschreibt ein Rechteck und macht etwa 1/3 der gesamten Siedlungsfläche aus. Er ist westlich und östlich von den Häusern der Selbsthilfesiedlungen begrenzt. Hier existiert kein deutlich, durch Höhenunterschied betontes Zentrum. Die Bebauung variiert zwischen drei und fünf Geschossen. Im Süden befindet sich die Ittlinger-Schule an der Ittlingerstraße.

III.3.3. Anbindung und Verkehrserschließung

Verkehrstechnisch ist die Siedlung heute wie folgt mit den umliegenden Gebieten und der Innenstadt verbunden: Die von Norden nach Süden führende Einfallstraße Schleißheimer Straße bindet die Siedlung straßenverkehrstechnisch an den inneren Stadtkern an. Am nördlichen Ende der Siedlung endet sie in einer Schlaufe, so dass eine Verbindung nach Norden anderweitig hergestellt werden muss. Die Dülferstraße dient der Siedlung einerseits als Erschließungsstraße, von der die Wohnsammelstraßen abzweigen. Andererseits verbindet sie sie als Durchgangsstraße mit dem Bezirksabschnitt Feldmoching im Westen. Mit dem Auto von der Schleißheimer Straße kommend, kann das östlich angrenzende Gebiet über die Neuberbergstraße, und die nördlich befindlichen Gebiete der Stadt und ihrer Umgebung anschließend über die Ingolstädterstraße erschlossen werden.

Den Siedlungsbewohnern stehen des Weiteren öffentliche Verkehrsmittel, wie erstens die U-Bahn Linie U2 mit den zwei Haltestellen Hasenberg und Dülferstraße im Zentrum der Siedlung zur Verfügung, die es ermöglichen, den Bezirksabschnitt Feldmoching und die Innenstadt zügig zu erreichen. Zweitens sind mittlerweile mehrere Buslinien vorhanden, die die Siedlung mit allen Himmelsrichtungen verbinden. Die Siedlung ist mit folgenden wichtigen städtischen Anbindungspunkten durch öffentliche Verkehrsmittel verbunden, wobei aus Vereinfachungsgründen im Uhrzeigersinn vorgegangen wird: Im Osten mit dem Stadtteil Freimann, der U-Bahnlinie U6 bzw. mit der Haltestelle Kieferngarten, sowie dem Euroindustriepark; im Südwesten mit dem Freizeitgelände um den Lerchenauer See und dem Olympia-Einkaufszentrum; im Westen additiv zur U-Bahn Linie U2 mit dem

Bezirksabschnitt Feldmoching. Eine Nachtlinie bietet eine Anbindung in den Süden.¹³⁰ (Abb. 37-38)

Das Straßensystem besteht aus geschwungenen, bogenförmigen Straßen. Die Straßeneinteilung bildet auch das Gerüst für die Einteilung in gleichförmige Gebäudegruppen oder Inseln. Die, durch die Form der Straßen ausgebildeten Parzellen beinhalten jeweils eine Reihe von gleichartigen Gebäudetypen oder –gruppen, die in Grünflächen eingebettet wurden. Als grundlegendes Planungsprinzip galt es, den Verkehr in den Nebenstraßen zu sammeln, um ihn dann den Hauptstraßen zuzuführen. Die Fußgängerwege sollten bewusst im Grünen liegen, und dabei den freien Zugang zur Landschaft ermöglichen, ohne dass Straßen überquert werden müssen. Die bereits erwähnte Wohnsammelstraße im Nordabschnitt wurde so konzipiert, dass sie eine ovalförmige Schlaufe bildet, die es dem Autofahrer ermöglicht, von der Dülferstraße aus, sozusagen ein Mal im Kreis das innere Zentrum zu umfahren ohne große Wendeaktionen tätigen zu müssen.¹³¹ Dabei wurde sie bewusst im Inneren des Nordabschnittes geplant. Wäre eine Platzierung an den Außenrändern der Siedlung erfolgt, wäre eine bequeme Erreichbarkeit aller Siedlungsteile nicht gewährleistet gewesen.¹³²

Von dieser mittigen Erschließungsstraße gehen alle weiteren Wohnstraßen in die umliegenden Siedlungsteile ab. Der westliche Siedlungsabschnitt ist durch zwei schlaufenförmige Wohnstraßen, die Wellenkamp- und Grohmannstraße erschlossen. Auch hierbei wurde bewusst darauf geachtet, dass der Verkehr im Fluss bleiben kann, und dass Wendeaktionen, die beim Einsatz von Sackgassen gegeben gewesen wären vermieden werden konnten. Die Stösserstraße geht von der Aschenbrennerstraße in nördlicher Richtung ab und erschließt als Wohnstraße den später erbauten Siedlungsabschnitt „Hasenberg-Nord“. Von diesem wird erst im weiteren Verlauf der Arbeit die Rede sein. Die Kugy- und Happlechtstraße sind für die Erschließung des Ostteils zuständig und münden in die Schleißheimer Straße.

Es wurde darauf geachtet, dass das Straßensystem getrennt vom Wegesystem für die Fußgänger verläuft. Das Trottoir befindet sich oftmals nicht direkt an der Straße. Zwischen den Straßen und den Wohnhäusern befinden sich vielfach zunächst Abstellplätze oder Garagen für PKW, dann erst das Trottoir, von dem Fußwege zu den Hauseingängen führen. (Abb. 39) Im Inneren der Wohnsammelstraße existieren nur zwei Wohnstraßen, die der Erschließung der Schule in der Mitte und der nordwestlichen Wohngebäude dienen. Es sind dies die Petrarca- und Kienestraße. Sämtliche Wohn-, Schul-, Versorgungs- oder Sakralgebäude sind durch Fußwege innerhalb des Ovals erschließbar, die in das Grün eingebettet wurden. Das Ziel bestand hier darin, den Kindern einen ungefährlichen Schulweg

¹³⁰ Es sind dies derzeit die Buslinien N42, 60, 141, 170 und 171.

¹³¹ Möller 1997, S. 135, 137.

¹³² Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008.

zu ermöglichen, der die Überquerung von Straßen nicht notwendig macht. Um das zu gewährleisten wurde die Schulanlage in der Mitte platziert, wobei maximale Gehzeiten von 15 Minuten ermöglicht werden sollten.¹³³

III.3.4. Grünflächen

Bei den Grünflächen ist zwischen zusammenhängenden Grünflächen, dem Abstandsgrün zwischen den Gebäuden und Bepflanzungen, die als Begrenzungen fungieren zu unterscheiden.

In der Siedlungsfläche existiert ein zusammenhängender Grünstreifen, der sich von Norden nach Süden erstreckt. (Abb. 40) Er beginnt im Süden auf halber Höhe der Ittlingerstraße in der Mitte des zweiten Siedlungsabschnittes und wird jenseits der Dülferstraße in nördlicher Richtung fortgeführt. Eine Brücke, welche über die Dülferstraße führt, verbindet einerseits beide Grünbereiche, sowie auch Siedlungsabschnitte, und ersetzt andererseits die direkte Überquerung der viel befahrenen Durchgangsstraße. Die Verkehrswege für Fußgänger und Autos sind somit getrennt; Fußgänger können die Straße sicher überqueren. Der Grünzug verbreitert sich und gabelt sich auf Höhe der Happlechtstraße in zwei Arme auf. Ein Arm richtet sich gen Westen. Der Zweite führt das Grün über das historisch gewachsene Kieferwäldchen bis zur Aschenbrennerstraße im Norden fort. In diesem Grünzug befinden sich Spazierwege, welche die Freizeitnutzung ermöglichen und Wohngebäude mit der Schule, den Kirchen oder den Einkaufszentren verbinden, und somit eine erneute Trennung von Straßenverkehr und Fußgängerwegen darstellen. (Abb. 41)

Die Gebäude sind in Grünflächen eingebettet. Einen Teil davon bildet das Abstandsgrün, das sich zwischen den einzelnen Zeilenbauten befindet. Es besteht partiell nur aus Rasen. Teilweise wurden auch vereinzelt Bäume oder Büsche angepflanzt. An anderen Stellen befinden sich um Balkone oder Terrassen im Erdgeschoss schützende Bepflanzungen oder Hecken. Das Abstandsgrün lädt nicht zur Nutzung ein. Dies kann einerseits auf Grund von Verboten der Wohnungsbaugesellschaften der Fall sein. Meist fehlen auch Sitzmöglichkeiten. Das abschreckendste Kriterium dürfte aber darin bestehen, dass an vielen Stellen die Bepflanzung zu gering ist, wodurch die, für eine Erholung notwendige Privatsphäre fehlt. Der Besucher ist den Blicken der Bewohner der Zeilen ausgeliefert. So spielen hier nur vereinzelt Kinder. Meist liegen die Flächen aber brach. Der Abstand zwischen den Bauten ist zu gering, um sich unbeobachtet zu fühlen.

¹³³ Möller 1997, S. 135.

Anders als z. B. in der Parkstadt Bogenhausen gibt es im Hasenberggl kaum begrenzendes Grün. (Abb. 42) Begrenzt werden teilweise Abstellflächen für PKW und somit als Orte ausgewiesen, die eindeutig als Parkflächen einzuordnen sind. Partiiell sind auch Spielplätze von Hecken umrahmt. Blicke in das Abstandsgrün werden nicht durch begrenzende Hecken verhindert. Partiiell wird dies durch Garagenbauten übernommen. Zwischen diesen Bauten, den dahinter befindlichen Wegen und dem Grün sind keine Begrenzungen gezogen, wodurch Orientierungslosigkeit entsteht. Das Erstaunliche bei der Betrachtung des Abstandsgrüns besteht darin, dass es in der Siedlung am Hasenberggl so viele Grünpflanzen gibt, dass die Gebäude im Sommer fast nicht mehr im Ganzen zu erfassen sind. Bei der Bepflanzung handelt es sich meistens um hoch gewachsene Bäume, und nicht um Hecken, die Sichtschutz gewähren würden. Man könnte ironischerweise fast den Eindruck haben, das Ziel hätte nicht darin bestanden, Anpflanzungen vorzunehmen, um private und öffentliche Bereiche eindeutig zu definieren, sondern die Gebäude und ihre Bewohner hinter den Baumkronen zu verstecken.

III.3.5. Insulare Gebäudegruppen

Insulare Gebäudegruppen zeigen sich bis auf wenige Ausnahmen durchgängig in der gesamten Siedlung. Es handelt sich dabei um Gebäudegruppen, die in Grünflächen eingebettet sind und deren einzelne Gebäude gleichartig gestaltete äußere Erscheinungsbilder aufweisen. Es sind Wiederholungen gleicher Gebäude oder Gebäudegruppen, die im Übersichtsplan durch ihre Anordnung deutlich als Inseln wahrnehmbar sind. Die Bezeichnung „insular“ wurde hier auch deshalb gewählt, weil diese Inseln in den meisten Fällen durch Straßenverläufe oder Grünzonen gebildet oder begrenzt werden, und somit als solche kenntlich werden.

Um ein möglichst einfaches Verständnis und eine Übersichtlichkeit der zwar monotonen, aber durchaus mit Unterschieden behafteten Gebäudeanordnungen in Zeilenbauweise zu erreichen, wird im Rahmen dieser Arbeit ein neues Einteilungssystem eingeführt. Eine genaue Beleuchtung der Gruppen ist deswegen sinnvoll, weil sich durch die unterschiedlichen Anordnungen verschiedene Auswirkungen ergeben. Außerdem kann man die Variationen als Versuch der Architekten deuten, der Monotonie entgegenzuwirken.

Grundsätzlich existieren in der Siedlung drei Arten von Gebäudeanordnungen von Zeilenbauten. (Abb. 43) Die Erste besteht ausschließlich aus parallel zu einander verlaufenden Zeilenbauten. Die Zweite setzt sich aus eben genannten Zeilen zusammen, verfügt aber an deren Enden über rechtwinklig zu diesen angeordnete Garagenhöfe, die nicht mit den Zeilen

verbunden sind. Die dritte Ausprägung bildet durch die, über Eck erbaute oder gegeneinander versetzte Anlage von Zeilenbauten offene Hofsysteme aus.

Zeilenbauten ohne Zusatzbauten sind in gleichen Abständen zueinander parallel in gleicher Bauweise aufgereiht. (Abb. 44) Die Zeilen stehen senkrecht zu den Straßen. Fassaden und Rückseiten wenden sich von den Straßen ab. Sie sind derartig nebeneinander gestaffelt, dass sie Straßenbiegungen aufnehmen. Dem Vorbeilaufenden wird dadurch freie Sicht auf Fassade und Rückfront gewährt. Die Abstände variieren geringfügig je nach Gebäudehöhe. Höhere Gebäude weisen größere Abstände zum nächsten Gebäude auf, und umgekehrt. Die Häuser stehen frei im Grün und sind nicht geschützt. Zwischen den Zeilen befinden sich Grünflächen. Es handelt sich um das so genannte Abstandsgrün.

Zeilenbauten mit Garagenlösung werden aus parallel angeordneten Zeilenbauten, an deren Enden sich eingeschossige Garagenbauten befinden gebildet. (Abb. 45) Die Bauten sind über Eck nicht miteinander verbunden, wodurch breite Zwischenräume entstehen, die den Weg zu den Hauseingängen oder auf das Abstandsgrün ermöglichen. Da die Garagen nur ein niedriges Geschoss aufweisen, das im Gesamtbild nicht deutlich als Gebäude wahrgenommen wird, entsteht eine Art Zwischenlösung, die kaum als Hoflösung zu bezeichnen ist.

Als dritter Typus wurde das „offene Hofsystem“ klassifiziert. (Abb. 46) Hierbei werden durch Zeilen, die entweder geschlossen oder offen rechtwinklig zueinander konzipiert wurden, offene Hoflösungen erzeugt. Dabei existieren fünf differierende Untergruppen. Gruppe eins bildet angedeutete Höfe in zwei Zeilenreihen, die gegeneinander versetzt wurden. (Abb. 47) Bei Gruppe zwei bestehen auf drei Seiten eines Vierecks Gebäude. Die vierte Seite an der Durchgangsstraße fehlt. Bei einer offenen Ecklösung stehen die Gebäude nahe aneinander; bei der anderen wurden sie weiter von einander entfernt aufgestellt, als wolle der Architekt die offene Bauweise der Anlage oder verschiedene Möglichkeiten von offenen Hofvarianten deutlich demonstrieren. Das Abstandsgrün liegt brach und offen dar und wurde zur Durchgangsstraße nicht durch Bepflanzungen begrenzt. (Abb. 48) Bei Gruppe drei befinden sich auf allen Seiten Zeilen, die aber an den Ecken offen gelassen wurden, wodurch hier zwar eine privatere Atmosphäre entsteht, aber trotzdem kein geschlossener Hof ausgebildet wird. (Abb. 49) Gruppe vier besteht aus parallel gereihten Zeilen, die an ihren östlichen Enden mit rechtwinklig dazu angeordneten Laubenganghäusern verbunden sind. Am westlichen Ende befinden sich eingeschossige Garagenbauten in einer offenen Lösung. (Abb. 50) Gruppe fünf ähnelt Gruppe vier. In diesem Fall entstehen die offenen Hoflösungen nicht durch rechtwinklige Endbauten, sondern durch eine Art versetzte Fortführung der Hauptzeilen. (Abb. 51)

III.3.6. Wohngebäude und Einkaufszentren

Die Gebäude sind grundsätzlich locker auf dem Baugrund verteilt. Es existiert keine Blockrandbebauung. Somit werden keine Innenhöfe gebildet. Die Frage des Verhältnisses von Straßen zu Gebäuden wurde einheitlich gelöst: Die Wohnbauten reichen nicht an die Straßen heran, sondern stehen senkrecht zu ihnen und zurückgesetzt im Grünen. Sie nehmen durch ihre Anordnung die Form des Straßenverlaufs auf. Die Ausrichtung der Gebäude erfolgt nach strengen orthogonalen Prinzipien. Es existiert entweder eine Nord-Süd Ausrichtung oder eine Ost-West Ausrichtung. Die Balkone befinden sich im Westen, wodurch eine gute Nachmittagsbesonnung gegeben ist, oder im Süden, wo den ganzen Tag gute Besonnung besteht.

Bei den Bauten in der Siedlung können zwei verschiedene Gebäudetypen unterschieden werden. Dies sind Punkthäuser und Zeilen. Niedrige Zeilen mit drei bis fünf Geschossen dominieren mit etwa 90% der Gesamtanzahl von Gebäuden in der Siedlung eindeutig.

Wie bereits erwähnt, fungieren die drei Hochhäuser der Siedlung als Orientierungshilfe und Betonung des Siedlungsmittelpunktes. Hochhäuser sind Gebäude deren Fußbodenoberkante im obersten Geschoss höher als 22 m über Gelände liegt.¹³⁴ Das Punkthaus ist ein freistehender, mehrstöckiger Wohnbau, der sich dadurch kennzeichnet, dass sich die Wohnungen um ein zentral gelegenes vertikales Erschließungssystem gruppieren.¹³⁵

Die Punkthochhäuser sind gleichartig aufgebaut. (Abb. 52) Sie verfügen über ein Erdgeschoss und 14 Obergeschosse. Die Gebäude besitzen einen geschlossenen Grundriss. Er beschreibt zwei rechteckig geformte, längsseitig gegeneinander versetzte Gebäude, die an den Enden der Längsseiten durch einen Verbindungsteil miteinander verbunden sind. Die Maße von Haus I umfassen 15m x 20m; Haus II ist 12m breit und 18,5m lang. Der Verbindungsteil misst etwa 10m x 3m, wobei die längere Seite mit den Längsseiten der Gebäude verbunden ist. (Abb. 53) Die Gebäude werden von der Nordseite durch einen Eingang, der im Verbindungsstück zu lokalisieren ist, und von dort aus über die Flure, die zu Aufzügen führen erschlossen. Zeichnet man die südlichen und nördlichen Außenfassaden der Gebäude im Grundriss weiter, so entsteht ein Quadrat, dessen Mitte im Bereich des Verbindungsteils, in der Mitte beider Gebäude zu finden ist. (Abb. 54) Die Aufzüge befinden sich als weitere Etappe der Erschließung jeweils in der Mitte der Gebäude. Somit wäre der Gebäudetypus zwar als Hochhaus, aber durch das mittig befindliche Erschließungssystem genauer als Punkthochhaus zu klassifizieren.

¹³⁴ Landeshauptstadt München Hochhausstudie 1996, S. 10-11; vgl. auch die Hochhausbestimmungen in: Hassenpflug/Peters 1966, S. 57.

¹³⁵ Sekler 1952, S. 1.

Bei der Beschreibung der Außengestaltung soll von dem ursprünglichen Erscheinungsbild der Hochhäuser ausgegangen werden, weil hierbei die Ziele des entwerfenden Architekten Johann-Christoph Ottow am ehesten zum Ausdruck kommen können. (Abb. 55-56) Das äußere Erscheinungsbild der drei Hochhäuser ist gleich. Sie stehen in einem langgezogenen Dreieck zueinander versetzt auf der natürlichen Erhebung des Hasenbergls. Sie erfahren die gleiche Ausrichtung, die sich von Norden nach Süden erstreckt. Die Außenhaut besteht durchgehend aus kleinen, aufgeschraubten Platten, die im Einzelnen nur bei naher Betrachtung in Erscheinung treten. Bei den Fenstern handelt es sich einheitlich um zweiteilige Einzelfenster, die die Form eines waagrecht angelegten Rechtecks aufweisen. (Abb. 57) Für den ursprünglichen Anstrich wurde reines Weiß als Basis, sowie eine Art dunkles Blau oder Grau für die Verkleidung von Loggien, des Verbindungsteils und die Gestaltung des Mittelteils der Südfassade verwendet. Ursprünglich dominierte die Betonung des Vertikalzuges. Dies geschah durch die Art der Anlage von Fenstern, Loggien und dem Verbindungsteil, sowie durch die farbige Gestaltung der Außenverkleidung. Die südlichen Fassaden der Hochhäuser erfahren als Ausdruck der Betonung des Hintergrundgedankens von „Licht, Luft und Sonne“ besondere Akzentuierung. Die Heraushebung der Mitte der Fassade kann als Untermauerung des Typus des Punkthochhauses gewertet werden. Die Südfassade von Haus I verfügt über eine 3-teilige Vertikalgliederung. (Abb. 58) An den Außenkanten befinden sich breite Loggien. In der Mitte zeigt sich der Vertikalzug pro Etage durch zwei zweiteilige Fenster. Diese drei Vertikalbänder betonen durch ihren einheitlichen Ausbau pro Abschnitt zum einen den Höhenzug. Zum Anderen war der Mittelteil ursprünglich zusätzlich durch einen dunkelgrau- oder dunkelblaufarbenen Anstrich besonders betont. Dieser farbige Akzent gestaltete sich derart, dass der durchgängig mit Fenstern versehene Mittelteil durch drei vertikal angelegte Rechtecke in dunklem Anstrich, die sich neben und zwischen den Fenstern befanden gegliedert wurde. Da die Südfassade von Haus II über zwei, an den Kanten befindliche Loggien, aber nur über ein zweiteiliges Fenster verfügt, fanden hier entsprechen zwei Längsanstriche im Mittelteil Anwendung, wodurch der Vertikalzug von Haus I additiv betont wurde.

Die Ostfassade von Haus I ist durch einen vertikalen, rechteckigen Fensterteil beschreibbar, wobei pro Etage zwei direkt nebeneinander gesetzte Fenster eingebaut wurden. (Abb. 59) Haus II verfügt über vier Fenster pro Etage, die eher auf der rechten Seite des Gebäudes gesetzt wurden. Die Loggien befinden sich an der rechten Außenkante des Gebäudes. Dadurch entstehen bei dieser Ansicht zwei Vertikalfelder, wobei die Loggienverkleidungen eben jenen dunklen Anstrich, der bei der Südfassade verwendet wurde aufweisen und somit besonders hervorgehoben sind. Die Nordfassaden der beiden Häuser verfügen jeweils über

ein vertikales, rechteckiges Fensterfeld, wobei beide Felder zum Verbindungsteil orientiert sind. (Abb. 60-61) Haus I weist drei Fenster pro Etage auf; Haus II zwei Fenster. Im Gesamteindruck ergibt sich dadurch eine Betonung der vertikalen Mittelzone, die im dunklen Anstrich der Außenverkleidung des Verbindungsstückes gipfelt. Die Westfassade weist für Haus II ein Fensterfeld mit drei Fenstern und eine, an der linken Außenkante des Gebäudes zu lokalisierende Loggia auf. Haus II kennzeichnet sich durch ein dreiteiliges Fensterfeld. Im Gesamteindruck entsteht eine Orientierung zur Mitte hin.

Im Inneren des Gebäudes existieren drei Haupteintrittssysteme. Jedes Haus verfügt über einen, etwa in der Mitte des Gebäudes platzierten Aufzug; in Haus I befindet sich zusätzlich eine Notfalltreppe, welche über den Verbindungsteil auch von Haus II erreichbar ist. Von den Aufzügen führt ein rechteckiger Flur, von dem aus sich jeweils drei Wohnungen pro Etage erschließen lassen über den Verbindungsteil in den rechteckigen Flur von Haus II, an dessen Ende sich wiederum ein Aufzug befindet. (Abb. 62)

In den beiden Häusern existieren fünf verschiedene Wohnungsgrundrisstypen. (Abb. 63) In jeder Wohnung ist das als Wohnraum ausgewiesene Zimmer das Größte. Sämtliche Wohnungen verfügen über eine Essküche die im Durchschnitt 9m^2 bis 10m^2 groß ist, ein Bad mit integriertem WC, eine Abstellkammer und eine Loggia. Die Bäder befinden sich im Inneren des Kerns; die Küchen an der Außenwand. Haus I verfügt über drei Wohnungen pro Geschoss mit zwei verschiedenen Wohnungsgrundrisstypen. Die zwei gleichen Grundrisse wurden spiegelverkehrt im Süden des Gebäudes angelegt. Es handelt sich um etwa gleich große 3-Zimmerwohnungen in einer Größe von 69m^2 und $2 \times 62\text{m}^2$. Zwei Loggien sind südlich ausgerichtet; die dritte gen Westen. Haus II verfügt über drei Grundrisstypen, mit einer Größe von 67m^2 , 57m^2 und 50m^2 . Die erste Wohnung liegt auf der Nordseite des Gebäudes. Sie hat drei Zimmer und eine Loggia gen Osten. Bei der zweiten Wohnung, mit beinahe quadratischem Grundriss handelt es sich um eine 2-Zimmerwohnung im Süden des Gebäudes. Sie ist mit einer Loggia gen Süden ausgestattet. Anders als die vier weiteren Wohnungstypen, die durch Flure erschlossen werden, ermöglicht hier eine weitläufigere Diele den Zugang zu den Zimmern. Die dritte Wohnung, die die Grundform eines schmalen Rechteckes umschreibt, und sich von der Loggia im Süden nach Norden erstreckt, ist eine 2-Zimmerwohnung.

In der Siedlung existieren fünf weitere Punkthausentwürfe, die gerade nicht mehr als Hochhäuser zu klassifizieren sind, weil ihre Fußbodenoberkante im obersten Geschoss maximal 21m über Boden liegt. (Abb. 64) Stellvertretend für die Punkthäuser in der Siedlung soll hier ein Typ der Architekten Werz/Ottow beschrieben werden, weil es sich siedlungsweit im Wesentlichen um quadratische Lösungen mit einem mittigen Erschließungssystem handelt.

Die Gruppe mit drei Häusern befindet sich nördlich der Aschenbrennerstraße, und hat außer ihrer Wohnfunktion von den Punkthäusern der Siedlung die am deutlichsten hervorstechende städtebauliche Funktion der verkehrsregulierenden Kurvenbetonung, der Abgrenzung gegen Norden und der Orientierung innerhalb der Siedlung. Der quadratische Grundriss des Gebäudes misst 20 x 20 m. (Abb. 65) Die Grundform des Quadrats wird im Eingangsbereich durch einen trapezförmigen Rücksprung, der bis an das mittig befindliche Erschließungssystem reicht durchbrochen. An der schmalen Seite des Trapezes befinden sich Fenster, wodurch der Erschließungsbereich natürlich beleuchtet werden kann. Die Anwohner können das Gebäude von der Nordseite her erschließen. Das Gebäude ist als 5-Spänner zu klassifizieren; pro Geschoss verfügt das Haus über fünf Wohnungen, denen drei Grundrisstypen von 36m², 40m² und 53m² zugrunde liegen. Bäder, Abstellkammern und Flure befinden sich jeweils in dem Bereich um den inneren Erschließungskern des Gebäudes. Die wirtschaftlich konzipierten Flure (3/7/6m²) ermöglichen es, mittels kurzer Wege in die Wohnräume zu gelangen. Die Wohnräume befinden sich an den Außenmauern des Gebäudes, wodurch insgesamt eine wirtschaftliche Lösung entsteht. Die nördlich gelegenen Wohnungen sind durch ihre sonnenärmere Orientierung und den, durch das Trapez fehlenden Raum benachteiligt. Der Raummangel in der kleinsten Wohnung wurde durch eine große Wohnküche ausgeglichen. Jede Wohnung verfügt über eine Loggia, wovon eine westlich, eine östlich und drei südlich orientiert sind. Das Gebäude verfügt über neun Geschosse und ist 25 m hoch. (Abb. 66-67) Die West- und Ostseite sind mit zwei und dreiteiligen Querfenstern durchbrochen. Auf der Südseite bietet sich ein ähnliches Bild. Hier wechseln sich Fenster und Loggien ab. Von den zur Nordseite gelegenen Räumen wurde nur die Küche mit einem einfachen Fenster ausgestattet. Dieses Fenster liegt in der Nähe der trapezförmigen Eingangssituation, wodurch einerseits die Mitte des Gebäudes und andererseits die Vertikale zusätzlich betont wird. (Abb. 68-69) Ursprünglich teilte der Anstrich die Gebäude vertikal in zwei Teile. Ein Teil war dunkelrot gestrichen; der zweite Teil hatte einen hellen Anstrich. Die Brüstungen der Loggien kontrastierten in Weiß. Es lag eher eine Ausgewogenheit der vertikalen oder horizontalen Gewichtung vor. Um die Gestaltung aufzulockern wechselte der Maler bei dem mittleren Punkthaus die helle und die dunkle Seite. (Abb. 70) Heute sind die Aussenwände in grau gehalten und werden durch weiße und blaue vertikale schmale Streifen etwas aufgelockert. (Abb. 71)

Der Grundriss des Punkthauses, das sich westlich der Ecke Grohmann- und Aschenbrennerstraße befindet unterliegt dem gleichen Prinzip. Hier wurde statt einer trapezförmigen Eingangssituation ein schmales Rechteck gewählt. Die Belichtungssituation des Erschließungssystems fällt hier schlechter aus, als bei der zuvor beschriebenen Version.

(Abb. 72) Eine Besonderheit der Form stellt das Punkthaus an der Ecke Kugy- Linkstraße des Architekten Fritz Vocke dar. (Abb. 73-74) Städtebaulich gesehen bildet es einen eher undeutlichen Akzent. Es fungiert einerseits als Akzentuierung der Kurve, und andererseits als Überleitung zu dem Scheibenhaus nördlich der Aschenbrennerstraße. Es handelt sich hierbei um einen 5-Spanner mit einem T-förmigen Grundriss in Durisolbauweise, dessen Grundriss in zwei Teile aufgeteilt werden kann. (Abb. 75) Der südlich gelegene Abschnitt beschreibt etwa ein Quadrat und ist kleiner als der nördliche Abschnitt. Ost- und Westflügel des zweiten Teils streben auseinander. Der Westflügel ist breiter und kragt weiter in die Umgebung hinein, wodurch sich insgesamt eine asymmetrische Gebäudeform ergibt. Zwei der östlich und westlich orientierten Loggien befinden sich an der Übergangsstelle der zwei Gebäudeteile und leiten mit schrägen Brüstungen über. Insgesamt ergibt sich ein kompakter, wuchtiger Gebäudeeindruck, dessen Besonderheiten durch den hellen, eintönigen Anstrich eher weniger zur Geltung kommen. (Abb. 76-77) Für die Punkthausgruppe an der Schleißheimer Straße liegt hier kein Material vor. Sie ist ähnlich konzipiert, wie das Gebäude an der Grohmannstraße, hat aber einen breiteren Eingangsbereich. (Abb. 78) Die drei westlich der Reschreiterstraße zu verortenden fünfstöckigen Punkthäuser, die südlich mit den Zeilen verkettet wurden, seien hier der Vollständigkeit halber erwähnt. (Abb. 79)

Der niedrige Zeilenbau der Siedlung wurde relativ homogen gestaltet. Dieser Gebäudetyp macht etwa 80% der Bebauung der gesamten Siedlung aus. Die Gebäude wurden in streng orthogonaler Form erstellt. Das bedeutet, dass dieser Gebäudetyp ausschließlich entweder eine Ost-West Ausrichtung oder eine Nord-Süd Ausrichtung erfährt. Auch die Loggien und Balkone wurden einheitlich meist in Süd- oder Westausrichtung angebracht. Dies wurzelt in Gründen der optimalen Besonnung. Auf diese Weise können Gebäudeeingänge an den ungünstigeren Fassadenseiten, im Norden oder im Osten angebracht werden. Die Wohnräume und die Balkone liegen dann auf sonnengünstigen Seiten. Wie bereits angeführt wurde, sind jeweils gleiche Gebäude oder Gebäudegruppen mit bis zu sieben Wiederholungen in Gebäudeinseln zusammengefasst. Diese Anzahl war für die konzipierenden Architekten aus Gründen der Orientierung und zur Vermeidung einer monotonen Ausstrahlung gerade noch vertretbar. Um eine gewisse Varianz in die Anlage zu bringen, konzipierten die Architekten die Gebäudekomplexe in geringfügig unterschiedlichen Höhen. Die Höhen der Zeilen im näheren Umfeld differieren meist um ein Geschoss. Um Abwechslung zu generieren, gestalteten sie die Anordnung und den Gebäudeaufbau unterschiedlich. Hier bietet sich eine Typisierung an, wie sie bereits bei der Betrachtung der insularen Gebäudegruppen erfolgte. Es bilden sich sieben Anordnungsvarianten heraus. (Abb. 80) Bei Typ eins handelt es sich um parallel angeordnete Zeilen. (Abb. 81) Typ zwei variiert dadurch, dass ein Gebäudeabschnitt niedriger gestaltet

wurde und geringfügig verschoben ist. (Abb. 82) Bei Typ drei wurden die langen Zeilen geteilt und zueinander versetzt, in gleicher Richtung verlaufend aufgestellt. (Abb. 83) Typ vier enthält sieben fünfstöckige Parallelzeilen, an deren Enden im rechten Winkel dazu eine vierstöckige Zeile angehängt wurde. (Abb. 84) Bei Typ fünf bilden vier Einzelzeilen jeweils einen offenen Hof aus. (Abb. 85) Die sechste Variante kennzeichnet sich durch eine Abfolge von Zeilen in unterschiedlicher Höhe. Sie stehen orthogonal zu einander auf drei Seiten. Die Ecken wurden offen gelassen. (Abb. 86) Der letzte Typ ähnelt Typ drei, unterscheidet sich aber von diesem, dadurch, dass der niedrigere und der höhere Bau durch ein Verbindungsteil miteinander verbunden sind. (Abb. 87)

Bei der Beschreibung der Einzelzeilen wird hier auf Vollständigkeit verzichtet. Im Kapitel über die Planung wurde dargestellt, dass den Gebäuden und Gebäudeteilen etwa 23 Typen zugrunde liegen. Diese konnten nicht im Einzelnen herausgefunden werden, so dass ein Typensystem höchstens an der Außengestaltung erkennbar ist. Die einzelnen Zeilen sind aus verschiedenen Typen zusammengesetzt. Die Zeilen bestehen aus bis zu vier Gebäudeabschnitten, wobei gleiche oder verschiedene Typen aneinandergesetzt wurden. (Abb. 88) Allgemein kann zu der Ausführung der Grundrisse gesagt werden, dass das Prinzip der Wirtschaftlichkeit vorherrschte. Die Wohnungsgrundrisse der Zeilen haben generell eine Größe zwischen 30 und 75 m².¹³⁶ Bei der Einteilung der Wohnungsgrundrisse ergab sich für die Architekten eine besondere Herausforderung. Dadurch, dass die Zeilen eine relativ geringe Breite aufwiesen, entstanden auch halbe schmale längliche Zimmer mit einer Größe von etwa 9m². Diese waren so zu legen, dass sie trotz ihrer ungünstigen Konzeption noch eine gute Belichtungssituation aufwiesen.¹³⁷ Für die Grundrissbeschreibung wird hier eine exemplarische Zeile herausgestellt. Es handelt sich um die Blöcke 601 – 603 im Abschnitt des evangelischen Siedlungswerkes. (Abb. 89) Sie wird an dieser Stelle stellvertretend für sämtliche Zeilen betrachtet. Der Grundriss besteht aus zwei versetzten Gebäuden, die durch ein Verbindungstück mit einander verbunden sind. (Abb. 90) Der Verbindungsteil enthält pro Geschoss eine Loggia und einen Raum. Das erste Gebäude ist 76 m lang und 11 m breit. Die Zeilen sollten siedlungsweit nicht länger als 80 m sein, um den Erschließungsaufwand gering zu halten.¹³⁸ Die vier gleichen Gebäudeteile des ersten Gebäudes werden von Osten durch vier Eingänge erschlossen. Bei den vier Gebäudeabschnitten wurde hier offensichtlich nur ein Typ verwendet. Bei dem Erschließungssystem handelt es sich um eine einläufige Treppe. (Abb. 91) Es ist ein Zweispänner mit zwei Wohnungen pro Etage. In den niedrigen Zeilen der Siedlung gibt es insgesamt nur Zwei- und Dreispänner. Es existieren zwei

¹³⁶ Neue Heimat Monatshefte 1960, S. 34.

¹³⁷ Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008.

¹³⁸ Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008.

Wohnungsgrundrisstypen, mit 66 und 53 m². Die Wohnräume liegen an der günstigen Westseite des Gebäudes, wo sich auch pro Wohnung eine Loggia befindet. Elternschlafzimmer oder Abstellkammern befinden sich auf der Ostseite, wo die Morgensonne eindringen kann. Das zweite Gebäude ist 21 m lang und 12 m breit und enthält pro Etage vier Wohnungen.

Die Zeilen der Siedlung verfügen über drei bis fünf Geschosse und Höhen zwischen etwa 12 und 17 m. Sie wurden mit einem Satteldach, das über einen Neigungswinkel von 23° verfügt ausgestattet. (Abb. 92) Die Außenfassaden enthalten aus Wirtschaftlichkeitsgründen kaum Vor- und Rücksprünge. Die Ursache der einfältigen Gestaltung liegt darin, dass an Material gespart werden musste und von niedrigen Heizkosten auszugehen war.¹³⁹ Die Fassaden gliedern sich auf der Erschließungsseite vertikal entweder durch einen minimalen Rücksprung im Bereich der Erschließungssysteme, der meist andersfarbig gestrichen wurde, oder dadurch, dass das Erschließungssystem entweder ganz oder anteilig außen vorgelagert wurde. (Abb. 94) Eine weitere vertikale Gliederung oder Betonung des Eingangsbereiches erfolgt dadurch, dass in dieser Zone liegende Fenster, mit einer oder zwei Sprossen, in den Wohnbereichen aber quadratische Einfachfenster verwendet wurden. Eine Horizontalgliederung erfolgt durch einen schmalen horizontal, über die gesamte Fassade verlaufenden Anstrich am Geschossübergang. (Abb. 95) Auf der Sonnenseite der Gebäude, im Westen oder Süden erfolgt eine Horizontalgliederung durch Balkone oder Loggien, die ursprünglich siedlungsweit einen weißen Anstrich hatten, der mit dem Anstrich der Fassaden kontrastierte. (Abb. 96-98)

In der Siedlung gab es nach Bauabschluß drei Scheibenhäuser. Zwei davon befinden sich nördlich der Dülfer-, und östlich der Rainfarnstraße, sowie an der westlichen Siedlungsgrenze, westlich der Schlaufe der Grohmannstraße. Dieses Scheibenhause wurde von Johann-Christoph Ottow konzipiert. (Abb. 99-100)

Exemplarisch wird hier das Scheibenhochhaus nördlich der Aschenbrennerstraße beschrieben. Es nimmt städtebaulich im Vergleich zu den weiteren Scheibenhäusern der Siedlung die deutlichste Position ein. Das Gebäude wurde 1960 von dem Architekten Alexander Freiherr von Branca konzipiert. Das lang gestreckte, schmale Haus ist 10m breit und 121m lang. Es verfügt über eine Ost-West Ausrichtung.

Der Grundriss teilt sich im Erdgeschoss in drei Abschnitte auf. (Abb. 101) Im Westen befinden sich Wohnräume. Östlich der Mitte wird der südlich gelegene Teil durch Säulen ersetzt. Im Mittelteil befindet sich ein Durchgang, in dem sich eines der drei gleichmäßig auf das Gebäude verteilten Erschließungssysteme befindet, und der es ermöglicht, von einer auf die andere Seite des Gebäudes zu gelangen, ohne außen herum gehen zu müssen. Der

¹³⁹ Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008.

westliche Abschnitt ist wieder mit Wohnraum ausgestattet. Die Südseite des Gebäudes gliedert sich äußerlich zunächst in drei vertikale Abschnitte. (Abb. 105-106) Die Gliederung entsteht durch einen breiteren, im Ostabschnitt des Gebäudes befindlichen Gebäudeteil, der um ein Geschoss höher ist als der Rest des Gebäudes. Der überhöhte Teil wird durch zehn schmale Säulen, die den südlichen Wohnraum im Erdgeschoss ersetzen betont. Die Säulen betonen auch den Durchgang und lockern das Gebäude insgesamt auf. Eine weitere Vertikalgliederung entsteht durch zwei schmale Wandaussparungen oder Nischen, die zwei der Erschließungssysteme äußerlich betonen. Die Fassade wird außerdem von quadratischen Einfachfenstern in doppelter und einfacher Reihung vertikal betont. Eine Horizontalgliederung erfolgt durch die breit angelegten Loggien, die von den Fensterreihen unterbrochen werden. Die Nordfassade ist in vier Wandabschnitte mit Fenstern gegliedert. (Abb. 107) Im Gegensatz zur Südfassade liegt hier der Schwerpunkt auf der horizontalen Gliederung, die durch die Laubengangverkleidung erreicht wird, die nur durch die Fensterabschnitte unterbrochen wird.

Das Gebäude kann durch drei gleichmäßig verteilte Erschließungssysteme, die jeweils aus einer Treppe und einem Aufzug bestehen vertikal erschlossen werden. Die horizontale Erschließung der Wohnräume erfolgt durch die Laubgänge an der nördlichen Außenmauer. Dadurch qualifiziert sich dieser Typus als Außengangtyp. Im Gebäude befinden sich 122 Wohneinheiten. Die Grundrissgrößen reichen von 68m² bis 29m². Die Grundrisse nehmen jeweils die Gebäudebreite für sich ein. Ihnen ist die Anlage von Küche, Bad und Toilette auf der Nordseite, und die Positionierung der Wohnräume auf der sonnenreichen Südseite gemeinsam. Durch die geringe Breite des Gebäudes entsteht eine gute Durchlüftungssituation. Jede Wohnung verfügt über eine Loggia. Dadurch, dass die Loggien im Süden der Scheibe liegen, sind die Wohnräume gut besonnt.

Niedrige Laubenganghäuser mit vier Geschossen finden sich nur innerhalb einer Gebäudeinsel in der Siedlung. Es handelt sich dabei um Querriegel, die zu den Zeilen mit Ost-Westausrichtung an der Schleißheimer Straße durch Querverbindungsstücke, die als Loggien genutzt werden verbunden sind. Die Laubenganghäuser wurden wahrscheinlich an dieser Stelle konzipiert, um die westlich davon gelegenen Zeilen vor dem an der Umkehrschleife entstehenden Lärm durch die ehemalige Straßenbahnhaltestelle am Goldschmiedplatz zu schützen. Es handelt sich um Geschosswohnungsbauten, deren Wohnungen durch Laubgänge im Osten erschlossen werden. (Abb. 108)

Die Einkaufszentren waren architektonisch ursprünglich im Wesentlichen nach dem gleichen Prinzip aufgebaut. Es handelte sich um niedrige, überdachte Ladenpassagen, die über ein

Stahlgerüst verfügten und die mit einer Außenhaut in grauen Gesteinsplatten verkleidet waren. Das Hauptladenzentrum an der Dülferstraße besteht aus vier rechteckigen eingeschossigen Bauten, die in einem Rechteck angeordnet sind, und dem mehrgeschossigen Hauptbau im Osten der Anlage in dem die Gaststätte Matthäuser als wichtigster Versammlungsort der Siedlung untergebracht ist. (Abb. 109-110) An den Innenseiten der vier Ladenbauten befindet sich eine einfache Stahlkonstruktion mit niedrigen überdachten Gängen, die das Arrangement zu einem Innenhof zusammenschließen, der mit Sitzgelegenheiten ausgestattet ist. Der mit grauen Steinplatten versiegelte Boden, wird durch einzelne Bäume durchbrochen. Nach ähnlichen Prinzipien war das Zentrum am Stanigplatz, das nördlich der Aschenbrennerstraße und sogar das später entstandene im Abschnitt „Hasenberg-Süd“ angelegt. (Abb. 111-113) Bei den Zentren in der Linkstraße und in der Reschreiterstraße handelt es sich um rechteckig angelegte eingeschossige Gebäude mit wenigen Geschäften.

III.4. Einfluss städtebaulicher Leitbilder

„Nicht Abschnürung und Abdrosselung unserer großen Städte sondern ihre Auflockerung zur sinnvoll gegliederten, mit der Natur durch Grünschnitten und Grüngürtel verbundenen, auch über die Burgfriedensgrenzen hinausreichenden Stadtlandschaften mit einem eindeutigen Hauptzentrum und mehreren Nebenzentren, die ein gewisses Eigenleben der einzelnen Stadtteile ermöglichen, das ist unser Ziel. ... Die Großsiedlung Hasenberg mit deren Bau wir heute beginnen soll, sowohl für den modernen Städtebau als auch für künftige Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot beispielhaft werden. ... Ihren schönsten Lohn werden alle, die daran beteiligt waren, aber in dem Bewusstsein finden, dass hier in dieser Großsiedlung in Bälde 17.000 Menschen in über 5.400 Wohnungen in Licht, Luft und Sonne glücklicher und froher leben können als bisher“.¹⁴⁰ So lauteten die Worte des Oberbürgermeisters Dr. Hans-Jochen Vogel bei der Grundsteinlegung im Mai 1960. Sie enthalten bereits viele Fachtermini, die auf die Siedlung angewandten städtebaulichen Theorien.

Zunächst wird im folgenden Abschnitt auf die historischen Ausgangsbedingungen eingegangen, die das Bedürfnis nach städtebaulichen Veränderungen hervorriefen. In der darauf folgenden Darlegung werden die maßgeblichen Zielsetzungen der rationalen und organischen Theorien unter Einbeziehung wesentlicher Planungen und städtebaulicher Kongresse vorgestellt, sowie zeitlich eingeordnet. Letztendlich wird herausgearbeitet,

¹⁴⁰ Dr. Hans-Jochen Vogel: Rede anlässlich der Grundsteinlegung der Siedlung am Hasenberg vom 25.05.1960, Bürgermeister und Rat, Akte Nr. 3934, Typoskript, Stadtarchiv München.

inwieweit diese Theorien Einfluss auf das architektonische und städtebauliche Konzept der Siedlung am Hasenberg hatten.

III.4.1. Vorbedingungen

Die Siedlung am Hasenberg wurde nach den städtebaulichen Leitbildern der gegliederten und aufgelockerten Stadt und der autogerechten Stadt konzipiert. Diese sind auf eine städtebauliche Entwicklung zurückzuführen, deren Beginn während der industriellen Revolution in der Zeit von 1830 bis 1850 in Großbritannien zu suchen ist.¹⁴¹ Um die Entwicklung des räumlichen Gefüges von der geschlossenen Einheit der Städte zur Zersiedlung,¹⁴² und die damit verknüpften städtebaulichen Leitbilder im 20. Jahrhundert zu verstehen, sollen hier zunächst ein paar Aussagen zu den Vorbedingungen und der Ursache jener Veränderungen getroffen werden.

Vor der Industrialisierung bot sich ein mittelalterliches Stadtbild, das als kompakte, von der Landschaft isolierte Anlage innerhalb ihrer begrenzenden Stadtmauern in einem Jahrhunderte fortwährenden Prozess wuchs. Dieses Bild war architektonisch von Mannigfaltigkeit und Abwechslung geprägt. Ein weiteres Merkmal dieses Stadtgefüges bestand in der räumlich eng miteinander verknüpften Existenz, oder Mischung von städtebaulichen Funktionen, wie Wohnen und Arbeiten.¹⁴³

Die Industrialisierung brach diesen geschlossenen Raum der unvorbereiteten Städte in mehrfacher Hinsicht auf. Bedeutende Auswirkungen auf das Raumgefüge hatten die Einführung der Massenproduktion und die damit einhergehende Arbeitsteilung, die Erfindung der Eisenbahn oder des Telefons. Die schnellere Überbrückung von Entfernungen machte eine erste räumliche Funktionstrennung von Arbeiten und Wohnen möglich. Fortschritte im Medizin- und Lebensmittelsektor senkten die Sterblichkeitsrate und führten zu einer Bevölkerungsexplosion. Die Lebensmittelversorgung auf dem Land wurde knapp, weswegen eine massive Landflucht in die Städte einsetzte. Zudem entstanden an den Stadträndern Industrieansiedelungen, die Arbeitsplätze boten. Die Städte beanspruchten immer mehr Raum für sich, was dazu führte, dass die begrenzenden Stadtmauern, welche zuvor Stadt und Natur voneinander getrennt hatten obsolet wurden. Die Auswirkungen der Massenansiedlung traten in beengten und unhygienischen, und somit gesundheitsgefährdenden Zuständen deutlich zu Tage. Architektonisch prägten sich diese wuchtigen Städte als steinernes Häusermeer der Mietskasernen mit Blockrand- und Hinterhofbebauungen, als schauerliches Bild der

¹⁴¹ Benevolo 1990, S. 83.

¹⁴² Reinborn 1996, S. 12-13.

¹⁴³ Reinborn 1996, S. 12, 22.

Bedrohung in die Köpfe der Menschen ein. Bereits um 1850 beschreibt die Stadtkritik die Städte mit Begriffen, wie „Monotonie“, „Vermassung“, „Anonymität“ oder „Kälte“.¹⁴⁴

Mit dem Ziel, Stadt und Natur wieder zu verbinden, und somit gesundheitliche oder soziale Verbesserungen hervorzurufen, kehrte man der „steinernen Stadt“ mittels neuer Theorien den Rücken zu. Ein erster, bündelnder Ansatz der Überlegungen jener Zeit war die Veröffentlichung des Werkes „Gartenstädte von Morgen“¹⁴⁵ im Jahr 1902 des britischen Parlamentsstenografen und Kulturpolitikers Ebenezer Howard. Durch eine neue städtebauliche Form, die als Urmodell der Trabantenstadt angesehen werden kann, sollten die Menschen aus den überfüllten Städten, in die naturverbundenen Gartenstädte auf dem Land gelockt werden. (Abb. 114) Das Buch enthielt vor allem auch Aspekte der Bodenreform und der Soziologie. Die geistigen Ansätze des Briten fanden auch in Deutschland Anklang.¹⁴⁶ Der Eingang der architektonischen Prinzipien in die deutsche Architekturlandschaft kam vor allem durch Ernst May zustande, der von 1910-1912 für Raymond Unwin gearbeitet hatte, später Mitglied des Rings und wichtiger Protagonist der CIAM wurde.¹⁴⁷

III.4.2. Rationale und organische Leitbilder

Die Antwort auf die Frage, wie die Siedlung am Hasenberg in dieser städtebaulichen Form entstehen konnte, ist einerseits in rationalen und andererseits in organischen städtebaulichen Leitbildern begründet. Inhaltliche Überschneidungen der Theorien sind insbesondere bei der Einteilung städtischen Raumes in Funktionseinheiten, der Trennung von Verkehrsfunktionen oder im Rahmen der Grünflächenplanung zu beobachten.

Diese Leitbilder entspringen kontroversen theoretischen Ausgangspositionen, weisen aber auch inhaltliche Gemeinsamkeiten auf. Gegensätze zwischen der traditionellen Schule und Schule des neuen Bauens, die schon vor dem zweiten Weltkrieg einen erbitterten Kampf geführt hatten, flammten nach 1945 zwar wieder auf. Da aber ein Großteil der deutschen Städte zu mehr als 50% zerstört war, blieb für Debatten wenig Zeit. Eilig mussten Trümmer beseitigt und die Bausubstanz wieder hergestellt werden. Es kam zu einer Arbeitsteilung der Bewegungen. Traditionelle Architekten setzten sich eher mit dem Wiederaufbau der Innenstädte auseinander. Die Moderne Bewegung, hier die Anhänger der gegliederten und aufgelockerten Stadt, wandten sich in den 50er Jahren den Neubausiedlungen am Stadtrand

¹⁴⁴ Reinborn 1996, S. 12, 21-22; Albers 1974, S. 455; Durth/Gutschow 1993, S. 219.

¹⁴⁵ Ebenezer Howard 1902. Die erste Version wurde 1898 mit dem Titel „To-morrow. A peaceful path to real reform.“ gedruckt und erschien 1907 in deutscher Übersetzung. Vgl. auch die dt. Fassung abgedruckt in: Posener 1968, S. 51-162.

¹⁴⁶ Posener 1968, S. 59ff., S. 187 ; Pehnt 2006 S. 48-50; Reinborn 1996, S. 10, 13.

¹⁴⁷ Reinborn, S. 101.

zu.¹⁴⁸ Dennoch waren sich die Planer beider Lager darüber einig, dass eine Abkehr vom Bild der steinernen Städte erfolgen sollte.¹⁴⁹ Ihre Vorstellungen waren von dem Willen gekennzeichnet, mittels einer ordnenden Architektur gesellschaftliche und soziologische Veränderungen durchzuführen, die mit einer Verbesserung der hygienischen und gesundheitlichen Bedingungen einhergehen sollten. Das Bedürfnis nach Licht, Luft, Sonne und Ruhe, dem man durch Architektur und Städtebau gerecht werden wollte, kennzeichnet sowohl rationale als auch organische Leitbilder.¹⁵⁰ Die Auswirkungen der missinterpretierten Konzepte der Architekten des Neuen Bauens zeigten sich insbesondere nach 1945 in einem auf Funktionstrennung angelegten Städtebau, also der Trennung von Flächen innerhalb des städtischen Raumgefüges, die für Zwecke des Wohnens, des Arbeitens, der Erholung und des Verkehrs genutzt werden, was zu einer weiteren Auflösung des kompakten städtischen Raumes führte.¹⁵¹ Gemäß den organischen Ansätzen sollte ein aufgelockerter und gegliederter Stadtraum geschaffen werden, der sich durch die „Öffnung der Straßenräume, ihre Einbettung in Grünzüge und der Verlängerung aus den Randgebieten bis in die Zentren der Städte“¹⁵² kennzeichnete, und der mit einer Senkung der Baudichte einhergehen sollte. Infolge dessen war das Bild der „Stadtstruktur [oftmals] durch Funktionstrennung, Zeilenbauweise und weit ausschwingende Verkehrsführungen gekennzeichnet.“¹⁵³

Der Vorteil des für die Siedlung am Hasenbergl wesentlichen organischen Leitbildes der gegliederten und aufgelockerten Stadt bestand in seiner universellen Anwendbarkeit. Die darin enthaltenen Gliederungsschemata waren sowohl im Rahmen von städtebaulichen Traditionen des konservativen Lagers, als auch bei Konzepten des Neuen Bauens anwendbar.¹⁵⁴ Hierbei fanden verschiedene rationale und organische Leitbilder Eingang in die Konzepte.

III.4.2.1. Organische Stadtbaukunst und autogerechte Stadt

Im Gegensatz zum Fortschrittsdenken der Anhänger rationeller Theorien, wurde in den organischen Leitbildern die räumlich zerrissene, von Vermassung und Unnatürlichkeit geprägte Stadtstruktur kritisiert, deren Auslöser in den, durch die Einführung der Maschine bedingten Veränderungen des städtischen Raumgefüges gesehen wurde.¹⁵⁵

¹⁴⁸ Müller-Raemisch 1990, S. 13-14, 21-22.

¹⁴⁹ Hafner 1994, S. 216.

¹⁵⁰ Reichow 1948, S.16; vgl. Anmerkung zur ville contemporaine in: Le Corbusier 1929, S. 206-207.

¹⁵¹ Durth/Gutschow 1993, S. 279, 288; Hafner 1994, S. 216.

¹⁵² Durth/Gutschow 1993, S. 296.

¹⁵³ Durth/Gutschow 1993, S. 288.

¹⁵⁴ vgl. die Einleitung der Herausgeber in: Beyme 1992, S. 21.

¹⁵⁵ Reichow 1948, S. 4.

Die Trilogie organischer Gestaltung mit den Werken „Organische Stadtbaukunst“ von 1948, sowie „Organische Baukunst“ und „Organische Kultur“ von 1949, die von Hans Bernhard Reichow veröffentlicht wurden, bildete die Basis für weitere organische Leitbilder.¹⁵⁶ Zunächst ist hier „Die autogerechte Stadt“ von Reichow aus dem Jahr 1959 zu nennen. Dieses Werk stellt eine Verfeinerung der, in der „Organischen Stadtbaukunst“ vorgestellten Verkehrsprinzipien dar. „Die Stadt von Morgen“ von Erich Kühn von 1957, „Die Raumstadt“ von Walter Schwagenscheidt von 1949 und auch „Die gegliederte und aufgelockerte Stadt“ aus dem Jahr 1959 von Johannes Göderitz, Roland Rainer und Hubert Hoffmann, die im Folgenden als wesentliches Leitbild für die Siedlung am Hasenberg gesondert vorgestellt wird, zählen ebenso zu jenen Leitbildern, für die die Grundvorstellungen der „Organischen Stadtbaukunst“ als Basis fungieren.¹⁵⁷

III.4.2.2. Die gegliederte und aufgelockerte Stadt

Die Beantwortung der Frage, wie sich das Leitbild der gegliederten und aufgelockerten Stadt entwickelte, oder von welchen Strömungen es beeinflusst war ist sehr umfangreich. Am übersichtlichsten ist hier wohl eine grafische Darstellung. (Abb. 115) Wesentliche Einflussfaktoren stammen aus den Englischen Gartenstadttheorien (Durchgrünung/Wegetrennung), aus den Theorien des Neuen Bauens (Funktionstrennung), aus dem nationalsozialistischen Kleinsiedlungsbau (Vorliebe für das Einfamilienhaus/Satteldach) oder aus den Organischen Theorien (Verkehrstrennung).¹⁵⁸

Die gegliederte und aufgelockerte Stadt wurde bereits während des zweiten Weltkrieges zur Zeit des Nationalsozialismus in einem Luftschutzkeller verfasst. Die 1957 veröffentlichte Version war von der nationalsozialistischen Terminologie und Ideologie des Ursprungswerkes „gesäubert“ worden.¹⁵⁹ Wesentliche Voraussetzungen für eine Forderung nach Auflockerung waren im Hinblick auf den Erhalt der Gebäude bei Luftangriffen entstanden. Niedrige Wohndichten und große Gebäudeabstände entstammten Berechnungen des Luftschutzes. Auch bestanden seitens des Reichswohnungskommissars Ley Planungen, die Masse der Bevölkerungen nach dem Krieg in vier- bis sechsgeschössigen Mehrfamilienhäusern

¹⁵⁶ vgl. zum Begriff der Basisfunktion: Reinborn 1996, S. 182-189.

¹⁵⁷ Reinborn 1996, S. 182.

¹⁵⁸ Lammert 1987, S. 352-366.

¹⁵⁹ vgl. Durth 1992, S. 205, 212-214, 251, 258-259, 265, S. 301 Anm. 192. Die Verfasser organischer Leitbilder, deren ideologischen Intentionen hier nicht im Einzelnen nachvollzogen werden können, waren auf höchster nationalsozialistischer Ebene miteinander vernetzt. Die Verknüpfung kam durch den 1943 von Albert Speer eingerichteten Arbeitsstab für den Wiederaufbau bombenzerstörter Städte nach dem zweiten Weltkrieg zustande, der unter der Leitung von Konstanty Gutschow stand. Ständiger Berater dieses Arbeitsstabes war Hans Bernhard Reichow, ein langjähriger Freund Gutschows. Auch stand Gutschow mit Johannes Göderitz und Roland Rainer in Kontakt.

unterzubringen, was ebenso wie die Einteilung in Siedlungszellen und gegliederte Stadtlandschaften der sozialen Kontrolle im Rahmen einer Überwachung und Kasernierung der Bevölkerung dienen sollte.¹⁶⁰ Dies bedeutet natürlich nicht, dass die Siedlung am Hasenberg nach nationalsozialistischen Prinzipien konzipiert wurde. Aber dies war die Ausgangsposition der Theorie.

Die Autoren der gegliederten und aufgelockerten Stadt forderten eine Neuordnung des gesamten Städtewesens, die durch Gliederung, Auflockerung und organische Gestaltung zu einer Gesundung und Leistungssteigerung führen sollte. Die Hauptaufgabe des Städtebauers sahen sie in der ernsthaften Verpflichtung, eine gesunde Umgebung für die kriegsgeschädigte Bevölkerung herzustellen. Als Basis der Gesundung dieser Gesellschaft sollte ein gesunder Stadtkörper dienen. Dabei bedurfte es eines Lebensraumes nach menschlichem Mass.¹⁶¹

Ähnlich wie dies bereits Hans Bernhard Reichow zu vermitteln versuchte, beschreiben die Autoren die Großstadtumgebung als künstlich, verwickelt, unnatürlich und ungesund. Sie kritisieren die hohe Ballung in den Innenstadtbereichen im Gegensatz zur niedrigen Dichte an den Stadträndern. Durch die Flachbaugebiete in den Randbereichen sei keine Auflockerung, sondern eine unwirtschaftliche Auflösung des dortigen Raumgefüges entstanden, die mit einem zu hohen Bodenbedarf einhergehe. An der Verwirklichung der Gartenstädte kritisierten sie die Abweichungen von den Ursprungskonzepten. Weder wurden Arbeitsstätten, noch Gemeinschaftseinrichtungen in der näheren Umgebung der Siedlungen geschaffen, wodurch sich ein Bild der unselbständigen Schlafstädte zeichnete. Den Erfolg neuer Auflockerungsversuche sahen sie im Verflechtungsgrad von Wohn-, Arbeits- und Kulturstätten, der durch den sinnvollen Einsatz von Verkehrsmitteln erreicht werden sollte.¹⁶²

Den bisher verwendeten städtebaulichen Gliederungsmodellen des konzentrisch oder strahlenförmig aufgebauten Raumes, stellten die Autoren „ein organisches Gefüge, mehr oder weniger selbständiger Stadtzellen mit eigenen örtlichen Mittelpunkten“¹⁶³ gegenüber. Das konzentrische Gliederungsmodell galt als Sinnbild des steinernen Häusermeeres. Das strahlenförmige Gliederungsmodell erfuhr eine Ablehnung, weil sich hierdurch keine gleichmäßige Verteilung von Grünflächen erzielen ließe.¹⁶⁴ (Abb. 116) Das Modell der gegliederten und aufgelockerten Stadt sah vor, den städtischen Raum in kleine überschaubare, einander über- und untergeordnete Einheiten zu gliedern, wodurch eine Übersichtlichkeit erreicht werden sollte. Gliederungseinheiten gestaffelter Größe waren dabei Nachbarschaften,

¹⁶⁰ Beyme 1992, S. 21; vgl. auch Geist 1989, S. 570-579. Hier sind auf den Seiten 571-577 Ausschnitte der Version von Januar 1945 aus dem Nachlass von Hans Scharoun enthalten, wobei ein Textvergleich mit der Veröffentlichung von 1957 erfolgt.

¹⁶¹ Göderitz 1957, S. 17, 22, 90-92.

¹⁶² Göderitz 1957, S. 9, 19-23.

¹⁶³ Göderitz 1957, S. 9, 19-23.

¹⁶⁴ Göderitz 1957, S. 18-19.

Stadtzellen und Stadtbezirke, die räumlich deutlich voneinander abzutrennen waren. Dabei sollte keine Zerstückelung des Raumes hervorgerufen werden, sondern eine insgesamt zusammenhängende Einheit gebildet werden.¹⁶⁵ (Abb. 117)

III.4.2.3. Funktionstrennung in rationalen und organischen Theorien

Im Folgenden sollen die Positionen der Funktionstrennung im rationalen und im organischen Städtebau nachvollzogen werden. Hierbei wird zur Verdeutlichung insbesondere auf städtebauliche Schemata, Beispiele und Kongresse eingegangen. Um herauszufinden, welche Auswirkungen diese Leitbilder auf die Siedlung am Hasenberg hatten, erfolgt im Anschluss eine dahingehende Darstellung.

Den Architekten des neuen Bauens, die sich in den 20er Jahren erstmals international konsolidierten, war eine positive Einstellung zu den neuen Anforderungen ihrer Zeit und ihren Städten gemein. Ihre Mitglieder waren fasziniert von Technik und Maschine, und von der Schnelligkeit und der Dynamik des Verkehrs. Dementsprechend sollte auch die Architektur ein neues, ihrer Zeit entsprechendes Gesicht erhalten.¹⁶⁶

Die Essenz rationaler Leitbilder ist in den gedanklichen Vorgängen des Architekten Charles-Edouard Jeanneret zu suchen, der in den 20er Jahren das Pseudonym „Le Corbusier“ annahm. Im Wesentlichen sind es seine geistigen Konstrukte, die nach einem Entwicklungsvorgang von mehreren Jahrzehnten das städtebauliche Bild nach dem zweiten Weltkrieg prägten.¹⁶⁷ Wesentliche schriftliche Zeugnisse seiner Vorstellungen vom Städtebau, die einen stringenten roten Faden verfolgen, waren die Werke „Vers une architecture“¹⁶⁸ (1923), „Urbanisme“¹⁶⁹ (1925), „Précisions sur un état présent de l'architecture“¹⁷⁰ (1929/1930) und „La ville radieuse“¹⁷¹ (1935). Als Hauptinitiator der Kongresse rationaler Architektur, der „Congrès International de l'Architecture Moderne“,¹⁷² kurz CIAM, deren Ergebnisse weltweit Eingang in das neue Bauen fanden, konnte er seine Theorien seit 1928 wirksam platzieren. An den Kongressen partizipierten auch Mitglieder der deutschen, 1926 gegründeten Architektenvereinigung „Der Ring“.¹⁷³ Die für die hiesige Analyse wichtigsten Kongresse sind

¹⁶⁵ Göderitz 1957, S. 23-24.

¹⁶⁶ Durth/Gutschow 1993, S. 267-276.

¹⁶⁷ Durth/Gutschow 1993, S. 277.

¹⁶⁸ Le Corbusier 1923 ; vgl. dt. Version: Le Corbusier 1963.

¹⁶⁹ Le Corbusier 1925 ; vgl. dt. Version: Le Corbusier 1979.

¹⁷⁰ Le Corbusier 1930.

¹⁷¹ Le Corbusier 1935.

¹⁷² Durth/Gutschow 1993, S. 276.

¹⁷³ Lampugnai 1980, S. 92. Die Mitglieder des Rings waren u. a. Peter Behrens, Walter Gropius, Hugo Häring, Ludwig Hilbersheimer, Ernst May, Erich Mendelsohn, Ludwig Mies van der Rohe, Hans Poelzig, Hans Scharoun und Heinrich Tessenow. CIAM II stand unter der Leitung von Ernst May.

der Gründungskongress von 1928 in La Sarraz, der dritte Kongress in Brüssel mit dem Titel „Rationelle Bebauungsweisen“ von 1930, sowie die vierte Zusammenkunft, die 1933 in Athen abgehalten wurde und den Namen „Die funktionelle Stadt“ trug.

Die im Folgenden vorgestellten städtebaulichen Pläne Le Corbusiers kamen nicht zur Ausführung. Die darin enthaltenen Theorien beeinflussten aber die Konzepte des Neuen Bauens wesentlich. Die Darstellung dient der Verdeutlichung der Theorien der Funktionstrennung. Erste wesentliche städtebauliche Planungen Le Corbusiers erfolgten 1922 im Rahmen der Pläne für eine „Stadt der Gegenwart“ (*ville contemporaine*), die für drei Millionen Einwohner konzipiert wurde. (Abb. 118-120) Dabei wendete Le Corbusier jenes von Tony Garnier in der „Cité Industrielle“ entwickelte Prinzip der Trennung von Wohnung und Arbeit an. Bereits hier sind die grundlegenden städtebaulichen Vorstellungen Le Corbusiers eingearbeitet: „geometrischer, orthogonale Stadtraster; Hochhäuser als einfache und kombinierte Scheiben, gut durchlüftete und besonnte Wohnmaschinen mit integrierten Wohnfolgeeinrichtungen; großzügige grüne Freiflächen zwischen den einzeln stehenden Bauten; getrennte Verkehrserschließung für Fahrzeuge (mit einem grobmaschigen Netz für Schnellstraßen) und für Fußgänger (mit einem feinmaschigen Netz von Wegen). Die Hauptfunktionen der Stadt – Wohnen, Arbeiten, Erholung, Verkehr – sind voneinander getrennt; beim Verkehr wird versucht ihn erst gar nicht entstehen zu lassen, indem durch die Entwicklung [der Gebäude] in die Höhe die Distanzen auf ein Minimum reduziert werden.“¹⁷⁴

Der hierarchisch aufgebaute Plan der Stadt der Gegenwart ist rechteckig angelegt und verfügt über streng geometrische, lineare Einteilungen. Im rechteckigen Zentrum befindet sich die Handelszone, im Osten öffentliche Gebäude, daran anschließend der englische Garten, der als Grün- und Reservezone für ein weiteres Geschäftszentrum dient und im Westen die Industriezone. Das Geschäftsviertel ist von einer sternförmigen Zone für Luxuswohnungen umgeben; weiter davon entfernt, in den Randgebieten befinden sich Zonen für die Gartenstädte.¹⁷⁵ 1925 wandte Le Corbusier die Theorien der Stadt der Gegenwart auf den „Plan Voisin“ für das Zentrum von Paris an. (Abb. 121-123) Die städtebaulichen Vorstellungen von Le Corbusier hatten großen Einfluss auf die CIAM.¹⁷⁶ Bereits in der Erklärung des ersten CIAM von La Sarraz werden 1928 Aussagen zur Funktionstrennung getroffen. Dort heißt es: „1. Stadtbau ist die Organisation sämtlicher Funktionen des kollektiven Lebens in der Stadt und auf dem Lande. Stadtbau kann niemals durch ästhetische Überlegungen bestimmt werden, sondern ausschließlich durch funktionelle Folgerungen. 2. An erster Stelle steht im Stadtbau das Ordnen der Funktionen: das Wohnen, das Arbeiten, die

¹⁷⁴ Lampugnai 1980, S. 119.

¹⁷⁵ Frampton 2001, S. 156; vgl. zur Beschreibung die Ausführungen Le Corbusiers in: Boesiger 1993, S. 316-319.

¹⁷⁶ Durth/Gutschow 1993, S. 276-277.

Erholung (Sport, Vergnügen).¹⁷⁷ 1930 entwarf Le Corbusier den Plan für eine „strahlende Stadt“ (*ville radieuse*), der während des CIAM III in Brüssel erstmals ausgestellt wurde. (Abb. 124) Dieser Plan ist als Sinnbild strenger Funktionstrennung zu sehen. Die strahlende Stadt ist in parallel angeordnete, voneinander getrennte Zonen aufgeteilt. Im Gegensatz zur Stadt der Gegenwart ist die strahlende Stadt nicht hierarchisch aufgebaut. Hier wurde das in der Stadt der Gegenwart entwickelte Prinzip der offenen Stadt weiterentwickelt, und auf ein zentralisiertes Stadtmodell zugunsten einer endlos erweiterbaren Stadt verzichtet.¹⁷⁸ Die städtebaulichen Vorstellungen zur strahlenden Stadt gingen 1933 in CIAM IV ein, dessen Ausführungen zehn Jahre nach Stattfinden des Kongresses im Jahre 1943 in einer eigenmächtig verfassten Textversion mit dem Titel „La Charte d’Athènes“¹⁷⁹ von Le Corbusier veröffentlicht wurden.¹⁸⁰ Die Charta war in Deutschland der Nachkriegszeit weniger bekannt.¹⁸¹ Die Thesen zu Architektur und Städtebau des Neuen Bauens fanden aber durch Architekten mit Vorbildfunktion, wie Ernst May Eingang in die deutsche Architektenwelt. Die Thesen zur Funktionstrennung sind im CIAM IV am deutlichsten formuliert. Als Beispiel für die Anwendung der Funktionstrennung ist der Plan von Nemours in Nordafrika von 1934 in Algerien zu nennen, der in allen Punkten als konform mit der Charta von Athen gilt. So wurde „das Wohnviertel am Hang, das Geschäftszentrum am Ufer über dem Hafen, von weither zeichenhaft sichtbar, die Industrieanlagen deutlich separiert und von den Bahngleisen erschlossen“.¹⁸² (Abb. 125-126) Ebenso ist in diesem Kapitel Le Corbusiers Wiederaufbauplan von 1945 für Saint Dié zu nennen. (Abb. 127-128) Hier erfolgt die klare Trennung der Wohn- und Arbeitszonen durch den Fluss Meurthe, sowie eine strenge Trennung der Verkehrsfunktionen,¹⁸³ wie der Eisenbahn-, der KFZ- oder der Fußgängerverkehr.

Hans Bernhard Reichows städtebauliche Theorien zielen auf eine Koexistenz der Funktionen Wohnen und Arbeit. Gemäß der bereits vorhandenen Funktionstrennung in den Städten war eine Umschichtung dieses Ausmaßes nicht machbar. Aus diesem Grund schlug er das so genannte „Wohnstätten-Arbeitskombinat“ vor, wobei die Arbeitsstätten bandförmig parallel und getrennt von den Wohnstätten verlaufen sollten, um lange Wege zu den Arbeitsstätten zu

¹⁷⁷ Hilpert 1988, S. 105.

¹⁷⁸ vgl. Frampton 2001, S. 156-158. Folgende Zonen sind vorhanden: vorgelagerte Satellitenstadt für Erziehung und Ausbildung, Geschäftszone, Transportzone, Hotel- und Botschaftszone, Wohnzone, Grünzone, Zone für die Leichtindustrie, Zone für Lagerhäuser und Frachtverkehr, sowie Schwerindustrie; Durth/Gutschow 1993, S. 277-288.

¹⁷⁹ Thilo Hilpert 1988: Der Band enthält auf den Seiten 114 bis 166 die deutsche Version der Veröffentlichung von Le Corbusier aus dem Jahr 1943.

¹⁸⁰ vgl. zu Le Corbusiers Verfahrensweise: Thilo Hilpert 1988, S. 14, 169-214. Am Ende bestand unter den Teilnehmern des Athener Kongresses keineswegs Einigkeit über die theoretischen Positionen.

¹⁸¹ Albers 1974, S. 460.

¹⁸² Le Corbusier 1975, S. 44; Peterek 2000, S. 305.

¹⁸³ Boesiger 1993, S. 338-339; Le Corbusier 1986, S. 132-137.

vermeiden.¹⁸⁴ (Abb. 129) Die Autoren der gegliederten und aufgelockerten Stadt betrachteten eine bandförmige Anordnung von Stadtzellen, die durch Hauptverkehrsstraßen von den parallel verlaufenden Arbeitsstätten getrennt werden, auf Grund der Wege- und Zeitersparnis als besonders verkehrsgünstig. (Abb. 130) Auch sie gingen von einer Funktionstrennung aus. (Abb. 131-132) Industriegebiete wurden durch eine Hauptverkehrsstraße von den weiteren städtebaulichen Funktionen getrennt. In der Mitte der theoretischen Stadt befand sich ähnlich wie bei Le Corbusiers Plan für die Stadt der Gegenwart eine Handelszone. Die Nachbarschaftseinheiten wurden voneinander abgegrenzt, aber zeitgleich miteinander durch Anliegerstraßen verbunden und locker auf den Grünflächen verteilt.¹⁸⁵

III.4.3. Empfehlungen der Planungsgutachter an die Landeshauptstadt München

In den Empfehlungen der Planungsgutachter von 1959 für den räumlichen Aufbau der Stadt München wird die Anwendung der damals vorherrschenden städtebaulichen Theorien deutlich. Die Gutachter befürworten eine Ordnung, bei der das Raumgefüge der Stadt einerseits durch Inhalte rationaler Theorien, andererseits anhand von Inhalten der Theorie der gegliederten und aufgelockerten Stadt neu strukturiert werden soll.¹⁸⁶

Bereits die Einteilung der neuen Flächennutzungskarte von 1959 nach den Funktionen Wohnen, Arbeiten und Erholung bringt zum Ausdruck, dass die Gutachter von einer Funktionstrennung ausgingen. Ausdruck dieser Forderung ist die Empfehlung für eine Entmischung von Wohngebieten und Industrieflächen, sowie die Befürwortung eines Innenstadtbereiches, der hauptsächlich der Funktion Arbeit zugeordnet ist. In den Rand- und Industriezonen sollte eine bisher nicht stattgefundene Ordnung der neuen Siedlungsflächen in der Landschaft und die Entmischung der Funktionen „Wohnen“ und „Arbeiten“ stattfinden.¹⁸⁷ (Abb. 133-134)

Die Gutachter empfehlen außerdem die Bildung von Nachbarschaften im Sinne der gegliederten und aufgelockerten Stadt.¹⁸⁸ Die Autoren der Städtebautheorie lehnen die Ballung von Wohn- und Arbeitsstätten in einem dicht bebauten Stadtkern ab, weil hierdurch ein zu hoher verkehrstechnischer Aufwand entsteht und verfolgen die Intension einer gleichmäßigen Verteilung von Wohngebieten.¹⁸⁹ (Abb. 135) Ord nende Momente im Sinne dieser Theorie zeigen sich in den Vorschlägen der Gutachter, die hohe Siedlungsdichte im Innenstadtbereich

¹⁸⁴ Reichow 1948, S. 100-114.

¹⁸⁵ Göderitz 1957, S. 25-27.

¹⁸⁶ Steiner/Guther/Leibbrand 1960, S. 9, 30.

¹⁸⁷ Steiner/Guther/Leibbrand 1960, S. 24, 27, 30, 42-43, 47.

¹⁸⁸ Steiner/Guther/Leibbrand 1960, S. 9, 24, 33, 42.

¹⁸⁹ Göderitz 1957, S. 9, 20-21.

durch Verlagerung auf die Randgebiete auszugleichen. Außerdem fordern die Gutachter die Einführung eines zusammenhängenden, übergeordneten und gliedernden Grünsystems. Hierbei sollen die Grünflächen die Wohnflächen umrahmen und als solche zum Ausdruck bringen.¹⁹⁰ (Abb. 136-138)

Im Bezug auf das städtebauliche Gesamtkonzept für den Münchner Norden kann die Siedlung am Hasenberg mit rund 5.500 Wohneinheiten als eine Stadtzelle im Sinne der gegliederten und aufgelockerten Stadt betrachtet werden. Im Rahmen des städtebaulichen Konzeptes ist die Siedlung mit der Trabantenstadt Oberschleißheim in Beziehung zu setzen, für die zu Beginn der 60er Jahre Planungen bestanden, die aber nie zur Ausführung kamen.¹⁹¹ Die Siedlung am Hasenberg sollte in ihren Anfängen sozusagen das „Tor zur noch weitaus größeren, fest geplanten Trabantenstadt Oberschleißheim bilden“.¹⁹²

III.4.4. Die Siedlung am Hasenberg anhand der Theorie

Wie bereits angeführt wurde, überschneiden sich bei der Siedlung am Hasenberg sowohl rationale als auch organische städtebauliche Theorien. Für die Siedlung maßgeblich sind die Leitbilder der autogerechten und der gegliederten und aufgelockerten Stadt. Anmerkungen zu den in den 20er Jahren wurzelnden rationalen Theorien werden angeführt, wenn der Ursprung von Inhalten oder die Gegensätzlichkeiten zu organischen Leitbildern herausgearbeitet wird. Aussagen, die in der Organischen Stadtbaukunst getroffen wurden, werden dann in den Text einfließen, wenn es darum geht, Inhalte der maßgeblichen organischen Leitbilder von der Basis her zu verdeutlichen.

III.4.4.1. Funktionstrennung

Die Standortwahl für die Siedlung am Hasenberg erfolgte nicht nach Prinzipien einer Bandstadt, wie es in den organischen Theorien gefordert war, oder nach ordnenden Prinzipien der Charta von Athen.¹⁹³ Die Planung bezog die Ansiedlung von einer in der Nähe gelegenen Zone für die Funktion Arbeit gar nicht erst mit ein. Industrieansiedlungen, wie beispielsweise das BMW-Werk im Nachbarstadtteil Milbertshofen, waren günstig, aber nicht ausschlaggebend für die Standortwahl. Es ging viel mehr darum, dass eine Vielzahl von Wohnungen in einem möglichst kurzen Zeitraum geschaffen werden mussten, um die

¹⁹⁰ Steiner/Guther/Leibbrand 1960, S. 21, 24, 32-33, 46-47.

¹⁹¹ Neue Heimat Monatshefte 1960, S. 33.

¹⁹² Münchner Merkur: Neues Stadtviertel „Am Hasenberg“ vom 27.05.1960.

¹⁹³ Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008.

Wohnungsnot einzudämmen. Hierfür standen der Stadt München nur eine begrenzte Anzahl an zusammenhängenden Grundstücken zur Verfügung, deren Umfang für die Anlage einer Siedlung dieser Dimension ausreichte. Bei der Standortwahl für die Siedlung am Hasenberg^l wurde auf eine günstige Verkehrslage geachtet. So bestand ein ausschlaggebendes Moment für die Wahl des Grundstückes darin, dass die Siedlung verkehrstechnisch durch die Schleißheimer Straße an den Innenstadtraum angebunden werden konnte.

Die Siedlung am Hasenberg^l wurde als reine Wohnsiedlung konzipiert. Innerhalb der Siedlung existieren die städtebaulichen Funktionen Wohnen, Erholung und Verkehr. Dass die Siedlung überhaupt mit einer Primärfunktion des Wohnens unter Ausklammerung der Funktion Arbeit erstellt wurde, hatte mehrere Ursachen. Sie lagen mit Sicherheit auch in den missverstandenen Theorien der Architekten des Neuen Bauens und den daraus resultierenden Empfehlungen der Planungsgutachter der Stadt München zur Funktionstrennung. Aus finanziellen Gründen entschied sich die Stadt München zudem für die Lösung der Stadtrandsiedlung. Hier ist die Schaffung von Arbeitsplätzen, anders als in den Theoriemodellen der Trabantenstädte nicht miteinbezogen.¹⁹⁴

III.4.4.2. Der Siedlungsaufbau

Die Gliederungselemente der Organischen Stadtlandschaft entstehen aus der Einheit der Familie, als Basis einer funktionierenden Gemeinschaft. Aus der Kindergartengemeinschaft entsteht die etwa 1.000 - 1.500 Personen umfassende kleinste Einheit der „Zelle“. Aus der Schulgemeinschaft bildet sich die größere „Nachbarschaft“ ab, und aus der Kultur- und Stadtgemeinschaft der „Stadtbezirk“. Hierbei wird in der organischen Stadtlandschaft davon ausgegangen, dass bereits in der kleinsten Einheit einer soziologisch gesunden Gemeinschaft der gesamte Bevölkerungsquerschnitt abgebildet werden sollte, die je nach finanziellen Verhältnissen in Miet- oder Eigentumswohnungen wohnen sollte.¹⁹⁵ (Abb. 139) Die Autoren der gegliederten und aufgelockerten Stadt sehen eine Gliederung in Stadtteile (50.000/WE bei 200.000 EW), Stadtbezirke (12.000 WE bei 48.000 EW), Stadtzellen (4.000 WE bei 16.000 EW) und Nachbarschaften (1.000 WE bei 4.000 EW) vor. Hier zeigt sich die gleiche Ausgangsposition wie bei der organischen Stadtlandschaft. Der Stadtzelle dient als rechnerischer Ausgangswert ein Haupt- und Oberschulbezirk, sowie bei den Nachbarschaften ein Volksschulbezirk. Der Begriff „Nachbarschaft“ wird in der veröffentlichten Version von

¹⁹⁴ Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008.

¹⁹⁵ Reichow 1948, S. 107-114.

1957 nachträglich vom englischen „neighbourhood“ abgeleitet.¹⁹⁶ Bereits die kleinste Einheit soll mit einer Schule, einem Kindergarten, einem Jugendheim, einer Kirche, sowie mit Kleingewerben und Läden ausgestattet sein, und somit ein ausgeprägtes eigenes wirtschaftliches und kulturelles Leben ermöglichen. Die Trennung einzelner Glieder soll durch eine klare räumliche Abgrenzung mittels Grünstreifen erfolgen.¹⁹⁷

Die Einkaufs- und Gemeinschaftszentren in der Siedlung am Hasenberggl können als Zentren von Nachbarschaften gedeutet werden, obwohl deren eindeutige Abgrenzung innerhalb des Siedlungsgebietes durch Straßenverläufe oder bewusst absetzende Grünzüge schwer auszumachen ist. Dennoch weist die gleichmäßige Verteilung der Zentren auf das Siedlungsgebiet, die passende Anzahl von Bewohnern und die Tatsache, dass Schulen bei der Planung eine wichtige Rolle spielten, wobei maximale Gehwege zu den Schulen miteinbezogen wurden, auf die Theorie der gegliederten und aufgelockerten Stadt hin. Auch die Betonung von Einkaufszentren durch städtebauliche Dominanten kann man der Theorie der gegliederten und aufgelockerten Stadt entnehmen. Dort heißt es, dass sich die Zentren der Gemeinschaft als Dominanten über die niedrigen Wohnhäuser erheben sollen.¹⁹⁸ Als Zentren der Gemeinschaft sind hier die Einkaufszentren zu interpretieren, weil es im Entstehungszeitraum sonst keine Gemeinschaftszentren in der Siedlung gab. Diese sind als einstöckige Flachbauten konzipiert und erheben sich als solche nicht über die Wohnbauten. In ihrer unmittelbaren Nähe befinden sich aber Hochhäuser, wodurch eine indirekte Betonung erfolgt. Auch ist die Rede davon, dass die „Stadtkrone“ beherrschend in Erscheinung treten soll.¹⁹⁹ Die „Stadtkrone“ ist in der Siedlung am Hasenberggl dort zu verorten, wo die drei höchsten Gebäude der Siedlung zu finden sind. Die Theorie fordert außerdem eine Betonung von landschaftlichen Zügen,²⁰⁰ die in der Siedlung darin besteht, dass die Magistrale die Formen des Hügels des Hasenbergls aufnimmt und die höchsten Gebäude das Hügelchen betonen.

III.4.4.3. Verkehrserschließung

Bevor die Theorien des Neuen Bauens, der autogerechten Stadt oder der gegliederten und aufgelockerten Stadt gedanklich mit der Verkehrserschließung im Hasenberggl verglichen werden können, erfolgen hier zunächst einige Ausführungen zu ihren Hintergründen und Zielsetzungen. Im Bezug auf die Verkehrsführung in der Siedlung ist das wesentliche Leitbild

¹⁹⁶ vgl. Geist 1989, S. 571. Aus der nationalsozialistischen „politischen Ortsgruppe“ wurde die „neighbourhood“.

¹⁹⁷ Göderitz 1957, S. 24-25.

¹⁹⁸ Göderitz 1957, S. 27.

¹⁹⁹ Göderitz 1957, S. 91.

²⁰⁰ Göderitz 1957, S. 91.

in der autogerechten Stadt zu sehen. Die wenigen Ausführungen über den Verkehr in der gegliederten und aufgelockerten Stadt entsprechen diesen Vorgaben.²⁰¹

Das verkehrstechnische Ziel der organischen Stadtlandschaft, dem Basiswerk für das elf Jahre später veröffentlichte Leitbild der autogerechten Stadt ist ein organisch wirkendes, dem Kreislauf natürlicher Organismen ähnelndes Ordnungssystem. Reichow setzt die Flächenerschließung des organischen Verkehrssystems mit dem verästelten Aufbau des in der Natur vorkommenden Blutversorgungssystems oder dem Aderwerk eines Blattes gleich, und betrachtet dies als die wirtschaftlichste Erschließungsmethode.²⁰² (Abb. 140) Reichow sieht die Auswirkungen des bisherigen „Systems der Systemlosigkeit“²⁰³, das von Lärm, Geruchsentwicklung und Gefahren geprägt ist, in Chaos, Überlastung und Verstopfung. Städtebaulicher Ausdruck dieser Situation stellt für ihn die anorganische, schachbrettartige Straßenanlage in Rasterform dar, die ein Hemmnis für die Freiheit der Menschen und den geforderten Fließverkehr bedeutet. Gegen die von Le Corbusier 1925 zur Maxime erhobene gerade Strasse²⁰⁴ führt er aus: „Nicht der Gegensatz zwischen geraden und krummen Straßen beherrscht den Stadtbau aller Zeiten und Völker, sondern der dauernde Widerstreit anorganischer und organischer Stadtbaukunst. Und die geraden Straßen sind nicht – wie man gemeint hat – die „Wege des Menschen“, die krummen aber die „der Esel“.“²⁰⁵ Organische Planung erfordere nicht ausschließlich krumme oder geschwungene Straßen, sondern die organische Form wäre Ausdruck von Instinkt und Vernunft, menschlicher Würde und naturnahem Leben zugleich.²⁰⁶ Reichows Stadtlandschaften werden von gekrümmten Straßen dominiert. Als plastische Beispiele eines, an formalistischer Abstraktion erkrankten Städtebaus führt Reichow amerikanische Rasterstädte wie Manhattan in New York, Philadelphia, Washington, sowie als deutsche Variante Mannheim an. (Abb. 141-144) Da der Mensch nicht über einen rechtwinkligen Richtungssinn verfüge, könne er das Auto auch nicht rechwinklig um die Ecke fahren, wodurch die Rasterform dem System der autogerechten Stadt widerspräche.²⁰⁷ Dem anorganischen Straßennetz stellt Reichow die weitgehend dezentralisierte, gegliederte und aufgelockerte Stadtlandschaft entgegen, die einerseits dem Schutz des Menschen, und andererseits der Vermeidung jeglichen überflüssigen Verkehrs dienen soll. Um den Berufsverkehr auf ein Minimum zu reduzieren, ordnet er dem Verkehrsband räumlich das parallel dazu verlaufende Wohn- und Arbeitsband zu. (Abb. 145)

²⁰¹ Göderitz, S. 27-28.

²⁰² Reichow 1948, S. 11.

²⁰³ vgl. Reichow 1959, S. 11. Der Begriff wurde 1926 von Cornelius Gurlitt im „Handbuch des Städtebaus“ geprägt.

²⁰⁴ vgl. Le Corbusier 1979, S. 5-11.

²⁰⁵ Reichow 1948, S. 135.

²⁰⁶ Reichow 1948, S. 115-136.

²⁰⁷ Reichow 1959, S. 6.

Gleich dem dreigliedrigen System der Ordnung der Wohngebiete, sucht der Städtebauer das Verkehrssystem zu ordnen. So werden den Stadtbezirken Hauptstraßen als Durchgangsstraßen, den Nachbarschaften Sammelstraßen und den Zellen Wohnstraßen, Quellstraßen und Stichstraßen zugeordnet.²⁰⁸

In der autogerechten Stadt spricht Reichow von einem organischen Straßensystem, das Mensch und Auto gleichermaßen gerecht werden soll. Dem Verkehr, und somit dem Auto wohnt keine bevorzugte Rolle inne, wie dies im Städtebau der Nachkriegszeit angenommen wurde. Nach organischem Prinzip zu handeln bedeutet vielmehr, „den Verkehrsablauf, die Straßenplanung, die Verkehrsordnung, -erziehung und -lenkung nach menschlichem Verhalten, nach menschlichem Auffassungs- und Reaktionsvermögen als Einheit [zu] sehen und dafür das autogerechte Verkehrssystem mit allen seinen städtebaulichen Konsequenzen [zu] entwickeln.“²⁰⁹ Wesentlich hierbei sei die Ermöglichung eines instinktiven, triebhaften, und somit organischen Verhaltens im Straßenverkehr, das von Menschenwürde und Selbstverantwortung geprägt ist.²¹⁰ Hingegen würden durch den übermäßigen Einsatz von Kreuzungen, Ampeln und Verkehrsschildern Intellekt und Vernunft angesprochen, wodurch es einerseits zu einer Art Entmündigung des Fahrers käme, andererseits derselbe bis zur Überforderung beansprucht würde. Außerdem wäre „es unmöglich, die autogerechte Stadt vornehmlich mit Verkehrswegen in verschiedenen Ebenen zu planen, wie Corbusier es forderte. Mehr als 4/5 ihres Weichbildes würden von Stadtgliedern gebildet, deren Verkehrsdichte ein ebenes Verkehrssystem völlig einwandfrei zu bewältigen vermag. Nur dessen Anschlüsse an Fernverkehrsstraßen, Sammeltangenten oder Ringe erfolgen durch Unter- oder Überführungen.“²¹¹

Laut den Ausführungen der autogerechten Stadt zeichnet sich ein organisches Verkehrsschema durch ein Minimum an Knotenpunkten, seine weitgehende Kreuzungsfreiheit, die mittels Verästelungsprinzip erreichte Wirtschaftlichkeit, den dauernd im Fluss bleibenden Verkehr, die Anwendung von Stichstraßen in Wohngebieten, die Anwendung von Einmündungen, die Geschwindigkeitsregulierung mittels Kurven und die Trennung von Verkehrsfunktionen aus.²¹²

Als Sinnbild der im Verkehrswesen vorherrschenden Verwirrung und Überplanung betrachtet Reichow den unübersichtlichen gordischen Verkehrsknoten. Radialkonzentrischen Stadtplanungen der Vergangenheit, die nach organischen Vorgaben zu viele Knotenpunkte erfordern, setzt Reichow die Sammeltangente nach Kneller entgegen. Bei diesem Ansatz

²⁰⁸ Reichow 1948, S. 129.

²⁰⁹ Reichow 1959, S. 5.

²¹⁰ Reichow 1959, S. 13.

²¹¹ Reichow 1959, S. 28.

²¹² Reichow 1959, S. 24.

münden „Hauptäste“ versetzt in eine Sammeltangente ein.²¹³ (Abb. 146-147) Ein solcher Knoten war in abgemilderter Form im Bereich des Dülfer Angers zwar geplant, wurde aber nicht ausgeführt.²¹⁴ Durch die Armut an Knotenpunkten soll der Verkehr leistungsfähiger werden, mehr Sicherheit herrschen, weniger Luftverschmutzung entstehen und mehr Ruhe in Wohnbereichen gewährleistet sein.²¹⁵ Innerhalb der Siedlung am Hasenberg kommt nur eine einzige Kreuzung mit Ampeln zum Einsatz. Sie befindet sich an der Stelle, wo sich die Durchgangsstraße Dülferstraße und die Wohnsammelstraße Blodigstraße überschneiden. Das Verästelungsprinzip, im Sinne einer Ausführung wie z. B. in der Sennestadt wurde nicht durchgeführt. (Abb. 148) Die Wohnstraßen zweigen von der Magistrale ab, enden aber nicht in Sackgassen. Durch die Magistrale und die fehlenden Ampeln bleibt der Verkehr im Fluss. Anstelle des Rastersystems mit rechtwinkligen Kreuzungen steht im organischen Verkehrssystem das System der Einfädelung oder Einmündung, wodurch der Verkehr natürlich fließen soll, unnatürliche, rechtwinklige Fahrweisen verhindert werden sollen, und der „Ampel-Roboter“ nicht mehr notwendig erscheint.²¹⁶ (Abb. 149-150) Das System der Einfädelung wurde in der Siedlung nicht konsequent eingesetzt. Einfädelungen sind an den Stellen zu verorten, an denen die Wellenkampstraße in die Blodigstraße, die Harpprechtstraße in die Linkstraße und der Frühlingsanger in die Blodigstraße münden. Alle sonstigen Wohnstraßen treffen im rechten Winkel auf die nächste Straße. (Abb. 151) Als Regulative sollten neben den Einmündungen Bordschwellen als wegweisendes Element und Kurven zur Geschwindigkeitsregulierung eingesetzt werden, wodurch der übermäßige Einsatz von Verkehrsschildern verhindert werden kann. Durch die kurvige Straße soll der Autofahrer unbewusst zur Einhaltung bestimmter Geschwindigkeitsvorgaben gezwungen werden. Gerade Straßen würden zu Schnelligkeit und Raserei verleiten.²¹⁷ In der Siedlung wurden keine Bordschwellen, aber viele Kurven eingesetzt. Durch die ovalförmige Anlage der Sammelstraße ergeben sich zwangsläufig Kurven. Eine Geschwindigkeitsregulierung mittels Kurven tritt insbesondere dort ein, wo die Blodigstraße auf den Frühlingsanger, die Aschenbrennerstraße auf die Grohmannstraße, und dann erneut an der Stelle, an der sie auf die Linkstraße trifft. (Abb. 152)

Die räumliche Funktionstrennung der Verkehrsarten, wie Eisen-, Straßen-, Schnellbahn, oder Radfahr-, Reit- und Fußwege erfolgt je nach deren Geschwindigkeit, um den Verkehr im Fluss zu halten. Sie ist den organischen und rationalen Theorien gemein.²¹⁸ Eine besondere Rolle

²¹³ Reichow 1959, S. 7-9, 11-12.

²¹⁴ Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008.

²¹⁵ Reichow 1959, S. 25.

²¹⁶ Reichow 1959, S. 25.

²¹⁷ Reichow 1959, S. 30.

²¹⁸ Reichow 1959, S. 33.

spielt hierbei der Schutz des Fußgängers vor Lärm, Abgasen oder Verkehrsunfällen. Den Gefahren soll abgeholfen werden, indem Fußwege in Grünbereiche verlagert werden, damit Wege im Grünen getrennt von den störenden und gefährlichen Faktoren des Straßenverkehrs beschriftet werden können.²¹⁹ Als zusätzliche Maßnahme war die Minderung der Risikopunkte durch Unter- und Überführungen und schützende Hochborde vorgesehen. Als Pioniere der Trennung von Verkehrsarten nennt Reichow die englischen Gartenstädte und Radburn in den USA. (Abb. 153) Als Beispiele vorbildlicher Wegetrennung in neuen Wohnvierteln gelten Reichow die Siedlungen Farsta in Stockholm, sowie Sennestadt und Hohnerkamp in Deutschland.²²⁰ (Abb. 154-156) In der Siedlung am Hasenberg liegt eine Funktionstrennung der Verkehrsarten vor. Verkehrsstraßen für KFZ verlaufen getrennt von den Fußwegen, die in das Grün eingebettet sind. Für die Siedlung entwickelte die Neue Heimat eigens ein neues Konzept, durch das zusätzliche Sicherheit gewährleistet werden sollte. Die Gehsteige wurden vielfach nur auf einer Seite der Straße angelegt. In einem Prospekt der Neuen Heimat heißt es: „An der gegenüberliegenden Seite [der Straße] wird die Fahrbahn durch einen schmalen Grünstreifen begrenzt, hinter dem Garagen und Abstellplätze für den ruhenden Verkehr angeordnet sind. Der zweite Gehsteig verläuft erst hinter den Abstellflächen entlang den Wohngebäuden. Hierdurch wird ausgeschaltet, daß die in die Parkplätze ein- und ausfahrenden Kraftfahrzeuge die Gehsteige überqueren und damit die Fußgänger belästigen.“²²¹ (Abb. 157) Fahrradwege oder Hochborde existierten hingegen in der gesamten Siedlung bei der Gründung nicht. Die einzige Brücke der Siedlung führt auf Höhe der drei Punkthochhäuser über die verkehrsreiche Dülferstraße. (Abb. 158) Einerseits dient sie als schützendes Element, weil sie eine direkte Überquerung der Straße unnötig macht. Andererseits werden durch ihre Nutzung störende Unterbrechung eines Spazierganges im Grünen verhindert.

Reichow bezog auch Geschäfts- und Einkaufszentren, in denen sich viele Fußgängerunfälle ereignen würden, und in deren Inneren der Autoverkehr abgestellt werden sollte, in seine Überlegungen mit ein. Zunächst entstanden, wie beispielsweise in der Sennestadt einseitig zum Grünen orientierte Ladenzeilen. Bald darauf wurden nach amerikanischem Vorbild konzentrierte Ladenstraßen als Einkaufszentren konzipiert. Der Vorteil dieser Zentren lag in der zeit- und wegersparenden konzentrierten Anlage von Geschäften. Die meisten Einkaufszentren mit amerikanischem Vorbild entstanden nach dem „Zwei-Magneten-Prinzip“, wobei sich an deren zwei Enden „Einkaufsmagneten“, wie Kaufhäuser befanden. Das Einkaufszentrum Lijnbaan in Rotterdam, das 1951-1953 von den Architekten Johannes

²¹⁹ Reichow 1948, S. 115-136; Göderitz 1957, S. 28.

²²⁰ Reichow 1959, S. 35.

²²¹ Neue Heimat Monatshefte 1960, S. 33.

Hendrik Van den Broeck und Jacob B. Bakema gebaut wurde, galt vielen Architekten jener Zeit, wie auch Ernst Maria Lang, der im Rahmen der Konzeption der Einkaufszentren im Hasenberg^l eigens nach Rotterdam reiste als Vorbild. (Abb. 159) Auch Reichow nennt als positive Lösung der Verkehrstrennung das Einkaufszentrum Lijnbaan.²²² Die Anlage der Einkaufszentren in der Siedlung am Hasenberg^l ist im Sinne der Verkehrstrennung zu deuten. Das Innere der Zentren am Stanigplatz und an der Dülferstraße ist rein für die Fußgänger reserviert. Parkplätze wurden so angelegt, dass sich der KFZ-Verkehr getrennt vom Fußgängerverkehr bewegt. (Abb. 160-161)

Ein weiteres Anliegen der autogerechten Stadt besteht in der Minimierung des durch KFZ erzeugten Lärms in den Wohngebieten. Gemäß dem damals vorherrschenden Trend der ruhigen Wohngebiete, wurde der Wohnwert von Garten-, Ruhe und Besonnungsfaktoren bestimmt.²²³ Deshalb sollten Autos von den Wohnzellen ferngehalten und sozusagen vor den Wohngebäuden auf Parkplätzen und in Garagen abgefangen werden. Reichow führt hier das Modell von Otto Ernst Schweizer an, wonach am Anfang der Wohnstraßen Garagen aufgestellt würden.²²⁴ (Abb. 162) Mittels Stichstraßen wollte Reichow die Wohngebiete vom Durchgangsverkehr abschirmen. An deren Enden sollen sich Kehren befinden, die es ermöglichen, den Verkehr im Fluss zu halten, weil aufwendige Wendemanöver, die einen höheren Lärmpegel und Abgasausstoß erzeugen vermieden werden. (Abb. 163) Stichstraßen wurden zum Zeitpunkt der Planung der Siedlung am Hasenberg^l als veraltet betrachtet.²²⁵ Um den Verkehr im Fluss zu halten, wurden stattdessen für die Erschließung des Wohngebietes an zwei Stellen kleine Ringstraßen eingesetzt. Dies sind die Grohmann- und die Wellenkampstraße. (Abb. 164)

III.4.4.4. Grünflächen

Hans Bernhard Reichow spricht in der Organischen Stadtbaukunst von einer „hundert- undtausendfältigen“ Bejahung der Natur, durch die die geistige Grundhaltung eines Zeitalters ausgedrückt wird, die den Arbeiter nicht mehr in Mietskasernen zusammenpferchen will. Es geht um eine Vereinigung von Landschaft und Großstadt, um gesund zu leben. Die Stadtlandschaft beginnt beim kleinen Hausgarten und führt bis zu den großen Parks. Straßen und Wege sollen in der Nähe der Natur liegen. Auch die Maxime Licht, Luft und Sonne ist

²²² Reichow 1959, S. 35-36; Möller 1997, S. 131; Reinborn 1996, S. 216-218.

²²³ Reichow 1959, S. 63-66.

²²⁴ Reichow 1959, S. 66.

²²⁵ Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008.

gemäß der Ausrichtung auf ein natürliches Leben zu verstehen.²²⁶ In der gegliederten und aufgelockerten Stadt wird davon ausgegangen, dass der Wohnraum unmittelbar mit den Grünflächen verbunden werden soll. Öffentliche Grünflächen bieten dagegen kaum Erholung, weil sie sich zu weit entfernt von den Wohnungen befinden.²²⁷ Bereits die einzelnen Gliederungselemente, wie Nachbarschaften, Zellen und Bezirke sollen durch Grünstreifen gegliedert werden. Jede Zelle soll dabei mit einer Landwirtschaftszone umgeben sein. Besser seien Bewohnergärten. Dadurch ergebe sich eine lebensvolle Stadtlandschaft.²²⁸

In der Siedlung am Hasenberg ist die Gliederung in Nachbarschaften anhand von Grünzügen nicht gut nachzuvollziehen. Ein zusammenhängender Grünzug befindet sich in der Mitte der Siedlung und zieht sich von Norden nach Süden. (Abb. 165) Man kann schon sagen, dass es sich um eine sehr grüne Siedlung handelt, die eine reichhaltige Pflanzenvielfalt aufweist und die der Gesundheit durch viel frische Luft zuträglich ist. Bei dem Grün, in das die Gebäude eingebettet wurden, handelt es allerdings sich um Abstandsgrün, das weder landwirtschaftlich noch anderweitig genutzt wird.

III.4.4.5. Wohnen

Reichow stellt dem Kapitel über die Wohnstätten in der Organischen Stadtbaukunst das Postulat der Gemeinschaft als Gegensatz zur anonymen Masse und die Abkehr von dem Bild der Vermassung voran, das sich für ihn architektonisch in unübersichtlichen, chaotischen und formlosen Steinwüsten zeigt, die wegen ihrer fehlenden Gliederung Disharmonie und Lebensängste bei den Menschen auslösen. Durch die organische Ordnung der Stadtlandschaft intendiert er darauf, „die auf mechanistischem und kapitalistischem Denken begründete Verklammerung des Wohnens in Villen-, Mietskasernen- und Kleinsiedlervierteln, die unübersichtliche Verworrenheit ihres Aufbaus und ihres Verkehrs, die Zersplitterung alles Großstadtlebens durch unnötig weite Arbeitswege, durch die willkürliche oder zufällige Lage aller Gemeinschaftsanlagen, durch die Trennung von Haus und Garten ... durch die Zerspaltung des Familienlebens ...“²²⁹ zu beseitigen.

Die Gebäude sollten aufgelockert auf dem Baugrund angeordnet sein, wodurch eng umbaute Höfe vermieden werden konnten.²³⁰ Die Autoren der gegliederten und aufgelockerten Stadt stellen eine Forderung nach grundsätzlich gleicher Wohndichte auf. Sie unterscheiden zwischen echter und unechter Auflockerung. Letztere sei gegeben, wenn durch den

²²⁶ Reichow 1948, S. 165-167.

²²⁷ Göderitz 1957, S. 14.

²²⁸ Göderitz 1957, S. 25.

²²⁹ Reichow 1948, S. 104.

²³⁰ Reichow 1948, S. 100-114.

Irrglauben, mittels der Verwendung von Hochhäusern eine Auflockerung zu erzielen, günstige Dichtewerte überstiegen werden. Von echter Auflockerung könne man hingegen nur dann sprechen, „wenn die Besiedlungsdichten so niedrig bleiben, daß die gerechten Bedürfnisse der Bewohner nach Besonnung, nach Erholungsraum beim Hause, ferner die Verkehrsbedürfnisse usw. voll erfüllt werden können.“²³¹ Als Absage an Le Corbusier, bzw. seinen Einsatz von Turmbauten kann man in der Organischen Stadtbaukunst Folgendes werten: „Die Frage ob wir in der Stadtlandschaft mehr Flach- oder Hoch-, Einzel- oder Reihenhausbauten errichten, wird von Fall zu Fall und von Volk zu Volk anders zu beantworten sein. ... Hochhausbauten werden nicht nur für „Garçonwohnungen“ der Junggesellen ihre Berechtigung haben.“²³² In der gegliederten und aufgelockerten Stadt wird der Bau von Hochhäusern gar als „Krankheit“ bezeichnet. Diese Bauform wäre unwirtschaftlich, teuer und würde die alten Stadtsilhouetten zerstören.²³³ In der hier besprochenen Siedlung werden städtebauliche Dominanten, bis auf die Kirchenbauten durch den Einsatz von Scheiben- oder Punkt(hoch)häusern gebildet, die die Gemeinschaftseinrichtungen betonen. Zentren der Gemeinschaft werden hier also mit Gebäudeformen des Neuen Bauens oder zeitgenössischen Architekturmoden betont. Dies unterstreicht die Tatsache, dass sich die Architekten zur Schule des Neuen Bauens rechnen lassen wollten, zumal sie auch Flachdächer favorisiert hätten.²³⁴ Ausführungen zu den Dachkontroversen werden im Kapitel über die Dächer erfolgen. Durch Weglassen von Hinter- und Seitenflügeln bei Hausformen der Mietskasernen der Gründerzeit sei der moderne mehrgeschossige Mietblock, oder die mehrgeschossige Zeile entstanden. Diese Hausform wird hier als „entartet“ bezeichnet! 90% der Gebäude in der Siedlung am Hasenberg sind also als „entartet“ im Sinne der gegliederten und aufgelockerten Stadt anzusehen. Zulässig wären Flach- und Hochbauten bis zu fünf Geschossen,²³⁵ was wiederum für die weitläufige Anwendung der Theorie auf die Siedlung spricht. Die „artgerechte“ Hausform wäre das Einfamilienhaus. Dem Kritikpunkt des zu hohen Flächenverbrauches soll durch kleine Grundstücksflächen entgegengewirkt werden.²³⁶ (Abb. 166) Im Siedlungskonzept findet sich kein einziges Einfamilienhaus.

Je höher eine Bebauung ist, desto größer müssen auch die Gebäudeabstände werden, weil der, durch die Bebauung mit Hochhäusern erzielte Gewinn an Freifläche mit steigender Geschosshöhe abnimmt. Bei Zeilenbauten soll der Gebäudeabstand das 1,5- bis 2,5-fache der Gebäudehöhe betragen, um eine gleichmäßige Besonnung zu erzielen. Bei fünfgeschossigen

²³¹ Göderitz 1957, S. 28.

²³² Reichow 1948, S. 100-114.

²³³ Göderitz 1957, S. 10.

²³⁴ Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008.

²³⁵ Göderitz 1957, S. 91, 95.

²³⁶ Göderitz 1957, S. 37, 91.

Zeilen, die in der Siedlung vielfach zur Anwendung kamen, wird kritisiert, dass der Schatten die Grünflächen, die hier stellvertretend für die Nutzgärten stehen zu sehr bedeckt.²³⁷ Dies ist in der Siedlung bei Zeilen in Ost-West Ausrichtung auch der Fall, obwohl beim Gebäudeabstand von einer zweifachen Gebäudehöhe ausgegangen wurde.²³⁸

Gemäß der autogerechten Stadt sollte Wohnruhe durch die Anlage der Häuser im rechten Winkel zu den Strassen erzeugt werden, wodurch nach damaligen Messungen 73% weniger Lärm in die Wohnräume dringen würde. Durch Querstellung von Garagen zu den Zeilen sollte eine zusätzliche Senkung des Lärmpegels von 13% erreicht werden.²³⁹ Bis auf wenige Ausnahmen, wie westlich der Reschreiter- oder der Linkstraße stehen die Zeilen in der Siedlung im rechten Winkel zu den Straßen. Eine Lärmregulierung durch schallschluckende Anpflanzungen ist in der Siedlung schwer nachvollziehbar. Deutlich wird dieses Konzept eher in der Parkstadt Bogenhausen. (Abb. 167) Die Siedlung am Hasenberg ist zwar stark bepflanzt. Es wurden allerdings Bäume und nicht Hecken angepflanzt, wodurch kein durchgängiger Schallschutz gewährleistet ist.

III.4.4.6. Siedlungsdichte

Wie bereits angeführt wurde, gingen die Planer nach dem zweiten Weltkrieg von einer Auflockerung der Städte aus, die nicht zuletzt mittels geringerer Wohndichte erreicht werden sollte. Es bestand Einigkeit darüber, dass eine Abkehr von der steinernen Stadt der Mietskasernen erfolgen sollte.²⁴⁰ Die folgende Berechnungsprozedur soll nicht als minutiöse Zahlenaufzählung verstanden werden, sondern eher dahingehend, dass Dichtewerte mit bodenpolitischen Fragen und Ertragswerten auf den Wohnungsmarkt zusammen hängen. Je mehr Personen auf einem Grundstück untergebracht werden können, desto höher ist der Mietertrag. Die Analyse sollte gedanklich unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, dass Berechnungsunterschiede Konsequenzen für die Lebensumstände der Mieter haben.

In der Theorie der gegliederten und aufgelockerten Stadt findet sich eine intensive Analyse von Dichtewerten.²⁴¹ Die Autoren versuchen anhand von zwei Untersuchungsmodellen zu analysieren, welche Dichte bei welchen Haustypen am wirtschaftlichsten ist. Dabei stellen sie fest, dass ein Hektar Nettowohnbauland eine maximale Dichte von 60 Wohnungen aufweisen sollte, wobei die günstigste Dichtezahl bei 40 WE/ha liegt. Die Nettowohndichte im

²³⁷ Göderitz 1957, S. 29, 33.

²³⁸ Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008.

²³⁹ Reichow 1959, S. 64.

²⁴⁰ Durth/Gutschow 1993, S. 295-296.

²⁴¹ vgl. zu den im Folgenden verwendeten Begriffen Nettowohnbauland, Nettowohndichte, Bruttowohndichte oder GFZ die Definitionen in: Göderitz 1957, S. 93-99.

Hasenberg liegt bei 93,4 WE/ha und übersteigt somit die, in den Ausführungen der gegliederten und aufgelockerten Stadt angegebenen Werte bei Weitem.²⁴²

In der Stellungnahme der Planungsberater von 1959 zum Münchner Wirtschafts- und Generalverkehrsplan von 1958 wird an verschiedenen Stellen auf die Siedlungsdichte eingegangen. Hier ist etwa die Rede von einer zu hohen Bruttowohndichte im Kernbereich der Stadt mit 365 EW/ha und einer zu niedrigen Dichte mit 92 EW/ha in den Stadtrandgebieten, der durch eine dortige Aufzoning begegnet werden soll. Die Bruttowohndichte im Hasenberg liegt bei 180 EW/ha, befindet sich damit im Mittel und entspricht den, als günstig empfundenen Werten jener Zeit.²⁴³ Um zu eruieren, welche Dichte am günstigsten ist, wurden Gebiete mit niedrigen und hohen Dichtewerten verglichen. Hierbei wurden die Siemens-Siedlung und die Parkstadt Bogenhausen als am wirtschaftlichsten gewertet. (Abb. 168-167) GFZ von 0,66 bis 0,76 galten als günstig. Die GFZ in der Siedlung am Hasenberg liegt zwischen 0,5 und 1,2 und ist somit partiell höher,²⁴⁴ wobei nicht herausgefunden werden konnte an welchen Stellen innerhalb der Siedlung und in welchem Umfang dies so war. (Abb. 170) Der „Münchner Plan“ enthält interessante Äußerungen des Stadtrates zur Berechnung des Flächenbedarfs für eine bestimmte Bevölkerungsanzahl. Bei der Ermittlung des Baulandbedarfs legte man im Allgemeinen 50% Nettobaulandfläche von 100% Bruttobaulandfläche zugrunde.²⁴⁵ Pro Hektar Nettobauland war eine Dichte von 96 Wohneinheiten oder 288 Personen vorgesehen. Bei der Berechnung des Bedarfs ging man von Erfahrungswerten von drei Personen pro Wohnung aus.²⁴⁶ In der Siedlung am Hasenberg hätten sich somit bei dieser Berechnungsweise bei 43 ha Nettobaufläche 12.384 Menschen und 4.128 Wohnungen ergeben. Betrachtet man die Tabelle mit der tatsächlichen Siedlungsdichte²⁴⁷ genauer, so ergibt sich eine maximale Einwohneranzahl von 15.462 Menschen. Auch die Nettobaufläche beträgt 74% des Bruttobaulandes, und übersteigt den Richtwert von 50%. Das führt zu einer höheren Besiedlungsdichte und lässt die Aussage, „die Siedlungen Fürstenried und Hasenberg haben etwa diese Siedlungsdichte“ verfehlt erscheinen.²⁴⁸ Geht man davon aus, dass die Siedlung tatsächlich etwa 18.000 Menschen beherbergte, so ergibt sich bei einer Ausgangszahl von 15.462 Personen eine Überbelegung von 14%. Das entspricht einer Personenanzahl von 2.520 Menschen. Auch in der 1965

²⁴² Göderitz 1957, S. 34-54, 90; Stadtrat 1960, S. 33.

²⁴³ Steiner/Guther/Leibbrand 1960, S. 31-32; Stadtrat 1960, S. 33.

²⁴⁴ Steiner/Guther/Leibbrand 1960, S. 38-39; München/Baureferat 1969, o. S.

²⁴⁵ Stadtrat 1960, S. 15. Die Differenzfläche zwischen Netto- und Bruttobauland wurde laut dem Plan für Straßen, Abstellplätze, Grünflächen ohne Parkanlagen, Schulen und Kindertagesstätten, Bäder und Sportanlagen, Kirchen, Friedhöfe und sonstige öffentliche Zwecke und Gewerbeflächen, wie Läden, Tankstellen, Handwerksbetriebe, Kinos o. Ä. benötigt.

²⁴⁶ Stadtrat 1960, S. 10, 15.

²⁴⁷ Stadtrat 1960, S. 33, Anm. 20.

²⁴⁸ Stadtrat 1960, S. 15, S. 33, Anm. 20.

erstellten Studie von Zapf, Heil und Rudolph ist die Rede von einer dramatischen Überbelegung.²⁴⁹

In Anbetracht der großen Wohnungsnot und den unmenschlichen Zuständen, in denen die meisten Bewohner zuvor lebten, kann diese Zahl als relativ betrachtet werden. Dennoch wurden somit Abweichungen ermittelt, aus denen beengte Wohnverhältnisse abgeleitet wurden. Die Werte attestieren außerdem, dass die Vorgaben der gegliederten und aufgelockerten Stadt im Bezug auf die Wohndichte in der Siedlung nicht eingehalten wurden.

III.4.4.7. Gebäudetypen

Im Folgenden wird genauer auf die Gebäudetypen der Siedlung eingegangen. Zunächst erfolgt eine historische Einordnung und eine Darstellung der Geschichte des jeweiligen Typs, wobei auch auf wichtige Exempel der Architekturhistorie eingegangen wird. Im Zusammenhang mit dem sozialen Wohnungsbau und der Maxime „Licht, Luft und Sonne“ werden hierbei wesentliche Merkmale des jeweiligen Gebäudetyps eine Rolle spielen.

Der Zeilenbau stellt in der Siedlung am Hasenberg mit etwa 90% die größte Gebäudegruppe dar. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Geschosswohnungsbau mit drei bis fünf Geschossen. Die anschließende Darstellung zeigt eine Entwicklung des Zeilenbaus auf, bei der wichtige Aspekte in den historischen Voraussetzungen, den wesentlichen Hintergrundgedanken und den Auswirkungen auf den städtischen Raum liegen werden.

Nach dem ersten Weltkrieg von 1914 bis 1918 herrschte in Deutschland eine große Wohnungsnot vor. Es fehlten etwa 1 Million Wohnungen.²⁵⁰ Hinzu kam die mangelnde hygienische Wohnsituation. Die schlechte Ernährungssituation und die beengten Wohnverhältnisse, zu denen als Nebenerscheinung feuchte Hinterhöfe zu zählen sind, führten u. a. dazu, dass sich die Tuberkulose zur Hauptvolkskrankheit nach dem ersten Weltkrieg entwickelte.²⁵¹ Die Architekten des Neuen Bauens²⁵² versuchten diesen Zuständen in mehrfacher Hinsicht entgegenzuwirken. Die Bewegung stellte das soziale Engagement bewusst in den Vordergrund ihrer Bemühungen. Die Architekten waren sich der großen Verantwortung, die dem sozialen Massenwohnungsbau innewohnt bewusst. Das Wohnen der Bevölkerung entwickelte sich zum wichtigsten sozialen Ziel der Architekten. Maximen wie „Licht, Luft und Sonne“ waren Ausdruck einer Bewegung, die den mangelhaften hygienischen

²⁴⁹ Zapf/Heil/Rudolph 1969, S. 24.

²⁵⁰ Reinborn 1996, S. 90.

²⁵¹ Ungers 1983, S. 13.

²⁵² vgl. Ungers 1983, S. 17. Hierzu gehörten Ludwig Mies van der Rohe, Walter Gropius, Bruno Taut, Hans Scharoun, Ernst May, Ludwig Hilbersheimer oder Hugo Häring.

Bauweisen den Kampf ansagte.²⁵³ Daraus erfolgte eine Abwendung von der Blockrandbebauung und den Missständen der Bodenspekulation und eine Hinwendung zum sozialen Prinzip der Gleichheit mit gleichen Wohnbedingungen für alle Individuen. Das architektonische Ergebnis war die Entstehung der Zeilenbauweise. Ende der 20er Jahre löste sich die Blockbebauung Stück für Stück auf und die Zeilen wendeten sich von der Straße ab.²⁵⁴ Die Gebäude wurden optimaler Weise in Nord-Südausrichtung aufgestellt. Dadurch konnten die Schlafräume durch die Morgensonne im Osten und die Wohnräume durch die Nachmittagssonne im Westen belichtet werden, wodurch eine gute Besonnung der Räume erreicht wurde. Um die Wohnungen gut zu belüften und ein Freiheitsgefühl zu generieren, brachte man Balkone und Terrassen an. Auch der Grünbereich, der zwischen den Zeilen angelegt wurde, sollte der Gesundheit förderlich sein.²⁵⁵

Mit der Veränderung der räumlichen Struktur ging eine formale Übereinstimmung der internationalen Baustile einher, die auf einem gemeinsamen geistigen Konzept beruhte. Es erfolgte eine radikale Abkehr von den Stilkriterien bisheriger Architektur, die von Historismus und Ornamentfülle geprägt waren. Le Corbusier hatte großen Einfluss auf die neuen architektonischen Prinzipien. Bereits 1923 sprach er sich in seinen Leitsätzen gegen den „alten Zopf“ der Stile aus, unterwarf die Aussenhautgestaltung der Geometrie und favorisierte die Typenbildung der Architekturelemente, sowie den seriellen Wohnungsbau.²⁵⁶ Die Wiederholung gleicher Elemente war Ausdruck des politischen Prinzips der Gleichheit und des Kollektivismus, das ein Gegengewicht zur Individualität bilden sollte. Das Gegenhalten gegen die Individualität ist hier im Zusammenhang mit den bodenpolitischen Missständen zu sehen. Die neue Formensprache drückte sich in der Verwendung einheitlicher Details, der Ornamentlosigkeit, der Verwendung des Flachdaches und der industriellen Massenfertigung aus.²⁵⁷

Die Industrialisierung des Wohnungsbaus war als Maßnahme der Wirtschaftlichkeit zur Überwindung der Wohnungsnot vorgesehen. Es sollte preiswerter Wohnraum geschaffen werden. Hierbei spielte die Kostensenkung, die durch die Rationalisierung der Baumethoden anhand von Typisierungen erfolgte eine wesentliche Rolle.²⁵⁸

Diese Vereinheitlichung führte aber auch zu einer Homogenisierung des Raumes. „Der Zeilenbau reduzierte den Städtebau auf ein technisches Prinzip ohne Raumbildung.“²⁵⁹ Die Reihung gleicher vorgefertigter Bauteile führte zu gleichen vorprogrammierten

²⁵³ Ungers 1983, S. 10, 17; Reinborn 1996, S. 102, 131.

²⁵⁴ Reinborn 1996, S. 131.

²⁵⁵ Ungers 1983, S. 13; Reinborn 1996, S. 131.

²⁵⁶ Ungers 1983, S. 11; Le Corbusier 1963, S. 22-25.

²⁵⁷ Ungers 1983, S. 12; Reinborn 1996, S. 104.

²⁵⁸ Ungers 1983, S. 13-14.

²⁵⁹ Reinborn 1996, S. 131.

Lebensräumen.²⁶⁰ Gerade die soziologischen Auswirkungen einer solchen Homogenisierung werden Themen in den Kapiteln dieser Arbeit über die Siedlungskritik und über das in den 80er Jahren entstandene „Entwicklungskonzept Hasenberg“ darstellen. Zur Verdeutlichung der Veränderung der räumlichen Strukturen von den 20er Jahren zu den 60er Jahren erfolgt aus diesem Grund jetzt eine Darstellung des Entwicklungsprozesses des Zeilenbaus anhand von ausgewählten Siedlungsbeispielen.

In den 20er Jahren entstanden die Großsiedlungen des Zeilenbaus u. a. in Hamburg, Berlin, Frankfurt, München und Köln. Für die Darstellung des Prozesses von der Blockrandbebauung zum Zeilenbau bietet es sich an, kurz auf die Frankfurter Siedlungen von Ernst May einzugehen. (Abb. 171) Die Siedlungen Römerstadt, Praunheim und Westhausen dokumentieren einen Wandel des städtebaulichen Leitbildes innerhalb eines Zeitraums von nur drei Jahren. In der 1927/28 entstandenen Siedlung Römerstadt war noch ein differenzierter, straßenbegleitender Zeilenbau mit einer klaren Trennung von öffentlichem und privatem Raum zu konstatieren. (Abb. 172) Bei der Siedlung Praunheim (1926-29) war ein konzeptioneller Übergang von der Blockrandbebauung zur freistehenden Zeilenbebauung zu beobachten. Im Osten der Siedlung befindet sich ein straßenraumbetonender Siedlungsabschnitt. Der mittlere Bereich wird zwar noch durch eine Straßenraumbetonung definiert. Aber die Zeilen wurden bereits rechtwinklig in Ost-West Richtung platziert. Im dritten Abschnitt finden sich Zeilen, die senkrecht zu den Straßen in Nord-Südausrichtung aufgestellt wurden. Die Siedlung Westhausen von 1929/30 stellt in dieser Reihe sozusagen die Krönung kompromisslosen Zeilenbaus dar. (Abb. 173-174) Die Zeilen sind in immer gleichen Abständen rechtwinklig zur Straße aufgestellt, was zu einer völligen Negation des Straßenraums führt.²⁶¹ Um die Vollständigkeit zu wahren, sei hier als weiteres Beispiel rigider Zeilenbauweise die Siedlung Dammerstock von Walter Gropius in Karlsruhe genannt.²⁶² (Abb. 175) In München rechnen die Siedlung „Alte Heide“, die 1919 bis 1929 nach den Plänen von Theodor Fischer erstellt wurde, und die Siedlung Neuhausen die 1928 bis 1930 nach einem Entwurf von Hans Döllgast entstand, zu Beispielen strenger Zeilenbauweise.²⁶³ (Abb. 176) Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die starre Zeilenform aus den 30er Jahren nicht weiter verfolgt. Zu Beginn der 50er Jahre herrschten weichere Linien mit geschwungenem Straßenbild, wie in der Siedlung Hohnerkamp in Hamburg von Hans Bernhard Reichow vor. (Abb. 178) Hierbei wurden die in Gruppen zusammengefassten Zeilenbauten von weichen Straßenformen eingefasst; die Zeilen sind locker über das Gelände verteilt und parallel

²⁶⁰ Reinborn 1996, S. 131.

²⁶¹ Reinborn 1996, S. 104-108.

²⁶² Ungers 1983, S. 17; Reinborn 1996, S. 103-108.

²⁶³ Bayerischer Architekten- und Ingenieur-Verband 1984, S. 269, 279.

angeordnet. Es bilden sich keine hofartigen Räume aus. Einen guten Überblick bieten hier die ECA Siedlungen aus dem ECA-Wohnungs- und Städtebauwettbewerb von 1951. Keiner der 725 Entwürfe, die für 15 Städte konzipiert wurden enthielt Blockrandbebauungen oder Korridorstraßen.²⁶⁴ Die aus locker angeordneter Zeilenbauweise bestehende Bebauung der ECA-Siedlungen ist in Grünflächen eingebettet und durch bogenförmige Wohnsammelstraßen erschlossen. (Abb. 179) Mitte der 50er Jahre, als Siedlungen in einem größeren Rahmen gebaut wurden, finden sich, wie z. B. in der 1956 gebauten Siedlung Neue Vahr in Bremen angedeutete, über Eck weitläufig offen gelassene Blockbauweisen. (Abb. 180) Ende der 50er Jahre waren in der Nordweststadt in Frankfurt am Main streng rechtwinklig angeordnete, aber weiterhin über Eck offen gelassene Gebäudeanordnungen zu beobachten.²⁶⁵ (Abb. 181)

Als weiterer Gebäudetyp wurden in der Großsiedlung am Hasenberg fünf verschiedene Punkthausarten eingesetzt. Als wesentliches Element des Punkthauses ist das zentrale Erschließungssystem zeitlich bis auf Entwürfe Leonardo da Vincis in der Renaissance zurückzuführen. Die zentral gelegene Treppe des französischen Loire-Schlusses Chambord, beeinflusste als Prototyp die Architekturtheorie des frühen 16. und beginnenden 17. Jahrhunderts. (Abb. 182) In der italienischen Theorie findet es Eingang bei Palladio, Serlio und Scamozzi; in Frankreich sind es Philibert Delorme und Claude Perrault. In der Epoche des Barock nimmt die Treppe eine repräsentative Funktion an. Die höfische Gesellschaft präsentiert sich in großzügigen Treppenhäusern. Aus diesem Grund ist dies nicht die Zeit der zentralen Erschließungssysteme. Erst in den Entwürfen um 1800 finden sie sich wieder. So z. B. in England bei Robert Adam oder George Dance jun., in Frankreich bei Jean-Nicolas-Louis Durand und Louis-Ambroise Dubut.²⁶⁶ Als wichtiges Beispiel aus dem 20. Jahrhundert gilt das Hochhaus Cité de la Muette im französischen Drancy von den Architekten Beaudouin und Lods aus dem Jahr 1932-33.²⁶⁷ (Abb. 183) Auch der Typenplan der Architekten Josef Schall und Stefan Pisszer aus einer Versuchsreihe des ungarischen Instituts für Bauwesen in Budapest, sowie das ungarische Wohnhaus von P. Nemeth, E. Szilagy und J. Scultety soll hier erwähnt werden, weil Johann-Christoph Ottow als Vorbilder oder Orientierungshilfen für die Bauten in der Siedlung ungarische Punkthäuser nannte.²⁶⁸ (Abb. 184-185) Das Punkthaus erfuhr aber erst seit den 40er Jahren des 20. Jahrhunderts eine wirklich nennenswerte Verbreitung, die von Schweden ausging. Ein Beispiel hierzu ist in einem Vorort von

²⁶⁴ Wandersleb 1952, S. 6; Müller-Raemisch 1990, S. 33.

²⁶⁵ Müller-Raemisch 1990, S. 35-37.

²⁶⁶ Sekler 1952, S. 3-6.

²⁶⁷ Sekler 1952, S. 10, 73.

²⁶⁸ Sekler 1952, S. 10, 74.

Stockholm, in Danvisklippen zu finden.²⁶⁹ (Abb. 186) Die Entwicklung des Punkthauses ist auf die Wohnungsnot zurückzuführen. Die Vorteile dieses Gebäudetyps lagen nach Beschreibungen aus den 60er Jahren u. a. in den geringen Fundierungskosten, in niedrigeren Kosten für Straßen oder Versorgungsleitungen, als bei Zeilenbauten oder in der Ermöglichung einer zusammenhängenden öffentlichen Grünfläche.

Städtebaulich können Punkthäuser zur Auflockerung einer sonst monotonen Zeilenbausiedlung dienen. Weitere Funktionen sind in der städtebaulichen Dominante oder der Orientierungsfunktion zu sehen. Als positiv wirkten sich nach damaliger Betrachtungsweise auch der notwendige Abstand zu weiteren Gebäuden aus, der zu einem niedrigeren Verbauungsgrad führt. Bei einzeln stehenden Gebäuden besteht die Gefahr der Monumentalität, weswegen die Anordnung in kleinen Gruppen besser ist.²⁷⁰ Diese Anordnung ist in der Siedlung am Hasenberg nördlich der Aschenbrennerstraße und westlich der Schleißheimer Straße zu finden. Die Gefahr der Monumentalität besteht hier weniger, weil es sich nicht um Hochhäuser handelt. Punkthausanordnungen, die dem Architekten als Vorbild gedient haben können, sind in der schwedischen Siedlung Vällingby, im schwedischen Lidingö oder bei den Gebäuden auf der Interbau in Berlin von 1957 zu sehen. (Abb. 187-190)

Der Grundriss des Punkthauses gilt als besonders wirtschaftlich, und ist somit dem sozialen Wohnungsbau sehr zuträglich. Generell gilt, je mehr Wohnungen von einem Treppenhaus aus erschlossen werden können, desto geringer sind die Kosten für das Erschließungssystem. Durch die Positionierung in der Mitte des Hauses wird kostbare Außenwandlänge für die Wohnräume gewonnen. Grundrisse mit mehr als vier WE auf einem Geschoss haben eine ungünstige Querlüftungssituation. Die in der Siedlung zum Einsatz kommenden Punkthäuser verfügen im Wesentlichen über kompakte, annähernd quadratische Grundrisse, deren Erschließungssystem in der Mitte des Gebäudes liegt und die über Wohnräume an allen Außenwänden verfügen. Die Folge der zentralen Positionierung ist eine schlechte Beleuchtung des Erschließungsraumes, die entweder durch künstliches Licht oder durch ein Oberlicht im Dachgeschoss erreicht wird. Im Rahmen der Belichtungsfrage kommt es durch die Richtungslosigkeit des Grundrisses zu einem ungleichen Verhältnis. Räume mit ungünstiger Orientierung, wie nordseitige Wohn- und Schlafräume oder südseitige Küchen lassen sich bei dieser Art der Punkthäuser oft nicht vermeiden. Die günstigste Aufteilung der Räume bei kompakten Grundrissen ist das „Doppelringsystem“. Hierbei befinden sich im inneren Ring um das Erschließungssystem die Verkehrsflächen und die Sanitärräume, die künstlich belichtet

²⁶⁹ Sekler 1952, S. 3-6, 10; Hassenpflug/Peters 1966, S. 20, 28.

²⁷⁰ Sekler 1952, S. 47-59.

und belüftet werden; im äußeren Ring die Wohn- und Schlafräume. Als positive Nebenerscheinung dieses Ringsystems ergeben sich kurze Wege innerhalb der Wohnung.²⁷¹ Die meisten Punkthäuser in der Siedlung wurden nach diesem System erstellt.

Die Entwicklung des Laubenganghauses als eigenständigem Bautypus des Neuen Bauens im Miet- und Massenwohnungsbaus ist eng mit den Rationalisierungsbestrebungen der Wohnungsreform verknüpft. Der Begriff stammt von dem Architekten Paul A. R. Frank, der 1926 in Hamburg einen Prototyp dieses Gebäudetyps entwickelte. Das Laubenganghaus wurde auch Ende der 30er Jahre von Ernst May für die Siedlungen in Frankfurt am Main vorgeschlagen. Als frühe Beispiele sollen hier die Laubenganghäuser von Ferdinand Kramer und Eugen Blanck in der Siedlung Westhausen in Frankfurt am Main oder die Laubenganghäuser in der Hamburger Jarrestadt von Paul A. R. Frank genannt werden. (Abb. 191-192) Das wichtigste Merkmal des Laubenganghauses ist seine kostensparende Erschließungsform. Hier müssen weniger Erschließungssysteme als bei den herkömmlichen Zeilenbauten mit Mehrspannersystem eingebaut werden. Über einen einzelnen Gang können viele Wohnungen erschlossen werden, wobei im Vergleich eine bessere Belichtungs- und Belüftungssituation gegeben ist. Diese Gebäudeform eignet sich durch seine schmale Form eher für kleinere Grundrisse. Meist sind Laubengänge an der Nordseite eines Gebäudes platziert, um eine Verschattung der Wohnräume an der sonnenbeschienenen Südseite zu vermeiden.²⁷²

III.4.4.8. Fertigbauweise und Dächer

Eine wesentliche Herausforderung für den sozialen Wohnungsbau stellte die schnelle Erbauung der Wohnungen bei gleichzeitig niedrigen Kosten dar. So gesehen war die Fertigbauweise bei der Erstellung der Siedlung Hasenberg ein wichtiger Faktor. In München setzte man sich erstmals zu Beginn der 60er Jahre mit Fertigbauweisen auseinander. Die Neue Heimat wurde von der Stadt München 1959 damit beauftragt, die Frage der Fertigbauweise für den sozialen Wohnungsbau zu erörtern. Es stellte sich die Frage, ob die Fertigbauweise ohne Qualitätsminderung und Mehrkosten auch bei Dauerwohnanlagen verwendet werden kann. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Faktoren, wie Kosten oder Baugeschwindigkeit, aber auch stilistische Elemente erörtert. Es wurde festgestellt, dass die Förderbestimmungen bei der Anwendung neuer Systeme für den sozialen Wohnungsbau

²⁷¹ Sekler 1952, S. 1, 8-9, 24-25; Hassenpflug/Peters 1966, S. 28.

²⁷² Gleiniger 1992, S. 757.

eingehalten werden konnten. Eine differenzierte Fassadengestaltung zur Vermeidung von Monotonie war möglich. Bei der Einführung der Fertigbauweise war mit einer spürbaren Einsparung von Arbeitskräften zu rechnen.²⁷³ Im Rahmen einer Ausschreibung und Machbarkeitsstudie der Neuen Heimat vom 02.12.1960 wurden Angebote von Münchner Baufirmen bezüglich der französischen Systeme Camus, Coignet, Estiot, sowie für das schwedische System Allbeton eingeholt. Hierbei wurden Aspekte, wie der Produktionsstandort, Liefertermine, Konstruktionsmethoden, statische und klimatische Verhältnisse, Einsparungspotentiale und Variabilität der Typenfolge abgefragt. Die Ergebnisse der Ausschreibung wurden der Stadt München am 28.04.1961 vorgestellt. Hierbei ergab sich u. a., dass das System Coignet, das System mit dem höchsten Automatisierungsgrad in der Fertigung und die günstigsten Angebotspreise bieten konnte.²⁷⁴

Bezogen auf die Anwendung der Fertigbauweise in der Siedlung am Hasenberg, ergibt sich folgende Situation: Bei der Erstellung der Großsiedlung wurden konventionelle Bauweisen, sowie die Systembauweisen Durisol- und die Feidnerbauweise angewendet.²⁷⁵ Bei der Feidner-Bauweise, welche bereits 1948 entwickelt wurde, werden verhältnismäßig dünne Wände aus Schwerbeton zwischen „verlorenen Schalungen“ fugenlos hergestellt und durch kreuzweise bewehrte Betondecken miteinander verbunden. Die Herstellung der Wände kann lagenweise durch „Schütten“ in Geschosshöhe erfolgen. Die Wärmedämmung wird durch Schalungsplatten aus Leichtbaustoffen erreicht. Der Zeitaufwand auf der Baustelle ist relativ gering, wodurch kurze Bauzeiten ermöglicht werden.²⁷⁶ Bei der Durisol-Bauweise werden Leichtbetonplatten oder Mauersteine, die zu etwa 80% aus mineralisiertem Holzfaserstoff (Heraklit) bestehen verwendet, wodurch auch eine hohe Wärmedämmung erzielt wird. Die Elemente werden erst nachträglich mit Beton befüllt. Durch größere Abmaße, als bei den konventionellen Ziegelbausteinen und das geringe Gewicht der Steine, kann die Baugeschwindigkeit deutlich erhöht werden.²⁷⁷

Der Siedlungsabschnitt „Hasenberg-Süd“ wurde sowohl in konventioneller Bauweise, als auch in Fertigbauweise nach dem System Coignet erstellt. Die Coignet-Bauweise ist als Fertigbauweise beschreibbar, die aus kompletten Wand- und Deckentafeln in Stahlbeton-Schüttbauweise besteht. Die Platten können ohne Nivellierung, sowie ohne Nacharbeiten oder Einschalen direkt aufeinander gesetzt werden, was eine besonders schnelle

²⁷³ Verschiedene Ausschüsse: Vorbesprechung zur Frage der Fertigbauweise vom 06.04.1960, RP, Akte Nr. 734/14, S. 1-17.

²⁷⁴ Untersuchung über die Einführungsmöglichkeit einer Fertigteilbauweise im Raum München vom 28.04.1961, Bürgermeister und Rat, Akte Nr. 3913, Typoskript, Stadtarchiv München, S. 1-22.

²⁷⁵ München/Baureferat 1969, o. S.

²⁷⁶ Brunisch/Kaufmann 1954, S. 64-67.

²⁷⁷ Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008.

Gebäudeherstellung ermöglicht.²⁷⁸ Der Siedlungsabschnitt „Hasenberg Nord-Ost“ wurde in konventioneller Bauweise errichtet. Bezüglich der angewandten Bauweisen des Siedlungsabschnittes „Hasenberg Nord“ waren keine Informationen auffindbar. Hypothetisch könnten hier jedoch die Bauweisen der Muttersiedlung, aber auch Coignet-Systembauweisen angewendet worden sein, weil sich die Zeiträume der Erstellung überschneiden.

Für die niedrigen Zeilen wurde in der Siedlung am Hasenberg einheitlich der Typus des Satteldaches ausgewählt. Die Architekten hätten dem Satteldach das Flachdach vorgezogen, weil sie zu der Generation des Neuen Bauens zählten. Erst nach großen Kämpfen mit den Bauträgern entschied man sich für ein geneigtes Dachkonzept, um der Siedlung einen gewissen einheitlichen Grundduktus in der Gestaltung zu geben. Die Bauträger wollten ihre konservative Haltung durchsetzen und nur Satteldächer verwenden, weil sie „gemütlich und deutsch“ sind. Ein wesentlicher Aspekt hierbei war die Kluft zwischen den Generationen und die Unterschiede von architekturhistorischen Ansichten und Traditionen, sowie immer noch vorhandene Einflüsse der nationalsozialistischen Ideologie.²⁷⁹ Diese Aussage deckt sich auch mit dem Konflikt zwischen den Erben des Neuen Bauens und dem Heimatschutzstil, welcher sich schon in den 20er Jahren an der Form des Daches entzündete, und nun in den 50er Jahren fortgetragen wurde. Im Gegensatz zu den 20er Jahren, wo die Entscheidung „internationales Flachdach vs. deutsches Steildach“ eine ideologische Frage war, spielten in den 50er Jahren auch wirtschaftliche, hygienische und bautechnische Gesichtspunkte eine wichtige Rolle. Im so genannten zweiten „Dächerkrieg“, der 1948 ausgelöst wurde, forderte die Fraktion des Neuen Bauens „das Dach endlich aus der Gebundenheit an mittelalterliche Konstruktion und Form zu lösen und es nach Gestalt und Herstellungsart zu verbessern, wie es unseren heutigen Bedürfnissen und Anschauungen entspricht“.²⁸⁰ Im Gegenzug argumentierten Vertreter der traditionellen Fraktion „das steile deutsche Dach und seine in früheren Jahren so gute, schöne, hervorragende Eindeckung .. das Hauptcharakteristikum des deutschen Hauses, der deutschen Dörfer und Städte“.²⁸¹ Letztendlich kamen in der Nachkriegszeit beide Ausführungen zum Tragen. Bei öffentlichen Gebäuden und im Bürohochhausbau überwog das weit auskragende Flachdach und im ländlichen Siedlungsbau das Steildach.²⁸²

²⁷⁸ Neue Heimat Bayern: Untersuchung über die Einführungsmöglichkeit einer Fertigteilbauweise im Raum München vom 28.04.1961, Bürgermeister und Rat, Akte Nr. 3913, Typoskript, Stadtarchiv München, S. 8.

²⁷⁹ Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008.

²⁸⁰ Hafner 1994, S. 213.

²⁸¹ Hafner 1994, S. 214.

²⁸² Hafner 1994, S. 213-215.

III.5. Die nachfolgenden Siedlungsabschnitte im Süden und Norden

Die Großsiedlung am Hasenberg wurde 1965 vollendet. Von den Planungen im Jahr 1959 bis zu ihrer Fertigstellung wurden keine wesentlichen Veränderungen am ursprünglichen Bauplan durchgeführt. Das Leitbild der gegliederten und aufgelockerten Stadt wurde realisiert.

Während in der Muttersiedlung am Hasenberg noch fleißig an der Verwirklichung des tragenden Leitbildes der 50er Jahre gearbeitet wurde, hatte kaum ein Jahr nach Planungsbeginn im Juni 1960 auf der 11. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Augsburg der Beginn einer entgegen gesetzten städtebaulichen Entwicklung eingesetzt. Der Anfang für das Leitbild „Urbanität durch Dichte“ wurde hier gemacht. Auf dem Städtetag von 1960 hielt der Soziologe Edgar Salin eine Rede mit dem Titel „Urbanität“.²⁸³ Urbanität war hier zunächst ein Begriff, der seine Herleitung aus der griechischen und römischen Antike erfuhr. Er beinhaltete die Teilnahme des Bürgers an den Interessen der Stadt. Bildung und Kultur galten als Ausdruck eines *Genius Loci*, einer städtischen Tradition.²⁸⁴ Nachdem im Jahr 1933 mit der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten das Ende der deutschen Urbanität und der deutschen Kultur eingetreten war, konnte an alte Traditionen und Werte nicht mehr angeknüpft werden. Salin zufolge sollte der Begriff Urbanität im Hinblick auf die deutschen Städte zunächst erstmal nicht angewendet werden. Zuvor stelle sich die Aufgabe der Stadtformung. Damit war nicht die Veränderung des äußeren Erscheinungsbildes gemeint. Statt einer Entballung oder Aushöhlung sollte die Stärkung des Stadtkerns, und erst danach der Ausbau von Trabantenstädten erfolgen. Das Bildungssystem sollte einer Reform unterzogen werden. Die Stadt sollte wieder zu einem lebendigen Organismus werden. Aus der anonymen Masse sollte sich eine Gemeinschaft entwickeln, die mit der Stadt auch auf politischer Ebene verwachsen war. Dazu gehörte auch die Aufgabe, das politische Bewusstsein der Bevölkerung zu erwecken und das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu fördern.²⁸⁵ So weit zu Salins Verständnis von Urbanismus. Hier war weder die Rede von „Dichte“ noch von „Verdichtung“.²⁸⁶

Durch den Vortrag von Edgar Salin wurde eine Diskussion über Urbanität ausgelöst.²⁸⁷ 1963 fand eine Städtebautagung in Gelsenkirchen statt, die den Titel „Gesellschaft durch Dichte“ trug. In der Einleitung zur Veröffentlichung der Tagungsvorträge²⁸⁸ beschreibt Gerhard Boeddinghaus die Vorstellung der Soziologen vom künftigen Städtebau: „Nicht allein mit

²⁸³ Salin 1960, S. 9-34.

²⁸⁴ Salin 1960, S. 10, 13-14.

²⁸⁵ Salin 1960, S. 24-31.

²⁸⁶ Müller-Raemisch 1990, S. 62.

²⁸⁷ Krämer 2007, S. 106.

²⁸⁸ Boeddinghaus 1995, S. 12-106.

Licht, Luft und Sonne, nicht mit aufgelockerten und durchgrünter Städten könne den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprochen werden. Nur in dicht gebauten Städten würden die Menschen die Kontakte finden, die sie suchten. Unter Verdichtung wurde allerdings nicht nur eine Erhöhung der Geschossflächenanzahl verstanden. Auch die unterschiedlichen Nutzungen, die im Nachkriegsstädtebau gemäß einem allzu einfältigen Verständnis der Charta von Athen weiträumig voneinander getrennt worden waren, sollten nun in Abkehr von den Grundsätzen der Charta in ein dichtes Gefüge gebracht werden. Nur wenn Städte wieder in diesem Sinne verdichtet würden, könne sich Urbanität entfalten.²⁸⁹ Hiermit war das zweite Stichwort gefallen, das von nun zusammen mit dem Schlagwort „Urbanität“ die städtebauliche Diskussion bestimmen sollte: „Verdichtung“.

Die architektonische und städtebauliche Verwirklichung der neuen Leitmaxime „Urbanität durch Dichte“ grenzte an bauliche Gigantomanie. Sie zeigte sich in einer erweiterten Infrastruktur und größeren Einzugsbereichen. Mit dem Ziel der Flächeneinsparnis wurden die Wohngebiete mit einer erheblichen horizontalen und vertikalen Verdichtung bebaut, wodurch Urbanität erreicht werden sollte. Es handelte sich um räumlich begrenzte und zeitlich abgeschlossene Trabantenstädte, deren Formen durch die industrialisierte Vorfertigung von Bausystemen geprägt waren. Geometrisch strukturelle Anordnungen wurden gezielt in der Art konzipiert, dass sie einen Kontrast zur Natur darstellten. Gemeinschaftseinrichtungen sollten so angeordnet sein, dass sie durch kurze Wege erreichbar waren. Grünflächen wurden als geometrisch angeordnetes Stadtgrün platziert. Das Verkehrssystem dominierte,²⁹⁰ gemäß den damaligen Vorstellungen von der autogerechten Stadt.

Worin lagen die Ursachen für diesen städtebaulichen Paradigmenwechsel? Ende der 50er Jahre wurde Kritik am Leitbild der gegliederten und aufgelockerten Stadt laut. Beklagt wurden Monotonie und Tristesse der Neubausiedlungen. Auch das steigende Verkehrsaufkommen, das der Funktionstrennung zugeschrieben wurde und die Zersiedelung der Landschaft wurde moniert.²⁹¹ Das bisherige Leitbild wurde als antiurban eingestuft.²⁹² An die Stelle der „Gliederung“ rückte der Begriff „Verflechtung“; „Auflockerung“ wurde durch „Verdichtung“ ersetzt.²⁹³

Hans-Reiner Müller-Raemisch bezeichnet diese Kritikpunkte als Halbwahrheiten. Die tatsächlichen Beweggründe für den Umbruch liegen seiner Meinung nach im Wandel der Zeit. Nach einer genügsamen Phase des Wiederaufbaus kam es nun zu einem Bedürfnis nach Repräsentation, das mit dem Glauben an den technischen Fortschritt und den materiellen

²⁸⁹ Boeddinghaus 1995, S. 10.

²⁹⁰ Irion/Sieverts 1991, S. 9-15.

²⁹¹ Müller-Raemisch 1990, S. 60-61.

²⁹² Irion/Sieverts 1991, S. 14.

²⁹³ Hafner 1994, S. 409.

Wohlstand, sowie im Bezug auf den Siedlungsbau, an eine Allzuständigkeit der Planung einherging. Die bauliche Verwirklichung dieser Großmannsucht wurde durch eine Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs möglich, die bis Ende der 60er Jahre anhielt.²⁹⁴ Aus dem Pool von Verbesserungsansätzen der Anhänger der „urbanen und verdichteten Stadt“ pickten sich zudem - in freudiger Erwartung auf Profite - gewinnsüchtige Bodenspekulanten und Wohnungsbaugesellschaften das Stichwort „Verdichtung“ heraus.²⁹⁵ Architektonischer Ausdruck der Ausbeute war die Erhöhung von GFZ. Hafner spricht von einer Erhöhung der GFZ innerhalb von zehn Jahren um 1,5 auf bis zu 2,1 bei der Siedlung Bremen-Tenever.²⁹⁶ In München war es zu Beginn der 60er Jahre, aus bereits angeführten Gründen noch nicht möglich, mit dem Bau von Trabantenstädten zu beginnen. Dennoch bestanden schon hier Planungen für eine erste Trabantenstadt. Im „Münchner Plan“ ist die Rede vom Siedlungsprojekt Oberschleißheim-Hochmutting, das 1960 als Trabantenstadt mit 12.600 WE geplant war und u. a. durch eine Verlängerung der, für die Anbindung der Siedlung am Hasenbergl geplanten Straßenbahnlinie mit der Innenstadt verbunden werden sollte.²⁹⁷ Im Jensenplan von 1963, der am 10.07.1963 vom Münchner Stadtrat gebilligt wurde,²⁹⁸ zeigt sich, dass das Leitbild „Urbanität durch Dichte“ auch in München bereits Eingang in die städtebaulichen Planungen gefunden hatte. Im Stadtentwicklungsplan von 1963 wurde ein neues Leitbild veröffentlicht, das sich von den, in den Jahren 1958 und 1959 entwickelten Empfehlungen der Gutachter unterscheidet. Hier ist eine Tendenz vom Leitbild der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“, dem die Großsiedlung am Hasenbergl zuzuordnen ist, zum Leitbild „Urbanität durch Dichte“ spürbar.²⁹⁹ Zunächst wurde 1963 erstmals ein städtebaulicher Leitgedanke formuliert: „Leitgedanke dieser Planung ist die auf ein hoch entwickeltes Zentrum hin orientierte, entlang den Strecken des Massenverkehrsmittels sternförmig in eine Vielzahl von Stadtteilen mit eigenen Nebenzentren gegliederte und mit ihrem natürlichen umland organisch verbundene Metropole mit Weltstadtcharakter.“³⁰⁰ Entsprechend der Stellungnahme der Planungsgutachter von 1958 wurden die Trennung durch Grünflächen, die sternförmige Gliederung des Stadtgefüges oder die Funktionstrennung von Verkehrsarten fortgeführt.³⁰¹ Entgegen der Stellungnahme wurde eine Funktionsmischung im Innenstadtbereich, der auch abends mit Leben erfüllt bleiben sollte, und eine massierte, in sich gegliederte und scharf gegeneinander abgegrenzte Bebauung entlang der Vorortstrecken

²⁹⁴ Müller-Raemisch 1990, S. 59-62; Irion/Sieverts 1991, S. 14.

²⁹⁵ Boeddinghaus 1995, S. 10.

²⁹⁶ Hafner 1994, S. 411.

²⁹⁷ Stadtrat 1960, S. 16, S. 35 Anm. 25.

²⁹⁸ Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 10.07.63.

²⁹⁹ Stadtplanungsamt 1963, S. 20-21, 23-25, insbesondere S. 26.

³⁰⁰ Stadtplanungsamt 1963, S. 20.

³⁰¹ Stadtplanungsamt 1963, S. 20.

im Außenbereich angestrebt. Die Haltestellen sollten als Kristallisationspunkte mit kompakter Bebauung konzipiert werden, deren Kerne eine höhere Dichte aufweisen sollten. Gemäß der neuen Baunutzungsverordnung sollten GFZ bis zu 2,0 angestrebt werden. Zentren dieser Art sollten durch die Trabantenstädte Oberschleißheim, Freiham und Perlach verwirklicht werden.³⁰² Im Folgenden wird die Trabantenstadt Perlach hier kurz beleuchtet, um die Unterschiedlichkeit der städtebaulichen Planungen in der Stadt München herauszuarbeiten. In Neu Perlach wurden 25.000 Wohneinheiten für 80.000 Menschen geplant, wovon etwa 80% realisiert wurden. (Abb. 183) Diese Zahlen sprechen für die Gigantomanie jener Zeit. Für das Zentrum hatte man einen dicht bebauten Kern geplant, der als Mittelpunkt des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens dienen sollte, und die „Stadt“ weitgehend unabhängig von der Münchner Kernstadt machen sollte. Dieses Zentrum sollte als Hauptzentrum fungieren und mit weiteren Zentren vernetzt sein. Dieser Kern, der räumlich durch den „Wohnring“ mit einem Durchmesser von 450 m definiert ist, wurde nie realisiert. (Abb. 194) Im übertragenen Sinn bedeutet das, dass ein Ort an dem künstlich Urbanität geschaffen werden sollte, nicht zur Ausführung kam. Der Trabant sollte nicht als reine Schlafstadt entstehen. Um den Pendlerverkehr zu vermeiden, waren in der Nähe Industrie- und Gewerbeflächen mit 40.000 Arbeitsplätzen geplant. Mit der Realisierung des Siemens-Standortes im Jahre 1984 am Otto-Hahn-Ring wurde der Planung an dieser Stelle zwar Rechnung getragen. Es ist aber sehr wahrscheinlich, dass ein Großteil der dort tätigen Angestellten nicht in Neu Perlach wohnt. Das Verkehrsnetz - hier in vergrößertem Ausmaß - wurde gemäß der autogerechten Stadt nach Funktionen aufgeteilt. Der Bauherr - hier die Neue Heimat - benutzte den Begriff „Urbanität“ um bauliche Dichte zu generieren. Diese Dichte konzentrierte sich zu Beginn der 70er Jahre in den Nordabschnitten noch in Punkt- und Scheibenhäusern. In dem Ende der 70er Jahre entstandenen Ostabschnitt wurde sie durch sogenannte Wohnschlangen realisiert, die Raum ausbilden sollten. Das Ziel bestand insgesamt darin, eine architektonisch verdichtete, sowie sozial verflochtene und durchmischte Trabantenstadt zu erbauen. Wie bereits bei der Großsiedlung am Hasenberg, die freilich nach einem anderen Leitbild konzipiert wurde, aber bei der es auch nicht zu einer sinnvoll ausgestatteten Zentrenbildung mit lebendigem Charakter kam, ist hier das Fehlen von Urbanität zu konstatieren.³⁰³ Das brachliegende Abstandsgrün befindet sich dieses Mal nicht zwischen niedrigen Zeilenbauten sondern zwischen Betonmassen. Diese sind zwar anders geformt; das Prinzip bleibt aber das Gleiche. Die Gebäudeabstände sind weiter und die Gebäude höher. Die Siedlungsabschnitte werden durch breit angelegte Straßen gegliedert. Die

³⁰² Stadtplanungsamt 1963, S. 20, 23-24, 26.

³⁰³ Krämer 1997, S. 140-147; Hartard 2003, S. 122, 127.

Dimensionen sind zusammengefasst nur größer. Was bei einem Vergleich der beiden Theorien bleibt, ist die Erkenntnis, dass Urbanität nicht durch mathematische Rechenexempel über zu viel oder zu wenig Dichte generiert werden kann.

Wie aber gestaltet sich die theoretische Lage im Hasenberg im Bezug auf die nach 1965 fertig gestellten Siedlungsabschnitte? Im Norden und Süden der Großsiedlung am Hasenberg entstanden von 1965 bis 1971 drei weitere Siedlungsabschnitte. Wurde hier das Leitbild „Urbanität durch Dichte“ angewandt? Nach einer Darstellung der Baugeschichte, erfolgt im Anschluss die Siedlungsbeschreibung im Hinblick auf die Anwendung des Leitbildes „Urbanität durch Dichte“.

III.5.1. Der Siedlungsabschnitt „Hasenberg-Süd“

Bevor es 1966 zur Auswahl der Bezeichnung „Hasenberg-Süd“ für den Siedlungsabschnitt kam, existierten verschiedene Namensfavoriten. So standen die Benennungen „Südlich Hasenberg“, „An der Weitlstraße“ und „Am Feldmochinger Anger“ zur Diskussion.³⁰⁴ Der Abschnitt Hasenberg-Süd wurde im „Münchner Plan“ als Baugebiet 31 ausgewiesen und entstand zur Behebung der Wohnungsnot. Im Gegensatz zur Muttersiedlung, bei der der Anteil an Sozialwohnungen 99% betrug, waren es hier nur 77%. Der Bau erfolgte zwischen dem 01.11.1965 und Ende 1968 in drei Abschnitten. Das Gebiet Hasenberg-Süd befindet sich südlich der Muttersiedlung im Stadtteil Harthof. Es gilt der Bebauungsplan 36a nach dem Stadtratsbeschluss vom 14.07.1965.³⁰⁵ (Abb. 195)

Abermals unter der Federführung der Neuen Heimat Bayern, zeichneten die GEWOG, die Gisela Lebensversicherung und private Bauherren für den Bau verantwortlich. Es sei nur kurz angemerkt, dass die GEWOG, die für den wesentlichsten Anteil der Anlage verantwortlich war, für das Gebäude in der Rainfarnstraße 9 den Ehrenpreis der Landeshauptstadt München „für die vorbildliche Gestaltung des öffentlich geförderten Wohngebäudes“³⁰⁶ erhielt. Für die städtebauliche Planung war die Stadt München in Zusammenarbeit mit dem Architekten Sepp Pogadl und dem Planungsbüro der Neuen Heimat zuständig, wobei die Einzelplanung durch freischaffende Architekten erfolgte. Dies waren für die in Fertigbauweise erstellten Bauten der Architekt Ernst Hürlimann, für die Objektplanung Gordon Ludwig und Franz Raab, sowie

³⁰⁴ Neue Heimat Bayern: Anschreiben an die Landeshauptstadt München vom 15.11.1964, Typoskript, WSB Bayern. In den Akten der WSB Bayern ist die Rede von Baugebiet 31 oder 32.

³⁰⁵ Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 14.07.1965; weiterhin wichtig sind folgende Stadtratsbeschlüsse: Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 23.06.1965, Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 08.07.1965, Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 25.11.1965, Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 16.03.1966.

³⁰⁶ Neue Heimat Monatshefte 1968, S. 46; GEWOG 1964, S. 6.

Hans Walter; die Außenanlagen wurden hier von den Gartenarchitekten Holm Becher und Peter Leitzmann gestaltet.³⁰⁷

Das 54ha große Baugebiet bestand zunächst in vielen kleinen Grundstückspartellen, die landwirtschaftlich genutzt wurden. Um den Bau eines zusammenhängenden Siedlungsabschnittes zu ermöglichen, musste in einem langwierigen Verfahren eine Grundstücksbereinigung mittels Kauf, Grundstückstausch und Erbbaurechtsgewährungen durchgeführt werden. Dabei legten manche der 45 Eigentümer Wert darauf, gegen nahe gelegenes Ackerland zu tauschen, um ihre landwirtschaftliche Tätigkeit fortführen zu können.³⁰⁸ Im Februar 1963 befand sich die Hälfte des Baugebietes in der Hand der Neuen Heimat Bayern. Um das Gebiet bebauen zu können, musste eine Hochspannungsleitung in den westlich angrenzenden Grünzug verlegt werden.³⁰⁹

Erneut begann das Ringen der Wohnungsbauträger mit der Stadt; wirtschaftliche Gebäudevermarktung stand gegen sozialpolitische Ziele. Um für die Mieter, die sich seitens der Stadt größtenteils aus der ärmeren Bevölkerungsschicht zusammensetzen sollte, einen geringen Nebenkostenaufwand zu erzielen, wollte die Stadt im April 1964 Zentralheizungen durch Gas-Außenwandöfen eintauschen, was gegenüber dem hart erkämpften Zentralheizungssystem der Muttersiedlung einen technischen Rückschritt bedeutet hätte. Auch die Bebauung sollte so niedrig sein, dass der kostenintensive Einsatz von Aufzügen vermieden werden konnte. Die Neue Heimat setzte sich durch. Es wurden Aufzüge eingebaut, und mittels Zentralheizung geheizt.³¹⁰

Im Januar 1965 hatte man seitens der, in den 50er Jahren entstandenen Selbsthilfesiedlungen Kenntnis des Bebauungsplanes erlangt und Einspruch eingelegt. Hier war die Rede von der Zerstörung des bereits bestehenden Wohnungsbestandes durch das Neubaugebiet. Die Architekten änderten den Bebauungsplan und ersetzten einen 9-geschossigen Wohnblock durch ein 7-geschossiges Punkthaus, um einen größeren Abstand zur Selbsthilfesiedlung zu erzielen. Außerdem bestand die Sorge, dass die Weitstraße sich zu einer übergeordneten Durchgangsstraße von der Schleißheimerstraße nach Feldmoching entwickeln könnte. Änderungen aufgrund dieses Einwandes wurden vom Stadtplanungsausschuss abgelehnt. Die Eigenheimbesitzer mussten Land für die Straßenverbreiterung abtreten.³¹¹

³⁰⁷ München/Baureferat 1969, o. S.; Laturell 2000, S. 97; Neue Heimat Bayern: Zusammenstellung wesentlicher Siedlungsdaten des Abschnittes Hasenberg-Süd ohne Datumsangabe, Typoskript, WSB Bayern.

³⁰⁸ Kurt Otto 1970, S. 29-31; Neue Heimat Bayern: Anschreiben an die Landeshauptstadt München vom 08.07.1965, Typoskript, WSB Bayern; Neue Heimat Bayern: Aktenvermerk vom 04.01.1965, Typoskript, WSB Bayern.

³⁰⁹ München/Baureferat 1969, o. S.

³¹⁰ Neue Heimat Bayern: Aktenvermerk vom 10.04.1964, Typoskript, WSB Bayern.

³¹¹ Siedlervereinigung am Hasenberg: Anschreiben an die Neue Heimat Bayern vom 28.01.1965, Typoskript, WSB Bayern; Neue Heimat Bayern: Aktenvermerk vom 20.05.1965, Typoskript, WSB Bayern; Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 23.06.1965; Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 08.07.1965.

1965 waren die Vorbereitungen für die Baumaßnahmen abgeschlossen. Die GEWOG begann am 01.11.1965 mit dem Bau von 407 Wohnungen. Weitere Bauabschnitte sollten 1966 folgen. Tatsächlich waren 1966 267 WE und 42 Garagen, sowie ein gewerbliches Gebäude fertig gestellt. 1967 waren es bereits 751 WE und 189 Garagen.³¹² Ende des Jahres 1968 war die Bebauung abgeschlossen.³¹³ (Abb. 196)

Das Gebiet ist im Urzeigersinn im Norden durch die Muttersiedlung Hasenberg auf Höhe der Dülferstraße, im Osten bis zur Caracciolastraße durch die Rainfarnstraße, dann in östlicher Richtung durch die Caracciolastraße selbst und die Eberwurzstraße in südlicher Richtung abgesteckt. Die südliche Grenze bildet die Gundermannstraße. Der Feldmochinger Anger fungiert auch hier einerseits als städtebaulich gliederndes Element zur deutlichen Abgrenzung der Bezirksabschnitte Feldmoching und Hasenberg, und andererseits als westliche Begrenzung des Siedlungsabschnittes.

Das Grundstück weist eine Bruttobaufläche von 54,5 ha auf. Davon beträgt die Nettobaufläche 37% (Großsiedlung 73%). Die GFZ lag bei 0,85 (Großsiedlung 0,65).³¹⁴ Im Rahmen einer Analyse des Leitbildes „Urbanität durch Dichte“ ist im Abschnitt Hasenberg-Süd keine Erhöhung der Dichtezahlen auf Werte von 2,0 feststellbar. Die 1.788 Wohnungen sollten laut dem Abschlußbericht etwa 5.700 Personen eine Heimat geben. Bei der Belegungszahl hielt man sich an die Vorgaben der Muttersiedlung und ging von einer Belegungsziffer von 3,2 Personen pro Wohnung aus. Die Einwohnerzahl betrug laut den Angaben der Neuen Heimat Bayern aber 6.903 Personen,³¹⁵ was wiederum von einer erheblichen Abweichung der Angaben des Münchner Plans und dessen Abschlußbericht zeugt.³¹⁶

Als städtebauliche Dominante ist hier das 15stöckige Hochhaus in der Rainfarnstraße 25 zu bezeichnen,³¹⁷ das gleich am nördlichen Eingang des Siedlungsabschnittes zu verorten ist und das dortige Einkaufszentrum an der Dülferstraße, sowie die umliegenden Geschäfte in der Rainfarnstraße betont. (Abb. 197) Bei dem Zentrum handelt es sich um einen eingeschossigen Flachbau, dessen Gestaltung an die Zentren der Muttersiedlung angelehnt ist. Ebenso wie bei diesen wird hier eine verkehrstechnische Funktionstrennung durchgeführt, d. h. das Zentrum wurde nur für Fußgänger eingerichtet. Der Straßenverkehr ist ausgeschlossen. (Abb. 198)

Auch das Konzept für die Verkehrserschließung knüpft an die Muttersiedlung an. Leicht geschwungene Straßen bilden insgesamt vier Parzellen für gleichartige Gebäude aus. Die

³¹² GEWOG 1966, S. 6; GEWOG 1967, o. S.; GEWOG 1968, o. S.

³¹³ München/Baureferat 1969, o. S.

³¹⁴ Otto 1970, S. 29-31; München/Baureferat 1969, o. S.

³¹⁵ Otto 1970, S. 31.

³¹⁶ Otto 1970, S. 31.

³¹⁷ München/Baureferat 1969, o. S.

Verkehrsarten verlaufen gemäß dem Leitbild der „autogerechten Stadt“ getrennt voneinander. Fußwege befinden sich vielfach im Grünbereich. Von einer Dominanz des Autoverkehrs, wie dies bei der „urbanen und verdichteten Stadt“ der Fall wäre, kann hier nicht die Rede sein. Die Straßen haben mit einer Breite von 15m ähnliche Werte, wie in der Muttersiedlung und sind somit für eine zweiläufige Straße eher schmal. Auch bei den Grünanlagen wurde das Konzept der Muttersiedlung fortgeführt. Sie wurden in parkähnlicher Weise mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt. Es befindet sich kein System mit schallschützenden Hecken in der Anlage. Der breite Gliederungsstreifen im Westen von „Hasenberg-Süd“ wird von den Bewohnern ausgiebig genutzt. Die westliche Bebauung öffnet sich zum Grünstreifen, so dass der Übertritt vom Abstandsgrün zwischen den Gebäuden in die Natur des Feldmochinger Angers nicht durch eine schrankenartige Bebauung gehemmt wird, sondern fließend gestaltet ist. Hier kann man von einer Verwirklichung gesundheitsfördernder Ansätze im Sinne einer Organischen Stadtlandschaft sprechen. Die Gebäude wurden locker auf dem Baugrund verteilt. In diesem Siedlungsabschnitt ist die Monotonie besonders stark ausgeprägt. Es existiert nur ein Typus von Zeilenbebauung und zwei Typen von Punkthochhäusern. Betrachtet man den Mittelstreifen des Gebietes, der in der Mitte durch die Weitstraße in zwei Gliederungsabschnitte aufgeteilt wird, so fällt auf, dass die Bebauung in den beiden Teilen einfach nur spiegelverkehrt konzipiert wurde. (Abb. 199) In der Begründung zum Beschluss des Stadtplanungsausschusses heißt es hierzu: „Die in der Höhenentwicklung weitgehend differenzierte Wohnbebauung ist zu raumbildenden und von Grün durchzogenen Gruppen zusammengefasst und bietet somit einen höchstmöglichen Wohnwert.“³¹⁸ Auf eine Detailbeschreibung der Gebäude wird an dieser Stelle verzichtet. Wie in der Muttersiedlung wurden Zeilen, Punkthochhäuser und ein Scheibenhochhaus errichtet.³¹⁹ Im Abschnitt „Hasenberg-Süd“ wurden ausschließlich Flachdächer verwendet. Die Punkthäuser verfügen über sechs und acht Geschosse; die Zeilen über vier und neun Geschosse. Bei den Zeilen bilden jeweils zwei, über Eck verbundene Gebäude offene Höfe aus. Gegenüber der Muttersiedlung ist im Bereich der Zeilenbauten zwar eine höhere Bebauung erkennbar. Von einer massiven Betonbebauung bei der auf Großräumigkeit abgezielt wird, die deutlich in die Höhe strebt, bei der der Aspekt der Verschachtelung eine Rolle spielt, oder die einen repräsentativen Charakter aufweist, wie etwa beim Leitbild „Urbanität durch Dichte“ kann hier nicht gesprochen werden.

Der Siedlungsabschnitt „Hasenberg-Süd“ war bei Bauabschluss mit Folgeeinrichtungen ausgestattet: Das Geschäftszentrum war 1970 mit sechs Geschäften, einem Lebensmittelladen,

³¹⁸ Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 25.11.1965.

³¹⁹ München/Baureferat 1969, o. S; Neue Heimat Bayern: Zusammenstellung wesentlicher Siedlungsdaten des Abschnittes Hasenberg-Süd ohne Datumsangabe, Typoskript, WSB Bayern.

einer Bankfiliale, einer Gaststätte, einer Drogerie, einer Reinigung und einem Friseur versehen.³²⁰ Es gab eine Volksschule, eine Berufsschule und einen Kindergarten. Bei der katholischen St. Matthäus-Kirche handelt es sich um einen unscheinbaren niedrigen Bau, der sich an der Ecke Eduard-Spranger-/Weitlstraße befindet. Auf eine weitere Beschreibung wird an dieser Stelle verzichtet, weil es sich weder um ein architekturhistorisch noch städtebaulich prägnantes Gebäude handelt. In diesem Siedlungsabschnitt waren für fast 7.000 Menschen zwei Ärzte und ein Zahnarzt vorhanden.³²¹

III.5.2. Die Siedlungsabschnitte „Hasenberg-Nord“ und „Nord-Ost“

Die Siedlungsabschnitte „Hasenberg-Nord“ und Hasenberg „Nord-Ost“ entstanden in den 60er und 70er Jahren. Um ein Gefühl für den „Genius Loci“ zu bekommen, wird im Folgenden zunächst auf das dort zuvor befindliche Lager „Frauenholz“³²² eingegangen, zumal ein Teil der Muttersiedlung am Hasenberg architektonisch als abschirmende Schranke auf das Lager reagiert. (Abb. 200) Der schlechte Ruf des „Frauenholzes“ hat seit Jahrzehnten Einfluss auf das Image der Siedlung am Hasenberg. Darauf wird im Kapitel über die kritische Auseinandersetzung genauer eingegangen.

Die Baugeschichte des Siedlungsabschnittes „Hasenberg-Nord“ ist heute, gerade was die Zeit des Lagers Frauenholz betrifft nicht mehr en détail nachzuvollziehen. Auch in den Archiven der GWG befinden sich keine Unterlagen. Das Lager Frauenholz war im Norden der Siedlung am Hasenberg am Rande des Korbiniani Holzes zu verorten. (Abb. 201-202) 1937 wurde es als Barackenlager errichtet, um dort als Unterkunft für die Lehrgangsteilnehmer der fliegertechnischen Schule des nördlich gelegenen Militärflugplatzes Schleißheim zu dienen. Nach dem zweiten Weltkrieg wurden hier unter der Bezeichnung „Schleißheim“ Displaced Persons untergebracht. Seit November 1951 diente es als „Regierungslager für heimatlose Ausländer“. Im Juni 1953 beschloss der Stadtrat das Lager von der Oberfinanzdirektion zu erwerben und es instand zu setzen. Das „Städtische Wohnlager Frauenholz“ war nunmehr als Unterkunft für obdachlose Münchner vorgesehen. Zwischen 1953 und 1964 wurden immer wieder Barackenbereiche abgerissen oder in Brand gesetzt. In diesen Holzbaracken lebten noch lange nach dem Krieg bis zu 4.000 Menschen. Die Stadt ließ zunächst zehn Baracken in Betonbauweise errichten, die über eine bessere Ausstattung und Wohnraumaufteilung als die

³²⁰ Otto 1970, S. 29-31.

³²¹ München/Baureferat 1969, o. S.

³²² Eiber 1992, S. 5. Der Name rührt von der dort im 16. Jh. befindlichen Klausen zu „Unserer lieben Frau“ her, die Herzog Wilhelm V. dort gegründet hatte. Sie wurde auch „Frauenklausen“ oder „Frauenkapelle“ genannt; Laturrell 2000, S. 88-89. Aufgrund der stetig schlechten Presse trug sich der Stadtrat im Mai 1954 mit dem Gedanken, die Siedlung in „München Feldmoching II F“ umzubenennen, was aber nie verwirklicht wurde.

Holzbaracken verfügten.³²³ (Abb. 203-204) Am 11.07.1964 beschloss die Stadtratsvollversammlung das Lager aufzulösen, um dort im neuen Wohngebiet „Hasenberg-Nord“ 310 Übergangsheime mit einfachen Wohnungen zu erstellen, die im August 1964 bezugsfertig waren.³²⁴ Die Abschnitte „Hasenberg-Nord“ und „Nord-Ost“ sind städtebaulich wie die Muttersiedlung am Hasenberg den Voraussetzungen des „Münchner Planes“ zuzuordnen und dementsprechend auch in dessen Abschlussbericht beschrieben. Es handelt sich um öffentlich geförderten Wohnungsbau.³²⁵

Für das Gebiet „Hasenberg-Nord“ (Frauenholz West) gelten die Bebauungspläne 39a und 613.³²⁶ Bei dem Gebiet 39a handelt es sich um ein 27 ha großes Areal, das als reine Wohnanlage mit einer Bebauung von zwölf 4-5geschossigen Bauzeilen (614 WE) und zehn 5geschossigen Bauzeilen für 390 Übergangsheime im Rahmen des „Münchner Planes“ errichtet wurde. (Abb. 205) Im Nordwesten und im Süden waren größere Grünflächen eingeplant, für deren Gestaltung ein Bepflanzungsplan basieren sollte. Hierbei wurde wie in der Muttersiedlung durch Nord-Südanlage der Zeilen auf eine günstige Besonnung geachtet.³²⁷ (Abb. 206) Bei den zeichnenden Architekten handelte es sich um Ernst Hürlimann, Franz Ruf, Gordon Ludwig und Franz Raab. Zwischen September 1970 und September 1972 erbaute die GWG auf dem Gebiet des Bebauungsplanes 613 südlich der Wintersteinstraße drei Punkthäuser und sieben Zeilen mit 337 WE. Sie wurde dafür mit dem Ehrenpreis für guten Wohnungsbau ausgezeichnet.³²⁸ (Abb. 207) Der Abschlussbericht des „Münchner Planes“ spricht 1969 von in Planung befindlichen 350 WE, die 1.100 Menschen ein Heim geben sollten, und der Unterkunftsanlage Hasenberg-Nord mit 772 Unterkunftseinheiten für nicht mietfähige Menschen. Auch hier ist keine wesentlich erhöhte GFZ zu verzeichnen. Sie liegt zwischen 0,8-1,0.³²⁹

Bei dem Siedlungsabschnitt „Nord-Ost“ handelt es sich um den ehemaligen östlichen Teil des Lagers Frauenholz. Für den Bebauungsplan 39d (Frauenholz-Ost) gelten die Stadtratsbeschlüsse vom 08. und 15.05.1968.³³⁰ (Abb. 208) Das 5,7 ha große Gebiet ist im „Münchner Plan“ als Baugebiet Nr. 3 ausgewiesen. Der Anteil an Sozialwohnungen betrug

³²³ Eiber 1992, S. 20, 24.

³²⁴ Eiber 1992, S. 3, 54-59; Laturell 2000, S. 88-89, 92.

³²⁵ München/Baureferat 1969, o. S.

³²⁶ Es gelten die Beschlüsse des Stadtrates vom 16.05.1962, vom 15. und 22.11.1963, sowie vom 04. und 16.12.1964, der am 20.10.1965 rechtskräftig wurde.

³²⁷ Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 16.05.1962; Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 15.11.1963; Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 22.11.1963; Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 04.12.1964; Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 16.12.1964.

³²⁸ Ottmann 2004, S. 66.

³²⁹ München/Baureferat 1969, o. S.

³³⁰ Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 08.05.1968; Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 15.05.1968; Laturell 2000, S. 100.

Ende der 60er Jahre 99.75%. (Abb. 209) Als Bauträger fungierte die GWG.³³¹ Die Bauten wurden von den Architekten Franz Ruf, Hans Dauser und Sedlmaier entworfen.³³²

Der Baubeginn erfolgte im Frühjahr 1968 mit dem östlichen Teil, der 1969 abgeschlossen werden sollte. Mit dem Bau der eingeschossigen Ladenbauten an der Fortnerstraße sollte 1969 begonnen werden. Ebenso wie in den bereits besprochenen Siedlungsabschnitten herrscht eine niedrige Bebauungsdichte (GFZ 0,8-1,0) vor. Auch hier wurde mit einer Belegungsziffer von 3,3 Personen/WE gerechnet, aus der sich 1.300 Personen ergeben würden. Es handelt sich um 394 WE und 201 Stellplätze.³³³

Das Gebiet ist im Norden durch die Thelottstraße, im Westen durch die Fortnerstraße, im Süden durch die Schleißheimerstraße und im Osten durch den Schleißheimer Wald begrenzt.

Verkehrstechnisch ist es durch die Fortnerstraße in Nord-Süd Richtung über die Aschenbrennerstraße mit der Muttersiedlung und der Schleißheimerstraße verbunden. Die Bebauung wurde abermals locker auf dem Gebiet verteilt. Auf dem Areal wurden acht viergeschossige Zeilenbauten, die zwei an den Ecken offen gelassene Höfe ausbilden gebaut. Des Weiteren sind dort sechs Punkthäuser mit neun Geschossen in zwei unterschiedlichen Bauweisen zu verorten, die mit der Waldkulisse im Osten einen besonderen Blickfang und den Abschluss der gesamten Siedlung am Hasenberg bilden sollten.³³⁴ Im Nordwesten befindet sich das Ladenzentrum an der Fortnerstraße. Die Wohnanlage wurde mittels konventioneller Bauweise erstellt. Es wurden ausschließlich Flachdächer verbaut.

Auch der Siedlungsteil im Norden der Mutter ist der Theorie der gegliederten und aufgelockerten Stadt zuzuordnen: Die Gebäude, die maximal neun Geschosse umfassen, wurden locker angeordnet auf dem Baugrund verteilt. Von dichter Betonbebauung kann hier nicht die Rede sein. Die GFZ sind niedrig. 1971 existierte zwar ein Plan, die Siedlung am Hasenberg mit einem reichhaltig ausgestatteten Zentrum zu versehen.³³⁵ (Abb. 210) Dieser wurde aber nicht ausgeführt. Pläne für einen Behördenhof, der die Siedlung als eigenständige Verwaltungseinheit ausgewiesen hätte bestanden zwar, kamen aber ebenfalls nicht zur Ausführung. Auch sollte der Mangel an Urbanität, der damals anhand von Studien³³⁶ bereits nachgewiesen war nicht durch eine Erhöhung der GFZ ausgeglichen werden; von repräsentativer Bebauung als Ausdruck eines Zeitgefühls ganz zu schweigen. An dem alten Konzept der gegliederten und aufgelockerten Stadt wurde festgehalten, obwohl gerade aus dem Bereich der Soziologie genügend kritische Ansätze kamen, die die Auswirkungen der

³³¹ Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 08.05.1968.

³³² Ottmann 1994, S. 66.

³³³ München/Baureferat 1969, o. S.

³³⁴ Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 08.05.1968.

³³⁵ Süddeutsche Zeitung: Ein Bürgerzentrum für das Hasenberg vom 24.02.1971.

³³⁶ Zapf/Heil/Rudolph 1969, S. 1-373.

Zersiedelung des Stadtraums und der mangelnden Urbanität bemängelten. Dieser Kritik soll nun Gehör geschenkt werden.

III.6. Kritische Auseinandersetzung

Bei der nun folgenden kritischen Auseinandersetzung mit der Siedlung sollte grundsätzlich zwischen zwei Themenbereichen unterschieden werden. Das erste Thema setzt sich mit der Sozialpolemik auseinander, die zu einem Vorurteil gegen die Bewohner und ihre Siedlung führte. Der zweite Bereich behandelt die Architekturkritik, die mit der Beurteilung aus soziologischer Sicht einhergeht. Beide Themen sind insofern miteinander verknüpft, als dass mit der Verleumdung der Bevölkerung auch die negative Einstellung zu einem ganzen Stadtteil und der darin enthaltenen Architektur zusammenhängt. Zunächst also von der Entstehung eines Vorurteils.

III.6.1. Vom gelobten zum verrufenen Stadtteil

Stolz kennzeichnete die Inhalte der Rede zur Grundsteinlegung des Oberbürgermeisters Dr. Hans-Jochen Vogel: „Die Großsiedlung Hasenberg mit deren Bau wir heute beginnen soll, sowohl für den modernen Städtebau als auch für künftige Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot beispielhaft werden. ... Ihren schönsten Lohn werden alle, die daran beteiligt waren, aber in dem Bewusstsein finden, dass hier in dieser Großsiedlung in Bälde 17.000 Menschen in über 5.400 Wohnungen in Licht, Luft und Sonne glücklicher und froher leben können als bisher.“³³⁷ In der Presse war außerdem die Rede von einem „hoffnungsvollen Zeichen zur Linderung der Wohnungsnot“ oder von der „städtebaulich guten Gestaltung“, sowie von einer guten Ausstattung der Wohnungen oder von den zufriedenen Mietern, die sich über ihre modern ausgestatteten Wohnungen freuten.³³⁸ 1963 hieß es in einem Artikel: „Während unsere Stadt in allen anderen Himmelsrichtungen neue Wohnzentren und Siedlungsschwerpunkte gebildet hat, blieb der Norden für Städteplaner und Architekten ein Stiefkind. Erst in jüngster Zeit wurde der Vorstoß unternommen, auch dieser Gegend einen städtebaulichen Akzent und damit einen neuen Reiz zu verleihen.“³³⁹

Bald ergaben sich jedoch Schwierigkeiten. Deren Ursache ist auch im Zusammenhang mit der Historie des Lagers Frauenholz zu sehen, das direkt im Norden an die neue Siedlung

³³⁷ Dr. Hans-Jochen Vogel: Rede anlässlich der Grundsteinlegung der Siedlung am Hasenberg vom 25.05.1960, Bürgermeister und Rat, Akte Nr. 3934, Typoskript, Stadtarchiv München.

³³⁸ Möller 1997, S. 121.

³³⁹ Münchner Stadtanzeiger: Die Großwohnanlage am Hasenberg vom 28.06.1963.

angrenzte. So waren dort 1944 zunächst Kriegsgefangene untergebracht. Nachdem die Amerikaner am 30.04.1945 einmarschiert waren, wurden hier „Displaced Persons“ (DPs), wie Zwangsarbeiter, ehemalige KZ-Häftlinge oder ehemalige Angehörige der Russischen Armee einquartiert. In medizinischer, psychosozialer und kultureller Hinsicht unterstanden Menschen aus 48 Nationen bis 1946 der Verwaltung durch die Hilfsorganisation UNRRA und ab 1947 der IRO. Bei der Repatriierung und dem späteren Resettlement gab es Schwierigkeiten verschiedener Art, weswegen das Lager bis 1953 zur „Heimat“ seiner Bewohner wurde.³⁴⁰ Ausgeprägter Schwarzhandel, hohe Kriminalität und die Besserstellung der DPs führten dazu, dass das Lager erstmals in Verruf geriet. Im Volksmund wurde es gar „Russenslager“ genannt, weil hier viele Menschen aus russischen oder weiteren slawischen Ländern untergebracht waren. Es handelte sich anscheinend um die größte Schwarzhandelszentrale Deutschlands. Dies stieß den Münchnern sauer auf. Während sie von den dürftigen Lebensmittelrationen leben mussten, erhielten die Lagerinsassen die reichhaltigen Lebensmittelpakete aus dem Amerikanischen Hilfsprogramm, deren Inhalte sie auf dem Schwarzmarkt tauschten.³⁴¹ Der Anfang für ein bis heute bestehendes Vorurteil war damit gemacht.

Auch den Architekten der Großsiedlung war von Beginn an bewusst, dass die Nachbarschaft zu dem Flüchtlingslager problematisch werden würde.³⁴² Sie reagierten, indem sie am Nordrand der Siedlung eine Architekturschranke bauen ließen, die durch drei Punkthäuser und ein Scheibenhaus definiert ist. (Abb. 211) Eine ähnliche Lösung ist auch im Süden der Siedlung zu finden. Dort reagiert ein verketteter Zeilenbau auf die südlich gelegene Selbsthilfesiedlung, mit deren Anwohnern es bis heute immer wieder zu Reibereien kommt. (Abb. 212) Den dortigen Baugrund hätte man genauso gut durch eine anders aufgebaute Architektur gestalten können, wie beispielsweise mit einer Gruppe von Punkthäusern.

Bereits 1964 beantragte die Stadtratsfraktion der SPD aufgrund des vom Lager Frauenholz übertragenen schlechten Rufes eine Umbenennung der Siedlung am Hasenberg. Bezeichnungen wie „Parksiedlung am Schleißheimer Forst“ oder „Parksiedlung am Föhrenwald“ waren angedacht. Aus einer IFAS Studie von 1965 geht hervor, dass sich die Bewohner wenig mit ihrer Siedlung identifizierten. Auch wollten sie nicht unbedingt wieder in ihre Siedlung ziehen. Sie stuften das Ansehen ihrer Siedlung eher niedrig ein. Die Befragten aus der Siedlung begründeten ihre Meinung mit der großen Entfernung zur Innenstadt und der Lage. Bei den Befragten aus anderen Stadtteilen wurden die bestehenden Ressentiments

³⁴⁰ vgl. Laturell 2000, S. 86-87. UNRRA: United Nations Relief and Rehabilitation Administration; IRO: International Refugee Organisation; Repatriierung: Zurückführung in die Ursprungsheimat; Resettlement: Ansiedlung in Drittländern oder Integration in die deutsche Gesellschaft.

³⁴¹ Laturell 2000, S. 87. Die gute Nahrungsversorgung durch die Amerikaner und die Unterbringung in kostbarem Wohnraum veranlasste die Bevölkerung zu neidischen Reaktionen.

³⁴² Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008.

gegen die Siedlung und ihre Bewohner hingegen sehr deutlich. Sehr häufig wurde hier die Nähe zum Lager Frauenholz genannt.³⁴³ Die gegenseitigen Ressentiments der Bewohner aus dem Frauenholz und aus der Großsiedlung gehen besonders deutlich aus einer Studie von 1965³⁴⁴ hervor. Hier sollten Kinder aus drei Schulen einen Aufsatz über ihre jeweiligen Nachbarn aus dem Hasenberggl oder aus dem Frauenholz schreiben. Das Ergebnis war erschütternd: In einer Zusammenfassung hieß es: „Die Einstellungsmuster der beiden untersuchten Gruppen sind ihrem psychischen Grundtenor nach gleichartig: aggressive, offene oder verdeckte Ablehnung oder Feindschaft widerspiegelnde Vorurteile werden aktiviert, die weit über das Maß des Normalen hinausgehen.“³⁴⁵ Die Kinder aus dem Frauenholz fühlten sich unterlegen; die Gruppe aus dem Hasenberggl überlegen. Insgesamt war das gegenseitige soziale Verhältnis von massiven Spannungen gekennzeichnet.³⁴⁶ Immer wieder geriet die Siedlung in die Schlagzeilen. Die Presse wirkte den bereits ausgeprägten Vorurteilen mit Titeln wie „Nicht Bayern, nicht Münchner – nur Hasenbergler“³⁴⁷ nicht gerade entgegen. Das schlimmste Urteil sprach im Juli 1968 der Spiegel aus. Dort hieß es: „Deprimierende Klötzchen-Architektur - graue Betonwände zwischen winzigen Grünflächen bietet auch die Wohnsiedlung Hasenberggl im Norden Münchens. Nach Art eines Ghettos wurden für 25.000 Menschen - durchweg Angehörige einer sozial minderbegünstigten Schicht – Wohnwaben auf einem ehemaligen Exerzierfeld aufgetürmt. Baukritiker Dieter von Schwarze über das „Hasenberggl“: Schlechteste Trabantenstadt Deutschlands – einfach beschissen.“³⁴⁸ Abgesehen davon, dass diese Kritik falsche Inhalte enthält, vereint sie jene Aspekte der damaligen Architektur- und Soziologiekritik. Wie aber standen die zeitgenössischen Kritiker den Verhältnissen in den Stadtrandsiedlungen der 50er und 60er Jahren gegenüber?

III.6.2. Stadtsoziologie und Siedlungskritik

Fand das Konzept der Großsiedlungen am Stadtrand zu Beginn der 60er Jahre noch breite Zustimmung, so breitete sich in den Folgejahren rasch eine kritische Grundhaltung aus.³⁴⁹ Waren die alten Städte über einen langen Zeitraum gewachsen, so entstanden nach dem

³⁴³ Baureferat Bauverwaltung Soziologie: Namensgebung neuer Siedlungen: Umbenennung der Siedlung am Hasenberggl, Bürgermeister und Rat, Akte Nr. 3924, Typoskript, Stadtarchiv München.

³⁴⁴ Baureferat der Landeshauptstadt München/Gruppe für sozialwissenschaftliche Forschung: Wohnungen für nicht Mietfähige. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung zum Problem des Übergangsheimes. Vorbericht, München 1965, Bürgermeister und Rat, Akte Nr. 3908, Typoskript, Stadtarchiv München, S. 1-67.

³⁴⁵ ebd. S. 34.

³⁴⁶ ebd. S. 35, 66.

³⁴⁷ Münchner Merkur: Nicht Bayern, nicht Münchner – nur Hasenbergler“ vom 24./25.08.1968.

³⁴⁸ Der Spiegel: Städtebau München. Blindes Treiben, Nr. 31, 29.07.1968, S. 80.

³⁴⁹ Heil 1974, S. 188.

zweiten Weltkrieg innerhalb kurzer Zeit uniformierte, geschlossene Trabantenstädte oder Stadtrandsiedlungen. Wesentliche Diskussionspunkte der schlechten Bewertung neuer Wohnsiedlungen, die auch als „Wohnsilos, Retortenstädte oder Hausfrauengettos“³⁵⁰ bezeichnet wurden, stellten laut Karolus Heil die angebliche Dominanz des architektonisch-gestalterischen Aspekts, die mangelhafte Ausstattung mit Versorgungseinrichtungen, der fehlende urbane Charakter der Siedlungen und die Vereinsamung der Bewohner dar.³⁵¹ Zu den Siedlungen mit ähnlichen Problemstellungen, wie in der Siedlung am Hasenberg zählten: die Fasanenhofsiedlung in Stuttgart, die Nordweststadt in Frankfurt, die Neue Vahr in Bremen, die Sennestadt in Bielefeld, die Siedlung Langwasser in Nürnberg oder das Märkische Viertel in Berlin.³⁵²

Durch die Partizipation von Soziologen, Sozialpsychologen oder Verhaltensforschern an den Planungen von Städtebauern hoffte man, den Missständen entgegen zu können.³⁵³ Aus soziologischer Sicht sind gerade Schlagworte wie Seelenlosigkeit, Vermassung, Entpersönlichung oder Nivellierung von Relevanz, auf deren Basis schon in den 70er Jahren eine ablehnende Haltung gegenüber der seriellen Herstellung von Gebäuden und dem Wohnungsbau im großen Stil entstand. Die Kritiker argumentierten, dass ein Defizit bei den Bewohnern dieser Siedlungen hinsichtlich der sozialen Bande und der menschlichen Wärme auftritt, weil die Siedlungsstruktur solchen Bedürfnissen feindlich gegenüber steht. Auch bestand eine Sehnsucht nach der romantischen Ausstrahlung alter Stadtviertel, die sich durch Mannigfaltigkeit, Durchmischung und Vitalität auszeichnen.³⁵⁴

Zu den wichtigsten soziologischen Kritikern zählte zunächst Jane Jacobs, die in ihrem Werk „Tod und Leben großer amerikanischer Städte“³⁵⁵ die Langeweile und Uniformität der Siedlungen anklagt, bei denen jegliche Schwungkraft und Lebendigkeit, als Kennzeichen großstädtischen urbanen Lebens verlorengegangen sei.³⁵⁶ Bei Hans Paul Bahrtdt liegt der kritische Schwerpunkt in seinem Buch „Die moderne Großstadt“³⁵⁷ eher im Bereich der Politik. Auch Alexander Mitscherlich beanstandet diese Missstände in seinem Werk über die „Unwirtlichkeit unserer Städte“³⁵⁸, legt aber das Gewicht eher auf die Kritik der Bodenpolitik. Im Bezug auf die Siedlung am Hasenberg liefert die soziologische Studie „Stadt am

³⁵⁰ Heil 1974, S. 181.

³⁵¹ Heil 1974, S. 188.

³⁵² Heil 1974, S. 183.

³⁵³ Heil 1974, S. 181-182, 188.

³⁵⁴ Heil 1974, S. 188-189.

³⁵⁵ Jacobs 1963, S. 1-220.

³⁵⁶ Jacobs 1963, S. 10.

³⁵⁷ Bahrtdt 1969, S. 1-199.

³⁵⁸ Mitscherlich 1992, S. 1-296.

Stadtrand“³⁵⁹ von Katrin Zapf, Karolus Heil und Justus Rudolph aus dem Jahr 1965 wichtige Erkenntnisse. Eines der Ziele dieser Studie bestand darin, den verantwortlichen Institutionen Anhaltspunkte für die Planung und den Bau künftiger Großstadtsiedlungen zu geben.³⁶⁰ Hierbei wurden die vier Münchner Siedlungen Hasenberg, Parkstadt Bogenhausen, Fürstenried-Ost und Fürstenried-West untersucht. Zu den dabei analysierten Kriterien gehörten auch architektonische und städtebauliche Determinanten, wie Flächennutzung und Flächengestaltung, Wohndichten, Gebäude- und Wohnanlagentypen, Gebäudeabstände und Grünflächen, die hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf soziologische Zusammenhänge untersucht wurden. Im Ergebnis unterschied sich die Siedlung Hasenberg im negativen Sinne erheblich von den Vergleichssiedlungen und nahm daher eine Sonderstellung ein. Die folgende Darstellung beinhaltet eine Siedlungskritik, bei der sowohl die Ergebnisse der Studie, als auch wichtige soziologische Inhalte einfließen werden.

Hans Paul Bahrtd unterscheidet die beiden räumlichen und zugleich soziologischen Kategorien der Privatheit und der Öffentlichkeit, die einander polarisieren und sich gegenseitig bedingen. Seine These lautet: „Eine Stadt ist eine Ansiedlung, in der das gesamte, also auch das alltägliche Leben die Tendenz zeigt, sich zu polarisieren, d. h. also entweder im sozialen Aggregatzustand der Öffentlichkeit oder in dem der Privatheit stattzufinden. Es bilden sich eine öffentliche und eine private Sphäre, die in engem Wechselverhältnis stehen, ohne dass die Polarität verloren geht. Die Lebensbereiche, die entweder als „öffentlich“ oder als „privat“ charakterisiert werden können, verlieren hingegen an Bedeutung. Je stärker Polarität und Wechselbeziehung zwischen öffentlicher und privater Sphäre sich ausprägen, desto städtischer ist, soziologisch gesehen das Leben einer Ansiedlung.“³⁶¹ Baulich gesehen, bestand für Bahrtd die räumliche Trennung von öffentlicher und privater Sphäre in der Architektur der früheren Bebauungsformen selbst, und zwar im Baublock. Diese Bauform schuf zwei deutlich voneinander getrennte Räume. Der erste Raum beinhaltet den öffentlichen Raum, wie Plätze, Straßen und repräsentative Gebäude. Der zweite Raum ist der private Raum, der sich durch die Blockrandbebauung definierte und der durch seine Rundumbauung einen privaten Hof schuf, der von außen nicht einsehbar war.³⁶² Zur zeitgenössischen Bauform der 50er und 60 Jahre konstatiert der Soziologe: „Trotz aller Abschließung ermöglichen die heutigen Bauformen ... nicht eine wirkliche Ungestörtheit des

³⁵⁹ Zapf/Heil/Rudolph 1969, S. 1-373. Nach Meinung der Autorin enthält die Studie im Bezug auf das Hasenberg partiell abgeschwächte, verzerrte Darstellungen. Vgl. z. B. S. 302: Ein erheblicher Teil (Hasenberg 19%) konnte behaupten, dass er in der Siedlung gar nichts vermisste.

³⁶⁰ Zapf/Heil/Rudolph 1969, S. 14.

³⁶¹ Bahrtd 1969, S. 60.

³⁶² Bahrtd 1969, S. 93-94.

Privatlebens. ... Es fehlt fast stets ... der abgeschirmte Privatraum unter freiem Himmel.“³⁶³
Durch die Auflösung des Baublocks, und die Entstehung der locker verteilten Zeilenbauweise, löste sich auch der zuvor getrennte städtische Raum auf.

Wenn es in der Siedlung am Hasenberg zu einem stark ausgeprägten Gefühl der Enge kam,³⁶⁴ so ist das mehreren Faktoren zuzurechnen. Zunächst einmal ist diese Aussage der Bewohner dann als besonders schwerwiegend zu bewerten, wenn man sich Ausschnitte aus dem Katalog mit den Zuteilungskriterien des Wohnungsamtes für Personen mit Dringlichkeitsstufe I genauer ansieht: Lebensgefahr, Einsturzgefährdung, lange Vormerkzeiten und vor allem erhebliche Überbelegung der Wohnungen.³⁶⁵ Wenn die Bewohner trotz einer, laut GFZ niedrigen Dichte, und den bedenklichen Zuständen aus denen sie kamen, angeben „sie wohnen dicht beieinander“³⁶⁶, dann lässt das auf Unstimmigkeiten schließen. Die Frage ist hier nur, ob dies der Architektur angelastet werden kann. Die Antwort lautet Ja und Nein. Wenn innerhalb eines Gebäudes Enge beschrieben wird, dann kann das einerseits an zu kleinen Wohnräumen liegen. So wurde in der Studie beschrieben, dass nur jede vierte Wohnung als familiengerecht bezeichnet werden konnte. Außerdem wurden die Kinder oft in sogenannten halben Räumen, mit bis zu acht m² untergebracht.³⁶⁷ Andererseits, und das ist nach der hier vertretenen Ansicht der wesentlichere Faktor, kann man davon ausgehen, dass seitens des Wohnungsamtes zu viele Menschen auf zu wenig Fläche aufgeteilt wurden. Die Architektur kann hier nicht als Sündenbock herhalten. Es basieren vielmehr politische Entscheidungen. Fragt man aber nach der Aufteilung des städtebaulichen Raumes, so stellt sich die Situation anders dar.

Insgesamt kann man von einem durchweg fehlenden öffentlichen Raum in der Siedlung sprechen. So ist einmal der zu geringe Gebäudeabstand zu kritisieren,³⁶⁸ wodurch es in gegenüberliegenden Gebäuden zu zuviel Sichtkontakt kommt und somit die Privatsphäre gestört wird. Bei den Gebäudeabständen ging man von einem Minimum von 45 m aus. Dadurch sollten die Abläufe in der gegenüberliegenden Wohnung nicht mehr erkennbar sein.³⁶⁹ Die Abstände zwischen den Zeilen der Siedlung betragen maximal 34 m. Außerdem fehlt der von Hans Paul Bahrtdt beschriebene öffentliche Raum fast völlig. Es fehlen Plätze der Versammlung. Die wenigen künstlich geschaffenen Versammlungsorte, wie die fünf Einkaufszentren wirken eher bedrohlich und hässlich, als einladend. Es gibt keine Cafes, und die wenigen Restaurants reichen für 18.000 Menschen nicht aus. Auch die Straßen sind nicht

³⁶³ Bahrtdt 1969, S. 127.

³⁶⁴ Zapf/Heil/Rudolph 1969, S. 77.

³⁶⁵ Zapf/Heil/Rudolph 1969, S. 108.

³⁶⁶ Zapf/Heil/Rudolph 1969, S. 77.

³⁶⁷ Zapf/Heil/Rudolph 1969, S. 21, 24.

³⁶⁸ Zapf/Heil/Rudolph 1969, S. 67.

³⁶⁹ Zapf/Heil/Rudolph 1969, S. 41-45.

als öffentlicher Raum der Begegnung definiert. Hier herrscht eine verwirrende räumliche Situation vor. Sie zeigt sich einmal darin, dass die Neue Heimat Gehsteige nur auf einer Seite der Straße konzipieren ließ. Dadurch entsteht Unausgewogenheit. Am unklarsten stellt sich die Situation aber an den Stellen dar, an denen den Zeilen rechtwinklig Garagen vorgelagert wurden. Die räumlichen Ebenen gestalten sich hier wie folgt: Straße, Abstellplatz, Garage, Trottoir, Abstandsgrün. Die Folge ist Unsicherheit. Der Bewohner ist sich im Unklaren darüber, welchen Weg er nehmen soll, um ans Ziel zu gelangen.

In der Siedlung sind, wie in dem Kapitel über die insularen Gebäudegruppen beschrieben wurde, drei verschiedene Gebäudeanordnungen von Zeilen zu konstatieren. Dies sind parallel verlaufende Zeilen, Zeilenbauten mit vorgelagerten Garagen und offene Hofsysteme. (Abb. 213) Zwischen den Zeilen befindet sich das brachliegende Abstandsgrün, das als indifferenten Raum weder öffentlichen noch privaten Charakter hat. Die Situation von Öffentlichkeit und Privatheit stellt sich hier unterschiedlich dar. Bei der reinen Zeilensituation ist die mangelnde Privatheit dadurch gegeben, dass der eigentlich als Privatraum zu klassifizierende Raum, zwischen den Gebäuden vollständig von den Gebäuden und der Straße einsehbar ist. Der vermeintlich öffentliche Raum ist hier nicht vom vermeintlich privaten Raum abgegrenzt, was zum Brachliegen der Flächen führt. Bei den offenen Hofsystemen ist die Situation ähnlich, wie bei den parallelen Zeilen. Auch hier herrscht eine Situation der totalen Privatheit durch Einblicke von den Gebäuden und von den Straßen vor. Bei den Zeilenbauten mit vorgelagerten Garagen stellt sich die Situation zusammengefasst als verwirrend dar. Auf die Raumsituation zwischen Straße und Abstandsgrün wurde gerade zuvor eingegangen. An sie wird hier angeknüpft: Hat der Bewohner also jene indifferente Situation überwunden, und befindet sich auf dem Trottoir, ergibt sich eine erneute Hemmung. Eine klare Zuordnung der räumlichen Verhältnisse fehlt. Der Raum, der eigentlich privater Versammlungsraum für die Bewohner sein sollte, nämlich das Abstandsgrün, ist nicht deutlich durch Hecken oder schützende Begrenzungen ausgewiesen. Das Gleiche gilt für den halböffentlichen Raum der Wohnwege. Es kommt zu einer indifferenten Entscheidungssituation, die weitere Verwirrung auslöst. Der Bewohner kann nicht genau abschätzen, ob er das Grün betreten darf, oder eher den Wohnweg zu seinem Hauseingang nehmen sollte, weil er nicht zu klassifizieren vermag, was öffentlicher und was privater Raum ist. Außerdem ist der Gebäudeabstand zu gering, weswegen eine Beobachtungssituation zwischen den Häusern und den Garagen entsteht, die dazu führt, dass auch bei Erwachsenen eine Scheu gegeben ist, sich - außer für den Hin und Rückweg zur Eingangstür - draußen aufzuhalten.³⁷⁰ Die einzige Ausnahme in der Siedlung stellt das offene Hofsystem westlich der Linkstraße dar. Hier werden die Höfe durch eine Art

³⁷⁰ Zapf/Heil/Rudolph 1969, S. 67-70.

Blockbebauung gebildet, die an den Ecken offen gelassen ist. Im Inneren der Höfe dürfte sich der „privateste“ Raum zwischen den Zeilen der Siedlung befinden.

An den Gebäuden selbst kann folgende Kritik geübt werden: Zunächst handelt es sich in den meisten Fällen um Zeilenbauten in schematischer, gleicher Anordnung. Der Versuch, durch rechtwinklige Anordnung, versetzte Anordnung oder Höhendifferenzen eine gewisse Abwechslung in das Erscheinungsbild der Siedlung zu bringen scheiterte. Die Siedlung ist bis auf die Ergänzungsbauten und Verbesserungen jüngster Zeit als monoton zu bezeichnen. Die Monotonie kennzeichnet sich durch immer wiederkehrende, gleichartig aufgebaute und gestaltete Gebäude und Gebäudeanordnungen in geringen Höhenabstufungen. Dies ist den Architekten nur bedingt anzukreiden, denn sie mussten bei der Planung strenge Wirtschaftlichkeitskriterien beachten, wie z. B. das Vermeiden von Vor- und Rücksprüngen der Fassaden. Die Monotonie wird offensichtlich, wenn man sich trotz gutem Orientierungssinn, als zunächst noch wenig Ortskundiger mehrmals verläuft, oder wenn es bei der Hausanalyse zum Abzählen von Gebäuden kommt, um nicht den Überblick zu verlieren. Der Verlust der Individualität der Gebäude wirkt sich auch auf einen schematischen Ablauf der Handlungen zwischen den Bauten aus. Hier hilft auch eine farbig differenzierte Gestaltungen nicht.³⁷¹ Ein weiterer Kritikpunkt liegt in der Querstellung der Gebäude zu den Straßen, wodurch die Wohnungen gleichmäßig mit Straßenlärm beschallt werden. Zudem besteht etwa die Hälfte der niedrigen Zeilen der Siedlung aus 5-geschossigen Häusern. Diese wurden aus Wirtschaftlichkeitsgründen ohne Aufzug ausgestattet. Nach den damaligen Richtlinien war das bei dieser Geschosshöhe wegen der Lärmentwicklung im Treppenhaus gerade noch vertretbar.³⁷² Die Bauherren wussten also, dass es in vielen Häusern der Siedlung zu einer Lärmbelästigung der Bewohner kommen würde.

Außer dem verlassenen Abstandsgrün, blieben auch die zusammenhängenden Grünflächen der Siedlung weitgehend ungenutzt. Dies kann einerseits an der damals noch nicht besonders gewachsenen Bepflanzung liegen. Andererseits ist heute noch zu beobachten, dass Übergänge zu den öffentlichen Grünflächen durch Zäune versperrt sind, oder schlecht zugänglich sind.

Zu den Kritikpunkten der Soziologen zählte auch die schlechte infrastrukturelle Versorgung der Siedlungen. Sie war durch die finanziellen Schwierigkeiten der Städte bedingt, die zu einer Minimalausstattung zwang. So herrschte eine Unterversorgung an Schulen, Kindergärten, Kinderkrippen, Verkehrsanbindungen und Einkaufsmöglichkeiten vor.³⁷³

Die Erstellung von Einkaufszentren ist oftmals die Aufgabe der Bauträger. Dies geschieht vielfach auf Kosten der Bewohner, weil in Ausschließlichkeitsverträgen zwischen Bauträgern

³⁷¹ Zapf/Heil/Rudolph 1969, S. 67, 70.

³⁷² Zapf/Heil/Rudolph 1969, S. 54, 55, 70, 87.

³⁷³ Heil 1974, S. 190.

Ladenmietern Konkurrenzlosigkeit garantiert wird. Dies führt oft zu Monopolsituationen und somit zu erhöhten Preisen. Dies war auch im Hasenberggl zu beobachten, wo die Lebensmittelpreise in den Anfängen drastisch erhöht waren.³⁷⁴ Den Einzelhandel betreffend, war auch noch 30 (!) Jahre nach der Siedlungsplanung und nach den Feststellungen in der Studie von Karolus Heil im Hasenberggl eine Unterversorgung festzustellen. Eine wesentliche Veränderung stellte sich erst im Jahre 2008, also weitere 20 Jahre später, mit der Eröffnung des Mira-Einkaufszentrums am südwestlichen Rand der Panzerwiese ein. Warum dieser für die Siedlung nachteilige Zustand so lange andauerte, kann hier objektiv nicht nachvollzogen werden. Selbst die längsten Vertragsdauern oder Kündigungsfristen mit Einzelhändlern beanspruchen nicht einen solchen Zeitraum! Diese Konstellation stellte gegenüber den Anwohnern eine unhaltbare und diskriminierende Situation dar. In der Studie wurde festgestellt, dass die Befragten zu den Geschäften bis zu 500m laufen mussten. In den Teilzentren konnte zudem nicht alles erledigt werden, weswegen umständliche Besuche von mehreren Zentren notwendig waren. Die Bewohner mussten wegen der geringen Attraktivität der Angebote oft in die Stadt fahren, was besonders ungünstig ist, wenn man bedenkt, dass die Wege teilweise 50 Minuten in Anspruch nahmen. Die Flächen für den Einzelhandel waren insgesamt zu klein bemessen. In einer Siedlung für 18.000 Menschen existierten nur 15 Geschäfte. Davon waren alleine fünf Lebensmittelgeschäfte. Den Bewohnern mangelte es vor allem an frischen Lebensmitteln, wie Back- und Konditoreiwaren oder frischem Fisch.³⁷⁵

Die Ausstattung mit öffentlichen Verkehrseinrichtungen war mangelhaft. So mussten die Bewohner bis zu zwei Kilometer bis zur nächsten Haltestelle laufen. Die Anbindung an die Innenstadt erfolgte durch die Straßenbahnlinie 8. Es konnte bis zu 50 Minuten dauern, bis man am Stachus angekommen war.³⁷⁶ Eine wesentliche Erleichterung dieser Situation ergab sich erst 30 Jahre nach Siedlungsbau im Jahre 1996, als die U-Bahnlinie U8 mit den Haltestellen Dülferstraße und Hasenberggl in Betrieb genommen wurde.³⁷⁷

Der Siedlung am Hasenberggl war Mitte der 60er Jahre großer Kinderreichtum beschieden. 30% der Kinder der Siedlung waren weniger als 14 Jahre alt. In 38% der Haushalte gab es Kinder unter 7 Jahren. Aber die Kinder wirkten überall störend: Ob in den hellhörigen Wohnungen, den Treppenhäusern, auf den Spielplätzen oder auf den Grünflächen. Dies erstaunt in der hiesigen kinderfeindlichen Kultur wenig, denn es fehlten Kinderkrippen, Kindergärten und Horte. Auf 1.500 Kinder kamen 10 Krippenplätze. In den Kindergärten standen für 1.700 Kinder 210 Plätze zur Verfügung. Zudem wurden die Spielplätze als steril

³⁷⁴ Hinweis von Klaus Mai.

³⁷⁵ Zapf/Heil/Rudolph 1969, S. 34, 269, 271, 272, 275, 279, 289-290.

³⁷⁶ Zapf/Heil/Rudolph 1969, S. 289-290.

³⁷⁷ Ottmann 2004, S. 69.

und ungepflegt bezeichnet. Wie bereits abzusehen war, herrschte 1970 großer Schulraummangel vor. Für 86 Klassen standen 43 Klassenzimmer zu wenig zur Verfügung. Bis es zu Neu- und Anbauten kam, wurde das Problem durch Schichtunterricht und Auslagerungen in entlegene Schulen behandelt. Vermisst wurden außerdem praktische Ärzte, sowie Kinder-, Frauen- und Zahnärzte.³⁷⁸

In der Siedlung gab es nur eine einzige Poststelle. Diese war in Stosszeiten nicht ausreichend besetzt, bot zu wenige Dienste an und verfügte über zu wenige Schalter. Außerdem bestand eine Unterversorgung mit Briefkästen und Telefonzellen. In der Siedlung gab es ganze drei Restaurants, aber weder ein Kino, noch ein Tagescafé oder ein Hotel, sowie keinen Friseur. Diese Einrichtungen vermissten die Anwohner am meisten. Ein Handwerker-Hof war zwar anfänglich geplant, kam aber nie zur Ausführung. Somit vermissten 40% der Bewohner auch Handwerker.³⁷⁹

Zusammenfassend kann zudem gesagt werden, dass die Bewohner ihre Siedlung nicht sonderlich gut bewerteten und von einem schlechten Siedlungsimago ausgingen. Sie waren insgesamt nicht von ihrer Siedlung überzeugt.³⁸⁰

Nachdem die Studie im Jahr 1969 veröffentlicht wurde, dauerte es nicht lange, bis die ersten städtebaulichen Veränderungsvorschläge gemacht wurden. Was beinhalteten sie? Und wie lange sollte es dauern, bis die ersten Veränderungen in der Siedlung tatsächlich sichtbar wurden?

IV. Nachverdichtung

IV.1. Voraussetzungen

Die Geschichte des bis heute anhaltenden Prozesses der städtebaulichen Veränderungen in der Siedlung am Hasenberg, begann genau genommen bereits im Jahr 1970, als sich eine Studentengruppe der Technischen Universität München mit der Siedlung auseinandersetzte und zwei Jahre später einen Artikel über das Thema der Nachverdichtung veröffentlichte.³⁸¹ (Abb. 214) Zu den Autoren gehörte neben Reinhold Roeding auch Anne-Christin Scheiblaue, die im Jahr 1987 vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung (HA II 41P) mit dem

³⁷⁸ Zapf/Heil/Rudolph 1969, S. 309, 310, 314, 320; Laturell 2000, S. 128-129.

³⁷⁹ Zapf/Heil/Rudolph 1969, S. 294-295, 299, 301-302, 305-306.

³⁸⁰ Zapf/Heil/Rudolph 1969, S. 87, 169, 170, 172, 176-177.

³⁸¹ vgl. Scheiblaue/Roedig 1972, S. 1431-1435. Unter „Nachverdichtung“ ist die in zeitlichem Abstand erfolgende zusätzliche Schaffung von Wohnraum in einem Siedlungsgebiet mit einer niedrigen Nutzungsziffer und einer geringen Bebauung zu verstehen. Vgl. Scheiblaue 1989 (2), S. 136: Wesentliche Unterschiede zum „Entwicklungskonzept Hasenberg“: Bei den Ergänzungsbauten war 30% mehr BGFL für Wohnraum und 10% mehr BGFL für Sondernutzungen vorgesehen. Die neue Bebauung verzichtete auf den Erhalt der orthogonalen Struktur und folgte der Straßenführung. Die Grünstruktur wurde eher vernachlässigt.

„Entwicklungskonzept Hasenberg“ beauftragt wurde.³⁸² Sie wurde 1997 als Professorin an die Fachhochschule in Frankfurt am Main berufen und ist dort im Bereich Städtebau tätig. In ihrer Vita beschreibt sie ihre Ziele und Ideen: „Architektur und Städtebau haben sich in den letzten hundert Jahren auseinander entwickelt. ... Es wurde verlernt, mit der Beziehung zu anderen Objekten, der Vernetzung von Innenraum und Außenraum oder der Außenräume untereinander umzugehen. ... Ohne die Notwendigkeit des Zusammenwirkens verschiedener Fachdisziplinen in Frage zu stellen, sollte die räumliche "Wiedervereinigung" von Architektur und Städtebau, die Wiederentdeckung des Außenraumes, die Vernetzung von Objekt und Kontext ein wichtiges Thema architektonischer und städtebaulicher Planung sein.“³⁸³

Der Stadtrat beschäftigte sich bereits seit 1980 im Rahmen des Wohnraumbeschaffungsprogramms mit der Nachverdichtung im Hasenberg.³⁸⁴ Wie bereits bei der Erbauung der Siedlung in den 60 Jahren nahm die Südhausbau GmbH auch im Bezug auf diesen Abschnitt der Siedlungsgeschichte eine führende Rolle ein. Bereits 1986 hatte sie die Entwurfsstudie „Ergänzungsbauten in der Wohnanlage Petrarcastraße“ in Auftrag gegeben.³⁸⁵ Als Grundgedanke der Nachverdichtung gibt die Wohnungsbaugesellschaft einen städtebaulichen und soziologisch-strukturellen Verbesserungsansatz an. Durch eine maßvolle Ergänzung und Verdichtung sollte eine Wohn- und Wohnumfeldverbesserung eintreten. Weitere Aspekte dieser Aufwertung stellten die Schaffung von Wohninnenhöfen und Gemeinschaftseinrichtungen, sowie die Optimierung der Grünanlagen und von Spielplätzen dar. Ein zusätzliches Anliegen war die Verjüngung der Siedlungsbevölkerung, denn 70% der Bewohner waren im Rentenalter. Durch den Neubau von Wohnungen sollte eine soziologisch ausgewogenere Mischung der Bewohner erreicht werden. Ebenso stand eine bessere Ausnutzung der zu wenig genutzten Infrastrukturen, wie Kindergärten, Schulen oder soziale Einrichtungen zur Debatte. Hierfür sollte in der Petrarcastrasse zunächst ein Pilotprojekt begonnen werden.³⁸⁶ Im Jahr 1987 wurden seitens der Stadtratsfraktionen der SPD und der CSU zwei Anträge gestellt, die an die Gedankengänge der Südhausbau GmbH anknüpfen und diese auf die gesamte Großsiedlung beziehen. Im Antrag der SPD, in dem Bezug auf jenen zu Anfang der 70er Jahre entstandenen Artikel genommen wird, wurde u. a. gefordert, die älteren Bewohner im Rahmen des Tauschweges mit Wohnungen zu versorgen, eine maßvolle

³⁸² Ammermann/Scheiblauer 1993, S. 61.

³⁸³ http://www.scheiblauer.de/_atelier/atelier.htm#scheiblauer vom 20.12.2008.

³⁸⁴ Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 18.09.1985: Wesentliche Anträge hierzu waren: Antrag Nr. 936 der Stadtratsfraktion der FDP vom 28.07.1980; Antrag Nr. 1123 der Stadtratsfraktion der FDP vom 07.04.1981, Antrag Nr. 575 der Stadtratsfraktion der CSU vom 18.03.1985, Antrag Nr. 1633 der Stadtratsfraktion der SPD vom 27.03.1987 und Antrag Nr. 1774 der Stadtratsfraktion der CSU vom 05.08.1987.

³⁸⁵ Planungsreferat Stadtentwicklungsplanung: Anschreiben an den Oberbürgermeister Kronawitter vom 04.12.1987, Typoskript, HA II/Abt. 4, S. 2.

³⁸⁶ Südhausbau GmbH, Paul Ottmann: Anschreiben an den Oberbürgermeister Kronawitter vom 22.08.1986, Typoskript, HA II/Abt. 4.

Verdichtung durchzuführen, jungen Familien bei der Wohnungsvergabe eine bevorzugte Rolle einzuräumen, eine Verbesserung des Wohnumfeldes herbeizuführen, das Konsumgüterangebot zu optimieren oder wohngebietsnahe Arbeitsplätze zu schaffen. Die Antragsteller begründeten ihre Forderungen mit dem Argument, in der Siedlung herrsche eine Überalterung der Bevölkerung bei teilweise nicht ausreichendem und passendem Pflege- und Wohnungsangebot, sowie eine Verödung der Schulen vor. Das Hasenberggl sollte als Modell für das formale Vorgehen derartiger Überlegungen herangezogen werden. Im Januar 1978 verzeichnete die Siedlung 27.241 Bewohner; Ende September 1986 war die Bewohnerzahl um rd. 12,5% auf 23.801 Personen gesunken. Diese Zahl deckt sich etwa mit dem Rückgang der Bevölkerungsgruppe zwischen 0 und 17 Jahren auf 17%. Hingegen war die Anzahl der über 60-Jährigen im gleichen Zeitraum um 5% auf 20% gestiegen.³⁸⁷ Im Antrag der CSU wird gefordert, den Nordostabschnitt der Siedlung im Bereich des Siedlungsabschnittes der Südhausbau GmbH als Modellabschnitt vorzuziehen, weil man hier auf bereits bestehende Untersuchungen aufbauen könne. (Abb. 215) Hieraus sollten im Hinblick auf die zur Neige gehenden Grundstücksreserven der Stadt München, sowie im Rahmen des Wohnraumbeschaffungsprogramms Erkenntnisse für ähnlich geartete Münchner Siedlungen gewonnen werden. Wie bereits 27 Jahre zuvor, sollte die Großsiedlung am Hasenberggl abermals Modellcharakter haben.³⁸⁸ Ende 1988 wurde das „Entwicklungskonzept Hasenberggl“ bei der freischaffenden Architektin Anne-Christin Scheiblauer und dem Grünplaner Reiner Schmidt in Auftrag gegeben; im Mai 1989 lagen die Ergebnisse vor.³⁸⁹ Das Konzept entstand in enger Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt München, dem Münchner Forum, dem Bezirksausschuss, dem Stadtteilarbeitskreis Hasenberggl, den örtlichen Stadträten, örtlichen Vereinen und Kirchen und dem Architekten- und Grünplanerteam.³⁹⁰ Im Folgenden wird auf die Inhalte des „Entwicklungskonzepts Hasenberggl“ eingegangen, das die Basis für die später im Rahmen des Modells der „Sozialen Stadt“ erfolgten Veränderungen in der Siedlung bildet.

³⁸⁷ Antrag Nr. 1633 der Stadtratsfraktion der SPD vom 27.03.1987: Entwicklungskonzept Hasenberggl.

³⁸⁸ Antrag Nr. 1774 der Stadtratsfraktion der CSU vom 05.08.1987: Strukturelle Aufwertung des Hasenberggls.

³⁸⁹ Bekanntgabe im Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung vom 12.07.1989.

³⁹⁰ Ammermann/Scheiblauer 1993, S. 72.

IV.2. Das „Entwicklungskonzept Hasenberg!“

Das „Entwicklungskonzept Hasenberg!“ ist anhand von zwei Bänden dokumentiert. Der erste Band, der den Titel „Bestandsaufnahme“ trägt,³⁹¹ setzt sich einleitend mit der Historie der Siedlung auseinander. Wesentliche Aspekte bestehen in einer Einordnung der Lage der Siedlung im Stadtgefüge, einer Analyse der Freiräume, der Wohn- und Verkehrssituation, sowie den infrastrukturellen Einrichtungen. In Band II mit dem Titel „Planung“³⁹² werden Lösungsansätze für die Planung erarbeitet. Anhand von verschiedenen Varianten erfolgt eine Darstellung von Verdichtungsvarianten, die in einen Synthesenplan oder Maßnahmenplan einfließen.³⁹³

Die Studie bezieht die Großsiedlung am Hasenberg! und den Siedlungsabschnitt Hasenberg!-Nord, sowie Hasenberg! Nord-Ost mit ein; der Abschnitt Hasenberg!-Süd wurde nicht analysiert. Das Entwicklungskonzept ist ein ganzheitlicher Ansatz, bei dem die Siedlung zunächst unter Einbeziehung des Umlandes im städtebaulichen Gesamtzusammenhang betrachtet wird. Bei den vorgeschlagenen Optimierungsmodellen, die in enger Zusammenarbeit von dem Architekten- und einem Grünplanerteam erarbeitet wurden, spielen sowohl Architektur und Städtebau, als auch das Grünkonzept eine Rolle. Im Hintergrund stehen dabei die zusätzliche Nutzung des Baugrundes durch Wohnbauten, eine strukturelle Aufwertung des Viertels und soziologische Überlegungen.

Der Handlungskatalog des „Entwicklungskonzeptes Hasenberg!“ ist sehr umfangreich. Dennoch werden hier so viele Einzelpunkte wie möglich aufgeführt, wobei eine Begrenzung auf Architektur und Städtebau erfolgt. Auf das Grünkonzept wird nur dann eingegangen, wenn dies den beiden erstgenannten Themenbereichen zuträglich ist. Die detaillierte Behandlung erfolgt einerseits, weil es sich um ein hervorragend durchdachtes, umfassendes und sehr sinnvolles Konzept handelt, das auch für ähnlich problematische Siedlungen der 50er und 60er Jahre Modellcharakter haben könnte. Es stellt zudem eine Basis für Maßnahmen dar, die bisher in der Siedlung noch nicht erfolgten, aber in der Zukunft Gestalt annehmen können. Aus diesem Grund wird im Folgenden auch bewusst zwischen den Zeitformen des Präsens und des Imperfekt gewechselt. Außerdem wurde der umfassende Katalog bisher in der Fachliteratur³⁹⁴ eher kurz dargestellt. In den Ausführungen zum Stadtentwicklungsplan

³⁹¹ Scheiblaue 1989 (1), S. 1-120.

³⁹² Scheiblaue 1989 (1), S. 121-197.

³⁹³ Scheiblaue 1989 (1), S. 8.

³⁹⁴ Scheiblaue 1990, S. 39-45; Herde 1993, S. 88-89; Ammermann/Scheiblaue 1993, S. 61-75; Möller 1997, S. 123, 260-266; Laturrell 2000, S. 100-101; Ottmann 2004: Hier wird an vielen verschiedenen Stellen auch anhand von Interviews auf das Konzept und die „Soziale Stadt“ eingegangen.

von 1998 wird seitens der Perspektive München wiederholt Bezug auf den Modellcharakter der Studie genommen.

Die Situation der Siedlung stellte sich Ende der 80er Jahre wie folgt dar: Zwischen 1970 und 1986 waren 26% der Mieter aus der Muttersiedlung weggezogen (17.356EW/12.780EW). Damit ging ein Anstieg der über 65 jährigen Bevölkerung auf 14% und eine Unterbelegung der Schulen einher. Die Gründe für die Abwanderung der jüngeren Generation lagen im Anspruch auf mehr Wohnraum und dem frühzeitigen Verlassen des Elternhauses, mit dem Ziel unabhängig zu werden. Förderlich für eine generelle Abwanderungstendenz waren zudem soziale Konflikte, bedingt durch den Zuzug von Ausländern. Ziel des „Entwicklungskonzepts Hasenberggl“ war es zu prüfen, ob mittels einer Verdichtung städtebauliche und strukturelle Verbesserungen erreicht werden könnten. Aufgrund der Wohnungsnot und des zur Neige gehenden Baugrundes der Landeshauptstadt sollten Siedlungen mit einer niedrigen Bebauungsdichte - im Hasenberggl lag die GFZ bei 0,69 - zur baulichen Verdichtung herangezogen werden. Der Begriff „Verdichtung“ wurde dabei von Beginn an von der ortsansässigen Bevölkerung als problematisch empfunden, weswegen im Folgenden von „Ergänzungsbauten“ die Rede sein wird. Im Entwicklungskonzept wurde optional von 800 bis 1.500 zusätzlichen WE ausgegangen.³⁹⁵

Die Studie beginnt mit einem Größen- und Strukturvergleich von neun Münchner Siedlungen. (Abb. 216) Anhand des Vergleiches soll eine Entwicklung von der städtebaulichen Struktur im 19. Jahrhundert bis zur Auflösung des Raumgefüges im 20. Jahrhundert dargestellt werden. War im 19. Jahrhundert eine Dominanz des Straßen- und Platzraums, der durch Wohnblöcke entlang der Straßen definiert wurde mit dem wesentlichen Merkmal der strikten Trennung von privatem und öffentlichem Raum feststellbar, so entwickelte sich im 20. Jahrhundert - in München erstmals am Beispiel der Siedlung „Alte Heide“ wahrnehmbar - eine Auflösung des traditionellen Raumgefüges in strenge Zeilen.³⁹⁶ (Abb. 217) Im Hasenberggl hatte sich jener strikte Zeilenbau zu locker angeordneten Gebäudeinseln mit gleichartigen Zeilenbauten entwickelt. Die Trennung von öffentlichem und privatem Raum ist hier aufgehoben. Alle Bereiche sind zugänglich und einsehbar, wodurch ein Mangel an individueller Privatsphäre für die Bewohner entsteht. Das Argument, „daß trotz tatsächlich geringer Dichte (GFZ ca. 0,7) der Eindruck einer relativ hohen Dichte entsteht“,³⁹⁷ kann hier insofern bestätigt werden, als dass gerade im Bereich des Abstandsgrüns zwischen den Gebäuden durch die fehlende räumliche Trennung ein subtiles Gefühl der Beklemmung entsteht.

³⁹⁵ Scheiblauer 1989 (1), S. 8, 74.

³⁹⁶ Scheiblauer 1989 (1), S. 13.

³⁹⁷ Scheiblauer 1989 (1), S. 13.

Als weiterhin problematisch wird in der Studie die Siedlungsumgebung und deren räumlicher Zusammenhang mit der Innenstadt angesehen. Bahnanlagen, Industrien und Kasernen stellen Barrieren innerhalb des Raumgefüges dar. Wie bereits in der Stellungnahme der Planungsgutachter aus dem Jahr 1959, in der seinerzeit von einer Besiedelung des Münchner Nordens abgeraten wurde, wird hier kritisiert, dass sich die Siedlung in der Mitte von „störenden Einrichtungen“ befindet. Dazu zählen die Autobahn A99, der Flugplatz Oberschleißheim, Truppenübungsplätze, Industriegebiete oder die Mülldeponie Großlappen.³⁹⁸ (Abb. 218)

Im Rahmen der übergeordneten Verkehrserschließung wird im Konzept empfohlen, den Feldmochinger Anger als gliedernden Grünzug zu erhalten und nicht für eine Anbindung an die Autobahn A99 zu verwenden. Im Rahmen des geplanten Ausbaus der U-Bahnlinie U2, mit zwei Haltestellen in der Siedlung und der Stilllegung der Trambahntrasse der Linie 12 sollten die brachliegenden Gleise zu einem Grünstreifen umgestaltet werden, der bis nach Schwabing durchführen sollte. Durch einen Fuß- und Radweg sollte eine Bezugsachse von der Siedlung zum Schloss Schleißheim hergestellt werden, um die Siedlung vom Eindruck einer Sackgassenlage oder Endstation zu befreien. Hiermit wurden auch die historischen axialen Bezüge zwischen Schwabing und dem Schloss Schleißheim wieder aufgenommen. (Abb. 219)

Um den Münchner Norden generell aufzuwerten, wurde empfohlen Barrieren zu beseitigen und Freiräume zu vernetzen. Der Entwicklungsplan zeigt Potentiale der Siedlung für eine Freiraumvernetzung des Münchner Nordens auf. In der peripheren Umgebung der Siedlung sind die Grün- und Erholungsflächen um das Schloss Schleißheim, der Olympiapark, die Seenplatte und das Dachauer Moos in die Überlegungen miteinbezogen. Die Panzerwiese, der Feldmochinger Anger und das Hartlholz in der unmittelbaren Umgebung der Siedlung sollen aufgewertet und in Beziehung zu den weiter entfernt liegenden Grünflächen gesetzt werden. (Abb. 220-221) Außerdem bezieht das Planerteam die Auswirkungen der Luftschadstoffe der nahe gelegenen Industriegebiete und die Lärmbelästigung durch die Autobahn A99 mit ein. Die Empfehlungen gehen dahin, dass eine Ausweitung des Hartelholzes gen Westen entlang der Autobahn erfolgen soll. Innerhalb der Siedlung ist vorgesehen gegen die Lärmbelästigung an den intensiver befahrenen Straßen (Weitl-, Dülfer-, Blodig- und Aschenbrennerstraße) dem Lärmschutz dienende, bauliche und pflanzliche, sowie verkehrsberuhigende Maßnahmen durchzuführen.³⁹⁹

Das Konzept für die Freiraumgestaltung ist für die soziologischen Überlegungen zur Siedlung besonders wichtig. Die Siedlung verfügte 1989 über ein gut entwickeltes Potential an

³⁹⁸ Steiner/Guther/Leibbrand 1960, S. 40; Scheiblauer 1989 (1), S. 20.

³⁹⁹ Scheiblauer 1989 (1), S. 20, 36, 44.

Freiräumen. Die Außenräume waren durch fließende Übergänge zwischen verschiedenen Freiraumtypen, und eine differenzierte Abstufung zwischen öffentlichen, gemeinschaftlichen und privaten Außenräumen gekennzeichnet. Die Gliederung dieser Räume führte nicht zu einer klaren Differenzierung der Freiraumtypen. Über ihre Notwendigkeit schreibt die Architektin: „Gerade bei offener Bauweise ist aber eine deutliche Unterscheidung zwischen wohnungs-, wohngebietsbezogenen und stadtteilbezogenen Freiräume[n,] sowie zwischen Wohn- und Erschließungsfreiräumen besonders wichtig, um diffuse Tabuzonen zu vermeiden. Erst durch eine deutliche Zuordnung und Zonierung, die Ablesbarkeit des Öffentlichkeitsgrades und brauchbare Nutzungsangebote erhalten die sich einander zu einem abgestuften Freiraumverbund ergänzenden Freiraumtypen ihre „soziale Brauchbarkeit“ und werden belebt.“⁴⁰⁰ Die Nutzungssituation stellt sich wie folgt dar: Die Gebäudezwischenräume sind zwar durch das sogenannte „Abstandsgrün“ bepflanzt, werden aber nicht für Freizeitaktivitäten genutzt. Das liegt an einem zu hohen Grad an Öffentlichkeit, der durch mangelhafte räumliche Gliederung ausgelöst wird. Hieraus entsteht eine erhöhte soziale Kontrolle. Diese ist einerseits durch die zu geringen Gebäudeabstände bedingt, die es den Bewohnern ermöglichen, die Abläufe in den Zwischenräumen von den Balkonen oder aus den Fenstern zu verfolgen. Andererseits ist es durch mangelnde Gliederung, wie z. B. durch Hecken an den Randbereichen der Grünflächen möglich, von der Straße Einblick in die eigentlich als privat zu definierenden Räume zu gewinnen, wodurch sie ihren privaten Charakter einbüßen. Das emotionale Verhalten während des Betretens einer solchen Fläche kann überspitzt ausgedrückt mit Eile, Beengtheit wegen der Beobachtungssituation oder bedrohlicher Beklemmung beschrieben werden, was ein fluchtartiges Verhalten auslöst. Die Folge ist, dass in der Freizeit auf Alternativmöglichkeiten ausgewichen wird.⁴⁰¹ Die Studie bietet alternative Handlungsansätze für vier Arten von Freiräumen an. Für private, wohnungsbezogene Freiräume sieht sie die konsequente Schaffung privater Außenräume bei Neubaumaßnahmen vor. Außerdem sollten die, den Häusern vorgelagerten Grünflächen als Vorgärten umgenutzt, und in den großen Wohnhöfen Mietergärten angelegt werden, sowie die angrenzenden öffentlichen Räume und Freiräume dahingehend aufgewertet werden, dass sie zur Nutzung einladen. Die gemeinschaftlichen Freiräume am Haus sollten eine klare räumliche Trennung vom öffentlichen Bereich erfahren. Die Trennung sollte durch eine zonierende Bepflanzung oder durch die Aufwertung von Abstandsflächen anhand der Einführung von schützenden Bereichen erfolgen. Wohngebietsbezogene Freiräume sollten von den Bewohnern eindeutig als zu ihrem Wohnumfeld zuordnungsfähig gestaltet werden.

⁴⁰⁰ Scheiblaue 1989 (1), S. 48.

⁴⁰¹ Scheiblaue 1989 (1), S. 48.

Zum Konzept gehörte auch die Öffnung für die Anwohner und die Aufwertung der halböffentlichen Freiräume, wie z. B. Schulen oder Bezirkssportanlagen.⁴⁰² Die stadtteilbezogenen öffentlichen Freiräume sollten dahingehend aufgewertet werden, dass Abriegelungen zwischen öffentlichen Freiräumen und Wohngebieten aufzuheben waren. Des Weiteren war auch eine generelle Aufwertung der Stadtteilzentren, deren Zustand als mangelhaft bewertet wurde vorgesehen. Zusätzlich empfahl das Konzept die Einrichtung von attraktiven Sitz- und Ruheplätzen und insbesondere Cafés und Biergärten. Beabsichtigt war die Aufwertung von Spielplätzen und die Schaffung unreglementierter Betätigungsfelder für ältere Kinder und Jugendliche.⁴⁰³ Zum Zeitpunkt der Erstellung des Entwicklungskonzeptes war die Siedlung durch die Straßenbahnlinie 13 und mehrere Buslinien mit öffentlichen Verkehrsmitteln an das Münchner Nahverkehrssystem angebunden. Der Anschluss an das U-Bahnnetz war für 1993 vorgesehen, kam aber erst 1996 zum Tragen. Das Konzept sah vor, den nördlichen Bereich der Schleißheimer Straße und den Dülfer Anger aufzuwerten, einen geordneten Busbahnhof an der Schleißheimer Straße anzulegen und das Busliniennetz zu erweitern, um auch den Abschnitt „Hasenberg-Nord“ besser anzubinden. Außerdem sollten die Fußwege besser auf die Haltestellen abgestimmt werden.⁴⁰⁴ Das Straßennetz betreffend, sollten zusammengefasst folgende Maßnahmen getroffen werden: der Ausbau des Abschnittes der Schleißheimer Straße zwischen ihrem Ende und der Dülferstraße zu einer Promenade, eine Umlenkung am Dülfer Anger, um die Abbiegesituation zu verbessern, eine Verkehrsberuhigung in den Anliegerstraßen und die Verlegung der oberirdischen Stellplätze in Tiefgaragen.⁴⁰⁵ Im Bereich der Fußwege waren Brüche und Riegel festzustellen, die beseitigt werden sollten. Auch war beabsichtigt, an verkehrsreicheren Straßen, wie der Dülfer-, der Blodig- oder Aschenbrennerstraße ein getrenntes Fuß- und Radwegsystem einzuführen.⁴⁰⁶ In der Studie von 1989 wurde erneut festgestellt, dass es an strukturell und soziologisch wichtigen Interaktionspunkten wie z. B. Bäckereien, Metzgereien, Obst- und Gemüseläden, Bekleidungs- und Schuhgeschäften, Schustereien, Schneidern, Installateuren, Elektrotechnikern und Reisebüros gravierend mangelte. Bedürfnisse dieser Art, die etwa 70% des Gesamtvolumens ausmachten, mussten die Bewohner durch Fahrten in den Euroindustriepark oder ins Olympiaeinkaufszentrum abdecken.⁴⁰⁷

Im Rahmen des Entwicklungskonzeptes wurden drei Vorstudien oder Alternativen entwickelt. Sie wurden genutzt, um Klarheit über verschiedene Lösungsvarianten zu erreichen.

⁴⁰² Scheiblaue 1989 (1), S. 48, 50; Scheiblaue 1989 (2), S. 122.

⁴⁰³ Scheiblaue 1989 (1), S. 50.

⁴⁰⁴ Scheiblaue 1989 (1), S. 54.

⁴⁰⁵ Scheiblaue 1989 (1), S. 56.

⁴⁰⁶ Scheiblaue 1989 (1), S. 65.

⁴⁰⁷ Scheiblaue 1989 (1), S. 68-69

Wesentliche Unterschiede lagen hier in den Dichtewerten und der variierenden Fokussierung auf die Wohnbebauung oder infrastrukturelle Einrichtungen.⁴⁰⁸ (Abb. 222-224) Es wird hier nicht im Einzelnen auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Varianten eingegangen werden, weil dies den Rahmen der Arbeit sprengen würde. Die drei Alternativmöglichkeiten flossen in einen Maßnahmenplan ein, dem eine Auflistung sämtlicher, in der Siedlung möglicher architektonischer und städtebaulicher Veränderungsoptionen, sowie Handlungsalternativen für Grünstruktur und Freiraum beigefügt ist. Dieser Plan sieht eine höchst mögliche Ausnutzung der BGFL (150.000 m²) im Rahmen von Ergänzungsbauten vor. (Abb. 225) Die im Plan eingezeichneten neuen oder ergänzenden Wohnbauten verlängern entweder bestehende Zeilen (Blodigstraße/südlich), schließen zu beiden Seiten offene Parallelzeilen einseitig (Ittlingerstraße/östlich), so dass eine dreiseitige Bebauung entsteht, schließen eine dreiseitige Bebauung im Rahmen des Lärmschutzes zu einem offenen Hof (Dülferstraße/nördlich) oder fügen am Ende einer Zeile markante Anschlussbauten ein (Linkstraße/östlich).

Der Maßnahmenplan sieht Ergänzungsbauten auf Restflächen, versiegelten Stellplätzen und Garagenflächen vor. Ehemalige Abstellflächen sollten in Tiefgaragen verlegt werden. Im Rahmen der Ergänzungsbauten soll die bestehende orthogonale Struktur der Gebäude respektiert werden und der Bestand beibehalten werden. Je nach vorhandener Bebauungsart (Zeilen, offene Höfe) und deren Orientierung ist vorgesehen, mittels unterschiedlicher Lösungen Ergänzungsbauten zu schaffen.⁴⁰⁹ Im Februar 1989 wurden die Bereiche in der Dülfer-, Link-, Harpprecht-, Schleißheimer-, Petrarca- und Kienestraße für vertiefende Untersuchungen ausgewählt.⁴¹⁰ Auf die Einzelkonzepte zu den Ergänzungsbauten und ihre Verwirklichung wird aus Gründen der Vereinfachung zusammengefasst im Kapitel über die „Soziale Stadt“ eingegangen.

Der Maßnahmenplan sieht weiterhin vor, Grünzüge zu erweitern und sinnvoller zu nutzen. Für Straßen- und Platzräume ist eine verändernde Differenzierung zu den Grünflächen vorgesehen. Dies soll insbesondere entlang der Hauptbewegungszone zwischen den Quartierszentren geschehen, um hier deutliche Blickpunkte oder Sichtachsen herzustellen. Zeitgleich sollen diese Umgestaltungen der Umlenkung und dem Lärmschutz dienen. Das Konzept sieht eine Umgestaltung und Aufwertung der Quartierszentren vor. Eingeschossige Ladenzentren sollen durch Gebäude mit drei bis vier Geschossen ersetzt werden, die im Erdgeschoss mit Geschäften und in den Obergeschossen mit Wohnraum ausgestattet sind. Im

⁴⁰⁸ Scheiblaue 1989 (2), o. S. Variante 1. Zusätzliche BGFL: 130.000 m² Wohnen und 30.000 m² Sondernutzung, Variante 2: Zusätzliche BGFL: 110.000 m² Wohnen und 30.000 m² Sondernutzung, Variante 3: Zusätzliche BGFL: 80.000 m² Wohnen und 5.000 m² Sondernutzung.

⁴⁰⁹ Scheiblaue 1989 (1), Maßnahmenplan, o. S.

⁴¹⁰ Scheiblaue 1989 (2), S. 155.

Norden des Zentrums an der Dülferstraße ist ein Marktplatz vorgesehen. Das Zentrum in der Blodigstraße soll dahingehend verändert werden, dass ein einheitlicher Platz geschaffen wird. Hier ist eine straßenübergreifende Platzgestaltung geplant, wobei der Stanigplatz mit dem Einkaufszentrum zwischen dem Scheibenhochhaus und den Kirchen als lebendiger Platz zur Geltung kommen soll. Das Zentrum nördlich der Aschenbrennerstraße sollte in einen größeren städtebaulichen Zusammenhang gestellt werden: Das Scheibenhochhaus nördlich der Aschenbrennerstraße fungierte bisher einerseits als architektonische Schranke gegen das Frauenholz, andererseits als nördlicher Abschluss der Großsiedlung. Die gewinnbringende Lösung dieser unglücklichen Situation wurde darin gesehen, dass am nördlichen Ende des gliedernden Grünzuges, also dort wo das Kiefernwäldchen aufhört, eine Platzsituation geschaffen werden sollte, um den Endpunkt städtebaulich zu betonen. Andererseits war geplant, dem Platz den Stellenwert eines Verbindungsgliedes zu dem, jenseits der Aschenbrennerstraße befindlichen Durchgang durch das Scheibenhaus einzuräumen. Durch diese Lösung sollte der Grünzug in der Großsiedlung mit dem Grünzug im Siedlungsabschnitt „Hasenberg-Nord“ verbunden werden, und die Architekturschranke abgemildert werden. Das Zentrum an der Link-/Ecke Haprechtstraße soll durch eine Platzanlage aufgewertet werden, wobei das Ziel in einer Öffnung zum zentralen Grünzug besteht. Auch das Zentrum im Abschnitt „Hasenberg-Nord“ an der Fortnerstraße sollte aufgewertet werden. Hier bestand der Plan darin, einen Schwerpunkt entstehen zu lassen, der als Torsituation zwischen Stadt und Wald fungieren sollte, um die Achse zwischen Schloß Schleißheim und Hasenberg herzustellen. Im Zentrum an der Reschreiterstraße sollte der Freibereich neu gestaltet werden.⁴¹¹ Pläne für ein neues Zentrum in der Siedlungsmitte hatte es bereits 1971 gegeben. Damals hatte der Architekt Helmut Rixner ein Zentrum mit einem überdachten Marktplatz, einem Vergnügungspark, Ladenstraßen, einem Kulturhaus und einem Spielstubenbereich geplant.⁴¹² (Abb. 226) Es wurde nie verwirklicht. Zum Zeitpunkt der Erstellung des „Entwicklungskonzeptes Hasenberg“ sah die Münchner Planung ein neues Stadtteilzentrum auf der Panzerwiese vor. Da 1989 aber nicht abgesehen werden konnte, wann das Zentrum auf der Panzerwiese realisierbar war, wurde ein geschickter Schachzug vorgeschlagen: Statt auf der Panzerwiese, sollte das Stadtteilzentrum auf dem Dülfer Anger entstehen. Als neuer Mittel- und Orientierungspunkt der Siedlung, der am Verkehrsknotenpunkt zwischen zwei U-Bahnstationen gelegen hätte, sollte es seitens des Architektenteams einen städtebaulichen Akzent bilden und als Verknüpfung zur Panzerwiese dienen. Das Grünplanungsteam sah hier eher eine Grünverbindung zur Panzerwiese mit Sondernutzungen kultureller Ausprägung vor.

⁴¹¹ Scheiblauer 1989 (1), Maßnahmenplan, o. S.

⁴¹² Süddeutsche Zeitung: Ein Bürgerzentrum für das Hasenberg vom 24.02.1971.

Weiterhin ist am nördlichen Ende der Schleißheimer Straße ein zusätzlicher städtebaulicher Akzent vorgesehen.⁴¹³

IV.3. Partizipation der Anwohner

Im Rahmen der Konzepterstellung wurden die Wünsche und Anregungen der Anwohner der Siedlung aufgenommen und teilweise in die Planung miteinbezogen. Dieser Aspekt verdient hier besonderes Augenmerk, denn die Bedürfnisse der Bevölkerung waren über Jahrzehnte vernachlässigt worden. Die Partizipation der Bewohner ist auch aus soziologischer Hinsicht sinnvoll. Sie ermöglicht die Chance einer zusätzlichen Identifikation der Anwohner mit der Siedlung, kann im Rahmen der Zusammenarbeit zu einem stärker ausgeprägten Gemeinschaftsgefühl führen, verhindert das Gefühl des Ausgeschlossenseins und verringert spätere Beschwerden.

Im Jahr 1989 fand eine erste Öffentlichkeitsphase statt, die mit einer Podiumsdiskussion mit dem Stadtbaurat Uli Zech, Ursula Ammermann vom Münchner Forum und der Architektin Anne-Christin Scheiblaue begann. Im Dezember 1989 und Januar 1990 folgten zwei Ausstellungen im Wohnstift Augustinum und im AW-Dorf Hasenberg, in denen über die Inhalte des Entwicklungskonzeptes informiert wurde. Am 04.04.1990 beschloss der Stadtrat die Einleitung der vorbereitenden Untersuchungen gemäß dem Baugesetzbuch. Dabei sollte u. a. die Sozialverträglichkeit geprüft werden. 1990 wurden die Anwohner anhand eines Fragebogens über ihre Meinung zum Ist-Zustand der Siedlung und zu Verbesserungsvorschlägen in fünf ausgesuchten Bereichen des Grünplaner- und Architektenteams befragt. Sogar anhand von zwei Volkshochschulseminaren wurde das Konzept tiefergehend erläutert. Als Resultat der Befragung äußerten die Bewohner folgende Kernbedürfnisse: Die Grünflächen sollten erhalten bleiben und neu gestaltet werden. Sie wünschten sich eine Verbesserung der Versorgungsstruktur. Die Bürger wollten am Planungsprozess beteiligt werden. Der neue Wohnbestand sollte preiswert sein, und die ansässige Bevölkerung bei der Vergabe von Wohnraum bevorzugt werden. Die Bewohner interessierten sich rege für die anstehenden Veränderungen in ihrem Viertel. Das Stadtteilzentrum auf dem Dülfer Anger wurde seitens der Bewohner abgelehnt und aus dem Konzept gestrichen. Die Promenade an der Schleißheimer Straße wurde positiv aufgenommen. Bereits hier war die Rede davon, den ortsansässigen Bewohnern bei der Vergabe von Wohnungen eine Bevorrechtigung einzuräumen, was später unter dem Motto

⁴¹³ Scheiblaue 1989 (1), S. 70; Scheiblaue 1989 (1), Maßnahmenplan , o. S.

„Hasenbergl den Hasenberglern“ Eingang in die Presse fand.⁴¹⁴ 40% der Wohnungen sollten seitens der Stadtrates als öffentlich geförderte Wohnungen entstehen.⁴¹⁵ In einem Ende 1991 ins Leben gerufenen Stadtteilarbeitskreis, an dem der Bezirksausschuss und Vertreter wichtiger Institutionen im Hasenbergl teilnahmen, wurden die Planungen und die Fortschritte regelmäßig debattiert. Im Sommer 1992 wurde ein mobiles Stadtteilbüro eröffnet, von dem aus die Bürger über die geplanten Veränderungen informiert und befragt wurden.⁴¹⁶ Bei dieser Befragung ging es um Ergänzungsbauten in der Ittlinger-, Link-, Blodig-, Kiene-, Petrarca- und Aschenbrennerstraße. (Abb. 227) Sie verlief mit positivem Ergebnis. Es wurden 1.510 Personen befragt; die Rücklaufquote war sehr hoch und betrug 77%. In einer Zusammenfassung der Ergebnisse zur Abschlussveranstaltung im Januar 1993 hieß es: „Es war im Allgemeinen leichter in eine Wohnung hineinzukommen als herauszukommen.“⁴¹⁷

IV.4. Der Stadtentwicklungsplan von 1998

Das Kapitel über den Stadtentwicklungsplan von 1998 hätte genauso gut inhaltlich dem „Entwicklungskonzept Hasenbergl“ vorangestellt werden können, weil sich im übertragenen Sinn viele Inhalte und Ansätze aus dem Jahre zuvor erstellten Konzept hier wiederfinden. Chronologisch ist er als Zwischenstufe einzuordnen und fungiert mit seinem Konzept der Nachhaltigkeit zeitgleich als Basisglied für die erst im Rahmen des Programms der „Sozialen Stadt“ verwirklichten Ergänzungsbauten und Veränderungen in der Siedlung am Hasenbergl. Im Januar 1992 gab die Landeshauptstadt München einen neuen Stadtentwicklungsplan in Auftrag. Daraus resultierte ein Stadtentwicklungskonzept mit dem Titel „Perspektive München“. Die Gründe für die Erstellung eines neuen Plans lagen in Veränderungen des wirtschaftlichen Strukturwandels, wodurch sich auch im Rahmen der Siedlungsentwicklung neue Möglichkeiten eröffneten, wie z. B. die Nutzung von freigesetztem militärischem Gelände, wie der Panzerwiese. Diese Veränderungen konnten durch die Vorgaben des Stadtentwicklungsplanes aus dem Jahr 1983 nicht mehr bedient werden. Das Konzept umfasst vier miteinander vernetzte Themenschwerpunkte. Dies sind die Perspektiven für den Wirtschaftsstandort (A), für den Sozialraum Stadt (B), für die räumliche Entwicklung (C) und

⁴¹⁴ Münchner Stadtanzeiger: Das Hasenbergl soll den Hasenberglern gehören vom 19.03.1992.

⁴¹⁵ Münchner Merkur: Das Hasenbergl im Jahr 2000: Ein Modell für ganz Bayern vom 09.01.1990.

⁴¹⁶ Münchner Stadtanzeiger: Verwirrung über Stangen-Häuser und Riegelblöcke vom 23.01.1992.

⁴¹⁷ Landeshauptstadt München/ Referat für Stadtplanung und Bauordnung: Presseunterlagen zur Pressekonferenz. Vorbereitende Untersuchungen im Hasenbergl. 05.10.1992, Typoskript, HA III/Abt. 3/Sg. 2; Planungsreferat HA II: Vorbereitende Untersuchungen Hasenbergl 1992. Information zum Programm. Nr. 2. Juni 1992, Typoskript, HA III/Abt. 3/Sg. 2; Sozialreferat/Abt. Sozialplanung: Entwicklungskonzept Hasenbergl. Abschlussveranstaltung über die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchung am 18.1.1993, Typoskript, HA II/Abt. 4.

für die Region München (D).⁴¹⁸ Ihre Schwerpunkte wurden jeweils in Themenheften erfasst, für die jeweils eigene Leitbilder gelten. Für die hiesige Arbeit werden im Wesentlichen die Hefte der Reihe B und C und das Leitbild der „kompakten, urbanen und grünen Stadt“ verwendet.

Die Perspektive München sieht ein polyzentrisches Stadtmodell vor, anhand dem Fehlentwicklungen des Städtebaus aus den bisherigen konzentrischen und sternförmigen Modellen korrigiert werden sollen. (Abb. 228-230) Diese führten zu einer monozentrischen Stadtstruktur mit einer Überlastungssituation im Innenstadtbereich und einer Zersiedelung des Stadtrandes bei niedrigen Wohndichten. Folgen von missinterpretierten Leitbildern, wie der „Charta von Athen“ oder der „autogerechten Stadt“ zeichnen ein Bild der Funktionstrennung städtischen Raumes, mit der eine Fehlentwicklung der Verkehrs oder Konzentration auf den Innenstadtbereich und die Vorrangstellung des Autos einhergeht. An den Nachkriegssiedlungen wird insbesondere die mangelnde Gestaltungsqualität und Maßstabslosigkeit, die Fehler in der Siedlungsökologie, die schlecht ausgestatteten Zentren und der Zwang zur Mobilität durch die Stadtrandlage kritisiert. Anhand des polyzentrischen Stadtmodells soll nach dem Prinzip der „kurzen Wege“ und dem Leitbild „mobil ohne eigenes Auto“ der Überbelastung des Zentrums entgegengewirkt werden, indem die Stadt flächenweit mit vernetzten Zentren bedeckt wird. Um dieses Ziel zu erreichen ist vorgesehen, neue Zentren an den Haltestellen des ÖPNV zu schaffen und vorhandene Zentren auszubauen. Ein wichtiges Kriterium liegt dabei in der Herstellung von Urbanität, die hier mit Funktionsmischung, Vielfalt und Flexibilität gleichgesetzt wird. Durch die polyzentrische Anlage soll Verkehrsströmen entgegengewirkt werden, die sich fast ausschließlich auf das Zentrum richten.⁴¹⁹ 1995 war auf der Panzerwiese für eines dieser Zentren bereits ein Siedlungsprojekt in Planung. Jetzt sollte dort, in der Nähe der Anbindung an die U-Bahnlinie U2 ein neues Stadtteilzentrum mit einem neuen Wohnviertel in kompakter und platzsparender Bebauung bei zeitgleicher Schonung der Grünflächen, und unter Einbeziehung von der Entstehung nahe gelegener Arbeitsplätze entstehen.⁴²⁰ Diesem Zentrum, an dessen Rand direkt an der U-Bahn Haltestelle Dülferstraße im März 2008 das Mira-Einkaufszentrum mit 16.000 m² Verkaufsfläche öffnete,⁴²¹ kommt bei der Betrachtung der Versorgungssituation in der Siedlung am Hasenberg ein besonderer Stellenwert zu. (Abb. 231) Nach rund 40 Jahren sind die Bewohner jetzt nicht mehr auf weite Wege angewiesen, um Bedürfnisse zu decken,

⁴¹⁸ Landeshauptstadt München Perspektive München (1) 1996, S. 5, 11.

⁴¹⁹ Landeshauptstadt München -kompakt urban grün 1995, S. 13-15, 18, 29, 48; Landeshauptstadt München Region München 1995, S. 7.

⁴²⁰ Landeshauptstadt München Bürgernähe 1997, S. 43, 50-51.

⁴²¹ Münchner Tageszeitung: 16 000 Quadratmeter Verkaufsfläche. Einkaufszentrum öffnet heute an der Nordheide, 12.03.2008.

die über den täglichen Lebensmittelbedarf hinausgehen. Auch befinden sich innerhalb des Einkaufszentrums Cafés und Imbissbuden.

Ausgehend von der Einwohnersituation im Jahr 1990 rechnete die Landeshauptstadt bis zum Jahr 2010 mit einem weiteren Wachstum von 300.000 Einwohnern und 150.000 Arbeitsplätzen. Dementsprechend müssen verstärkt Siedlungsflächen ausgewiesen werden, wobei das Argument der erreichten Wachstumsgrenzen insofern nicht gilt, als dass die Perspektive München durchaus Potentiale für eine weitere Siedlungsentwicklung sieht. Die Hauptziele liegen in der Bereitstellung von ausreichendem und erschwinglichem Wohnraum, in der Wahrung der sozialen Ausgewogenheit, in der Entwicklung einer sozialverträglichen Mobilität und im Erhalt und der Entwicklung einer hochwertigen Freiraumversorgung. Sie gehen mit der Linderung sozialer Segregation und der Minimierung sozialer Spannungen in den benachteiligten Gebieten einher. Besonders groß ist die Wohnungsnot bei der Bevölkerung des unteren sozialen Drittels. Sie wird von der mangelnden Versorgung an preiswertem Wohnraum und einer Tendenz zur Konzentration der sozial schwächeren Bevölkerung in unattraktiven Wohnlagen in den Stadtrandgebieten begleitet. Insbesondere in den Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre ist eine Verschärfung von sozialen Problemen zu beobachten. Sie ist von einer Überalterung der Bevölkerung, einer zunehmenden Verarmung, vermehrten sozialen Spannungen, und nicht zu letzt von einer Verdrängung und Ausgrenzung gekennzeichnet.⁴²²

Der Bezirk Feldmoching-Hasenberg gilt soziologisch gesehen, weiterhin als eines der nachteiligsten Stadtviertel Münchens. Strukturell ist dort eine überproportional hohe Sozialhilfedichte mit vielen Wohngeldempfängern gegeben. Zusätzliche strukturell und sozial nachteilige Schlagworte sind Überbelegung und Überalterung. Im Gegensatz zu vielen Familien mit Kleinkindern steht die hohe Seniorenquote. Alte Menschen bleiben in zu großen Wohnungen zurück. Wohnungen mit kleinen Grundrissen fehlen. Wohnraum ist auf lange Zeit belegt. Im Vergleich zum übrigen Stadtgebiet, finden sich überdurchschnittlich viele überbelegte Wohnungen,⁴²³ was bei einem 1989 festgestellten Mieterrückgang von 6.000 Personen eher erstaunlich wirkt.

Hier soll anhand des Leitbildes „kompakt urban grün“ Abhilfe geschaffen werden. Es ist „als der siedlungsstrukturelle Beitrag der Stadt auf dem Weg hin zu einer vorsorgenden, umwelt- und sozialverträglichen Wirtschafts- und Lebensweise“⁴²⁴ zu interpretieren. Der Begriff „kompakt“ bedeutet eine sparsame Flächennutzung durch kompakte und dichte Bebauung, wobei Arbeits-, Wohn- und Erholungsstandorte anhand von „kurzen Wegen“ erreicht werden

⁴²² Landeshauptstadt München-kompakt urban grün 1995, S. 9-13, 21, 26.

⁴²³ Landeshauptstadt München Bürgernähe 1997, S. 41.

⁴²⁴ Landeshauptstadt München-kompakt urban grün 1995, S. 8.

sollen. Mit „urban“ ist eine lebendige Mischung von Wohnen und Arbeiten, Einkaufen und Erholen gemeint. „Grün“ steht für die Erhaltung und Schaffung von öffentlichen und privaten Freiflächen unter ökologischen Gesichtspunkten.⁴²⁵ Es gilt das Konzept „Innen vor Außen“: Unter sparsamer Flächennutzung ist zu verstehen, dass zunächst noch im Bestand der Landeshauptstadt München befindliches Bauland genutzt und bestehende Wohnsiedlungen nachgebessert oder nachverdichtet werden sollen, wobei laut Perspektive München die eigentlichen Gestaltungsaufgaben gerade in der gestaltlosen Peripherie der Stadt liegen. Um der Zersiedelung entgegenzuwirken, und damit soziale und ökologische Vorteile zu erzielen, werden in Gebieten mit niedrigen Dichten höhere Dichtewerte mit NGFZ zwischen 0,9 - 2,5 angestrebt.⁴²⁶

Die Siedlung am Hasenberg wird als Nachverdichtungsprojekt mit Modellcharakter bezeichnet, dem das „Entwicklungskonzept Hasenberg“ basiert. Im Folgenden werden ein paar Aspekte des Stadtentwicklungskonzeptes herausgegriffen, um den Modellcharakter zu untermauern. Bei der Nachverdichtung sollen laut Stadtentwicklungsplan nicht Gebäude abgerissen werden, sondern Neubauten, bei behutsamem Umgang mit dem Bestand und einer Orientierung an Vorhandenem integriert werden. Ein weiterer Aspekt ist die Entsiegelung von Flächen als quantitativer Ausgleich von Freiflächenverlusten und die Verbesserung der ökologischen Bedingungen. Dazu gehört auch der Rück- und Umbau, sowie der Neubau von Straßen zu urbanen Lebensräumen. Auch geht es um die Verbesserung der Identifikations- und Kommunikationsmöglichkeiten der Bewohner und das Generieren von Urbanität.⁴²⁷ Zu einer größer angelegten Verwirklichung von Ansätzen aus dem Entwicklungskonzept oder des Stadtentwicklungsplanes in der Siedlung kam es aber erst, nachdem sich die Stadt München dazu entschieden hatte, am Bund- und Länder Programm „Soziale Stadt“ teilzunehmen.

IV.5. Das Programm „Soziale Stadt“

Im Jahr 1999 rief der Bund das Programm „Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ ins Leben. Hierbei handelt es sich um eine stadtteilbezogene, ganzheitliche Vorgehensweise mit integriertem Handlungsansatz. Die stadtteilnahe Versorgung mit Arbeitsplätzen, soziale Handlungsfelder und ökologische Ansätze werden gleichwertig zu den Herausforderungen auf baulicher und städtebaulicher

⁴²⁵ Landeshauptstadt München-kompakt urban grün 1995, S. 44-64.

⁴²⁶ Landeshauptstadt München-kompakt urban grün 1995, S. 44, 47.

⁴²⁷ Landeshauptstadt München-kompakt urban grün 1995, S. 20, 23, 27, 29, 47, 62; Landeshauptstadt München Bürgernähe 1997, S. 42-43.

Ebene verfolgt. Das Ziel liegt u. a. in einer Abwendung von Segregationstendenzen.⁴²⁸ Das Programm fördert Stadtteile, „die wegen ihrer Sozialstruktur, des Arbeitsplatzangebotes und des Ausbildungsniveaus der Bewohner ... , der Qualität des baulichen Bestandes, der Ausstattung mit sozialer und kultureller Infrastruktur sowie des Zustandes des städtebaulichen Umfeldes so erhebliche Defizite aufweisen, dass zu deren Behebung eine besondere Förderung notwendig ist.“⁴²⁹ In München wurden die Gebiete Hasenberg⁴³⁰ und Milbertshofen ausgewählt.⁴³¹ (Abb. 232) Die Gründe für die Auswahl wurden bereits in den vorangegangenen Kapiteln behandelt. Die Münchner Partizipation ist in Verbindung mit den Jahre zuvor begonnenen Strukturveränderungen im Rahmen des Stadtentwicklungsplans von 1998 zu sehen. Besonders gilt hier das Leitbild „Stärkung der Stadtteile durch Stadtteilentwicklung“ der Perspektive München. Auf Basis des „Entwicklungskonzeptes Hasenberg“ von 1989 und den vorbereitenden Untersuchungen von 1990 wurde im Oktober 1993 das Sanierungsgebiet Hasenberg förmlich festgelegt.⁴³²

Die Sanierungsziele des Programms der sozialen Stadt liegen in der Verbesserung der Aufenthaltsqualität. Hierzu rechnen Plätze, Straßen, Grün- und Freiflächen. Das Wohnungsangebot für unterschiedliche Einkommensgruppen soll erweitert und verbessert werden. Zu den Zielen zählen die Optimierung von Geschäften, Bewohnertreffpunkten, sowie die Einrichtung von Ausbildung- und Arbeitsstätten. Die Veränderung erfolgt im Rahmen der Partizipation der Bewohner an der Planung und der Realisierung, wobei insbesondere Jugendliche und Kinder in altersgemäße Projekte einbezogen werden sollen.⁴³³

Aus dem Programm „Soziale Stadt“ ergibt sich ein umfangreicher Maßnahmenkatalog. (Abb. 233) Hieraus werden die Punkte Wohnen/Wohnumfeld, öffentlicher Raum/Verkehr und Ökonomie im Folgenden einer Betrachtung unterzogen. Dies soll aus Vereinfachungsgründen anhand eines Vergleiches der Vorschläge aus dem „Entwicklungskonzept Hasenberg“ und deren Verwirklichung geschehen, wobei mit den Ergänzungsbauten begonnen wird.

IV.5.1. Ergänzungsbauten: Konzept und Ausführung

Die Ergänzungsbauten hatten im „Entwicklungskonzept Hasenberg“ mehrere übergeordnete Funktionen. Zunächst sollte es zu einer Verbesserung der räumlichen und architektonischen Situation kommen. Das Angebot an infrastrukturellen Einrichtungen und Wohnraum sollte

⁴²⁸ Landeshauptstadt München Programm „Soziale Stadt“ 2003, S. 4-5.

⁴²⁹ Landeshauptstadt München Programm „Soziale Stadt“ 2003, S. 5.

⁴³⁰ Es gelten hier die Stadtratsbeschlüsse vom 21.07.1999, 13.12.2000 und vom 22.11.2001.

⁴³¹ Landeshauptstadt München Programm „Soziale Stadt“ 2003, S. 6.

⁴³² Landeshauptstadt München Programm „Soziale Stadt“ 2003, S. 17.

⁴³³ Landeshauptstadt München Programm „Soziale Stadt“ 2003, S. 17-18.

erweitert werden. Außerdem bestand der Plan darin, der Entmischung der Bevölkerungsstruktur und dem ungleichen Altersaufbau entgegen zu wirken. Um dies zu erreichen, waren nicht nur Sozialwohnungen, sondern auch frei finanzierter Wohnraum vorgesehen.⁴³⁴ Um den Gebäudebestand zu analysieren und zu katalogisieren entstand ein Typenschema mit elf verschiedenen Typen von Gebäuden oder Gebäudeinseln.⁴³⁵ (Abb. 234) Ohne hier eine negative Kritik aussprechen zu wollen, konnten die Hintergründe und Gedankengänge, nach denen diese Typen ausgewählt wurden, nicht eindeutig nachvollzogen werden. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass dieses Typenschema die Basis für das Typenschema der Ergänzungsbauten bildet. (Abb. 235) Als Typen der Ergänzungsbauten sind zu klassifizieren: Die Verlängerung und städtebauliche Akzentuierung auf quadratischem Grundriss bei dreischenkigen Bestandsbauten (5), die einseitige Schließung von zwischenschließenden Bestandsbauten anhand von freistehenden vorgelagerten oder mit den Zeilen verbundenen Ergänzungsbauten (1, 2, 3, 4, 7, 8) oder die Schließung von dreischenkigen offenen Höfen zu einer vierschenkigen offenen Hofsituation (nördlich Dülferstraße).

Die Entwicklung unterschiedlicher Ergänzungslösungen war abhängig von der vorhandenen Bebauungssituation. Bei dreischenkigen Höfen sollte z. B. mittels Kopfbauten ergänzt werden; bei zwischenschließender Bebauung durch rechtwinklig dazu angeordnete Gebäude. Höfe sollten zu wichtigen Grünzügen immer offen gelassen werden. Ein wesentliches Moment im Bezug auf die Struktur und Form der Gebäude war die Beibehaltung der streng orthogonalen Struktur, um den Respekt vor der gestalterischen Grundidee auszudrücken. Folglich war bei der Erstellung von Ergänzungsbauten darauf zu achten, dass Bestandszeilen als solche kenntlich blieben, wozu bei der Ergänzung durch Kopf- und Zwischenbauten auch die Berücksichtigung der Giebel gehörte. Zudem war bei Ergänzungsbauten, die rechtwinklig an Zeilen mit Ost-West Ausrichtung angebracht werden sollten, die Vermeidung von Verschattungen zu berücksichtigen.⁴³⁶ Bei der Standortauswahl für die Ergänzungsbauten hatten Bereiche mit einer ungünstigen Freiraumsituation Priorität. Dies waren die Garagenhöfe am Ende der Grohmannstraße, an der Kugystraße, an der Kienestraße und nördlich der Hochhäuser an der Aschenbrennerstraße. Außerdem sollten Zeilenreihen, die zur Straße hin offen waren, an der verkehrsreichen Dülfer- und Blodigstraße geschlossen werden, um verkehrsbedingten Lärmbelastigungen entgegenzuwirken. Als eine Verbesserung der Freiraumsituation wurde der Ersatz von Garagen durch Neubauten in der Petrarca-, Link-, Ittlinger- und Reschreiterstraße betrachtet.⁴³⁷ Der Übersichtsplan verdeutlicht die Lage der

⁴³⁴ Scheiblauer 1989 (2), S. 125.

⁴³⁵ Herde 1993, S. 88.

⁴³⁶ Scheiblauer 1989 (2), S. 135.

⁴³⁷ Scheiblauer 1989 (2), S. 128.

geplanten Ergänzungsbauten. (Abb. 236) Im Anschluss erfolgt eine Vorstellung der Modellkonzeption und eine Beschreibung der Ausführung.

Wie bei allen weiteren hier besprochenen Teilprojekten sollten in der Ittlingerstraße zunächst die Garagen abgerissen werden, und durch Tiefgaragen ersetzt werden. Die bestehenden Häuserzeilen sollten im Westen an den fensterlosen Brandwänden verlängert werden. Die Planung sah zwischen den Zeilen parallel zur Straße verlaufende, niedrigere Bauten für Wohnungen und Geschäfte vor. Durch die geringere Gebäudehöhe sollte ein Bezug zu den gegenüberliegenden Einfamilienhäusern der Selbsthilfesiedlung hergestellt werden. Die Bepflanzung in den nun, durch die Ergänzungsbauten entstehenden Höfen war anzureichern. Es handelte sich um einen Ergänzungsumfang von 70-90WE.⁴³⁸ Das Teilprojekt wurde bis heute nicht verwirklicht. (Abb. 237-240)

Für den Zeilenbestand in der Linkstraße war eine Verlängerung im Westen vorgesehen. Die Ergänzungsbauten orientieren sich an der Straßenbiegung und sind somit leicht abgeknickt. Im Osten sah das Konzept auf dem frei gewordenen Garagenareal einen durchgängigen Ergänzungsbau vor, der im rechten Winkel zu den Zeilen der Gebäudeinsel verlaufen sollte. Hierbei waren Verbindungsbauten zur Verknüpfung mit den Bestandszeilen angedacht, in denen Gemeinschaftseinrichtungen geplant waren. Für die Wohneinheiten war eine Mischung aus Geschoss- und Maisonettewohnungen beabsichtigt. Die nunmehr dreischenkligen Höfe sollten besser an den Park mit den Punkthochhäusern angebunden werden. Es handelte sich um eine Ergänzung mit 117 WE.⁴³⁹ Das Teilprojekt wurde bis heute nicht verwirklicht. (Abb. 241-245)

An der Aschenbrenner-/Ecke Linkstraße sollte ein neues L-förmiges Gebäude einen räumlichen Abschluss bewirken. Dieser Ergänzungsbau mit 40 WE sollte jeweils parallel zur Aschenbrenner- und zur Linkstraße verlaufen, und somit die Reihe von offenen Wohnhöfen weiterführen. Hier waren Vorgärten und Wintergärten geplant. Auch dieses Teilprojekt wurde bis heute nicht verwirklicht. (Abb. 246-249)

Im Bereich der Kienestraße wurde das städtebauliche Konzept der Ergänzungen erstmals realisiert. Hierbei entspricht die Planung weitgehend der Ausführung. Die Planung setzte den Akzent auf ein freistehendes, parallel zur Straße verlaufendes Gebäude, welches auf zwei Gebäudeinseln mit offenen, gegeneinander verschobenen Zeilen reagieren sollte. Durch diese Gebäudeanordnung werden die Straße und die nun entstehenden Höfe räumlich gefasst. Im Prospekt zu den vorbereitenden Untersuchungen heißt es: „Ein großes Portal über dem Hauptweg zum Park gliedert den Neubau. Eine Mischung aus Maisonette- und

⁴³⁸ Landeshauptstadt München Vorbereitende Untersuchungen 1992, S. 8.

⁴³⁹ Landeshauptstadt München Vorbereitende Untersuchungen 1992, S. 9.

Geschosswohnungen, die oberen an einem Laubengang, sind vorgesehen. Ein Gebäudeende steht für Praxen und Büros zur Verfügung. Der Südseite des Neubaus ist eine begrünte Balkon- und Wintergartenfassade vorgelagert. Zwei unterirdische Parkebenen, die obere mit Fenstern, schieben sich unter das Gebäude. Auf ihrem angehobenen Dach liegen die Privatgärten des Neubaus. Das Wegenetz bleibt erhalten. Zusätzliche Bepflanzungen und Pergolen gliedern die Höfe.⁴⁴⁰ Geplant war eine Ergänzung durch 62 WE. (Abb. 250-252)

Das Gebäude wurde durch die Architekten Anne-Christin Scheiblauer und Nikolaus Neuleitner im Abschnitt der GWG geplant und zwischen Oktober 1997 und Oktober 1999 fertig gestellt. Der Freiraum wurde von Gabriella Zaharis geplant. Es wurden 56 Wohneinheiten mit 2- bis 4-Zimmerwohnungen im Rahmen des frei finanzierten Wohnungsbaus erstellt. Das Objekt erhielt 2005 den Ehrenpreis für guten Wohnungsbau/Wohnen im Alter und vorbildliche Sanierung.⁴⁴¹ Die Nordfassade des langgestreckten Gebäudes wird durch einen Laubengang mit einem nach Süden abfallenden Glasdach horizontal gegliedert. Dach und Laubengang ruhen auf einer filigranen Stahlkonstruktion mit Vertikalstreben, die im Abstand von etwa fünf Metern angebracht sind. Die Wohnungen im Erdgeschoss werden über ein Podest erschlossen. In den zwei Obergeschossen erfolgt die Erschließung über eine an der Außenfassade angebrachte Treppe, die zum Laubengang führt. Die Außenwand ist in Zinnoberrot gestaltet. Die Wohnungstüren kontrastieren in Indigoblau. (Abb. 253-254) Der südliche Teil des Gebäudes verfügt über vier Geschosse. Er wird horizontal von Balkonbändern gegliedert. Auch er wurde mit einem Schrägdach ausgestattet, das hier aber sinngemäß nach Norden abfällt. In der Mitte des Gebäudes sorgt ein Durchgang für die Verbindung des Innenhofes zu den Grünzügen. (Abb. 255) Im Inneren des Gebäudes befinden sich übereinander gestapelte Maisonette-Wohnungen. In der Nähe des Durchgangs befindet sich das innere Erschließungssystem mit einer einläufigen Treppe und einem Aufzug. Zu den Wohnungsgrundrissen kann hier keine Aussage getroffen werden, weil kein Material vorliegt.

Die Bestandszeilen an der Aschenbrennerstraße sollten an ihren fensterlosen Brandwänden verlängert werden. Der Plan bestand hier darin, durch zweigeschossige Zwischenbauten, deren Form die Biegung der Straße aufnimmt, Höfe zu schaffen. Für die Gebäude waren soziale Einrichtungen und Geschäfte geplant. Unter den Höfen sollten übergrünte, mit einander verbundene Tiefgaragen gebaut werden. Die Ergänzungsbauten waren für 67 WE ausgelegt.⁴⁴² (Abb. 256-258) Zwischen April 2001 und Oktober 2002 wurden hier 64 öffentlich geförderte Wohnungen gebaut. Für die Architektur zeichneten Anne-Christin Scheiblauer, Nikolaus

⁴⁴⁰ Landeshauptstadt München Vorbereitende Untersuchungen 1992, S. 11.

⁴⁴¹ Landeshauptstadt München Nachverdichtung Kienestraße 2005; Scheiblauer/Schmidt 1990, S. 44-45.

⁴⁴² Landeshauptstadt München Vorbereitende Untersuchungen 1992, S. 12.

Neuleitner, Manfred Felix und Ulrich Jonas verantwortlich.⁴⁴³ Die Ergänzungsbauten teilen sich in zwei Gruppen auf. Die erste Gruppe bildet sich aus jenen Gebäuden, die die Bestandszeilen gen Norden verlängern, fünf Geschosse umfassen und sich sozusagen an ihren Enden über die Gebäude der zweiten Gruppe schieben. Die Verlängerung der Bestandszeilen erfolgte so, dass die Giebel der Bestandszeilen sichtbar blieben, wobei im Traufenbereich mit den neuen Flachbauten angesetzt wurde. Ihr Hauptteil umfasst vier Geschosse. Im nördlichen Teil der Gebäude befindet sich ein Aufsatz mit einem weiteren Geschoss, wodurch die Differenzierung zu den Bestandsbauten deutlich zum Ausdruck kommt. Die Fassade zur Aschenbrennerstraße verfügt über eine asymmetrische, abgeschrägte Form, die den Straßenverlauf nicht aufnimmt. Der Gebäudeteil an der Straße ruht auf filigranen Säulen. Die zweite Gebäudegruppe nimmt die Straßenform auf, verfügt über zwei Geschosse mit Maisonette-Wohnungen und schiebt sich optisch unter der ersten Gebäudegruppe durch. Sie formiert mit der ersten Gruppe und den Bestandsbauten Höfe, und dient zeitgleich dem Schutz vor Straßenlärm. Die Höfe wurde abwechslungsreich gestaltet. Terrassen und Grünflächen variieren in unterschiedlichem Höhenniveau. Die Balkone wurden an der Westseite der neuen Gebäude angebracht. (Abb. 259-262)

Die Bestandszeilen im Areal der Kiene- und Aschenbrennerstraße wurden im Rahmen der Ergänzungsarbeiten farblich neu und differenzierter gestaltet. Jede Zeile verfügt über einen anderen Anstrich in Pastellfarben. Dem etwas zurückgesetzten, vertikal gliedernden Wandstreifen über den Eingangstüren wurden bei jeder Zeile verschiedene Ornamente aus Mosaiksteinen hinzugefügt, um eine Gebäudedifferenzierung zu erreichen.

In der Petrarcastraße sollten die Höfe durch ein lang gestrecktes, mit den Bestandszeilen nicht verbundenes vorgelagertes Gebäude entstehen. Hier war Rücksicht auf die Fenster in den Giebelwänden zu nehmen. „Zweigeschossige Durchgänge zu den Bestandsbauten mit darüberliegenden, verglasten Gemeinschaftsräumen und vorspringende Elemente gliedern das Gebäude. Das zum Hof herabgestufte Pultdach gewährleistet eine gute Belichtung der vorhandenen Wohnungen. In jedem Gebäudeabschnitt sind zwei Treppenhäuser mit Geschosswohnungen vorgesehen; Praxen und Büros befinden sich in den Enden des Baus. In die bestehenden Höfe schiebt sich eine natürlich belichtete, übergrünte Tiefgarage nur soweit hinein, wie es der Baumbestand zulässt.“⁴⁴⁴ (Abb. 263-265)

Die Ausführung besteht aus drei Einzelbauten. Weitere Bauten sind derzeit in Planung oder bereits im Bau. An die Bestandsbauten schließt im Westen ein niedriger Zwischenbau an. Hier wird die Traufhöhe des Bestandes betont. An das Verbindungsglied schließt sich ein höheres

⁴⁴³ Landeshauptstadt München Nachverdichtung Aschenbrennerstraße 2005.

⁴⁴⁴ Landeshauptstadt München Vorbereitende Untersuchungen 1992, S. 13.

Gebäude an, das die offenen Zeilen durch eine Überecklösung in nördlicher Richtung beinahe schließt. Der Querriegel ist 8 m breit und 29 m lang. Bei dem Querriegel handelt es sich um einen Flachbau mit vier Geschossen, dem ein kleinerer Aufsatz aufgebaut wurde, in dem das fünfte Geschoss liegt. Er trägt ein nach Osten abfallendes Pultdach, das ein kleines Stück über die Fassade hervorkragt. Pro Geschoss befinden sich drei nebeneinander liegende Balkone an der Westfassade. Sowohl aus Gründen der Sonnenlichtdurchflutung, als auch um dem Gebäude ein abwechslungsreiches äußeres Gestaltungsmerkmal zu verleihen, wurden die Balkondächer in Trapezform gestaltet und fallen in nördlicher Richtung ab. Zudem wurde der Aufsatz bunt gestrichen, während der Hauptteil in weiß und die Balkone in hellblau gehalten sind, wodurch insgesamt ein bunter, fröhlicher Eindruck entsteht. In den Ergänzungsbauten befinden sich pro Geschoss vier Wohnungen. Das Erschließungssystem befindet sich an der Übergangsstelle vom Zwischenbau zum Querriegel. Der Verbindungsbau kann durch die Nutzung der einläufigen Treppe oder des Aufzuges erschlossen werden. Über einen Flur gelangt man vom Erschließungssystem in die Laubengänge im Osten des Querriegels, und von dort aus in die Wohnungen. Pro Geschoss handelt es sich um vier Wohneinheiten, mit Größen von 40 bis 87m². Die Wohnungen sind mit Balkonen ausgestattet, die westlich oder südlich orientiert sind. Küchen und Sanitärräume befinden sich jeweils an der Hofwand. Die Wohnräume verfügen über die gleiche sonnengünstige Orientierung, wie die Balkone. Die Laubengänge an der Ostfassade sind durchgängig, fassadenweit verglast. Auch hier wurde die Außenmauer bunt gestaltet. Im Rahmen der Ergänzung wurden unter den Innenhöfen Tiefgaragen angelegt und die Grünfläche bewohnerfreundlich gestaltet. Die Bestandszeilen wurden nach einem Konzept von Scarlet Berner⁴⁴⁵ in bunten, kräftigen Tönen – jede Zeile andersfarbig – gestaltet. (Abb. 266-270)

Für das Teilprojekt nördlich der Blodigstraße war eine Schließung der offenen Zeilen durch vorgelagerte Gebäude geplant. Sie sollten ihrerseits durch eine Passagenanlage an jedem Zugangsweg miteinander verbunden werden. In dieser Anlage waren verglaste Gemeinschaftsräume vorgesehen. Nach Norden geneigte Pultdächer sollten der Besonnung dienlich sein. Für die Wohneinheiten war eine Mischung aus Geschoss- und Maisonettewohnungen gedacht. Der Entwurf sah südlich des Gebäudes Wintergärten als Wärmepuffer und Lärmschutz vor. Den Wohnungen sollten kleine Gärten mit Mauern für den Blickschutz vorgelagert werden. Der Verbindungsweg vom Frühlingsanger zum Park sollte durch ein Tor und geeignete Begrünung aufgewertet werden. Der Umfang betrug 114 bis 123 neue Wohneinheiten.⁴⁴⁶ (Abb. 271-273) Derzeit entstehen dort seitens der WSB

⁴⁴⁵ Ottmann 2004, S. 104.

⁴⁴⁶ Landeshauptstadt München Vorbereitende Untersuchungen 1992, S. 10.

Bayern 48 WE, mit 2-, 3- und 4-Zimmer-Wohnungen in vier einzelnen Gebäuden und ein oberirdisches Parkhaus mit 78 Stellplätzen. Es handelt sich um konventionelle Bauweise mit Satteldächern.⁴⁴⁷ (Abb. 274-276)

IV.5.2. Weitere Realisierungen aus dem Programm „Soziale Stadt“

Im Abschnitt der GWG haben die Gebäude bereits teilweise einen neuen Anstrich erhalten. (Abb. 277) Die Fassaden wurden durch eine andersfarbige Balkonkonstruktion aufgelockert. Die Grünflächen wurden hier variantenreich mit Höhenabstufungen und Erlebniswelten für Kinder umgestaltet. (Abb. 278) An den Entwürfen für die Ergänzungsbauten wird gerade gearbeitet. (Abb. 279)

Des Weiteren wurde in den Jahren 2002 bis 2003 die Hochgarage an der Stösserstraße mit 488 Stellplätzen auf ehemaligen Stellplätzen fertig gestellt.⁴⁴⁸ (Abb. 280) Sie ist im Rahmen der Siedlungshistorie an dieser Stelle eher ungünstig platziert. Durch das Gebäude wird die Architekturschranke zum Gebiet „Hasenberg-Nord“ noch verstärkt. Der Pfarrer-Steiner-Platz wurde im Jahr 2000 gebaut. (Abb. 281) Der Platz befindet sich am nördlichen Ende des Kiefernwäldchens an Aschenbrenner Straße. Er ist durch rote Bodenplatten mit einem Schriftzug, der die Fabel vom „Hasen und Igel“ erzählt definiert. Leider liegt der Platz eher brach und lädt nicht unbedingt zum Verweilen ein. Eine Gestaltung des Durchgangs durch das Scheibenhochhaus an der Aschenbrennerstraße als Verbindungsglied zu „Hasenberg-Nord“ ist nicht erkennbar. Im Gegenteil: Nördlich des Hauses befindet sich eine trennende Mauer. (Abb. 282) Die Ladenzentren im Baugebiet der Südhausbau GmbH wurden neu gebaut und sind gut ausgestattet. Die Schleißheimer Strasse wurde bisher nicht zur Promenade ausgebaut. Die stillgelegte Trambahnschleife am Goldschmiedplatz wurde zwischen 1999 und 2002 zu einem Spielgelände für Kinder umgestaltet. (Abb. 283-284) Der Dülferanger wurde als Bindeglied zwischen dem Hasenberg und dem neuen Stadtteil auf der Panzerwiese als Festplatz eingerichtet. Der Platz wurde schiffsförmig ausgestaltet. Die tiefer gelegte Rasenfläche wird durch einen Betonrahmen definiert: Südlich wird der Platz von Hecken gerahmt. Nördlich wurden Bäume gepflanzt.⁴⁴⁹ (Abb. 285-286) Der Platz wird regelmäßig für Festivitäten genutzt, macht aber ansonsten einen eher kahlen, verlassenem Eindruck.

⁴⁴⁷ Die Information stammt aus einem Gespräch mit Herrn Glaser von der WSB Bayern vom 22.07.2008. Die WSB Bayern ist die Nachfolgegesellschaft zunächst der Neuen Heimat Bayern, dann der Bayerischen Städte- und Wohnungsbau GmbH.

⁴⁴⁸ http://www.scheiblauer.de/_architektur/_parkhaus/parkhaus.htm vom 20.12.2008.

⁴⁴⁹ vgl. zu den umfangreichen Projekten: Landeshauptstadt München Programm „Soziale Stadt“ 2003, S. 44 ff..

V. Zusammenfassung und Ausblick

Nach der kurzen Phase der glamourösen Bewertung in den Anfängen der 60er Jahre, folgte die Zeit des Abstiegs. Bis heute tritt das Vorurteil tatsächlich zu Beginn jeglichen Gespräches über das „Hasenberg“ in Erscheinung. Inhaltlich drückt es sich durch Polemisierungen, wie „Asozialenghetto“ oder „monotone Schlafstadt“ aus.

Was aber führte zur heutigen Realität und wie kennzeichnet sich diese? Die Siedlung entstand aus der Not heraus. Die Auswirkungen des zweiten Weltkrieges hatten in München zu einer immensen Wohnungsnot geführt. Die Siedlung am Hasenberg war die erste geschlossene Siedlungsmaßnahme des „Münchner Plans“, die als Mittel diente, diesen Missständen entgegenzuwirken und der sozial schwachen Bevölkerung Wohnraum zu beschaffen. Der Siedlungsaufbau war nach den architektonischen Leitbildern der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ und der „autogerechten Stadt“ konzipiert worden. Die Auswirkungen zeigten sich in einer monotonen Schlafstadt, die von verlassenen Abstandsgrün durchzogen war, und deren Bewohner Opfer der sozialen Segregation und einer mangelhaften Versorgungspolitik wurden. Den Anfang einer Veränderung bildete die Studie „Stadt am Stadtrand“, in der Mitte der 60 Jahre erstmals umfassend festgestellt wurde, wie sich die Situation aus soziologischer und struktureller Sicht darstellte. Von den Bewohnern wurde weniger die Architektur, deren Beeinflussung sie sich wahrscheinlich gar nicht so bewusst waren, sondern eher die drastische infrastrukturelle Unterversorgung kritisiert. In den 80er Jahren kam es zu einem massiven Wegzug der Bevölkerung. Jetzt wurde anhand des „Entwicklungskonzeptes Hasenberg“ ein umfassender und sehr sinnvoller Katalog mit städtebaulichen, grünplanerischen und soziologischen Handlungskonzepten entworfen, der als Basis für die Mitte der 90er Jahre begonnen Veränderungen im Rahmen des Programms der „Sozialen Stadt“ diente. Seither werden unter Einbeziehung der Anwohner durch Ergänzungsbauten, Verbesserungen der Grünanlagen und soziale Programme unzählige Projekte in Angriff genommen, die die Siedlung zu einem Ort werden lassen, an dem man gerne wohnt. Ob diese Projekte gerade im Bezug auf die Ergänzungsbauten und den Wegzug der jungen Generation aus der Siedlung bereits greifen, kann hier nicht beurteilt werden. Deutlich sichtbar ist aber ein wesentlich freundlicheres, abwechslungsreicheres Antlitz des nördlichen Siedlungsbereiches. Die Siedlung leidet ansonsten architektonisch, bis auf wenige Ausnahmen immer noch an einer Monotonie der Gebäudearchitektur. Das Problem der Differenzierung von öffentlichem und privatem Raum wurde bisher weitgehend nicht gelöst. Die breit angelegten Grünflächen der Siedlung tragen durch die Erzeugung von viel Sauerstoff optimal zu einer guten Gesundheit bei. Das Abstandsgrün in den nicht behandelten

Siedlungsabschnitten verfügt über keine private Atmosphäre und ist somit als Versammlungsort weitgehend nichtig. Die Einkaufszentren in der Siedlung, also jene wenigen Versammlungsplätze, deren Großteil noch aus den 60er Jahren stammt, erschrecken optisch eher, als dass sie zur Nutzung einladen. Die Siedlung ist nicht mehr als isoliert zu betrachten, weil sie durch die U-Bahnverbindung seit 1996 exzellent an die Innenstadt angebunden ist. Eine sehr positive Entwicklung stellt das, im Rahmen des Stadtentwicklungsplanes von 1998 entstandene neue Stadtteilzentrum dar. Das neue Einkaufszentrum „Mira“ ist einerseits ein Glücksfall, weil es die Siedlungsbewohner nach vierzig Jahren weitgehend unabhängig von Einkaufsmöglichkeiten in der weiteren Umgebung macht. Andererseits ist alleine durch seine Existenz der Antrieb gehemmt, die veralteten, maroden Einkaufszentren innerhalb der Siedlung zu erneuern, und nicht nur abzureißen. Was aber wird aus alten oder behinderten Menschen, wenn diese Zentren einmal nicht mehr existieren sollten? Der Fußweg wäre für viele dieser Menschen zu lange und zu beschwerlich.

Was bleibt ist die Hoffnung, dass so viele Vorschläge wie möglich aus dem „Entwicklungskonzept Hasenberg“ und dem Katalog der „Sozialen Stadt“ in naher Zukunft verwirklicht werden, um die Siedlung zu einem Ort echter Urbanität werden zu lassen. Die Erfüllung dieses Wunsches ist nicht realitätsfremd, denn die umfangreichen Bemühungen scheinen zu greifen: Neuerdings hört man munkeln, dass viele Hasenbergler gegen eine öffentlichkeitswirksame Debatte über ihre Siedlung sind, weil sie sich des steigenden Wohnwertes durchaus bewusst sind und Mieterhöhungen befürchten. Vielleicht gilt es aber gerade, diesen positiven Funken des Optimismus zu nutzen, um ein längst überholtes Vorurteil zu beseitigen.

Abkürzungsverzeichnis

Be-Ge-Bau	Be-Ge-Bau GmbH
BGFZ	Bruttogeschossflächenanzahl
DPs	Displaced Persons
ECA	European Cooperation Administration
ESW	Evangelisches Siedlungswerk in Bayern Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH
EW	Einwohner
GBW	Gemeinnützige Bayerische Wohnungsgesellschaft AG
GFZ	Geschossflächenanzahl
Gewog	Gewog Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH
GWG	Gemeinnützige Wohnstätten- und Siedlungsgesellschaft mbH
rd.	rund
ÖPNV	Öffentlich privater Nahverkehr
NGFZ	Nettogeschossflächenanzahl
SHB	Südhausbau GmbH
VdK	Bayerische Wohnungs- und Siedlungsbau GmbH Gemeinnütziges Bauträgerunternehmen des VdK
WE	Wohneinheiten
WSB Bayern	Wohnungs- und Siedlungsbau Bayern GmbH & Co OHG

Quellenverzeichnis

Archivarische Quellen

Stadtratsbeschlüsse, Bekanntgaben und Anträge der Stadtratsfraktionen – chronologisch

- Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 16.03.1960
Beschluss des Finanzierungsausschusses für den sozialen Wohnungsbau vom 23.02.1961
Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 06.12.1961
Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 16.05.1962
Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 10.07.63
Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 15.11.1963
Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 22.11.1963
Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 04.12.1964
Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 16.12.1964
Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 23.06.1965
Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 08.07.1965
Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 14.07.1965
Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 25.11.1965
Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 16.03.1966
Beschluss des Stadtplanungsausschusses vom 08.05.1968
Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 15.05.1968
Antrag Nr. 936 der Stadtratsfraktion der FDP vom 28.07.1980
Antrag Nr. 1123 der Stadtratsfraktion der FDP vom 07.04.1981
Antrag Nr. 575 der Stadtratsfraktion der CSU vom 18.03.1985
Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 18.09.1985
Antrag Nr. 1633 der Stadtratsfraktion der SPD vom 27.03.1987
Antrag Nr. 1774 der Stadtratsfraktion der CSU vom 05.08.1987
Bekanntgabe im Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung vom 12.07.1989

Stadtarchiv München

Baureferat der Landeshauptstadt München/Gruppe für sozialwissenschaftliche Forschung: Wohnungen für nicht Mietfähige. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung zum Problem des Übergangsheimes. Vorbericht, München 1965, Bürgermeister und Rat, Akte Nr. 3908, Typoskript, Stadtarchiv München

Münchener Zehnerl-Post: Kartenhäuser am Hasenberg?, Bürgermeister und Rat, Akte Nr. 3912

Neue Heimat Bayern: Untersuchung über die Einführungsmöglichkeit einer Fertigteilbauweise im Raum München vom 28.04.1961, Bürgermeister und Rat, Akte Nr. 3913, Typoskript, Stadtarchiv München

Baureferat Bauverwaltung Soziologie: Namensgebung neuer Siedlungen: Umbenennung der Siedlung am Hasenberg, Bürgermeister und Rat, Akte Nr. 3924, Typoskript, Stadtarchiv München

Dr. Hans-Jochen Vogel: Rede anlässlich der Grundsteinlegung der Siedlung am Hasenberg vom 25.05.1960, Bürgermeister und Rat, Akte Nr. 3934, Typoskript, Stadtarchiv München

Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 03.02.1959, RP, Aktensammlung zu Stadtratsvollversammlungen, 732/17, S. 517-533, Typoskript, Stadtarchiv München

Beschluss des Wirtschaftsausschusses vom 11.09.1959, Aktensammlung zu Versammlungen des Wirtschaftsausschusses, Akte Nr. 732/9, S. 407, Typoskript, Stadtarchiv München

Beschluss des Kommunalausschusses vom 21.12.1959, RP, Aktensammlung, 732/9, S. 300-301, Typoskript, Stadtarchiv München

Beschluss des Kommunalausschusses vom 21.12.1959, RP, Aktensammlung zu Versammlungen des Kommunalausschusses, 732/55, S. 2169-2171, Typoskript, Stadtarchiv München

Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 14.04.1959, RP, Aktensammlung zu Stadtratsvollversammlungen, 732/20, S. 1371-1372, Typoskript, Stadtarchiv München

Beschluss des Finanzierungsausschusses für den sozialen Wohnungsbau vom 23.02.1961, RP, Aktensammlung, 734/84, S. 41, 113-116, Typoskript, Stadtarchiv München

Verschiedene Ausschüsse: Vorbesprechung zur Frage der Fertigbauweise vom 06.04.1960, RP, Akte Nr. 734/14, S. 1-17

WSB Bayern

Neue Heimat Bayern: Zusammenstellung wesentlicher Siedlungsdaten des Abschnittes Hasenberg-Süd ohne Datumsangabe, Typoskript, WSB Bayern

Neue Heimat Bayern: Wohnanlage Frauenholz, Vormerkung für eine Besprechung am 25.08.1959, Typoskript, WSB Bayern

Neue Heimat Bayern: Aktenvormerkung. Konstruktive Details für die Großsiedlung am Hasenberg vom 28.08.1959, Typoskript, WSB Bayern

Neue Heimat Bayern: Großwohnanlage am Hasenberg. Ladenbauten, Anschreiben an die Landeshauptstadt München vom 18.05.1961, Typoskript, WSB Bayern

Neue Heimat Bayern: Wohnanlage am Hasenberg. Versorgung der Wohnbevölkerung mit Waren und Dienstleistungen, Anschreiben an die Landeshauptstadt München vom 05.03.1963, Typoskript, WSB Bayern

Neue Heimat Bayern: Aktenvermerk vom 10.04.1964, Typoskript, WSB Bayern

Neue Heimat Bayern: Anschreiben an die Landeshauptstadt München vom 15.11.1964, Typoskript, WSB Bayern

Neue Heimat Bayern: Aktenvermerk vom 04.01.1965, Typoskript, WSB Bayern

Siedlervereinigung am Hasenberg: Anschreiben an die Neue Heimat Bayern vom 28.01.1965, Typoskript, WSB Bayern

Neue Heimat Bayern: Aktenvermerk vom 20.05.1965, Typoskript, WSB Bayern

Neue Heimat Bayern: Anschreiben an die Landeshauptstadt München vom 08.07.1965, Typoskript, WSB Bayern

Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München: HA II/Abt. 4 Bezirk West

Planungsreferat Stadtentwicklungsplanung: Anschreiben an den Oberbürgermeister Kronawitter vom 04.12.1987, Typoskript, HA II/Abt. 4

Südhausbau GmbH, Paul Ottmann: Anschreiben an den Oberbürgermeister Kronawitter vom 22.08.1986, Typoskript, HA II/Abt. 4

Sozialreferat/Abt. Sozialplanung: Entwicklungskonzept Hasenberggl.
Abschlussveranstaltung über die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchung am 18.1.1993, Typoskript, HA II/Abt. 4

Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München: HA III/Abt. 3/Sg. 2
Planungsreferat HA II: Vorbereitende Untersuchungen Hasenberggl 1992. Information zum Programm. Nr. 2. Juni 1992, Typoskript, HA III/Abt. 3/Sg. 2

Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung: Presseunterlagen zur Pressekonferenz. Vorbereitende Untersuchungen im Hasenberggl. 05.10.1992, Typoskript, HA III/Abt. 3/Sg. 2

Interview mit Johann-Christoph Ottow vom 22.10.2008

Zeitungsartikel

Münchener Merkur: Grundstein zum Hasenberggl vom 25./26.05.1960

Münchener Merkur: Neues Stadtviertel „Am Hasenberggl“ vom 27.05.1960

Münchener Merkur: Nicht Bayern, nicht Münchner – nur Hasenbergler vom 24./25.08.1968

Münchener Merkur: Das Hasenberggl im Jahr 2000: Ein Modell für ganz Bayern vom 09.01.1990

Münchener Merkur: Das Hasenberggl als Versuchskaninchen vom 03.09.90

Münchener Tageszeitung: 16.000 Quadratmeter Verkaufsfläche. Einkaufszentrum öffnet heute an der Nordheide vom 12.03.2008

Münchener Stadtanzeiger: Stadtratsabordnung fährt nach Bonn vom 10.10.1958

Münchener Stadtanzeiger: Bekommt München eine Trabantenstadt? vom 05.12.1958

Münchener Stadtanzeiger: Bonner Finanzhilfe für München? Eine Anfrage an den Bundeswohnungsbauminister vom 17.04.1959

Münchener Stadtanzeiger: Ein neuer Münchner Stadtteil entsteht vom 27.05.1960

Münchener Stadtanzeiger: Die Großwohnanlage am Hasenberggl vom 28.06.1963

Münchener Stadtanzeiger: 20 Jahre Hasenberggl - Chronik einer Großsiedlung (1), vom 30.01.1981

Münchner Stadtanzeiger: 20 Jahre Hasenberg - Chronik einer Großsiedlung (2) vom 06.02.1981
Münchner Stadtanzeiger: Verwirrung über Stangen-Häuser und Riegelblöcke vom 23.01.1992
Münchner Stadtanzeiger: Das Hasenberg soll den Hasenberglern gehören vom 19.03.1992

Süddeutsche Zeitung: Eigenbau am Hasenberg. Selbsthilfe-Siedlung auf städtischen Grundstücken/Bau-Arbeit nach Feierabend vom 22.10.1953
Süddeutsche Zeitung: Die Stadt plant ins Blaue vom 15.04.1959
Süddeutsche Zeitung: Gute Aussichten auf dem Hasenberg vom 01.12.1960
Süddeutsche Zeitung: Wohnungsbau – unter Dach und auf dem Plan vom 08.03.1962
Süddeutsche Zeitung: Stadtteil mit Einkehr und Einkaufsviertel vom 27.10.1964
Süddeutsche Zeitung: Die Hasenbergler ließen ein Fest steigen vom 16.07.1965
Süddeutsche Zeitung: Ein Bürgerzentrum für das Hasenberg vom 24.02.1971

Der Spiegel: Städtebau München. Blindes Treiben, Nr. 31, 29.07.1968, S. 80

Internetseiten

http://www.nordostkultur-muenchen.de/biographien/werz_helmut.htm vom 17.12.2008
http://www.scheiblaue.de/_atelier/atelier.htm#scheiblaue vom 20.12.2008
http://www.scheiblaue.de/_architektur/_parkhaus/parkhaus.htm vom 20.12.2008
<http://www.mvg-mobil.de/netzplaene.htm> vom 15.01.2009
<http://earth.google.de/> vom 15.01.2009
www.scheiblaue.de vom 15.01.2009
<http://www.mvg-mobil.de/netzplaene.htm> vom 15.01.2009

Quellen

Ammermann/Scheiblaue 1993

Ammermann, Ursula/Scheiblaue, Christine: Neues Wohnen im Hasenberg. Chance für eine alternde Siedlung, in: Münchner Projekte. Die Zukunft einer Stadt, hg. von Christian Ude, München 1993, S. 61-75.

Bayerischer Architekten- und Ingenieur-Verband 1984

Bayerischer Architekten- und Ingenieur-Verband: München und seine Bauten nach 1912, München 1984

Brunisch/Kaufmann 1954

Brunisch, Arthur, Kaufmann, Ferdinand: Wirtschaftliches Bauen durch die Feidner-Bauweise, in: Der Architekt, Nr. 3, Essen 1954, S. 64-67

Eiber 1992

Frauenholz: Lagerleben in der Nachkriegszeit. Dokumentation zur Ausstellung der Projektgruppe „Frauenholz“ vom 21. Mai – 14. Juni 1992, Ausst. Kat., München, AW-Dorf Hasenberg, hg. von Ludwig Eiber, Ingolstadt 1992

Evangeliumskirche 2008

Evangeliumskirche München-Hasenberg: Kirchenführer, München 2008

GEWOG 1961

GEWOG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung München: Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1960, München 1961

GEWOG 1964

GEWOG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung München: Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1963, München 1964

GEWOG 1966

GEWOG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung München: Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1965, München 1966

GEWOG 1967

GEWOG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung München: Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1966, München 1967

GEWOG 1968

GEWOG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung München: Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1967, München 1968

Göderitz 1957

Göderitz, Johannes (Hg.), Hoffmann, Hubert, Rainer, Roland: Die gegliederte und aufgelockerte Stadt, Archiv für Städtebau und Landesplanung, Bd. 4, hg. von der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Tübingen 1957

Herde 1993

Herde, Christian: Wohnen in München: Projekte, Ansätze, Ideen, Darmstadt 1993

Landeshauptstadt München Vorbereitende Untersuchungen 1992

Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung (Hg.):
Bürgerinformation. Vorbereitende Untersuchungen. Neues Wohnen im Hasenberg,
Broschüre, München 1992

Landeshauptstadt München Bürgernähe 1997

Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung
Stadtentwicklungsplanung HA I (Hg.): Perspektive München. Mehr Bürgernähe durch
Projekt- und Stadtteilplanung, Band 1, München 1997

Landeshauptstadt München Programm „Soziale Stadt“ 2003

Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung
Stadtsanierung und Wohnungsbau HA III (Hg.): Programm „Soziale Stadt“ Sanierungsgebiet Hasenberg.
Integriertes Handlungskonzept, München 2003

Landeshauptstadt München Aufwertung Schleißheimer Straße 2005

Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung:
Aufwertung Schleißheimer Straße im Sanierungsgebiet Hasenberg. Ergebnisse eines
Fachgutachtens im Rahmen des Programmes Soziale Stadt, Faltblatt, München 2005

Landeshauptstadt München Nachverdichtung Kienestraße 2005

Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung HA III:
Wohnungsbau in München. Stadterneuerung Hasenberg. Nachverdichtung an der
Kienestraße, Faltblatt Nr. 25, München 2005

Landeshauptstadt München Nachverdichtung Aschenbrennerstraße 2005

Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung HA III:
Wohnungsbau in München. Stadterneuerung Hasenberg. Nachverdichtung an der
Aschenbrennerstraße, Faltblatt Nr. 7, München 2005

Laturell 2000

Laturell, Volker D.: Feldmoching-Hasenberg. Das Stadtteilbuch für den 24. Stadtbezirk,
München 2000

Möller 1997

Möller, Hilke Gesine: Reihe Zeile Block & Punkt, Wohnungen, Häuser, Siedlungen im
Raum München, Südhausbau 1936 – 1996, München 1997

Mosler 1969

Mosler, Walter: Neuer Wohnungsbau, in: Stadtbauamt Wien (Hg.), Der Aufbau.
Fachschrift für Planen, Bauen und Wohnen, Bd. 24, Nr. 11, Wien 1969, S. 450-456

München/Baureferat 1969

München/Baureferat (Hg.): Gesamtplan zur Behebung der Wohnungsnot in München. 1.
Münchener Plan. Abschlussbericht, München 1969

Neue Heimat Monatshefte 1960

Neue Heimat: Monatshefte für neuzeitlichen Wohnungsbau, Nr. 7, Hamburg 1960

Neue Heimat Monatshefte 1962

Neue Heimat: Monatshefte für neuzeitlichen Wohnungsbau, Nr. 11, Hamburg 1962

Neue Heimat Monatshefte 1968

Neue Heimat: Monatshefte für neuzeitlichen Wohnungs- u. Städtebau, Nr. 7, Hamburg 1968

Neue Heimat Bayern Geschäftsbericht 1961

Neue Heimat Bayern, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, München: Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1960, München 1961

Neue Heimat Bayern Geschäftsbericht 1962

Neue Heimat Bayern, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, München: Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1961, München 1962

Ottmann 2004

Ottmann, Peter, Keller, Christoph (Hg.): Hasenberggl. Kunst, Architektur, Bauhütte. Eine Dokumentation, Frankfurt am Main 2004

Otto 1970

Otto, Kurt: 15 Jahre Wohnungs- und Städtebau der "Neue Heimat Bayern", Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH. München 1955-1970, München 1970

Ottow 1998

Johann-Christoph Ottow: 50 Jahre Architekt, Ausst. Kat., Ausstellung an der Technischen Universität München vom 8. Mai bis 29. Mai 1998, hg. vom Lehrstuhl für Entwerfen und Hochbaukonstruktion, Univ.-Professor Dipl.-Ing. Uwe Kiessler, München 1998

Reichow 1959

Reichow, Hans Bernhard: Die autogerechte Stadt. Ein Weg aus dem Verkehrs-Chaos, Ravensburg 1959

Scheiblauer/Roedig 1972

Scheiblauer, Christine, Roedig, Reinhold: Verdichtung von Stadtrandsiedlungen, in: Baumeister. Zeitschrift für Architektur Planung Umwelt, 69. Jahrgang, Nr. 12, München 1972, S. 1431-1435.

Scheiblauer 1989 (1)

Scheiblauer, Christine: Entwicklungskonzept Hasenberggl. Band I. Bestandsaufnahme im Auftrag der Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung HA II 41P, München 1989

Scheiblauer 1989 (2)

Scheiblauer, Christine: Entwicklungskonzept Hasenberggl. Band II. Planung im Auftrag der Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung HA II 41P, München 1989

Scheiblauer/Schmidt 1990

Scheiblauer, Christine, Schmidt, Reiner: Entwicklungskonzept Hasenberggl, in: Garten + Landschaft, Zeitschrift für Landschaftsarchitektur, 4/90, München 1990, S. 39-45

Schnell & Steiner 1983

Schnell & Steiner: München. St. Nikolaus am Hasenberg, Kunstführer Nr. 803, 2., überarbeitete Auflage, München, Zürich, 1983

Stadtplanungsamt 1963

Stadtplanungsamt der Landeshauptstadt München: Stadtentwicklungsplan einschließlich Gesamtverkehrsplan der Landeshauptstadt München, München 1963

Stadtrat 1960

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München (Hg.): Gesamtplan zur Behebung der Wohnungsnot in München, München 1960

Steiner/Guther/Leibbrand 1960

Steiner, A. H., Guther, Max, Leibbrand, K.: München. Stellungnahme der Planungsberater zum Wirtschaftsplan vom 30.1.1958 und zum Generalverkehrsplan vom 2.7.1958, München 1960

Zapf/Heil/Rudolph 1969

Zapf, Katrin, Heil, Karolus, Rudolph, Justus: Stadt am Stadtrand. Eine vergleichende Untersuchung in vier Münchner Neubausiedlungen, Frankfurt am Main 1969

Literaturverzeichnis

Albers 1974

Albers, Gerd: Ideologie und Utopie im Städtebau, in: Die Stadt in der Bundesrepublik Deutschland. Lebensbedingungen, Aufgaben, Planung, hg. von Wolfgang Pehnt, Stuttgart 1974, S. 453-476

Bahrtdt 1969

Bahrtdt, Hans Paul: Die moderne Großstadt, 1. Aufl. 1961, Hamburg 1969

Bauer 1983

Bauer, Richard: Ruinen-Jahre. Bilder aus dem zerstörten München. 1945-1949, München 1983

Benevolo 1990

Benevolo, Leonardo: Geschichte der Architektur des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd.1, 5. Aufl., München 1990

Beyme 1992

Beyme, Klaus von, Durth Werner, Gutschow, Niels, Nerdinger, Winfried, Topfstedt, Thomas (Hg.): Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit, München 1992

Boeddinghaus 1995

Boeddinghaus, Gerhard (Hg.): Gesellschaft durch Dichte. Kritische Initiativen zu einem neuen Leitbild für Planung und Städtebau 1963/1964, Bauwelt Fundamente, Bd. 107, Braunschweig, Wiesbaden 1995

Boesiger 1993

Boesiger, Willy, Girsberger, Hans: Le Corbusier 1910 – 1965, Zürich 1993

Durth 1992

Durth, Werner: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen. 1900-1970, München 1992

Durth/Gutschow 1993

Durth, Werner, Gutschow, Niels: Träume in Trümmern. Stadtplanung 1940 – 1950, 1. Aufl. 1988, München 1993

Frampton 2001

Frampton, Kenneth: Die Architektur der Moderne. Eine kritische Baugeschichte, 7. Aufl., Stuttgart 2001

Geist 1989

Geist, Johann, Friedrich, Küvers Klaus: Das Berliner Mietshaus. 1945 – 1989. Eine dokumentarische Geschichte der Ausstellung „Berlin plant/Erster Bericht“ 1946 und der Versuch, auf den Trümmern der Hauptstadt des Großdeutschen Reiches ein NEUES BERLIN zu bauen, aus dem dann zwei geworden sind, München 1989

Gleiniger 1992

Gleiniger Andrea: Laubenganghaus, in: Lexikon der Weltarchitektur, hg. von Nikolaus Pevsner, Hugh Honour und John Fleming, 3. aktual. u. erw. Auflage, München 1992

Gruber 1962

Gruber, Edmund, Referat für Tiefbau und Wohnungswesen der Landeshauptstadt München (Hg.): Wohnungsbau in München, München 1962

Hafner 1994

Hafner, Thomas: Sozialer Wohnungsbau in Westdeutschland. 1945 - 1970. Mit einer Betrachtung des Zeitraumes 1848 – 1945 und ausgewählten Beispielen aus Baden-Württemberg, Stuttgart 1994

Hartard 2003

Hartard, Christian: Neuperlach. Utopie des Urbanen. Leitbilder und Stadtbilder eines Experimentes der 1960er-Jahre, Magisterarbeit: 2003 an der Ludwig-Maximilians-Universität München eingereicht, München 2003

Hassenpflug/Peters 1966

Hassenpflug, Gustav, Peters, Paulhans: Scheibe Punkt und Hügel. Neue Wohnhochhäuser, München 1966

Hilpert 1988

Hilpert, Thilo: Le Corbusiers „Charta von Athen“. Texte und Dokumente. Kritische Neuausgabe, hg. von Thilo Hilpert, Bauwelt Fundamente, Bd. 56, Braunschweig, Wiesbaden 1988

Howard 1902

Howard, Ebenezer: Garden cities of to-morrow, London 1902

Interbau Berlin 1957

Interbau Berlin 1957, Ausst. Kat., Amtlicher Katalog der internationalen Bauausstellung Berlin 1957, hg. von der Internationalen Bauausstellung Berlin GmbH, Berlin 1957

Irion/Sieverts 1991

Irion, Ilse, Sieverts, Thomas: Neue Städte. Experimentierfelder der Moderne, Stuttgart 1991

Jacobs 1963

Jacobs, Jane: Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Berlin 1963

Jenkins 2001

Jenkins, Helmut W., Bischoff, Bernhard (Hg.): Kompendium der Wohnungswirtschaft, 4. Aufl., München 2001

Kähler 1999

Kähler, Gert: Reisen bildet. Der Blick nach aussen, in: Geschichte des Wohnens. Von 1945 bis heute. Aufbau – Neubau – Umbau, hg. von Ingeborg Flagege, Bd. 5, Stuttgart 1999, S. 949-1036

Krämer 1997

Krämer, Steffen: Wohnstadt – Trabantenstadt – Planungen in München, in: Möller, Hilke Gesine (Hg.): Reihe Zeile Block & Punkt, Wohnungen, Häuser, Siedlungen im Raum München, Südhausbau 1936 – 1996, München 1997, S. 140-147.

Krämer 2007

Krämer, Steffen: „Urbanität durch Dichte“ - Die neue Maxime im deutschen Städte- und Siedlungsbau der 1960er Jahre, in: Buttlar, Adrian von, Heuter, Christoph (Hg.): denkmalmoderne. Architektur der 60er Jahre. Wiederentdeckung einer Epoche, Berlin 2007, S. 106-115.

Kuhn 1992

Kuhn, Walter: Parkstadt Bogenhausen, in: Bogenhausen. Vom bäuerlichen Pfarrdorf zum noblen Stadtteil, hg. von Willibald Karl, München 1992, S. 198-212

Lammert 1987

Lammert, Peter: Die gegliederte und aufgelockerte Stadt vor und nach 1945. Eine Skizze zur Planungsgeschichte, in: Die alte Stadt. Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege, hg. von Otto Borst, Jahrgang 14, Stuttgart, Berlin, Mainz, Köln 1987, S. 352-366.

Landeshauptstadt München-kompakt urban grün 1995

Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung
Stadtentwicklungsplanung HA I (Hg.): München kompakt, urban, grün. Neue Wege der Siedlungsentwicklung, C2, Schriftenreihe zur Stadtentwicklung/Perspektive München, München 1995

Landeshauptstadt München Region München 1995

Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung
Stadtentwicklungsplanung HA I (Hg.): Perspektiven für die Region München. Vorlage für den gemeinsamen Ausschuss des Stadtrates der Landeshauptstadt München sowie zur Abendveranstaltung am 12. Juli 1995, Themenheft D, München 1995

Landeshauptstadt München Hochbausstudie 1996

Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung
Stadtentwicklungsplanung HA I (Hg.): Hochhausstudie - Leitlinien zu Raumstruktur und Stadtbild. Hochhäuser im Rahmen der Strukturverdichtung. Fortschreibung der Hochhausstudie 1995, Schriftenreihe zur Stadtentwicklung/Perspektive München, München 1996

Landeshauptstadt München Perspektive München (1) 1996

Landeshauptstadt München/Referat für Stadtplanung und Bauordnung
Stadtentwicklungsplanung HA I (Hg.): Perspektive München. Experten und Akteure diskutieren das neue Stadtentwicklungskonzept, Band 1, Dokumentation zur Perspektive München, München 1996

Lampugnai 1980

Lampugnani, Vittorio Magnago: Architektur und Städtebau des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1980

Le Corbusier 1923

Le Corbusier: Vers une architecture, Paris 1923

Le Corbusier 1925

Le Corbusier: Urbanisme, Paris 1925

Le Corbusier 1930

Le Corbusier: Précisions sur un état présent de l'architecture, Paris 1930

Le Corbusier 1935

Le Corbusier: La Ville Radieuse, 1935, 2. Aufl. Paris 1964

Le Corbusier 1963

Le Corbusier: Ausblick auf eine Architektur, hg. u. a. von Ulrich Conrads, Bauwelt Fundamente 2, Berlin/Frankfurt am Main 1963

Le Corbusier 1975

Le Corbusier, Jeanneret, Pierre: Le Corbusier. Oeuvre complète 1934 - 1938, publiée par Max Bill, 9. éd., Schweiz 1975

Le Corbusier 1979

Le Corbusier: Städtebau, übers. und hg. von Hans Hildebrandt nach der Faks. Wiedergabe d. 1. Aufl. v. 1929, 2. Aufl., Stuttgart 1979

Le Corbusier 1984

Le Corbusier, Jeanneret, Pierre: Oeuvre complète 1910 - 1929, publiée par W. Boesiger et O. Stonorov, 11. éd., Schweiz 1984

Le Corbusier 1986

Le Corbusier, Jeanneret, Pierre: Le Corbusier. Oeuvre complète 1938 – 1946, publiée par Willy Boesiger, 8. éd., Schweiz 1986

Marg/Schröder 1993

Marg, Volkwin, Schröder, Reiner: Architektur in Hamburg seit 1900. 251 bemerkenswerte Bauten ausgewählt und erläutert von Volkwin Marg und Reiner Schröder, Hamburg 1993

Mitscherlich 1992

Mitscherlich, Alexander: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Thesen zur Stadt der Zukunft, Frankfurt am Main 1992

Müller-Raemisch 1990

Müller-Raemisch, Hans-Reiner: Leitbilder und Mythen in der Stadtplanung, 1945-1985, Frankfurt am Main 1990

München wie geplant 2004

München wie geplant: Die Entwicklung der Stadt von 1158 bis 2008, München, Ausst. Kat., Stadtmuseum, hg. von der Landeshauptstadt München, dem Münchner Stadtmuseum, dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung und dem Stadtarchiv München, München 2004

Nerdinger 1988

Theodor Fischer: Architekt und Städtebauer 1862 – 1938, Ausst. Kat., Ausstellung der Architektursammlung der Technischen Universität München und des Münchner Stadtmuseums in Verbindung mit dem Württembergischen Kunstverein, hg. von Winfried Nerdinger, München 1988

Pehnt 2006

Pehnt, Wolfgang: Deutsche Architektur seit 1900, 1. Aufl. 2005, Ludwigsburg, München 2006

Peterek 2000

Peterek, Michael: Wohnung. Siedlung. Stadt. Paradigmen der Moderne 1910 – 1950, Berlin 2000

Posener 1968

Posener, Julius: Ebenezer Howard. Gartenstädte von morgen. Das Buch und seine Geschichte, Bauwelt Fundamente 21, Frankfurt am Main/Berlin 1968

Reichow 1948

Reichow, Hans Bernhard: Organische Stadtbaukunst. Von der Großstadt zur Stadtlandschaft, Braunschweig 1948

Reinborn 1996

Reinborn, Dietmar: Städtebau im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart, Berlin, Köln 1996

Salin 1960

Salin, Edgar: Urbanität, in: Erneuerung unserer Städte. Vorträge, Aussprachen und Ergebnisse des Deutschen Städtetages, Augsburg, 1. – 3. Juni 1960, Neue Schriften des Deutschen Städtetages, Stuttgart, Köln 1960, S. 9-34.

Schmiedel 1966

Schmiedel, Hans-Peter: Wohnhochhäuser, Band 1: Punkthäuser, Berlin 1966

Sekler 1952

Sekler, Eduard F.: Das Punkthaus im europäischen Wohnungsbau, Abhandlungen des Dokumentationszentrums für Technik und Wirtschaft, Heft 16, hg. vom Dokumentationszentrum für Technik und Wirtschaft mit Unterstützung des Notringes der wissenschaftlichen Verbände Österreichs, Wien 1952

Senator für das Bauwesen Bremen 1959

Senator für das Bauwesen Bremen (Hg.): Die Neugestaltung Bremens. Stephani-Gebiet. Gartenstadt Vahr. Neue Vahr, Heft 7, Bremen 1959

Ungers 1983

Ungers, Liselotte: Die Suche nach einer neuen Wohnform. Siedlungen der zwanziger Jahre damals und heute, Stuttgart 1983

Wandersleb 1952

Wandersleb, Hermann (Hg.): Neuer Wohnbau. Neue Wege des Wohnungsbaues als Ergebnis der ECA-Ausschreibung, Bd. I/Bauplanung, Ravensburg 1952

Wandersleb 1958

Wandersleb, Hermann (Hg.): Neuer Wohnbau. Durchführung von Versuchssiedlungen, Bd. II, Ravensburg 1958